



Protokoll

10. Parteitag
der CDU Deutschlands
18.-19. Mai 1998
Stadthalle Bremen

Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert

**10. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Bremen, 18./19. Mai 1998

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

I N H A L T	Seite
Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	9
Beschlußfassung über die Tagesordnung	10
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Mandatsprüfungskommission	11
Wahl der Stimmzählkommission	11
Grußworte:	
- Parl. Staatssekretär Bernd Neumann Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Bremen	12
- Senator Hartmut Perschau Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen	15
- Bundesminister Dr. Theo Waigel Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern	121
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	18
- Aussprache	50
Bericht der Mandatsprüfungskommission	135
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze	72
- Aussprache	84
Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Ländern	91
- Einführung: Bundesministerin Dr. Angela Merkel	91
Aussprache	99
Bürger schützen – Kriminalität bekämpfen	106
- Einführung: Bundesminister Manfred Kanther	106
- Aussprache	115
Beratung und Beschlußfassung über sonstige Anträge	135

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche	141
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble - zugleich: Einführung in den Entwurf für das Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands	145
Beratung und Beschlußfassung über das Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands	162
Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	199
ANHANG	
Beschlußprotokoll	203
Beschlüsse	
- Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands	213
- Sonstige Beschlüsse	261
Namensverzeichnis	266

Montag, 18. Mai 1998
Erste Plenarsitzung
Beginn: 10.34 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands!

Hiermit eröffne ich den 10. Parteitag der CDU und begrüße Sie alle sehr herzlich in der Hansestadt Bremen.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei in Deutschland. Sie sind für die vielen Hunderttausenden unserer Mitglieder hierher nach Bremen gekommen.

Mit Ihnen, liebe Freunde, begrüße ich ganz herzlich unsere in- und ausländischen Gäste, die Vertreter vieler Verbände und Organisationen. Wie jeder von mir erwartet, richte ich einen ganz besonders herzlichen Gruß an die zahlreichen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

(Beifall)

Sie müssen zugeben: Geübt ist geübt!

(Heiterkeit)

Sie werden über unseren Parteitag berichten, wie immer, voller Wohlwollen. Darum bitte ich Sie sehr herzlich.

(Beifall)

Einen ganz besonders herzlichen Gruß entbiete ich den Repräsentanten der Kirchen und der Religionsgemeinschaften.

(Beifall)

Ich danke Ihnen, Herr Bischof Bode, und Ihnen, Herr Pastor von Zobeltitz, für die geistliche Stunde, für den ökumenischen Gottesdienst, den wir eben gemeinsam in Sankt Petri feiern durften.

(Beifall)

Ich will meine Empfindung aussprechen – ich weiß, viele denken ähnlich –: Es war eine gesegnete Stunde,

(Beifall)

durch das Wort, durch die großartige Musik, aber auch wegen der Einmaligkeit des Doms. Es war wunderbar. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist bei uns eine gute Tradition, zu Beginn unseres Parteitags all jener Freunde und Weggefährten zu gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Stellvertretend für die vielen nenne ich: Hartwig Schlegelberger, geboren 1913, im Oktober 1997 gestorben. Er war durch Jahrzehnte hindurch Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein. Er diente diesem Bundesland in den Jahren von 1960 bis zu seinem Ausscheiden aus der Politik nach über einem Jahrzehnt als Finanzminister, als Innenminister und als Stellvertretender Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

Ich nenne Alo Hauser, geboren 1930, gestorben im Oktober 1997. Er war 22 Jahre Kreisvorsitzender der CDU in Bonn, viele Jahre hindurch Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und in den Jahren von 1965 bis 1983 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Hanna Walz, geboren 1918, gestorben im Dezember 1997. Sie war von 1958 bis 1969 Mitglied des Hessischen Landtages. Von 1969 bis 1980 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages und danach Mitglied des Europäischen Parlamentes.

Ich nenne Artur Lada, geboren 1921, gestorben im Januar 1998. Er war Gründungsmitglied der CDU in Plau am See. Von 1951 bis 1961 - zehn Jahre hindurch - war er als Opfer der Diktatur der SED politischer Häftling der DDR. Nach der Wende wurde er 1990 der erste frei gewählte Bürgermeister seiner Heimatstadt.

Ich nenne Margareta Hunck-Jastram, geboren 1913, gestorben im März 1998. Sie war viele Jahre Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und von 1961 bis 1970 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft.

Ich nenne Werner Kaltefleiter, geboren 1937, gestorben im März 1998. Als langjähriges Mitglied unserer Partei und als renommiertes Mitglied einer deutschen Universitätsfakultät hat er die politikwissenschaftliche Debatte in Deutschland ganz wesentlich mitgeprägt. Er war von 1970 bis 1975 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Ich nenne Hans-Heinrich von Dobschütz, geboren 1914, gestorben im März 1998. Er war von 1956 bis 1975 Leiter des Zentralbüros der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für die vielen genannt, an die wir in dieser Stunde denken, um die wir trauern. Wir wollen unseren verstorbenen Freunden ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir sind gerne hierher nach Bremen zu diesem Parteitag gekommen. Wir freuen uns, daß wir unter uns den Präsidenten des Bremer Senats, Herrn Bürgermeister Dr. Henning Scherf, sehr herzlich begrüßen können.

(Beifall)

Herr Präsident, ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, im Namen der Partei und des Parteitags Ihnen und all Ihren Mitarbeitern sehr herzlich zu danken für die Hilfe und Unterstützung, die wir hier in Bremen für die Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitags gefunden haben.

Liebe Freunde, ich begrüße ganz besonders herzlich den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, unseren Freund Reinhard Metz

(Beifall)

und den Bürgermeister und Senator für Finanzen, unseren Freund Hartmut Perschau.

(Beifall)

Wer die Stadt besucht, spürt es: Seit die CDU hier mitregiert, geht es in Bremen aufwärts.

(Beifall)

Ich freue mich – das ist keine Höflichkeitsfloskel; ich sage das so, wie ich es persönlich empfinde –, daß, was das Wirtschaftswachstum betrifft, Bremen in der jüngsten Zeit, im letzten Jahr nicht mehr zu den Schlußlichtern der deutschen Bundesländer gehört. Es liegt jetzt zusammen mit Bayern und Rheinland-Pfalz auf Platz drei. Dazu kann ich nur gratulieren; ich tue dies hiermit.

(Beifall)

Mit Bremen verbinden sich besondere Erinnerungen, nämlich die an unseren Parteitag im September 1989, vor neun Jahren. Ich habe das gestern schon beim Presseempfang gesagt. Es waren damals aufwühlende Tage. In Ungarn warteten bis zu 10 000 Menschen aus der DDR auf das erlösende Zeichen der ungarischen Regierung, daß sie über Österreich, über das Burgenland, in die Freiheit nach Deutschland, in die Bundesrepublik Deutschland, ausreisen dürften. Ich werde jenen Sonntag nie vergessen, als wir wenige Stunden vor Eröffnung des Presseabends hier in Bremen mit dem ungarischen Außenminister Horn, dem jetzigen Ministerpräsidenten, telefonierten und erreichten, daß der Zeitpunkt für die Öffnung der Grenze an jenem Abend festgelegt werden konnte. Ich konnte dann hier in Bremen am Abend des 10. September öffentlich bekanntgeben, daß die ungarische Regierung entschieden hatte, ab Mitternacht allen Flüchtlingen die Ausreise zu gestatten.

(Beifall)

Diese Zusage war das Ergebnis unserer Gespräche mit Ministerpräsident Németh und dem ungarischen Außenminister Horn. Liebe Freunde, wir werden diese mutige Entscheidung niemals vergessen.

(Beifall)

Die Ungarn haben damals den ersten Stein aus der Mauer geschlagen. Das ungarische Volk hat sich in einem dramatischen Augenblick der Not als ein treuer Freund von uns Deutschen erwiesen. Daran erinnere ich aus gutem Grund. Die Zeit ist nämlich sehr schnelllebig.

In der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 spielten sich an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich, im Burgenland - und ebenfalls wenige Stunden später, als die Flüchtlinge die deutsche Grenze erreichten - unvergeßliche Szenen ab. Eine Tageszeitung schrieb damals – ich zitiere –:

Sie tanzten, sie fielen einander in die Arme, sie weinten vor Glück, sie küßten die Erde und meinten symbolisch die Freiheit. 7000 DDR-Bürger überrollten gestern die ungarische Grenze nach Österreich. Sie kamen in Bussen und in ihren eigenen Autos, die meisten fuhren gleich weiter in die Bundesrepublik. Es war der größte Flüchtlingstreck seit Ende des Krieges.

Liebe Freunde, die Flüchtlinge, die auf diesem Umweg von Deutschland nach Deutschland gekommen waren, wurden bei uns mit größter Sympathie und Hilfsbereitschaft aufgenommen. Auch das wollen wir nicht vergessen, wenn wir in der Gegenwart über manches miteinander sprechen.

(Beifall)

Ich vergesse diesen Tag der Freude und der Dankbarkeit – es war für mich ein wichtiger Tag – nicht. Ich weiß, Ihnen allen geht es genauso. Für uns ist und bleibt diese Erinnerung eine der großen Kraftquellen auf dem Weg zur inneren Einheit unseres Vaterlandes.

Liebe Freunde, die Ereignisse von damals haben Deutschland, Europa und die Welt mit verändert – wir haben diese Herausforderung angenommen. Auf diesem Bremer Parteitag werden wir als Christlich Demokratische Union Deutschlands unseren Anspruch begründen, das wiedervereinigte Deutschland ins 21. Jahrhundert zu führen.

(Beifall)

Unser Parteitag ist der Auftakt zu einem harten Ringen bis zur Bundestagswahl am 27. September. Deshalb werden wir heute nachmittag über zwei Themen beraten, die im Wahlkampf eine herausragende Rolle spielen:

- „Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Ländern“ und
- die Frage der Inneren Sicherheit unter der Überschrift „Bürger schützen – Kriminalität bekämpfen“.

Anschließend wird der CSU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister, unser Freund Theo Waigel, zu uns kommen und zu uns sprechen.

Am morgigen Dienstag stehen die Beratung unseres Zukunftsprogramms und die Beschlußfassung darüber im Mittelpunkt. Es ist unter dem Vorsitz von Wolfgang Schäuble erarbeitet worden – ich danke ihm für diese hervorragende Arbeit ganz besonders –,

(Beifall)

und dieses Programm macht deutlich – das kann jeder erkennen, der es wirklich liest und der nicht einfach nur darüber spricht und schreibt; auch das gibt es –, wie wir uns den Weg in die Welt von morgen vorstellen.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Nach der Ordnung des Parteitages liegt Ihnen in Ihren Unterlagen der Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums vor. Ich stelle die Frage: Werden dazu weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer mit dem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen.

Liebe Freunde, damit sind die Regularien, die wir zu Beginn des Parteitags durchführen müssen, abgeschlossen. Dieser Parteitag wird keine Show-Veranstaltung - das überlassen wir anderen.

(Beifall)

Wir werden heute und morgen hier, im Plenum des Parteitags, miteinander diskutieren und reden. Gemeinsam singen werden wir heute abend. Das ist unsere Vorstellung von guter Zusammenarbeit.

(Beifall)

Wir werden heute und morgen hart arbeiten und intensiv diskutieren. Das ist das klare Ziel, das wir haben: Dies ist ein Parteitag des Aufbruchs. Jeder muß wissen, die CDU Deutschlands tritt an, um zu gewinnen.

Hiermit ist der Parteitag eröffnet.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen des Präsidiums bedanke ich mich für Ihren klaren Vertrauensbeweis. Wir werden uns bemühen, den Parteitag fair und zügig zu leiten, und bitten Sie, die Delegierten, dabei natürlich um Unterstützung.

Meine Damen und Herren, der Vorsitzende hat zu Beginn eben bereits einige Gäste begrüßt. Ich möchte gern noch einmal alle Delegierten und Gäste bei uns in Bremen herzlich willkommen heißen. Ich freue mich, daß so viele Gäste aus dem In- und Ausland zu uns nach Bremen gekommen sind. Ich bitte Sie dafür um Verständnis, daß wir leider nicht alle namentlich begrüßen können.

Einen Gast möchte ich aber doch gern besonders hervorheben. Ich freue mich, Frau Hannelore Kohl im Namen des Tagungspräsidiums und natürlich auch der bremischen CDU hier sehr herzlich begrüßen zu dürfen.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Frau Kohl, als Gattin des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden nehmen Sie regelmäßig viele Termine zusammen mit Ihrem Mann im In- und Ausland wahr. Die Arbeit von Helmut Kohl und der Christlich Demokratischen Union unterstützen Sie so auf ganz großartige Weise – und das nicht nur in einem Wahljahr wie diesem. Die Professionalität,

aber auch die Selbstverständlichkeit, mit der Sie diesen Verpflichtungen stets nachkommen, sind ganz vorbildlich.

(Beifall)

Unsere Anerkennung gilt aber auch Ihrem unermüdlichen sozialen Engagement. Der Hannelore-Kohl-Stiftung, die sich gemeinsam mit dem Kuratorium ZNS für die Belange von Unfallopfern einsetzt, haben Sie weit mehr als nur Ihren Namen gegeben. Wer einmal erlebt hat, mit wieviel Sachkunde und Charme Sie hier seit 20 Jahren engagiert sind, weiß, daß Ihnen dieses Thema ein echtes Herzensanliegen ist. Auch deshalb ist der Erfolg Ihrer Arbeit beispiellos.

(Beifall)

Bitte nehmen Sie als kleines Zeichen unseres Dankes einen schönen Blumenstrauß entgegen. Die Blumen sind zugleich ein verspäteter Gruß zu Ihrem Geburtstag im März dieses Jahres. Vielen herzlichen Dank für Ihre wichtige Arbeit und weiterhin viel Erfolg!

(Beifall - Hannelore Kohl wird ein Blumenstrauß überreicht)

Meine herzlichen Grüße gelten auch den zahlreichen Vertretern der Medien aus dem In- und Ausland. Es ist schön, daß unser Parteitag wieder soviel öffentliche Aufmerksamkeit gefunden hat. Ich hoffe auf eine faire und objektive Berichterstattung.

Wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen mit der Einladung zum 10. Parteitag zugesandt. Die aktualisierte Fassung finden Sie in Ihren Tagungsunterlagen. Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind, dann zeigen Sie dies bitte mit der roten Stimmkarte an. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Tagesordnung in der Ihnen vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

Ich bitte Sie nun um Aufmerksamkeit für einige Bemerkungen zum organisatorischen und zeitlichen Ablauf. Wir schlagen Ihnen vor, den Antragsschluß für Initiativanträge auf heute 15 Uhr festzulegen. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, heben Sie bitte die Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist ebenfalls so beschlossen.

Für Initiativanträge, die auf dem Parteitag eingebracht werden, gilt folgendes Verfahren. Sie können schriftliche Anträge im Verlaufe des Parteitages innerhalb der festgesetzten Frist, also bis heute 15 Uhr, einbringen, wenn diese Anträge von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten unterstützt werden. Wenn Sie einen Antrag stellen möchten, so suchen Sie bitte frühzeitig das Büro der Antragskommission auf, das sich im Foyer vor dem Plenarsaal befindet. Der Weg dorthin ist ausgeschildert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Antragsbüros beraten Sie gern in allen verfahrenstechnischen Fragen. Sie können dort auch Ihre Antragstexte schreiben lassen. Ferner erhalten Sie im Büro der Antragskommission ein Formular für die zur Gültigkeit des Antrags notwendigen 30 Unterschriften.

Ein weiterer geschäftsordnungsmäßiger Hinweis: Für Wortmeldungen während der jeweiligen Aussprachen und Antragsberatungen benutzen Sie bitte die Wortmeldezettel aus Ihren Delegiertenunterlagen. Vor der Bühne – auf der von Ihnen aus gesehen rechten Seite – befindet sich eine Mitarbeiterin, die Ihre Wortmeldungen annimmt. Von dort aus werden die Wortmeldungen dem amtierenden Tagungspräsidenten zugeleitet. Bitte füllen Sie die Wortmeldezettel vollständig

Meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend zu diesem Punkt folgende Bemerkung: Ich freue mich, Sie zu dem Bremen-Abend einladen zu dürfen. Wir treffen uns hier im Bereich der Stadthalle dazu in der Halle 6, die Sie zu Fuß erreichen können. Die Einladung zu unserem gemütlichen Abend finden Sie in Ihren Unterlagen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 4 auf:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission bestellt. Die Namensliste liegt Ihnen vor. Ich bitte um Bestätigung mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, daß sich die Antragskommission heute um 17 Uhr im Sitzungssaal der Antragskommission trifft. Sie erreichen den Sitzungssaal über die Halle 3, in der sich auch das Restaurant befindet. Der Weg dorthin ist ausgeschildert.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 5 auf:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand schlägt Ihnen eine Mandatsprüfungskommission vor. Die Namensliste finden Sie in Ihren Unterlagen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich bitte die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, sich um 12 Uhr im Büro des Organisationsleiters einzufinden.

TAGESORDNUNGSPUNKT 6:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat hier zahlreiche Freunde vorgeschlagen. Die entsprechende Liste finden Sie in Ihren Unterlagen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls so beschlossen.

Die Mitglieder dieser Kommission treffen sich bitte jetzt zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission. – So weit die Regularien.

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Ich bitte den Landesvorsitzenden der bremischen CDU, unseren Freund Bernd Neumann, um sein Grußwort.

(Beifall)

Bernd Neumann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und – freunde der CDU Deutschlands aus nah und fern! Im Namen der CDU des Landes Bremen, dem Zwei-städtestaat, bestehend aus Bremen und Bremerhaven, heiße ich Sie herzlich willkommen. Wir als kleinster Landesverband der CDU freuen uns, daß Sie unsere Gäste sind. Wir sind stolz darauf, daß nach 1989 zum zweitenmal ein Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Bremen stattfindet.

Selten hat ein Parteitag der CDU so viel Interesse und Resonanz ausgelöst wie dieser. Die Öffentlichkeit in Deutschland und darüber hinaus schaut auf diese Stadt, schaut hierher. Sie will wissen, was sich die CDU Deutschlands zutraut. Meine Damen und Herren, geben wir an diesen zwei Tagen eine klare Antwort: Die CDU ist da, sie ist geschlossen, sie wird kämpfen, sie will gewinnen, sie wird gewinnen mit dem erfahrensten und erfolgreichsten Politiker in Deutschland. Ich begrüße Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, in der Zeitspanne zwischen dem Parteitag 1989 und heute hat sich Entscheidendes verändert - in Deutschland, aber auch im Lande Bremen. Lassen Sie mich zuerst zu Bremen etwas sagen. Als Sie 1989 zum Bundesparteitag erstmalig in Bremen waren, hielten Sie es für möglich, daß mehrere Jahre später die CDU im Lande Bremen regiert? Wohl kaum. Bremen und Bremerhaven galten damals als uneinnehmbare SPD-Hochburgen. Wir waren mehr als 30 Jahre in der Opposition. Bestenfalls oppositionelle Achtungserfolge schienen möglich. Uns ist in all den zurückliegenden Jahren trotz alledem nie die Puste ausgegangen. Wir haben nie aufgegeben und waren immer kämpferisch. Wir waren bei allen Reformen innerhalb der CDU Deutschlands fast immer vorne. Bei uns wirkten weit vor dem Quotenbeschluß der Bundespartei im Parlament, Landesparteitag und Landesvorstand jeweils mehr als ein Drittel Frauen mit. Wir haben die mit Abstand größte Zahl junger Abgeordneter in der Bürgerschaft. Immer wieder haben wir auch herausragende Persönlichkeiten von außerhalb in die Partei- und Parlamentsarbeit einbezogen. Nach vielen Jahren harter Oppositionsarbeit wurde unsere Arbeit bei den letzten Bürgerschaftswahlen 1995 belohnt: Wir zogen mit 37 Abgeordneten gleichstark mit der SPD in das bremische Landesparlament ein. Daraus folgte die Bildung einer Großen Koalition. Wir stellen nicht nur den Parlamentspräsidenten, sondern im Senat, also in der Landesregierung, vier von acht Senatoren, und zwar mit dem Finanz-, dem Innen-, dem Wirtschafts- und dem Bau- und Verkehrssenator fast alle Schlüsselressorts.

Liebe Freunde, wenn Sie gleich als Repräsentant Bremens kein SPD-Mann begrüßt – das ist die arbeitsteilige Weise in der Großen Koalition –, sondern der stellvertretende Regierungschef und Bürgermeister, unser Freund Hartmut Perschau, dann ist das sicherlich noch für viele von Ihnen ungewöhnlich, aber dies ist ein Ausdruck unseres Erfolges, über den wir uns freuen und auf den wir auch ein wenig stolz sind.

(Beifall)

Keiner mehr in Bremen bestreitet, daß es seit Eintritt der CDU in die Regierungsverantwortung deutliche Veränderungen zum Positiven gegeben hat. Politische Stagnation wie in früheren Zeiten, steigende Schulden, Verluste an Einwohnern und Unternehmen sowie Bremens Ruf als Gewalt- und Drogenmekka sind Vergangenheit. Bremen hat wieder eine Perspektive. „Vom Tropf der anderen weg!“ lautet unsere Devise. Hilfe nur zur Selbsthilfe, und dies zeitlich begrenzt und nicht mehr. Das, liebe Freunde, sollten und können Sie hoffentlich alle unterstützen.

(Beifall)

Wir sind das kleinste Bundesland, und wir sind der kleinste Landesverband, und wie es aussieht, bleiben wir das wohl auch. Aber manchmal denke ich, in einem kleinen Bundesland mitregieren und auf drei Stimmen im Bundesrat Einfluß zu haben, damit diese nicht gegen die Bundesregierung verwendet werden können, sondern eher für sie, was schon mehrmals gelang, das macht doch mehr Spaß, als in einem großen Bundesland in der Opposition zu sein und mit ansehen zu müssen, wie permanent sechs Stimmen im Bundesrat gegen uns mißbraucht werden.

(Beifall)

Aber wir als die kleineren sind auch in Zukunft auf die Solidarität und die Unterstützung von Ihnen, insbesondere der größeren Landesverbände, angewiesen. So fühlen wir uns zum Beispiel inmitten von Niedersachsen sehr wohl, und ich begrüße ausdrücklich unseren niedersächsischen Nachbarn, an der Spitze Christian Wulff.

(Beifall)

Wir haben in den zurückliegenden Jahren immer die Unterstützung des Konrad-Adenauer-Hauses gehabt, des Generalsekretärs, insbesondere aber auch die des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers. Ohne seinen Einsatz und seine Hilfe hätten wir niemals in Bremen erfolgreich sein können. Dafür sagen wir danke.

(Beifall)

Aber zwischen dem ersten Bundesparteitag in Bremen 1989 hier in der Stadthalle und heute hat sich nicht nur in Bremen Entscheidendes verändert, sondern vielmehr noch in Deutschland. Wenn jemand damals im September 1989 hier auf dem Bundesparteitag gesagt hätte, daß ein Jahr später alle Deutschen wiedervereinigt in Frieden und Freiheit leben, dann hätte man diesen als Utopisten belächelt. Aus der vermeintlichen Utopie wurde, wie wir alle wissen, sehr schnell Realität. Damals, und zwar am 11. September 1989, als ich die Ehre hatte wie heute, Sie, die Delegierten des Bundesparteitages, in Bremen zu begrüßen, genau an diesem Tage, strömten Tausende von DDR-Flüchtlingen über die ungarische Grenze in die Freiheit.

Sie wollten von Deutschland nach Deutschland. Bewegende Szenen spielten sich ab. Der Bundeskanzler hat soeben eindrucksvoll darüber berichtet. Die Faszination von Freiheit und Befreiung hatte uns damals alle erfaßt und überwältigt. Das Ende einer schrecklichen Diktatur in Ostdeutschland war eingeläutet.

Liebe Freunde, ich erinnere an diese Tage nicht aus Sentimentalität, sondern weil mich manchmal nachdenklich stimmt, was über Zufriedenheit in Ost und West im Hinblick auf die deutsche Einheit und die Lage in den neuen Bundesländern berichtet wird. Freiheit und Demokratie dürfen nicht nur dann als faszinierend empfunden werden, wenn man sie nicht hat. Sie sind vielmehr zu allen Zeiten das höchste Gut in einer staatlichen Gemeinschaft. Der Erfolg, sie erreicht zu haben, darf nicht deshalb vergessen oder relativiert werden, weil es beim Integrationsprozeß – wie nicht anders zu erwarten war – noch Probleme gibt.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang gebietet es die geschichtliche Wahrheit, darauf hinzuweisen – hier, aber auch insbesondere in den neuen Bundesländern –, daß diejenigen, die die heutige Bundesregierung ablösen wollen, gerade die waren, die das Unrechtsregime der DDR als erste anerkannten, es hoffierten und damit unsere Landsleute längst aufgegeben hatten.

(Beifall)

Daß nunmehr alle Deutschen in Frieden, Freiheit und Demokratie leben – die meisten auf hohem sozialen Niveau –, wäre ohne die politische Weitsicht, die Standfestigkeit, das politische Gespür und die Entschlossenheit eines Mannes kaum denkbar gewesen. Er ist unser Parteivorsitzender, Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Ich komme zum Schluß. Bei den jetzigen Meinungsumfragen haben wir keine guten Ergebnisse. Aber die Wahlen sind nicht am nächsten Sonntag, sondern erst in vier Monaten. Es liegt an uns selbst, ob wir es packen. Wir müssen uns ab sofort ausschließlich auf den politischen Gegner konzentrieren. Ein positives Profil gewinnt man nicht auf dem Rücken der Freunde, sondern im Kampf gegen den Gegner.

(Beifall)

Lassen Sie uns nicht weiter darüber philosophieren, ob es nun ein Lager- oder ein Richtungswahlkampf werden soll! Die Lager und auch die Richtung sind klar.

(Beifall)

Nach dem Bundesparteitag 1989 in Bremen konnte die CDU in den folgenden Jahren große Erfolge feiern. Heute beginnt zum zweitenmal ein Parteitag in Bremen. Betrachten wir dies als ein gutes Omen! Verstehen wir es als Signal! In diesem Sinne begrüße ich Sie noch einmal herzlich in Bremen.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Bernd Neumann, Herzlichen Dank für die Worte, die Du an den Parteitag gerichtet hast, und ein besonderes Wort der Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit der Bremer CDU, die ganz wesentlich mit Deinem Namen verbunden ist. Wir danken schon jetzt für die Arbeit und das Engagement im Zusammenhang mit der Organisation und Durchführung dieses Parteitages. Wir nehmen mit großer Freude und Dankbarkeit auch die Einladung zum Bremen-Abend am heutigen Abend an.

Ich freue mich – ich sage einmal: Es ist mir eine besondere hanseatische Freude –, den Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, unseren Freund Hartmut Perschau, um ein Grußwort bitten zu dürfen.

(Beifall)

Hartmut Perschau: Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des Senats und natürlich auch besonders im Namen meines Kollegen Henning Scherf, begrüße ich Sie sehr herzlich in der Freien Hansestadt Bremen. Ich freue mich, daß Sie alle hierher gekommen sind. Ich freue mich natürlich auch, daß wir Ihnen ein wenig über das, was hier in Bremen geschieht, berichten können.

Sie wissen, daß wir in einer großen Koalition dieses Land regieren. Wir tun das in einer besonderen Form, die sich möglicherweise von einigen anderen unterscheidet. Wir, Henning Scherf und ich, sind unverdächtig, so etwas wie eineiige Zwillinge zu sein. Wir haben vielmehr eine sehr unterschiedliche Grundauffassung von der Politik. Wir haben uns aber entschieden, gemeinsamen einen konstruktiven Weg zu finden und damit zu verhindern, daß wir uns in dieser Koalition gegenseitig blockieren. Wir haben damit einen Kurswechsel zustande gebracht, der Bremen gut zu Gesicht steht.

Wenn ich heute, ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl, bilanziere, so muß ich feststellen: Mit der Koalitionsbildung vor knapp drei Jahren war ein grundlegender Politikwechsel verbunden. In dieser vergleichsweise kurzen Zeit hat die Position unseres Zwei-Städte-Staats erheblich an Sicherheit gewonnen. Konkret zeichnet sich unsere Position wie folgt aus. Unser Problem sind nach wie vor die über Jahrzehnte aufgehäuften Altschulden in dramatischer Höhe. Wir haben eine Zinssteuerquote von 25 Prozent. Der Durchschnitt der Länder liegt bei 11 Prozent. Dieses drückt uns - auch im Wettbewerb. Die aktuelle Leistungsbilanz zeigt aber auch: Unser Problem sind zunehmend nicht mehr nur fehlendes Wirtschaftswachstum oder sinkende Finanzkraft. Erlauben Sie mir, das an einigen wenigen Daten und Fakten zu erläutern.

Erstens. Bereits im zweiten Jahr hintereinander haben wir nahezu null Wachstum bei den Gesamtausgaben. Das beweist: Wir sparen konsequent.

Zweitens. Mit 2,7 Prozent Wirtschaftswachstum landeten wir 1997 in der Spitzengruppe der deutschen Länder. Herr Bundeskanzler, ich bedanke mich sehr dafür, daß das zur Kenntnis genommen wurde.

(Beifall)

Unsere Investitionen in die Wirtschafts- und Steuerkraft zeigen damit Wirkung. Das kommt nicht nur den Menschen in unseren beiden Städten, Bremen und Bremerhaven, zugute. Ganz nebenbei muß ich bemerken – Christian Wulff ist ja schon begrüßt worden –: Ein Drittel unserer Beschäftigten in Bremen und Bremerhaven kommen aus Niedersachsen. Diese Pendler finden bei uns Beschäftigung, und sie stützen sozusagen Christian Wulff, indem sie ihre Steuern an ihrem niedersächsischen Heimatort bezahlen.

Drittens. Gegen den Trend anderenorts wuchsen 1997 die Steuereinnahmen bei uns um 6,3 Prozent. Mit diesem Steuerwachstum und dem Anwachsen der Steuerkraft liegen wir an

der Spitze der deutschen Länder und der deutschen Gemeinden. Dies ist etwas Besonderes. Darauf sind wir ein wenig stolz.

(Beifall)

Viertens. Als Folge verbesserter Finanzkraft haben wir die Abhängigkeit vom Länderfinanzausgleich im Jahr 1997 mehr als halbiert. Statt eingeplanter 800 Millionen DM zahlten die Geberländer an das Land Bremen nur noch 350 Millionen DM. Wir hoffen, daß wir diese Zahlungen weiter absenken können.

Damit Sie, meine Damen und Herren, einmal sehen, was in einer Koalition alles möglich ist, möchte ich wenige kurze Beispiele geben. Wir haben gemeinsam mit den Sozialdemokraten die 40-Stunden-Woche für die Beamten wieder eingeführt.

(Beifall)

Wir haben gemeinsam mit den Sozialdemokraten die Arbeitszeit der Lehrer verlängert. Wir privatisieren gemeinsam staatliche Betriebe und öffentliche Unternehmen. Wir erlösen dabei vielstellige Millionenbeträge. Ein ganz aktuelles Beispiel: Wir haben gerade die Privatisierung des Abfallbereichs beschlossen. Das Bietungsverfahren für den Abwasserbereich läuft.

Alle Unternehmen, die privatisiert worden sind, schreiben auf einmal, wie sich das für uns gehört, schwarze Zahlen.

Wir haben neue Gewerbeflächen. Über 300 Hektar wurden beschlossen und befinden sich in der Erschließung.

Ganz nebenbei – viele von Ihnen haben es vielleicht gehört –: Seit drei Jahren haben wir in Bremen keine Randalen mehr.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Aufbruchstimmung ist überall sichtbar. Sicherlich haben Sie bei der Ankunft am Flughafen oder am Hauptbahnhof, beim Bummel durch die neue Innenstadtpassage oder bei der Autofahrt in die City gedacht: Hier wird ja überall gebaut. – Das ist richtig. Das geschieht hier bei uns in Bremen. Es ist der sichtbare Ausdruck des Kurswechsels seit 1995.

Es wird Sie nicht wundern, wenn ich Ihnen sage: Manches mußte gegen schwachen, anderes bisweilen gegen starken Widerstand durchgesetzt werden. Entscheidend war und ist: Es wurde gehandelt. - Das ist überall zu sehen. Es zeigt sich: Dieser Wechsel bekommt Bremen und Bremerhaven gut.

Das neue Veranstaltungszentrum mit der Stadthalle, dem Kongreßzentrum und den neuen Messehallen steht als ein Beispiel für die neue Politik in Bremen. Wir Bremer freuen uns darüber, daß die CDU Deutschlands dieses gelungene Ensemble als Veranstaltungsort für diesen weltweit beachteten Bundesparteitag gewählt hat. Für diese Entscheidung bedanke ich mich stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger in unseren beiden Städten.

(Beifall)

Inbesondere bedanke ich mich natürlich auch als Finanzsenator dafür, daß damit eine wirkungsvolle Werbung für Bremen verbunden ist.

In diesem Zusammenhang gilt mein besonderer Gruß natürlich auch den anwesenden Journalisten. Ich hoffe, Sie bringen gute Botschaft aus Bremen nach Deutschland und in die Welt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Aufwärtstrend und die unübersehbare Aufbruchstimmung im Zwei-Städte-Staat hat vielfältige Gründe. Ganz sicher haben wir der Unterstützung durch die Bundesregierung vieles zu verdanken. Natürlich danken wir auch den Landesregierungen, insbesondere denen der Geberländer im Finanzausgleich, die immer wieder Geld auf unser Konto überweisen; Gott sei Dank – sage ich in ihrem und in unserem Interesse – immer geringere Beträge. Wenn wir die Altschuldenlast in den Griff bekommen, dann müssen wir uns um die Zukunft dieses Zwei-Städte-Staates keine Sorgen machen.

Um dieses Ziel, dem wir schon einen großen Schritt näher gekommen sind, zu erreichen, werden wir die Solidarität des Bundes und der Länder noch einmal in Anspruch nehmen müssen. Wir wissen, daß wir in Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, als Verfechter der föderalen Ordnung unseres Vaterlandes einen großen Fürsprecher für die Belange der Kleinen und gerade auch für den Zwei-Städte-Staat haben.

Sie haben uns in den letzten Jahren außerordentlich geholfen. Ohne die Zuweisungen des Bundes und ohne die stetige Hilfe und das stets offene Ohr hätten wir die Erfolge aus eigener Kraft auch nicht erzielen können. Dafür gebührt Ihnen, Herr Bundeskanzler, an dieser Stelle ein ganz besonderer Dank.

(Beifall)

Von dem großen Bremer Senatsmitglied und späteren Reichshandelsminister der 48er-Regierung, Senator Arnold Duckwitz, stammt der Satz:

Ein kleiner Staat wie Bremen darf nie als ein Hindernis des Wohlergehens der Gesamtheit der Nationen erscheinen. Vielmehr soll er seine Stellung in solcher Weise nehmen, daß seine Selbständigkeit als ein Glück für das Ganze und seine Existenz als eine Notwendigkeit angesehen wird. Darin liegt die sicherste Bürgschaft seines Bestehens.

Wir bemühen uns darum, diese Worte von Duckwitz zu beherzigen. Ich weiß, daß einige unter Ihnen – ich will nicht sagen: viele, aber einige – dieses Bundesland gelegentlich mehr als Belastung denn als Glücksfall betrachtet haben. Ich kann Ihnen sagen: Dieses Blatt hat sich allmählich gewendet. Heute präsentiert sich die älteste Stadtrepublik Deutschlands nicht nur als ein freiheitlich toleranter, sondern auch als ein moderner und leistungsfähiger Standort. Eisernes Sparen, konsequenter Schuldenabbau, zielgerichtete Investitionen in Wirtschaftskraft und damit in die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zeigen Wirkung und bestätigen: Wir, die Menschen in Bremen und Bremerhaven, sind auf einem guten Weg.

Meine Damen und Herren, auf dem Weg zu dem möglicherweise wichtigsten Ereignis dieses Jahres, der Bundestagswahl, liegt dieser CDU-Bundesparteitag. Gestatten Sie mir deshalb,

daß ich meine protokollarische Rede als Bürgermeister kurz verlasse und als Delegierter unserer Partei zu Ihnen spreche.

Ich wünsche dem 10. Bundesparteitag einen guten Verlauf und Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, ganz persönlich, daß dieser Parteitag die erwartete Aufbruchstimmung erzeugt, daß er Aufholtempo und damit die Voraussetzungen dafür schafft, daß wir in gemeinsamer Anstrengung den Sieg erringen.

Liebe Freunde, wir haben es oft bewiesen: Mit Geschlossenheit und mit energischer Tatkraft jedes einzelnen von uns ist dieser Sieg zu erringen. Jeder von uns, jeder von Ihnen hat es in der Hand, ob wir es erreichen.

Ich wünsche Ihnen, Herr Bundeskanzler, und uns allen, daß wir die Kraft haben, diesen Erfolg gemeinsam herbeizuführen. Ich bin sehr sicher, daß wir das können.

(Beifall)

Nun zurück zur Bürgermeister-Rolle! Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Aufenthalt bei uns in Bremen. Bremen ist schön und bietet viel: Geschichte, Kultur, Unterhaltung. Es lohnt sich, dafür Zeit einzuplanen. Denjenigen, die dies nicht so genau gewußt und es nicht getan haben, rate ich: Kommen Sie wieder! All denjenigen, die es gewußt haben, werden ohnehin wiederkommen. Sie alle sind herzlich willkommen hier bei uns in Bremen und in Bremerhaven. Ich wünsche dem Parteitag den größtmöglichen Erfolg.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Wir danken Hartmut Perschau für seine Ausführungen. In den „Bremer Stadtnachrichten“, die wir erhalten haben, lautet eine Schlagzeile: „Bremen weiter im Aufwind“. Das wünschen wir dem Land und seinen Bürgern in der Tat. Wir wünschen vor allem, daß dieser Weg weiterhin mit der kräftigen Handschrift der CDU verbunden ist. Dafür wünschen wir den größten Erfolg.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 8 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS,
BUNDESKANZLER DR. HELMUT KOHL

Ich erteile das Wort unserem Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

(Anhaltender Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Bis zur Bundestagswahl am 27. September sind es jetzt gerade noch viereinhalb Monate. Man braucht es gar nicht zu begründen, jeder spürt es: Wir stehen vor einem der härtesten Wahlkämpfe in der Geschichte unserer Bundesrepublik.

An diesen Parteitag richten sich große Erwartungen. An die 1000 Journalisten sind hierhergekommen, um zu sehen, wie gut die CDU ist. Das ist der Hauptgrund, warum sie gekommen sind,

(Beifall)

und ich denke, wir wollen ihnen diese Freude bereiten.

Millionen unserer Landsleute überall in Deutschland blicken in diesen Tagen auf uns. Es sind unsere Anhänger, unsere Freunde, unsere Sympathisanten, und es sind unsere Gegner – nicht unsere Feinde; denn wir halten nichts von einem Freund-Feind-Verhältnis in der Politik –, es sind unsere Gegner, und sie wollen dorthin, wo wir jetzt sitzen: auf die Regierungsbank. Wir wollen nicht, daß sie dorthin kommen. So einfach ist das zu erklären.

(Beifall)

Das ist zwar nicht politologisch fein ausgefeilt, aber für jedermann begreifbar.

Und es sind – wenn Sie die Umfragen wenigstens an diesem Punkt ernst nehmen – Millionen, die unentschlossen sind, die fragen: Wie geht es weiter, was will die eine, und was will die andere Seite? – Viele – auch in dem Kreis unserer eigenen Anhänger – fragen sich: Packt es die Union wieder, oder schafft sie es nicht? - Wir werden hier in Bremen eine klare Antwort geben: Wir wollen es packen, und wir werden es packen.

(Beifall)

Von diesem Bremer Parteitag wird das Signal ausgehen: Wir stehen zusammen, wir kämpfen zusammen, und wir setzen auf Sieg. Wenn ich sage: „wir“, dann, liebe Freunde, sind das wir alle.

(Beifall)

Das sind die vielen hunderttausend Mitglieder der CDU, das sind die Männer und Frauen in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden vor Ort, die für unsere Ideengemeinschaft stehen. Wir, das sind die verantwortlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in den Rathäusern in den Städten und Gemeinden unseres Landes. „Wir“, das sind unsere Repräsentanten in den Bundesländern, in den Landesregierungen, in den Landtagen – ganz egal, ob in der Regierung oder in der Opposition.

„Wir“, liebe Freunde, das ist unsere Bundestagsfraktion unter Führung von Wolfgang Schäuble,

(Beifall)

Wolfgang Schäuble, dem ich gleich zu Beginn meiner Rede für seinen beispielhaften Einsatz für unsere Sache und für unsere Überzeugungen herzlich danken will. Ich sage dies sehr persönlich, lieber Wolfgang, da ich weiß, was Dir der Alltag bringt – an Arbeit, auch an Verdruß und Ärger, aber auch an Freude. Ich danke Dir sehr, sehr herzlich für Dein Schaffen.

(Beifall)

„Wir“, liebe Freunde, das sind auch unsere hauptamtlichen Mitarbeiter in den Kreisgeschäftsstellen, in den Bezirksgeschäftsstellen, in den Landesgeschäftsstellen und natürlich im Konrad-Adenauer-Haus. Lieber Peter Hintze, herzlichen Dank für das, was Du leistest, was Du tust, wie Du kämpfst - und auch dafür, daß Du manchen Verdruß ertragen mußst.

(Beifall)

Generalsekretär, das ist ein schwieriger Job. Der eine sieht zuviel General und der andere zuviel Sekretär. Es jedem recht zu machen, ist nahezu unmöglich. Wenn die Sache gutgeht, waren es alle; das ist eben immer so. Wenn es nicht so gutgeht, waren es einige wenige, und dazu gehört auch immer der Generalsekretär. Ich will Dir herzlich dafür danken, wie Du – ich sage es salopp in der Sprache unserer Jungen – diesen Job machst, wie Du Dich ohne jedes Zögern in die Schlacht wirfst. Da gibt es andere, die sitzen in der Proszeniumsloge des Staatstheaters und schauen herunter, wie sich auf der Bühne ein paar tummeln. Die können gut darüber reden, aber wenn sie selber auf der Bühne wären, würden manche ein ziemlich jämmerliches Bild abgeben. Auch das ist eine Erfahrung.

(Beifall)

„Wir“, liebe Freunde, das sind auch unsere Kollegen und Freunde in der CSU. Wir sind Schwesterparteien. Das heißt eine ganze Menge. Das geht – wie es so ist im familiären Kreis – mal ganz gut, dann weniger gut, aber eines ist ganz klar: Wir gehören zusammen.

(Beifall)

Wir können nur gemeinsam gewinnen, gemeinsam siegen. Das wird sich auch in diesem Bundestagswahlkampf wieder zeigen.

Deswegen will ich schon jetzt unserem Freund Theo Waigel, der heute am späten Nachmittag zu uns kommen wird, danken. Er hat als Finanzminister und als CSU-Vorsitzender ganz schwierige Ämter. Der Dienstsitz des CSU-Vorsitzenden ist in München, und der Finanzminister sitzt in Bonn. Das allein sagt jedem, was die gleichzeitige Ausübung beider Ämter immer auch an Schwierigkeiten mit sich bringt. Aber Theo Waigel macht einen guten Job, und ich habe gerade in diesen Tagen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Birmingham wieder erfahren, welch hohes Ansehen er auch international für seine Arbeit genießt. Wir wollen ihm für die Gemeinschaft und für sein Mittun herzlich danken.

(Beifall)

Liebe Freunde, was mich betrifft, werde ich alles tun und meine ganze Kraft einsetzen, um mit Ihnen Tag für Tag für unseren Wahlsieg zu kämpfen. Ich will mit Ihnen gemeinsam diese Bundestagswahl gewinnen. Wir wollen diese Bundestagswahl gewinnen!

(Beifall)

Die Partei kann sich auf mich verlassen, und ich verlasse mich auf Sie, auf unsere gesamte Partei. Wir werden um jede Stimme kämpfen. Das sagt sich so einfach dahin, aber das Land ist groß, und die Wähler warten auf uns. Wir müssen zu den Wählern gehen, dorthin, wo sie leben und arbeiten, wo sie jeden Tag ihr eigenes Leben führen. Das ist ein hartes Stück Arbeit, aber wir können es schaffen.

Dann kommt - wo Sie gehen und stehen - die Frage: Wie wollt ihr das eigentlich machen, was sind denn eure Trümpfe? – Ich denke, wir haben vier Trümpfe:

Erstens – und das schätze ich hoch ein –: Wir wissen zu kämpfen. Wir wissen, daß ohne Kampf keine Wahl zu gewinnen ist. Die Parole des alten Konrad Adenauer vor vielen Jahrzehnten war: Wahlkampf heißt Kampf. Das sind zwei Begriffe in einem Wort: kämpfen um jede Stimme. Jeder, der in diesen Tagen in den Kreisverbänden mit unseren Mitgliedern spricht, bemerkt – das ist wahr – gelegentlich auch Spuren von Resignation, aber vor allem eine Grundstimmung, die sagt: Wir überlassen den anderen nicht das Feld, wir wollen gewinnen.

(Beifall)

Zweitens: Unsere Politik setzt auf Zukunft. Wir sagen in unserem Zukunftsprogramm nüchtern und ehrlich, was wir tun müssen und was wir erreichen wollen. Wir machen es uns nicht leicht. Wir machen keine wolkigen und schon gar keine falschen Versprechungen. Die Programmkommission, in der viele mitgewirkt haben, hat exzellente Arbeit geleistet.

Der Parteivorstand hat dem Parteitag dieses Programm einstimmig zur Annahme empfohlen. Wir werden morgen darüber abstimmen. Auch hier will ich allen Mitgliedern der Programmkommission und erneut Wolfgang Schäuble, der den Vorsitz hat, sehr herzlich für die Arbeit danken.

(Beifall)

Drittens: Liebe Freunde, wir haben viele Erfolge vorzuweisen. Wenn ich das sage, weiß ich auch – das ist im privaten wie im öffentlichen Leben so –, daß Leistungen von gestern keinen Anspruch darauf bedeuten, gewählt zu werden. Aber wir haben trotzdem in der Vergangenheit, auf dem Weg hierher bewiesen, daß wir Zukunft gestalten können. Darum geht es: um die Gestaltung der Zukunft. Ich finde, es gilt auch die alte Lebenserfahrung: Was jemand leisten kann, erkennt man auch daran, was er bisher geleistet hat.

(Beifall)

Deshalb muß sich jede Partei – übrigens auch jeder Kandidat, das war schon immer so – nach seiner Bilanz fragen lassen. Diesen Fragen werden wir uns auch stellen. Wenn sie redlich und fair gestellt werden, gewinnen wir jeden Vergleich. Auch das ist wahr und deutlich zu sagen.

(Beifall)

Viertens: Es ist erkennbar, die Herausforderer haben in Wahrheit nichts vorzuweisen. Wer sind sie? Das ist Rot-Grün, das ist die SPD mit den Grünen und am Horizont, im Schlepptau, die PDS. Wir müssen den Wählern klarmachen, was diese Konstellation bedeutet: An der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert zunächst einmal Unsicherheit, Instabilität und in der Außen- und Sicherheitspolitik - das ist mit Händen zu greifen - ein Verlust an Vertrauen in der Welt, das wir mühsam gewonnen haben.

(Beifall)

Wer die Entscheidungen der Sozialdemokraten mit dem Ziel des Zusammengehens mit der kommunistischen PDS in Magdeburg erlebt, wer sieht, was ich als Skandal ansehe und als

Schande empfinde, wie SPD und PDS in Frankfurt an der Oder gemeinsame Sache gegen unsere Bundeswehr machen, der kann nur zu dem Schluß kommen: Das ist der Weg in eine linke Republik.

(Starker Beifall)

Es ist in Wahrheit – und das müssen die Menschen erkennen – nicht der Weg in eine „neue Mitte“, das ist der Weg zurück in die alte Linke – zugegeben aufgeputzt, mit viel Schminke, aber wenn die weg ist, kommen Schröder und Lafontaine so zum Vorschein, wie sie wirklich sind.

(Beifall)

Liebe Freunde! Manche glauben, es mache keinen großen Unterschied, wer Deutschland regiert. Ich halte das für einen Irrtum. Es steht sehr viel mehr auf dem Spiel, als vielen bewußt ist. Es geht jetzt wirklich nicht um die beste Show - da sind die anderen hervorragend. Es geht um die ernste Sache der Zukunft. Wir müssen den Wählern deutlich machen, daß sie im September über zwei grundverschiedene politische Richtungen entscheiden. Das ist evident, man muß es nicht begründen. Nur mit uns, mit der Koalition von CDU, CSU und FDP, wird der Weg der notwendigen Veränderungen fortgesetzt werden können. Das ist ein anstrengender Weg, und wir dürfen nicht davor zurückschrecken, den Leuten zu sagen: Es ist anstrengend, es ist nicht billig zu haben. Aber wenn wir auf Zukunft setzen, müssen wir die dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland endlich erkennen und daraus die Konsequenzen ziehen. Deswegen heißt für mich der Weg von Rot-Grün Rückschritt. Er bedeutet Verlust von Zukunft. Deswegen müssen wir die Sozialdemokraten und ihren Spitzenkandidaten fragen: Wofür steht ihr? Wofür stehen Sie?

Einige Beispiele: Die SPD hat im Bundesrat die Zustimmung zur Steuerreform verweigert, obwohl sie genau wußte, daß dies in dieser Phase des Aufschwungs mit den möglichen positiven Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein schwerer Schaden für unser Land ist. Die Sozialdemokraten haben überhaupt keinen Hehl daraus gemacht, daß sie dies aus wahltaktischen Gründen getan haben. Sie wollten vor dieser Bundestagswahl Stillstand produzieren, um den Leuten zu sagen: Die bringen gar nichts fertig, wir könnten das viel besser. –

Wenn Sie jetzt das Programm betrachten, sehen Sie, daß die SPD die Bürger und die Wirtschaft noch zusätzlich mit Steuern und Abgaben in Milliardenhöhe belasten will, wodurch Deutschland Wettbewerbsfähigkeit verlieren würde. Das müssen wir wiederum unter die Leute bringen. Es geht bei dieser Kritik an der SPD nicht um irgendeinen Dienst an der Wirtschaft, wie manche in ihrer Torheit meinen. Wir sind überzeugte Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft, wir sind keine Anhänger von Marktwirtschaft pur.

(Beifall)

Soziale Marktwirtschaft, liebe Freunde, heißt, daß wir den Freiheitsraum für wirtschaftliches Tätigsein großzügig gestalten, mit eigener Verantwortung. Aber das Wort Verantwortung führt uns zur Sozialverpflichtung. Herr Bischof Bode, Sie haben es in Ihrer Predigt heute sehr gut formuliert; ich nehme dies gern auf. Das hat etwas mit Menschen zu tun, mit sozialer Verantwortung. Wir wollen keine kalte Gesellschaft. Wir wollen die Gesellschaft

der Sozialen Marktwirtschaft, die auch innere Solidarität der Menschen miteinander ermöglicht, herausfordert und verlangt. Das ist unsere Position.

(Beifall)

Wer jetzt wieder Neid als Mittel der Politik heranzieht, etwa im Blick auf geplante Steuerbelastungen, der muß wissen, daß er den Aufschwung zerstört und daß so Arbeitsplätze verlorengehen.

Ich nenne das Beispiel Sozialstaat. Die Sozialdemokraten sagen – obwohl sie genau wissen, daß diese Aussage völlig unhaltbar ist –, sie wollen die notwendigen Veränderungen, die wir durchgesetzt haben, rückgängig machen. Wir haben diese Veränderungen doch wahrlich nicht durchgesetzt, um die Menschen zu ärgern, sondern um unseren Sozialstaat – ein wichtiges Ergebnis und eine glückliche Entwicklung in der Geschichte unserer Bundesrepublik - auch in Zukunft finanzierbar zu erhalten, um die Rente finanzierbar zu halten, um die Zukunft junger Leute zu sichern. Darum muß es doch gehen.

Wie will eigentlich ein Sozialdemokrat den Jungen die Frage beantworten: „Wie wollt ihr unsere Rente im Jahre 2030 sichern?“ Die einen bei der SPD sagen, die Rentenreform sei doch gar nicht notwendig gewesen. Ein Mitglied des Schattenkabinetts hat nun erklärt, es müsse eine steuerfinanzierte Grundsicherung geben. Was gilt nun eigentlich? Wir wollen den Sozialstaat erhalten. Aber, meine Freunde, er muß bezahlbar sein. Das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall)

Das ist auch allen anderen in der Welt klar.

Ich nenne das Beispiel der inneren Sicherheit, wo es in den kommenden Jahren um wichtige Entscheidungen geht. Da haben die Sozialdemokraten gemeinsam mit manchen ihrer linken fellow travellers die Entwicklung gebremst und blockiert. Wir haben gerade ein positives Gegenbeispiel aus Bremen gehört, was man gemeinsam auf diesem Weg erreichen kann.

Ich komme vom Weltwirtschaftsgipfel in Birmingham. Dort war neben dem Aktuellen die zentrale Frage schlechthin: Was können wir als große Industrienationen der Welt angesichts einer dramatischen Verschärfung der Herausforderungen durch internationale Kriminalität, durch Drogen, durch Geldwäsche, durch Waffenhandel, durch Menschenhandel in den denkbar schlimmsten Formen tun? Die Welt hat sich auch auf diesem Gebiet verändert. Deswegen ist dies ein Thema von äußerster Wichtigkeit.

Wo immer die Sozialdemokraten regieren, haben sie oft genug die Polizei alleingelassen. Sie haben Sicherheitsgesetze verwässert, die Drogengefahr verharmlost. Wie will eigentlich Herr Schröder, der viele Jahre Ministerpräsident hier in der Nachbarschaft, in Niedersachsen, war, etwas zur inneren Sicherheit sagen? Die Chaos-Tage von Hannover sind sozusagen ein Symbol geworden.

Ich sage: In keiner anderen großen Stadt Europas wäre Vergleichbares möglich gewesen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich spreche vom Beispiel der neuen Länder. Ich zitiere dabei eine Quelle, die ganz unverdächtig ist – es lohnt sich zuzuhören –:

Beim wirtschaftlichen Aufbau haben die Ostdeutschen bereits beachtliche Erfolge erzielt: Beim Städtebau, bei der Wohnungsversorgung, beim Ausbau der Infrastruktur, beim Neuaufbau des Bildungswesens und der Hochschulen. In Ostdeutschland

– Sie hören richtig –

arbeitet die modernste und produktivste Autofabrik Europas. Hier werden hochmoderne Flugzeugtriebwerke entwickelt und gebaut. Es werden Spitzenprodukte der Elektronik, der Optik und des Waggonbaus hergestellt. In der Chemie sind hochmoderne Arbeitsplätze entstanden. An der Küste entsteht eine international wettbewerbsfähige Schiffbauindustrie.

Das ist alles richtig. Das Zitat stimmt auch. Es steht im Leipziger Wahlprogramm der SPD vom 17. April dieses Jahres, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Im Wahlprogramm sagen sie das. Aber sie hören da auf. Der ehrliche Absatz fehlt, nämlich der Hinweis, wer das alles mit auf den Weg gebracht hat. Es war natürlich vor allem der Fleiß unserer Landsleute in den neuen Ländern, die eine ungeheure Bereitschaft zeigten, persönliche Veränderungen in ihrem Leben hinzunehmen, die für die meisten Westdeutschen völlig undenkbar gewesen wären,

(Beifall)

und die soziale Einbußen hinnehmen mußten, die, wenn Sie sich an die Diskussion um die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen vor ein paar Jahren erinnern, in Westdeutschland völlig undenkbar gewesen wären. Sie haben all das gemacht, um auf den richtigen Weg zu kommen. Dazu gehört aber auch die richtige Politik. Das war unsere Politik. Es ist schon eine ziemlich schamlose Sache, daß man im Wahlkampf, wie wir das jetzt gerade wieder in Sachsen-Anhalt erlebt haben, von denen, die die Sachen auf den Weg gebracht haben und auch vor Ort Hilfen gegeben haben, nicht redet. Herr Höppner hat für das Chemiedreieck fast nichts getan. Wenn Sie aber im Wahlkampf dort waren, konnten Sie meinen, er habe Haus für Haus selbst aufgebaut. Das ist sozialdemokratische Propaganda, die fernab aller Wirklichkeit ist.

(Beifall)

Herr Schröder – ich finde es ja gut, daß er zur Einsicht kommt – will nun den Aufbau Ost zur „Chefsache“ machen. Er hat ihn aber acht Jahre als Nebensache behandelt. Ich denke, diese Ankündigung, daß er ihn zur „Chefsache“ machen will, können die Menschen in den neuen Ländern eigentlich nur als Drohung verstehen.

(Beifall)

Denn, liebe Freunde, wir haben doch wenigstens noch ein Kurzzeitgedächtnis. Wir haben noch die zynischen Bemerkungen im Ohr. Nun bin ich da nicht pingelig. Jeder von uns – ich auch – macht mal da oder dort eine Bemerkung, bei der er sich hinterher sagt: Hätte ich besser den Mund gehalten. Sie wissen aber, daß solche Bemerkungen trotzdem ziemlich

verräterisch sind. Daß er damals sagte – es ist nicht lange her: „Wir können die“ – gemeint waren die neuen Länder - „ja schließlich nicht an Polen abtreten“, zeigt gegenüber unseren Landsleuten in den neuen Ländern ein Maß an innerer Distanz und Kälte, das exemplarisch darstellt, was er denkt.

(Beifall)

Liebe Freunde, wer so redet, wem ganz offensichtlich die innere Einheit des Landes so wenig am Herzen liegt, der kann nicht Kanzler des wiedervereinten Deutschlands werden.

(Beifall)

Ich finde, wer sich um dieses Amt bewirbt und sich in die Reihe aller meiner Amtsvorgänger stellen will – ich sage das bewußt so und nicht auf eine Partei bezogen –, der muß sich fragen lassen und Antwort darauf geben, wie er es mit den Schicksalsfragen unserer Nation gehalten hat, und zwar nicht mit denen aus grauer Vorzeit, sondern mit denen der letzten Jahre. Ich denke zum Beispiel an den NATO-Doppelbeschluß Anfang der 80er Jahre. Ich habe jetzt im Fernsehen gesehen, wie Helmut Schmidt auf Herrn Schröder zugegangen ist und ihm die höheren Weihen verliehen hat. Ich kann das verstehen. Daß Helmut Schmidt in seinem Alter noch Partesoldat geworden ist, gefällt mir ganz gut. Nur, meine Damen und Herren, wer war denn das, der gegen den NATO-Doppelbeschluß kämpfte und über die Straßen und Plätze zog? Wer war das? Herr Schröder, Herr Lafontaine und viele andere.

Wir haben noch in Erinnerung, wie die Kriegsgefahr beschworen wurde und was alles dazu gesagt wurde. Dabei haben wir doch in Wirklichkeit den Frieden gesichert. Als ich damals im Bundestag sagte, wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen, bin ich von manchen ausgelacht worden. Aber jetzt, im Mai des Jahres 1998, können wir als Deutsche und übrigens auch als Europäer sagen: Es gab in diesem Jahrhundert auf unserem Kontinent noch nie so wenig Waffen, wie das heute der Fall ist. Das ist das Ergebnis unserer Friedenspolitik.

(Beifall)

Ich habe nicht vergessen, was Michail Gorbatschow mir einmal im Blick zurück auf diese Tage gesagt hat: Im Kreml erwartete man damals bei den Diskussionen über den NATO-Doppelbeschluß, daß die Deutschen umfallen würden, daß es zur Erosion der NATO und damit im übrigen auch zur Erosion der Europäischen Gemeinschaft kommen würde. Er sagte auch, daß gerade die Standfestigkeit der Deutschen bei der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses ganz wesentlich zu einem Umdenken in der sowjetischen Außenpolitik beigetragen hat - und dazu, daß die Bereitschaft geweckt wurde, mit der anderen Weltmacht zu einem Einvernehmen zu kommen. Das ist ein Verdienst, liebe Freunde, auf das wir in der Union stolz sein dürfen. Wir sollten das auch deutlich sagen.

Neben dem NATO-Doppelbeschluß meine ich als weitere Beispiele die historische Stunde 1989/90 – die Wiedervereinigung Deutschlands – und die Einführung des Euro heute. Drei fundamentale Weichenstellungen, die Deutschland und Europa, einen Teil der Welt, verändert haben.

(Beifall)

Wir sprachen gerade von unserer Erinnerung. Vor neun Jahren, auf dem Parteitag in Bremen, als Tausende DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft Zuflucht suchten und der Übergang in Ungarn offen war, sagte Herr Schröder: Die Wiedervereinigungspolitik der Union sei „reaktionär und hochgradig gefährlich“. Liebe Freunde, was war eigentlich reaktionär? Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen; das ist noch nicht lange her. Reaktionär in den Augen von Schröder und seinen Genossen war, daß wir die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft nicht aufgeben wollten. Das empfanden sie als reaktionär.

(Beifall)

Es ist doch wahr, daß gerade die Entscheidung der Regierung Németh/Horn in jenen Septembertagen in Budapest, von der wir vorhin sprachen, völkerrechtlich genau auf diesen Punkt aufgebaut hat. Es gibt nur Deutsche, so sagte Németh. Es gibt keine DDR-Deutschen und keine BRD-Deutschen. Es gibt nur Deutsche, und Deutsche können nach Hause fahren. Das war doch die Parole.

(Beifall)

In der entscheidenden Abstimmung im Bundesrat im Wege der Entwicklung zur deutschen Einheit stimmten Schröder und Lafontaine als einzige gegen den Vertrag über die innerdeutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Das heißt doch – das muß man, auch noch nach acht Jahren, den Menschen in den neuen Ländern sagen –: Wenn es nach denen gegangen wäre, wäre die deutsche Einheit gar nicht gekommen.

Das ist jetzt beim Euro nicht anders. Dazu hat Herr Schröder ein entschlossenes „Jain“ gesagt. Wie will jemand, der von Europa und deutschen Interessen offenkundig so wenig versteht – vielleicht ist das Wort falsch; verstehen kann er es natürlich: aus taktischen Gründen so wenig verstehen will –, in dieser ganz entscheidenden Übergangszeit der Europäischen Union die Verhandlungen führen?

Denn ob es uns paßt oder nicht - das hängt von uns überhaupt nicht ab, das ist auch keine Manipulation, sondern ergibt sich aus dem Kalender: Vom 1. Januar des kommenden Jahres bis zum 30. Juni haben wir Deutschen die EU-Präsidentschaft inne. In diesen sechs Monaten geht es in EU-Europa um entscheidende Fragen. Es geht um die zukünftige innere Struktur der Europäischen Union. Wollen wir eine zentralistische Union – wir wollen eben keinen Zentralstaat –, oder wollen wir eine vernünftige föderale Organisation? Wie werden wir die Finanzbeiträge gestalten? Wie werden wir die Erweiterung gestalten? Denken Sie an die Ungarn, von denen ich gerade sprach. Ich sage an die einzelnen Länder des Westens wie des Ostens: Wie kann in Zukunft die regionale Strukturpolitik, die zu den Glücksfällen der Geschichte der Bundesrepublik der letzten 40 Jahre gehört, so gestaltet werden, daß das letzte Wort bei uns fällt? Ich nenne des weiteren die Zukunft der deutschen Landwirtschaft. Das sind alles elementare Themen, die im ersten Halbjahr des nächsten Jahres zur Entscheidung anstehen werden.

Wer den Wahlkampf der SPD, wer ihre Programmatik sieht, erkennt: Das ist ein Täuschungsmanöver. Sie reden von Innovationen, aber wollen unsere Innovationen, die Reformen, rückgängig machen. Sie reden von „neuer Mitte“ und stellen sich an die Seite der Kommu-

nisten – und dies nicht nur in Magdeburg: Sie sind schon dabei, dasselbe für die Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen zu planen. Wenn Herr Schröder sagt, jetzt sei nicht mehr die Kandidatenfrage offen, wohl aber die Koalitionsfrage, dann ist das doch nicht wahr. Er hat es einmal ganz offen und ehrlich gesagt: Auch mit nur einer Stimme Mehrheit im Deutschen Bundestag würde er eine rot-grüne Regierung bilden. Ich bin sicher, daß er jede Stimme nehmen würde, auch solche von außerhalb des rot-grünen Bündnisses, von der PDS.

Deswegen war die Erfahrung, die wir jetzt in Magdeburg gemacht haben, von großer Wichtigkeit. Ich will ausdrücklich unseren Freunden dort danken, die eine ziemlich schwierige Position hatten und haben. Sie fühlen sich – genauso wie die Sozialdemokraten und andere – der Wohlfahrt ihrer Heimat verpflichtet. Unsere Freunde in Sachsen-Anhalt wissen, was getan werden müßte. Sie wissen vor allem, daß durch die Landespolitik der letzten Jahre Sachsen-Anhalt sozusagen zum Schlußlicht der neuen Länder geworden ist. Deswegen ist das, was dort jetzt von der SPD aufgeführt wird, ein rundherum erbärmliches Schauspiel.

(Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie mich im Zusammenhang mit dem Wahlausgang dort ein Wort zu den radikalen Gruppierungen sagen. Für uns ist das völlig klar: Nach unserem Verständnis ist es eine gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Parteien, die Wähler von radikalen Gruppierungen für demokratische Positionen zurückzugewinnen. Aber das geht nur, wenn man den Radikalen den Kampf ansagt - Kampf gegen jede Form des politischen Radikalismus. Die Sozialdemokraten verweigern sich dieser Verantwortung. Denn, meine Freunde, man kann nicht glaubwürdig gegen Rechtsradikale kämpfen, wenn man die Linksradiikalen sozusagen mit ins Geschäft zieht.

(Beifall)

Wir, die CDU Deutschlands, haben eine klare Position. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit Radikalen ab, ob von rechts oder von links. Im Kampf gegen den politischen Extremismus darf man auf keinem Auge blind sein. So einfach kann man das formulieren.

(Beifall)

Was mich ebenso bestürzt wie nachdenklich stimmt, ist, liebe Freunde, daß wir zwei Jahre vor dem Ende dieses Jahrhunderts, in dem wir die Lektionen der Geschichte doch brutal erfahren haben, überhaupt über diese Frage diskutieren müssen.

(Beifall)

Die Radikalen von rechts und links haben in diesem Jahrhundert nur Unglück über unser Volk gebracht, und sie dürfen in Deutschland nie wieder politischen Einfluß bekommen.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, unsere Politik, unser Zukunftsprogramm geben klare und ehrliche Antworten. Wir, die Union, die CDU/CSU, stehen für eine Politik, die das Bewährte bewahrt – mir ist wichtig, das deutlich zu sagen: das Bewährte bewahrt –, aber gleichzeitig dort Veränderungen durchsetzt, wo dies um unserer Zukunft willen dringend geboten ist. Wenn Sie so wollen, ist

das – im besten Sinne des Wortes – wertkonservative Grundsatztreue, verbunden mit der Kraft der Erneuerung. Das ist unsere Politik.

(Beifall)

Arbeit für alle ist unser allererstes innenpolitisches Ziel. Frieden und Freiheit ist und bleibt unser wichtigstes außenpolitisches Ziel. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir Veränderungen im Inneren und Verlässlichkeit gegenüber unseren Freunden und Partnern draußen in der Welt. Ich weiß – ich sage dies auch in Kenntnis dessen, was wir in diesen Wochen und Monaten im Wahlkampf erfahren –, daß eine solche Politik oft nicht populär ist. Aber sie ist zwingend notwendig. Wir müssen sie vertreten, wenn wir unsere Glaubwürdigkeit erhalten wollen.

Diese Politik trägt im übrigen auch Früchte – wir haben über diese Daten gerade in Birmingham gesprochen –: Wir werden in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 2,5 bis 3 Prozent haben. Damit stehen wir im internationalen Vergleich sehr gut da. Auch die Berichte auf dem Weltwirtschaftsgipfel haben das sehr deutlich gemacht. Wir haben gute Chancen, für 1999 mit einer noch stärkeren wirtschaftlichen Dynamik rechnen zu können.

Im übrigen rechnen damit ja nicht nur wir, sondern auch die Sozialdemokraten. Denn mit einem Teil ihrer Propaganda, ihrer Anzeigen will die SPD - es ist fantastisch, aber es ist so - den Menschen weiszumachen versuchen, der Aufschwung entspringe schon der Vorfreude auf eine künftige sozialdemokratische Bundesregierung.

(Lachen und Beifall)

Also: Den Aufschwung bestreiten sie jetzt schon mal nicht mehr. Da sind wir schon einen Schritt weiter. Daß die Vorfreude auf uns so groß ist, daß dies der Wirtschaft zugute kommt, haben wir an keinem Tag vergangener Wahlkämpfe bisher zu denken gewagt – geschweige denn gesagt. Die Dreistigkeit der SPD ist wirklich nicht mehr zu überbieten.

(Beifall)

Natürlich haben viele Faktoren dazu beigetragen. In der Politik wäre es töricht, immer alles nur für sich selbst in Anspruch nehmen zu wollen. Die konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten und der boomende Export haben uns natürlich geholfen. Aber das ist auch das Ergebnis einer Politik, soweit sie mit unseren Mehrheiten durchsetzbar war. Das, was wir mit unseren Mehrheiten durchsetzen konnten, haben wir durchgesetzt – aber gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten.

(Beifall)

Wenn Sie die öffentliche Diskussion aufmerksam beobachten, dann werden Sie feststellen – das muß uns wachsam machen, liebe Freunde –, daß riesige Erfolge total verschwiegen werden. Daran sind wir nicht ganz unschuldig; wir lassen das viel zu oft zu.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Der Preisanstieg beträgt jetzt in Deutschland wenig mehr als 1 Prozent. Das ist schlicht Preisstabilität. Preisstabilität ist die beste Sozialpolitik, die es überhaupt gibt.

(Beifall)

Millionen Rentner, Millionen Leute mit kleinen Einkommen, die nicht ihr Geld ins Ausland schaffen und all diese krummen Dinge nicht machen können, sondern die redlich und anständig ihr Leben führen, können sich auf die Kaufkraft ihres Einkommens verlassen.

Ich will dieses Beispiel weiter ausführen. Ein Prozent mehr Inflation bedeutet einen Verlust an Kaufkraft von 18 Milliarden DM im Jahr. Wer also über Binnenkonjunktur redet, sollte diese Zahlen bitte immer auch nennen.

Wir haben die niedrigsten Zinsen seit Bestehen der Bundesrepublik - Sie haben richtig gehört.

Auch für diesen Bereich möchte ich ein Beispiel nennen, das von großem Interesse ist. Wer heute ein Eigenheim baut, bekommt Baugeld für zehn Jahre zu Zinsen von unter 6 Prozent. Zu Beginn meiner Amtszeit, nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte von Helmut Schmidt, waren es noch 11 Prozent. Das heißt ganz konkret gerechnet: Ein Baudarlehen über 250 000 DM kostete damals fast 2300 DM im Monat. Heute sind es 1250 DM. Das ist die Wahrheit über die Realität in der Bundesrepublik Deutschland. Sagen wir das draußen an den Ständen und überall dort, wo wir mit den Leuten reden!

(Beifall)

Liebe Freunde, natürlich ist die hohe Arbeitslosigkeit bedrückend. Ich verstecke mich hier gar nicht hinter Zahlen. Für mich ist natürlich auch die Jugendarbeitslosigkeit viel zu hoch, obwohl ich sagen muß, daß sie bei uns mit die niedrigste in der gesamten Europäischen Union ist. Jeder, der keinen Job findet, verdient unsere Aufmerksamkeit. Denn Arbeitslosigkeit ist für uns nicht einfach eine statistische Zahl; wir wollen vielmehr die Menschen sehen. Ich habe etwas dagegen, positive Zahlen im Fernsehen als einen Sieg abzufeiern. Andererseits muß ich auch sagen: Wenn an einem Mittwoch oder Donnerstag der Präsident der Bundesanstalt in Nürnberg die Arbeitsmarktzahlen bekannt gibt und wenn am Freitag vorher eine gestylte Dame vom DGB im Fernsehen auftritt, um Unglück zu verkünden, dann ist das für mich keine Bekundung von Solidarität.

(Beifall)

Wir wissen: Es geht um das Schicksal von Menschen. Für die allermeisten von ihnen bedeutet der Arbeitsplatz weit mehr als Lohn und Brot. Einen Arbeitsplatz zu haben, gibt ihnen auch die Erfahrung, daß sie gebraucht werden. Das ist gut für ihr Selbstwertgefühl. Das soziale Umfeld, das sie haben, vermittelt ihnen Halt. Wenn Sie den konkreten Einzelfall betrachten und sich einmal überlegen, was es heißt, wenn einer Fünfzigjährigen oder einem Fünfzigjährigen gesagt wird: „Du bist zu alt“ - und das in einem Augenblick, wo die Lebenserwartung des Mannes auf 76 Jahre und die der Frau auf 78 Jahre gestiegen ist -, dann werden Sie einsehen, daß es in unserem Denken Elemente gibt, die man nur als bescheuert bezeichnen kann, um das klar und deutlich auszudrücken.

(Beifall)

Deshalb müssen wir alles tun und gemeinsam große Anstrengungen unternehmen. Wir brauchen keine Grabenkriege und keinen Sozialneid; das funktioniert nur im vernünftigen Miteinander.

Es gibt eine Erfahrung, die bitter, aber gleichzeitig auch wahr ist; Sie und ich – wir – haben sie machen müssen. Wir haben in langen Jahren aus der Erhard-Zeit gelernt: Entwickelt sich die Wirtschaft nach oben, kommen die Arbeitsplätze. Daß sich der Arbeitsmarkt unter den globalen Bedingungen vor allem großer, weltweit operierender Konzerne verändert, ist eine Realität; sie ist hinzunehmen. Damit möchte ich nicht sagen, daß seiner unternehmerischen Pflicht nachkommt, wer ausschließlich auf den Aktienkurs schaut - und überhaupt nicht mehr auf seine Mitarbeiter achtet.

(Beifall)

Die Schere zwischen Wachstum und Arbeitsplätzen geht nicht mehr automatisch zusammen. Wir haben auf der einen Seite eine boomende Wirtschaft und jetzt auch eine zunehmende Verbesserung der Binnenkonjunktur und auf der anderen Seite die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Es ist auch wahr: Inzwischen hat der Aufschwung auch im Bereich des Arbeitsmarkts begonnen; die Trendwende ist da. Das gilt vor allem für die alten Bundesländer. Die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland ist stark zurückgegangen – wie noch niemals zuvor in einem April seit der Wiedervereinigung. Darauf haben wir lange mit Beharrlichkeit hingearbeitet. In diesem Jahr werden neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Es werden übrigens mehr sein, als diejenigen zugeben, die das immer herunterreden wollen. Mancher – auch aus den Verbänden –, der konkrete Zahlen genannt hat und dafür beschimpft wurde, wird erleben, daß er recht bekommt. Ich meine in diesem Fall die Wirtschaftsverbände.

Wichtige Branchen stellen neue Leute ein, im Maschinenbau, in der Elektroindustrie und im Automobilbau. Es gibt auch andere Tendenzen; auch das ist wahr. Das zeigt doch, daß im System eine Menge nicht in Ordnung ist. Ich sage das nicht anklagend. Wir alle, Gewerkschaften, Politik, Wirtschaft, sind an diesem System beteiligt. Wenn der eine oder andere aus der Wirtschaft ab und an über Lohnnebenkosten redet, dann sollte er, denke ich, doch wenigstens sagen: Für über 50 Prozent der Lohnnebenkosten bin ich mitverantwortlich durch meine Unterschrift unter den entsprechenden Tarifvertrag. Auch das gehört doch zur Ehrlichkeit.

(Beifall)

Wahr ist, daß ich jeden Tag Briefe, häufig wilde Briefe bekomme. Wo ich gehe und stehe werde ich angesprochen: „Was willst du eigentlich? Ich suche dringend Leute und bekomme keine.“ - Ich rede jetzt nicht von denen, die zum Spargelstechen geholt werden. Erstens ist die Spargelzeit in ein paar Tagen vorbei, und zweitens sind wir auch kein Volk von Spargelessern, wobei ich hinzufügen möchte, daß ich das jedem gönne. Aber in diesem Bereich liegt nun wahrlich nicht die Zukunft. Es kommt darauf an, daß die neuen Arbeitsplätze, die wir schaffen, dann auch angenommen werden.

Wir haben in den neuen Bundesländern den stärksten monatlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit - und zwar nicht zuletzt auch deswegen, weil unsere arbeitsmarktpolitischen Instrumente besser eingesetzt wurden.

Liebe Freunde, dieser Aufschwung ist kein Selbstläufer. Er geht kaputt, wenn die Sozialdemokraten das Rad der Geschichte zurückdrehen, und deswegen dürfen sie nicht drankommen.

(Beifall)

Was wir jetzt brauchen, ist eine verlässliche Politik – vor allem im Bereich der Steuern. Die große Steuerreform - darüber muß sich jeder im klaren sein, wo immer er auch politisch stehen mag – ist neben vernünftigen Tarifabschlüssen – beides gehört zusammen – der wichtigste Schlüssel zu mehr Arbeitsplätzen. Das heißt ganz klar: Die Steuerpolitik muß berechenbar sein.

Ich habe es in diesen Tagen beim Besuch von Bill Clinton auch im Gespräch mit amerikanischen Unternehmern wieder erfahren: Der Standort Bundesrepublik Deutschland genießt heute in Amerika höchstes Ansehen. Gott sei Dank haben die dummen Redereien von hier viele Amerikaner gar nicht erreicht. Diese Redereien haben nachgelassen, und auch das Anführen von Beispielen aus Japan ist merklich zurückgegangen. Die Investoren, die zu uns und zu mir kommen, singen ein großes Loblied – vor allem auch auf die Lage in den neuen Ländern und auf den Fleiß der Menschen. Das Automobilwerk in Eisenach, ein Tochterunternehmen von Opel, steht heute im Ranking – man muß sich das klarmachen – nicht nur des General-Motors-Konzerns, sondern aller Automobilbetriebe in Europa auf Platz 1.

(Beifall)

Die Leute dort haben bewiesen, was sie können. Sie brauchen keinen Nachhilfeunterricht aus Westdeutschland – von niemandem. Sie können das. Man baut dort übrigens seit Generationen Autos – schon als anderswo in Deutschlands noch gar keine hergestellt wurden.

(Beifall)

Aber wahr ist ebenfalls, daß Manager großer amerikanischer Fonds mir sagen: Wie ist es mit den Steuern? Die Lage im Bereich der Steuern ist bei uns eben miserabel. Der Kollege Wim Kok, der Regierungschef eines Nachbarlandes – immerhin lange Jahre Gewerkschaftsvorsitzender und Vorsitzender der niederländischen Sozialisten –, hat das niederländische Steuersystem so reformiert, daß uns die Augen in der Debatte übergehen.

Da kommen die österreichischen Sozialisten und bieten württembergischen Betrieben, die bereit sind, umzusiedeln, in Vorarlberg Bedingungen an, daß wir nur staunen können. Wir können uns auch darüber ärgern, meine Damen und Herren. Wir haben aber vor allem Grund, uns darüber zu ärgern, daß wir wegen der SPD-Blockade nicht die notwendigen Entscheidungen treffen konnten. Wenn man sich die Situation in Halle oder im Chemiedreieck – das mir aus vielen Gründen besonders am Herzen liegt – oder die Situation in der Wertindustrie oder in anderen Bereichen vor Augen führt und zugleich weiß, daß in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt achtmal soviel an Investitionen nach Großbritannien wie nach Deutschland geflossen sind, muß man sich doch fragen: Warum tun die Unternehmen dies? Sie tun es, weil wir nicht die Voraussetzungen schaffen, die vernünftig sind. Deswegen muß die Steuerreform kommen.

(Lebhafter Beifall)

Ich sage Ihnen ganz offen: Das eigentlich Bedrückende in den letzten anderthalb Jahren ist für mich, daß kluge Leute, sachkundige Leute aus den Reihen der SPD gewissermaßen nur Zentimeter von uns entfernt waren und wir in Verhandlungen trotzdem nicht zu einem Ergebnis kamen. Wolfgang Schäuble könnte vieles aus den Gesprächen im Rahmen kleiner Runden

berichten. Er könnte etwa an den nordrhein-westfälischen Finanzminister und an dessen Vorstellungen erinnern. Mit einem Minimum an gutem Willen wäre es doch möglich gewesen, die Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen. Natürlich weiß auch ich, daß das Beste, was es gibt, das „Petersberger Modell“ ist, das unsere Freunde entwickelt haben. Wir sind doch aber nicht so dumm, daß wir nicht wüßten, daß wir dieses Modell bei unterschiedlichen Mehrheiten in den beiden Kammern – Bundestag und Bundesrat – nicht lupenrein umsetzen können. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Sinn des Vermittlungsausschusses. Der Sinn des Vermittlungsausschusses ist es doch nicht, daß man zusammenhockt und sich anödet. Von der Verfassung her ist der Sinn des Vermittlungsausschusses, daß man aufeinander zugeht und etwas Vernünftiges zuwege bringt. Ich selbst war während meiner Tätigkeit auf Länderebene über Jahre hinweg Vorsitzender im Vermittlungsausschuß. Wir haben dort immer Streit gehabt. Das gehört einfach dazu. Diskussionen und Gegnerschaften in der Sache sind durchaus normal. Wir haben uns dann aber immer wieder zusammengerauft. Was wir jetzt erleben, ist hingegen eine Blockade, die nichts mit der normalen Auseinandersetzung zu tun hat. Man will vielmehr das Land sozusagen auf Null bringen, um bei der Wahl sagen zu können: Die Bundesregierung hat versagt. – Das ist doch die Wahrheit.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, nun wird manchmal das Argument angeführt: Wenn ihr die Wahl gewinnt, wird die Blockade trotzdem weitergeführt. – Das könnte versucht werden. Die Geschichte der Bundesrepublik spricht allerdings eine andere Sprache. Jetzt – vor der Bundestagswahl – mag die SPD ihre Vertreter in den Ländern noch einmal zusammenbringen, aber danach kommt zum Beispiel die Landtagswahl in Hessen. Schauen Sie sich doch einmal die Landeskassen an. Es ist doch nicht so, daß die Länder im Geld schwimmen. Von Herrn Lafontaine will ich in diesem Zusammenhang schon gar nicht sprechen. Alle brauchen doch dringend Geld für die Entscheidungen, die für die Zukunft wichtig sind. Ich habe also keine Angst im Hinblick auf eine Blockade am Tage danach.

Die Wähler müssen wissen: Die Steuerreform ist eine zwingende Voraussetzung, um in einer vernünftigen Weise in das neue Jahrhundert zu kommen. Dies ist es, was wir den Menschen sagen müssen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wir sind auch – selbst wenn es gelegentlich anders dargestellt wird – keine Steuerfanatiker oder Steuerfetischisten. Die Steuerpolitik ist eine tragende Säule der Wirtschaftspolitik. Sie können nicht über wirtschaftliche Zukunft reden, wenn Sie nicht über die Frage der Steuern reden. Damit sind wir bei dem zentralen Punkt, wenn es um die Arbeitsplätze geht: Wie stärken wir den Mittelstand in Deutschland? Das ist das A und O der zukünftigen Entwicklung. Die vielen kleinen und mittleren Betriebe, das Handwerk, die freien Berufe, die selbstständigen Gewerbetreibenden und Dienstleister sind es doch, die die Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall)

Sie können doch nicht erwarten, daß die Arbeitsplätze vor allem im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Es mag im Bereich des öffentlichen Dienstes allerdings einige Ausnahmen

geben. Ich erwähne den Bereich der Schulen, wo eine Verbesserung wünschenswert wäre. Ebenso erwähne ich den Bereich der Bekämpfung der Kriminalität - die Polizei und Sicherheitsorgane. In diesen Bereichen werden wir mehr tun müssen. Es kann doch aber niemand glauben, daß wir im öffentlichen Dienst eine große Zahl neuer Arbeitsplätze brauchen. Das genaue Gegenteil ist richtig. Der schlanke Staat ist eigentlich das, was wir jetzt brauchen.

(Beifall)

Man kann die großen Konzerne leicht anklagen, aber wenn große Konzerne wie etwa die der chemischen Industrie in Indien, in China und anderswo nicht investieren und Produktionen schaffen, werden sie vor Ort nicht konkurrenzfähig sein. Sie müssen dort investieren; das trägt auch dazu bei, die Mutterbetriebe in Deutschland zu halten.

Wir brauchen neue Arbeitsplätze. Wir brauchen eine neue Innovationswelle in kleinen und mittelständischen Betrieben. Das ist Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen.

(Beifall)

In keinem anderen Bereich unserer Gesellschaft spielen Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Erfindungsgeist eine solche Rolle wie im Mittelstand. Übrigens ist – auch das ist wichtig – die Bindung des Eigentümers an Betrieb und Heimatregion nirgendwo so eng wie im Mittelstand. Ich habe das immer wieder gespürt, wenn wir den Mittelständlern, vor allen Dingen den Handwerkern, gesagt haben: „Es kommen soundso viel junge Männer und Frauen von der Schule, die eine Ausbildung wollen. Wir müssen es schaffen, auch in diesem Jahr wieder eine ausreichende Zahl von Lehrstellen bereitzustellen.“ – Angesichts dieser Situation ist der eine oder andere, beispielsweise im Handwerk, durchaus bereit, zu sagen: Meine Auftragslage und meine sonstigen Daten sind eigentlich gar nicht so günstig, aber ich kann doch das Mädchen und den Jungen nicht auf der Straße stehen lassen. Dann nehme ich in diesem Jahr eben vier statt zwei Auszubildende oder Lehrlinge in meinen Betrieb auf. – Das ist gelebter Patriotismus, wie wir ihn brauchen. Dieser ist im Mittelstand vorhanden. Dafür sind wir dankbar.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in den vergangenen 50 Jahren im Westen Deutschlands – zunächst im Westen und jetzt auch in den neuen Ländern – wäre ohne den Beitrag des Mittelstandes überhaupt nicht denkbar. Deshalb bleibt die CDU auch in Zukunft die Partei des Mittelstandes. Für mich gilt, was Ludwig Erhard in einer großen Rede zu diesem Thema in den 50er Jahren im Bundestag gesagt hat. Erhards Sprache war eine schöne Sprache. Er sagte – ich zitiere –:

Heute ist der Mittelständler nicht mehr ein Mann, der ein bequemes, sorgenfreies und gutes Leben führt, sondern er ist vor allem ein Mann des Betriebes, der die ganze Schwere der Verantwortung für seine Mitarbeiter trägt.

Das ist ein Beispiel für die Einstellung, die wir in Deutschland brauchen. Deshalb müssen wir gerade auch dem Mittelstand im Kampf gegen die Bürokratie helfen. Das gilt für uns alle in Bund, Ländern und Gemeinden. Deswegen ist es auch dringend notwendig, daß wir in

wenigen Wochen auf dem EU-Gipfel in Cardiff, wo es um die Abgrenzung von Zuständigkeiten geht, im Sinne des Mittelstandes einer neuen Welle von Bürokratie von Seiten der europäischen Institutionen entgegenwirken. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt für die zukünftige Entwicklung.

(Beifall)

Ein weiteres Thema ist für die Union besonders wichtig: Ich meine die Unterstützung von Existenzneugründungen. Im vergangenen Jahr haben 530 000 Existenzgründer den Schritt in die Selbständigkeit gewagt. Das ist die höchste Zahl seit der Wiedervereinigung. Es ist ganz einfach: Die Gründer von heute sind die Arbeitgeber von morgen. Auf diese Männer und Frauen – Junge und Alte – müssen wir setzen. Auf ihre Ideen, auf ihren Mut, auf ihre Tatkraft müssen wir setzen. Wir müssen ihnen beim Zugang zu Wagniskapital und im Bereich von Forschung und Entwicklung helfen. Wir müssen ihnen aber vor allem helfen, im Blick auf das Klima in unserer Gesellschaft. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, es ist doch häufig so, daß die jungen Menschen schon im Elternhaus hören: Selbständigkeit, das ist nichts für dich!, oder daß sie in der Schule hören: Selbständigkeit ist eine Dummheit. Rund 50 % der Studenten an den Universitäten – unser Kollege und Freund Jürgen Rüttgers hat als zuständiger Minister die Zahlen veröffentlicht - sagen, sie möchten später in den öffentlichen Dienst gehen und für den Staat arbeiten. In Amerika sind es nur 13 % der Studenten, die sich in diesem Sinne äußern. Jürgen Rüttgers hat recht, wenn er auf diesen Sachverhalt hinweist. Das muß doch zum Nachdenken anregen. Es kann doch nicht so sein, daß der Wagemut einer ganzen Generation verlorengegangen ist – einer Generation, der das deutsche Wirtschaftswunder – dies war übrigens kein Wunder, sondern beruhte auf Schaffenskraft und auf Hilfe von außen – gelungen ist.

Wir stammen doch von der Gründergeneration ab, und die jungen Menschen, die stammen von uns ab. Wir müssen endlich begreifen, daß hier – beim Wagemut – der Schlüssel für eine gute Zukunft im nächsten Jahrhundert liegt.

(Beifall)

Schauen Sie sich einmal das Programm der SPD in diesem Zusammenhang an. Sie wollen doch die für den Mittelstand wichtigsten Reformen zurücknehmen, beispielsweise alles, was die Einstellung neuer Arbeitnehmer erleichtert. Unser soziales System ist doch nicht zusammengebrochen, weil wir gerade im Blick auf den Mittelstand Einstellungs erleichterungen eingeführt haben. Es hat doch etwas gebracht – Zehntausende neuer Arbeitsplätze. Es kann doch niemand behaupten, daß die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall – das war am 1. Mai vor zwei Jahren noch die „Katastrophe“ schlechthin – das Land ruiniert hat.

Liebe Freunde, in einem Land, in dem wir nach den gesetzlichen Regelungen und nach den Tarifverträgen die längste Urlaubszeit in Europa haben und die meisten Feiertage dazu, darüber zu streiten, ob wir bei zunehmenden Problemen angesichts der Überalterung auch private Vorsorge im Bereich der Krankheitsvorsorge mit einbauen, das ist doch ziemlich absurd. Wir stehen zu dieser Reform. Der Mittelstand in Deutschland muß wissen, daß, wenn die Sozialdemokraten dies alles zurücknehmen – zum Beispiel auch im Bereich des

Kündigungsschutzes –, wir um Jahre zurückgeworfen werden. Das darf nicht passieren, und deswegen dürfen sie nicht an die Macht kommen.

(Beifall)

Wie wichtig mittelständische Initiative ist, zeigt sich in Zukunftsgebieten wie der Biotechnologie, im Bereich des Umweltschutzes und den großen Veränderungen im Bereich der modernen Medien. Der deutsche Standort ist wieder attraktiv geworden. Wir nehmen wieder Platz ein – ich sage das noch einmal: Platz ein – bei den Weltmarktpatenten. Das sind jene wichtigen Patente, die nicht nur im jeweils eigenen Land gelten, sondern ebenso in Ländern Asiens und Amerikas.

Vor ein paar Wochen – Sie konnten es alle miterleben, wenigstens am Fernseher – habe ich die CeBIT in Hannover eröffnet. Das ist die weltgrößte Messe für Informations- und Kommunikationstechnologien. Jeder, der auf dieser Erde Interesse an diesen Dingen hat, war dort. Jeder konnte sehen, daß die deutschen Unternehmen in dieser Schlüsselbranche für die Zukunft auf dem Weg zur Weltspitze sind. Die Tatsache, daß jeder auf der Welt, der etwas zu sagen und zu bieten hat, dort präsent sein will, zeigt doch, daß wir gute Partner sind. Übrigens haben wir das gleiche Bild ein paar Wochen später bei der Hannover-Messe gehabt. Ich hätte gerne dieses Zeichen aus Hannover überall in Deutschland verstanden gesehen.

In der Bio- und Gentechnologie herrscht Aufbruchstimmung. Lassen Sie uns das doch nicht verschweigen. Die Zahl der Biotechnologieunternehmen hat sich von 1995 bis 1997 vervierfacht. Wenn wir jetzt wieder mit den alten ideologischen Wirrungen anfangen, der Technikfeindlichkeit, dann gehen die Aufbruchstimmung und der Aufbruch verloren. Das darf nicht passieren. Das müssen die Menschen begreifen.

(Beifall)

Und damit das klar ist: Das ist natürlich Politik für die Zukunft. Wenn ich einmal die Arbeitsmarktzahlen der letzten vier Wochen ansehe und sie nach Bundesländern aufgliedere, dann ist es ja kein Zufall, daß die Bayern und die Baden-Württemberger inzwischen Zahlen erreicht haben, von denen andere Bundesländer nur träumen. Es war nicht selbstverständlich, daß sich das so entwickelt hat.

(Beifall)

Da war auch gescheite Landespolitik dabei. Da hat man vernünftig investiert. Ich werfe dem einen oder anderen, der alte Strukturen verändern mußte, wahrlich nicht vor, daß die Entwicklung so ist, wie sie ist – wenn zum Beispiel wie hier nahezu ausschließlich auf Wertindustrie gebaut wurde. So etwas kann man nicht über Nacht umstellen. Wenn Sie beispielsweise von der festen Säule Kohle und Stahl ausgehen, können Sie das auch nicht über Nacht umstellen. Aber, meine Damen und Herren, man kann mehr tun. Und weil jetzt gerade die „Festspiele Düsseldorf“ eröffnet werden – „Zu neuen Ufern“ – sage ich zum Abgang des alten Monarchen: Auf diesem Feld hat er wahrlich nicht viel gebracht. Er ist gut in der Bibel, aber nicht in der Umstrukturierung. Das muß ich ihm schon sagen.

(Beifall)

Wenn es um Veränderungen geht, die zwingend sind, dann sind wir natürlich beim Thema des Umbaus des Sozialstaats. Mehr Eigenverantwortung, das gilt nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung, sondern für jeden einzelnen. Mehr Eigenverantwortung des einzelnen, so schwer das begreifbar zu machen ist, ist die entscheidende Voraussetzung, wenn wir unseren Sozialstaat erhalten und ihn modernisieren wollen. Wer den Sozialstaat erhalten will, egal wo er politisch stehen mag, muß einfach wissen, daß dieser Sozialstaat an die gesellschaftlichen und die wirtschaftlichen Veränderungen angepaßt werden muß. Wer jetzt die notwendigen Veränderungen zurücknimmt oder ihnen aus den Weg geht, ruiniert den Sozialstaat. Er ruiniert damit die soziale Stabilität unseres Landes, und damit immer auch eine zentrale Voraussetzung für politische Stabilität.

Wir haben Enormes auf diesem Gebiet durchgesetzt. Ich erinnere an die Einführung der Pflegeversicherung. Ich guck' den Norbert Blüm an. Meine Damen und Herren, die Situation in Deutschland ist, wie sie ist. Es gibt eine Generation, die normalerweise als heiratsfähig bezeichnet wird. Es ist deren private Entscheidung, ob sie heiraten oder nicht, ob sie Kinder zeugen oder nicht. Das habe ich nicht zu kritisieren. Aber die Singles werden älter, das sage ich Ihnen voraus, und wer jetzt 30 ist, wird einmal 60 sein. Angesichts der Zahl der Menschen, die immer älter werden - über drei Millionen Menschen sind heute in Deutschland über 80 Jahre alt -, ist die Pflegeversicherung doch kein Luxus. Sie ist auch kein Anschlag auf die Soziale Marktwirtschaft, sondern ist eine vernünftige Reaktion auf eine Entwicklung in unserer Gesellschaft, die die Gesellschaft so gewollt hat. Das war nicht eine Entscheidung der Bundesregierung, das ist - wie gesagt - die private Entscheidung von Millionen einzelner Bürgerinnen und Bürger. Die Folgen der Altersentwicklung für das Gesundheitssystem sind doch offenkundig. Denn wir wollen natürlich ärztliche Versorgung für alle - wir haben heute dazu in der Kirche ein Wort gehört - und dies nicht ans Lebensalter binden, wie das in anderen Ländern Europas nach dem Motto „Du bist zu alt“ geschieht. Das ist eine Vorstellung von Solidargesellschaft, die für uns als Christliche Demokraten völlig indiskutabel ist.

(Beifall)

Wir haben die Rentenreform auf den Weg gebracht und die Reform der Arbeitsförderung. Auch das gehört zur Wirklichkeit des Landes: Wir haben für 16 Millionen Menschen in diesen neun Jahren den Sozialstaat in den neuen Ländern aufgebaut. Scheuen Sie sich nicht, das zu sagen, obwohl es da im Westen viel Neid gibt, das weiß ich. Vor der Wiedervereinigung erhielt ein Rentner mit mehr als 40 Versicherungsjahren in der früheren DDR im Sommer 1990 zwischen 470 und 600 Ostmark, und heute beträgt seine Rente in den neuen Ländern knapp 1 700 DM.

Ich war vor ein paar Tagen - Sie haben es ja gelesen in den Zeitungen - bei der VdK-Jahrestagung, und bei diesem Absatz meiner Rede gab es Buh-Rufe, weil eben der Gedanke der Solidarität in Deutschland doch auch im Westen spürbar nachgelassen hat. Ich wiederhole hier mit aller Deutlichkeit, was ich dort gesagt habe, und was viele nicht gerne hören: Ich bin mit den Freunden, die die Entscheidung mitgetragen haben, 1990 davon ausgegangen, daß „Deutschland einig Vaterland“ Solidargemeinschaft bedeutet. Wir haben eine Geschichte, ein gemeinsames Jahrhundert, und die Menschen in Frankfurt an der Oder tragen nicht die Verantwortung dafür, daß sie nicht in Frankfurt am Main gewohnt haben. Sie haben ihr Leben

unter ganz anderen Bedingungen geführt. Sie waren auch fleißig, ideenreich, aber ein verbrecherisches Regime hat sie in vielen Bereichen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Jetzt sind wir zusammen.

(Beifall)

Obwohl ich weiß, daß zwei Drittel der heute in Deutschland lebenden Menschen nach den Krieg aufgewachsen sind, sage ich: Zur Geschichte gehört auch, daß wir Deutschen den Krieg gemeinsam verloren haben. Menschen auf der einen Seite der Mauer hatten mehr Glück – die wenigsten aus eigenem Dazutun, sondern auf Grund der Fügung ihres Lebensweges –, und Menschen auf der anderen Seite der Mauer hatten weniger Glück.

In der Rentenfrage stellt sich dieses Problem in aller Deutlichkeit. Wer 1920 geboren wurde und in Frankfurt an der Oder gelebt hat, der hat eine andere Lebensperspektive gehabt als sein Altersgenosse in Frankfurt am Main. Jetzt im Alter jenseits von 70 Jahren hat er ein Recht auf unsere Zuneigung und Sympathie, auch wenn das manchen Menschen im Westen wegen ihrer Neidgefühle nicht gefällt. Unsere Position muß sein, das klar herauszustreichen.

(Beifall)

Man redet vom Abbau des Sozialstaates. Wir geben aber nahezu jede dritte Mark unseres Sozialprodukts, das sind 1 000 Milliarden DM, für soziale Leistungen aus. Der DGB-Vorsitzende kommt heute mittag. Ich begrüße ihn jetzt schon sehr freundlich, muß aber auf folgenden Punkt aufmerksam machen: Der DGB zwingt 8 Millionen DM an Beiträgen für eine Propagandakampagne für Rotgrün ab. Der DGB nennt das nicht so, er sagt es etwas eleganter. Aber das ändert nichts an der Zielrichtung dieser Kampagne. Früher war der DGB ehrlich, indem er gesagt hat: Wählt eine andere Bundesregierung. – Die Leute haben aber trotzdem uns gewählt. Das ist eine gute Arbeitsteilung, die wir beibehalten sollten.

(Beifall)

Auch damals hat der DGB für Kampagnen Geld ausgegeben. Aber damals hat er noch einen Rest von Schamgefühl dabei gehabt. Was jetzt geschieht, ist schlicht ein Verrat an der Idee der Einheitsgewerkschaft.

(Beifall)

Zum gleichen Zeitpunkt, zu dem der DGB Geld für Wahlpropaganda ausgibt, wird der Umfang der eigenen Organisation – aus verständlichen Gründen; das kritisiere ich überhaupt nicht – abgebaut, und die betroffenen Personalräte schreien Zeter und Mordio über die unsoziale Gesinnung des DGB als Arbeitgeber. In unserem alten katholischen Gesangbuch – die Liturgiereform hat diesen Teil abgeschafft - gab es früher ein ganzes Kapitel über die Rechte und Pflichten des Arbeitgebers. Ich weiß nicht, ob dieser Teil wegen der bischöflichen Ordinariate herausgenommen worden ist. Man könnte vielleicht einmal – es sitzen hier ja viele aus dem kirchlichen Bereich - dem DGB-Vorsitzenden ein altes Gesangbuch geben und ihn an die Pflichten als Arbeitgeber erinnern. Diese Pflichten hat auch er.

(Beifall)

Die dramatischen Veränderungen in der Demographie unseres Landes beeinflussen die Gesellschaft. Diese Tatsache müssen wir zur Kenntnis nehmen. Diese Veränderung hat Bedeutung für das Rentensystem. Wir müssen uns rechtzeitig darauf einstellen. Deshalb war die Rentenreform so, wie sie vorgelegt wurde, notwendig. Aber – dieses Aber muß deutlich ausgesprochen werden; so steht es auch in unserem Programm – in der kommenden Legislaturperiode muß es darum gehen, die Eigenvorsorge für das Alter mit einem größeren Gewicht zu versehen. Das heißt zum Beispiel auch: Neben dem Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung muß künftig kapitalgedeckte Vorsorge verstärkt hinzukommen. Wer das von den Jungen verlangt – es bleibt uns übrigens kein anderer Weg –, der muß ihnen sagen: Diese Notwendigkeit muß bei der Steuerreform mit in Betracht gezogen werden. Deswegen stehen die Steuerreform und die Rentenreform in einem ganz engen Zusammenhang.

(Beifall)

Wir wollen einen Sozialstaat, der schützt, ohne zu bevormunden, der Sicherheit gibt, wenn die eigene Kraft nicht ausreicht – das ist gelebte Solidarität –, und der, auch wenn es unbequem ist, die Verantwortung des einzelnen einfordert. Das heißt im Klartext, daß sich Arbeit wieder mehr als Nichtarbeit lohnen muß.

(Beifall)

Wer arbeiten kann, aber nicht will, hat dann keinen Anspruch auf die Solidarleistungen. Das Geld des Beitragszahlers ist nicht dazu da, den Lebensunterhalt der Trittbrettfahrer zu finanzieren.

(Beifall)

Das hat nichts, aber auch gar nichts mit sozialer Kälte und Ellenbogengesellschaft zu tun.

Wir müssen auch darüber nachdenken, in welchen Bereichen wir helfen können. Es ist nicht damit getan, den Mißbrauch zu bekämpfen. Wir müssen mit Hilfe der Politik dafür sorgen, daß Arbeitsplätze geschaffen werden, die dann angenommen werden können. Wir müssen dazu beitragen, den Weg von der Arbeitslosigkeit in eine neue Beschäftigung zu erleichtern. Es muß unser Ziel sein, arbeitsfähigen Empfängern von Sozialhilfe in einem mittelfristigen Zeitraum eine Arbeit zu verschaffen, zum Beispiel über Beschäftigungsgesellschaften der Kommunen. Es gibt doch Beispiele dafür – einige gar nicht weit entfernt von hier –: in den Verwaltungen von Osnabrück und des Emslandes,

(Beifall)

in Leipzig und anderswo. Es ist mein persönliches Ziel - bitte helfen Sie mir dabei –, daß wir in der kommenden Legislaturperiode mit den Ländern und Gemeinden diese Wege, die vorgezeichnet sind und die individuell angepaßt werden können, bundesweit gehen.

Wer sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt genauer ansieht, der erkennt worum es geht. Viele Arbeitsplätze entstehen doch deshalb nicht, weil einfache Arbeit zu teuer geworden ist. Einfache Arbeiten werden daher entweder gar nicht oder erst dann angeboten, wenn sie von Ausländern und Schwarzarbeitern erledigt werden können. Das ist ein auf die Dauer völlig unerträglicher Zustand.

Bisher waren Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger kaum motiviert, sich eine geringer bezahlte Arbeit zu suchen, weil ihr Lohn zum größten Teil mit der staatlichen Unterstützung verrechnet wird. Schauen Sie sich unser Programm an, das wir morgen diskutieren! Wir haben bereits vorgeschlagen, daß Sozialhilfeempfänger mehr dazuverdienen können. Dieser Vorschlag wird gegenwärtig – die Gründe kann ich überhaupt nicht verstehen – von der SPD im Bundesrat blockiert. Gleichzeitig hat Herr Schröder diese Forderung in seinem Wahlprogramm aufgestellt. Hier ist ein weiteres Beispiel für den Widerspruch von Reden und Taten.

Was wir für die Empfänger von Sozialhilfe anstreben, das streben wir auch für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld an. Das Kombilohnmodell, das wir im Programm vorschlagen, sieht vor, daß Arbeitslose ihre staatliche Unterstützung durch die Annahme einer gering bezahlten Tätigkeit deutlicher als bisher aufstocken können.

Ich weiß, das alles sind keine Patentrezepte. Ich weiß aber auch: Wenn man nur herumsitzt und sagt, das ist so und das bleibt so, dann erreicht man gar nichts. Es gehört Mut zum Umdenken dazu. Dieses Umdenken fordere ich von allen in der Union, aber auch vom deutschen Volk ein.

(Beifall)

Zu den Erfolgsmeldungen gehört auch, daß wir es – im Gegensatz zum öffentlichen Feldgeschrei – in diesem Jahr auf Grund der vorliegenden Zusagen wieder fertigbringen, daß junge Leute, die es können und die es wollen – beides gehört zusammen: das Können und das Wollen –, eine Ausbildungsstelle finden werden. Diese Ausbildungsstellen sind nicht immer am Heimatort – das gab es übrigens auch früher nicht – und nicht immer in dem jeweiligen Traumberuf. Ich plädiere leidenschaftlich dafür, daß wir dieses Thema auch in Zukunft zu unserem Thema machen.

In den Orts- und Kreisverbänden müssen wir uns vor Ort – insbesondere in den neuen Ländern – darum kümmern, wie sich die Situation für die jungen Leute entwickelt. Für mich ist diese Frage sehr einfach zu beantworten. Ich erwarte, daß der 19jährige entweder den Wehrdienst oder den Ersatzdienst leistet. Er kann aber von unserer Gesellschaft im Gegenzug erwarten, daß für ihn das Tor zu einer erstklassigen Ausbildung geöffnet wird. Das muß der selbstverständliche Zustand in unserem Lande sein.

(Beifall)

Wenn wir über die jüngere Generation sprechen, müssen wir uns ganz offen und, wo es angebracht ist, auch selbstkritisch in bezug auf die Veränderung der Gesellschaft die Frage stellen: Was können wir im neuen Jahrhundert mit Blick auf die Wissensgesellschaft einbringen, bei der es mehr denn je auf eine hervorragende Ausbildung und Bildung ankommt? Diese sind in Wahrheit der Schlüssel.

Bei der Jugendarbeitslosigkeit haben wir – trotz der für mich immer noch nicht akzeptablen Zahlen – mit weitem Abstand in Europa zusammen mit zwei, drei anderen Ländern die besten Zahlen – weniger als die Hälfte, ja ein Drittel dessen, was andere große Länder in Europa haben. Dies verdanken wir dem Dualen System, das Generationen aufgebaut haben. Das ist ein wahrer Schatz unseres Landes.

(Beifall)

Daran kann man doch erkennen, was Bildung und Ausbildung ausmachen. Wir können und wir dürfen es den jungen Menschen nicht abnehmen, ihren Weg selbst zu finden, ihr Leben selbst zu gestalten. Aber wir haben die moralische Pflicht, ihnen das bestmögliche Rüstzeug mit auf den Weg zu geben. Deswegen – warum sollen wir das eigentlich nicht so sagen – brauchen wir die besten Schulen und die besten Hochschulen. Jetzt frage ich Sie: Warum sollen wir hier nicht in einen Wettbewerb mit anderen eintreten? Wenn ich mir überlege, was wir in dem jetzt zu Ende gehenden Jahrhundert an Streit in Europa hatten, was im Krieg und in anderen schrecklichen Zeiten alles geschehen ist, dann sage ich: Laßt uns doch einmal einen wirklich sinnvollen Wettstreit führen – um die besten Universitäten, um die besten Schulen und um die besten Kindergärten in Europa! Das ist doch ein Ziel, für das es sich lohnt zu arbeiten.

(Beifall)

Aber das ist nicht mit Täuschungsmanövern möglich. Hier müssen wir sehr rasch zur Sache kommen; denn von diesem Ziel sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Deswegen sage ich ganz einfach: Nach vielen Jahren der Reformen muß jetzt auf den Prüfstand gestellt werden, was von diesen Reformen sinnvoll war, was bleiben soll – viel Vernünftiges – und was absolut unvernünftig ist.

Hier ist übrigens eine Richtungsentscheidung angesagt. Eine Bildungsreform, wie ich sie meine, hat zwei klare Prinzipien: das Ja zur Erziehung und auch das Ja zur Leistung. Wer auf eines der beiden Elemente verzichtet, wird keine Zukunft schaffen.

(Beifall)

Dazu gehört – ich sage das auch an die eigene Adresse, daß wir auch über Fehlentscheidungen reden. Ich sage Ihnen sehr offen: Der frühere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, würde das eine oder andere von dem, was er damals beschlossen hat, heute niemals mehr mit beschließen. Ich bin natürlich älter und weiser geworden; das weiß jeder. Aber, meine Damen und Herren, ich meine das jetzt gar nicht ironisch: Wenn Sie einmal genau hinschauen, dann werden Sie feststellen, daß es in der Bildungspolitik Fehlentwicklungen gab und noch heute gibt.

Wenn wir sagen, wir wollen die Leistungsbereitschaft fördern, dann geht es doch um die Zukunft und um das Bestehen im Wettbewerb. Das hat doch überhaupt nichts mit einer Ellenbogengesellschaft zu tun. Für uns sind Leistung und soziale Verantwortung Begriffe, die zusammengehören. Eine Bildungspolitik, die den jungen Menschen gerecht wird, muß Rücksicht nehmen auf die völlig unterschiedlichen Begabungen.

(Zustimmung)

Man tut den jungen Menschen doch keinen Gefallen, wenn man sie nicht fordert. Das ist eine völlig abwegige Vorstellung, wie jeder aus eigener Erfahrung weiß.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn ich lese und höre, was Sozialdemokraten und Grüne in der Bildungspolitik vorhaben, kommt es mir vor, als wollten sie „leistungsfreie Zonen“ in Schule und

Hochschule einrichten. Da sehe ich den Schüler Helmut Kohl vor mir. Das wäre eine reine Katastrophe gewesen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn Sie, die Sie hier sitzen, ehrlich sind, dann geht es Ihnen doch genauso. Wir erreichen das beste Bildungswesen doch nicht durch Gleichmacherei. Mittelmaß für alle – dies ist eine alte sozialistische Traumvorstellung von Umverteilung. Sie ist falsch und in der Bildungspolitik ist sie eine totale Katastrophe.

(Beifall)

Ich habe mich mit Norbert Blüm, mit Jürgen Rüttgers und mit anderen in den letzten Monaten oft über das Thema „Langzeitarbeitslose“ unterhalten. Es sind, glaube ich, allein in Westdeutschland rund 1 Million an der Zahl. Wenn Sie diese zu Hundert setzen, dann stellen Sie fest, daß rund 50 Prozent von ihnen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. 10 Prozent derjenigen, die von den Hauptschulen abgehen, sind nicht ausbildungsfähig in bezug auf ein ganz normales Ausbildungsverhältnis. Das heißt: Wir schaffen Jahr für Jahr in einer Größenordnung von 60 000 eine neue Problemlage, die sich in zehn Jahren auf 600 000 summiert. Das muß uns eigentlich vom Stuhl reißen. Da sehe ich eine soziale Frage. Ich sprach soeben voller Begeisterung von CeBIT und der Hannover-Messe. Aber dort ging es um Fertigkeiten, die eine Menge Leute nicht erbringen können. Dennoch sind dies kostbare Mitglieder unserer menschlichen Gesellschaft,

(Beifall)

für die wir uns mehr einfallen lassen müssen. Man kann nicht sagen: Das ist eine Sache nur der Gemeinde oder nur des Bundes oder nur des Landes. Am Ende, wenn es um Jugendkriminalität und um Resozialisierung geht, ist es unsere gemeinsame Sache. Deswegen ist es höchste Zeit, daß wir das begreifen.

In unserem Grundsatzprogramm ist als Auftrag der Schule beschrieben – ich zitiere –: „die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen, von Kulturtechniken, der deutschen Sprache und von Werten“. Darum geht es.

Das Thema „Werte“ ist überhaupt nicht altmodisch. Ich weiß, manche gescheiten Leute – oder solche, die sich dafür halten – sind unterwegs und fragen morgens, mittags und abends jede menschliche Reaktion ab, auch wenn der größte Blödsinn dabei herauskommt. Immerhin ergibt sich aus all diesen Umfragen, daß in Deutschland zum Ende dieses Jahrhunderts in wachsendem Maße nach der Wertgrundlage unserer Gesellschaft gefragt wird. Es ist nicht wahr, daß in allen Teilen der Bevölkerung akzeptiert wird, daß alles und jedes erlaubt sein soll. Es ist schon gar nicht wahr, wenn Sie mit jungen Leuten reden.

Seit mehr als 30 Jahren führe ich Diskussionen mit Schülern. Dabei sind in vielen Bereichen bemerkenswerte Veränderungen festzustellen. Wir müssen uns sehr davor hüten, jungen Leuten zu unterstellen, sie wollten mit Werten nichts zu tun haben, sie wollten mit den einfachsten Umgangsformen wie Höflichkeit nichts zu tun haben. Manchmal liegt es nur einfach daran, daß sie in der Schule nichts davon hören - oder besser gesagt: in manchen Schulen; man muß sich immer vor pauschalen Urteilen in acht nehmen.

Die Wahrheit ist: Die jungen Menschen wollen einen Kompaß haben. Sie sprechen vielleicht nicht von Idealismus. Viele auf deutschen Lehrstühlen wollen das Wort „Idealismus“ aus dem Wortschatz der Menschen streichen; sie sprechen jetzt von Engagement. Mir ist gleichgültig, wie es genannt wird – aber genau das gibt es bei vielen jungen Menschen – gelebten Idealismus.

Ich habe auf den Dämmen am Oderbruch erlebt, daß sich junge Soldaten, die erst acht Wochen bei der Bundeswehr waren, nachts festschnallen ließen. Sie haben nicht aufgegeben. Als ich nach Bosnien, nach Sarajewo, zu den mehr als 3 000 Soldaten kam, die dort ihren Dienst tun, wurde mir gesagt: „Herr Bundeskanzler, wenn Sie meinen, es sei notwendig, dann verlängern wir unseren Aufenthalt hier. Das hier ist eine wichtige Sache für den Frieden und für den Aufbau dieses Landes.“ – Das sind beste Beispiele für die junge Generation in Deutschland. Sie hat Wertvorstellungen.

(Beifall)

Aber wahr ist auch: Die jungen Menschen haben mehr Freiheit als je zuvor. Das haben wir, die Generation der Erwachsenen, übrigens ganz entscheidend gefördert. Jetzt erleben viele junge Leute, daß es gar nicht einfach ist, mit der Freiheit umzugehen. Dies gilt nicht zuletzt im Blick auf die Erfahrungen der neuen Länder; Sie können es feststellen, wenn Sie in eine Plattenbausiedlung gehen und den Alltag dort erleben. Das können Sie in Deutschland übrigens auf jedem Schulhof und auf der Straße erleben. Die Vermittlung von Werten setzt den Mut zur Erziehung voraus. Junge Menschen müssen lernen – und alle müssen dies sehr viel klarer sehen –, daß Freiheit und Verantwortung unauflöslich zusammengehören, daß man nicht nur von den Rechten, sondern auch von den Pflichten reden sollte.

Das ist nicht altmodisch! Sagen Sie das auch draußen in den Wahlversammlungen. Die riesige Mehrheit der Leute im Lande weiß sehr genau, daß das die Voraussetzung für eine glückliche Zukunft ist.

Der erste und wichtigste Ort, an dem Kinder Erziehung erfahren, menschliche Wärme und vor allem auch Werte, das ist die Familie mit ihrer Geborgenheit. Lassen Sie uns deswegen da nicht auf eine schiefe Bahn kommen, zum Beispiel bei staatlichen Eingriffen in das Erziehungsrecht der Eltern. Mit uns findet das alles nicht statt, damit das ganz klar und deutlich ausgesprochen wird.

(Beifall)

Es geht darum, die Rolle der Eltern zu stärken. Denn vor Gott und der Welt haben – das wird ja auch dauernd vergessen – die Eltern das erste Recht und die erste Pflicht zur Erziehung, nicht die Schullehrer.

(Beifall)

Es ist allerdings auch wahr, daß es ganz wichtig ist, auch die Position der Lehrer zu stärken.

Das Bewußtsein für die unveräußerliche Würde des Menschen prägt den Geist des Grundgesetzes und den Geist der demokratischen Institutionen. Aber machen wir uns nichts vor: Im Alltag ist das nicht mehr ganz selbstverständlich präsent. Deswegen lassen Sie uns dafür werben, nicht mit Propaganda, sondern mit unserem Vorbild, daß diese Werte und Tugenden eingefordert werden.

Liebe Freunde, ohne Bürgersinn ist kein Staat zu machen, und ohne gelebten Patriotismus hat auf Dauer keine Nation Bestand. Überhaupt finde ich es abwegig, daß wir nur dann patriotische Gefühle entwickeln, wenn Fußballweltmeisterschaft oder -europameisterschaft ist. Dann sagen wir: „Das ist Deutschland, unser Vaterland“. Deutschland und Europa, das ist doch kein Gegensatz.

(Beifall)

Zu einem menschlichen Miteinander gehören Tugenden wie Treue und Menschlichkeit, Hilfsbereitschaft, Toleranz und Höflichkeit. Wir haben heute von Demut gehört – das hat mir gut gefallen –, von Zuverlässigkeit und Fleiß, von Respekt vor dem anderen. Wenn da vor Jahren einer in Saarbrücken – er will es jetzt nicht mehr gesagt haben – abschätzig von „Sekundärtugenden“ gesprochen hat, dann zeigt das nur: Der Mann hat keine Ahnung von dem, was unsere Gesellschaft braucht!

(Beifall)

Es ist wichtig, daß in unserer Gesellschaft mehr Freiheit und mehr persönliche Entfaltung nicht zu mehr Kälte und Egoismus führen – oder gar als Freibrief für Gewalt mißverstanden werden. Es geht in diesen Monaten auch um eine geistige Auseinandersetzung, es geht um Wegweiser. Lassen Sie uns das ganz offen, aber ohne jede Überheblichkeit sagen. Wir haben da eine ganz klare Position. Wir versuchen, aus dem christlichen Verständnis des Menschen den politischen Weg zu finden. Im Übergang zu einem neuen Jahrhundert und Jahrtausend – hier ist es gut, vom Jahrtausend zu sprechen – ist es wichtig, daß wir erkennen, daß das C in unserem Parteinamen überhaupt nicht überholt ist. Ich behaupte, es ist knapp 20 Monate vor dem Eintritt in ein neues Jahrtausend aktueller denn je.

Aber, liebe Freunde, das heißt auch: Es ist Maßstab für unser eigenes Tun. Es gibt keinen Grund, dabei mit Arroganz auf andere zu schauen. Es gibt auch in anderen politischen Gruppierungen ganz selbstverständlich Männer und Frauen, die versuchen, ihren Weg aus christlicher Verantwortung zu gehen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß wir auch im Wahlkampf – nicht im Sinne von Propaganda – offensiv zu dem stehen, was wir als unsere Prinzipien verstehen. Darum bitte ich Sie sehr herzlich.

Liebe Freunde, da ist noch ein anderes Thema, über das wir heute mittag eingehend sprechen werden. Es ist das Thema der Inneren Sicherheit. Viele haben immer noch nicht begriffen, daß dies ein Thema ist, das die Menschen tief bewegt und beunruhigt. Mit Beliebigkeitsformeln, wie sie jetzt angeboten werden, können wir keinen Staat machen. Man kann nicht, wie die Grünen es in ihrem Wahlprogramm sagen, Haschisch zum frei zugänglichen Genußmittel machen oder Ladendiebstahl zu einer Bagatelle. Man muß immer die Konsequenzen sehen. Es hieß doch auch einmal: Gewalt gegen Sachen ist erlaubt. Dann wurde daraus Gewalt gegen Personen. Die Opfer stehen doch noch vor unseren Augen, großartige Männer und Frauen, die dem Land gedient haben, genauso wie die Polizeibeamten und andere, die dabei ums Leben gekommen sind.

Es ist natürlich keine Chance für die Zukunft, wenn Herr Schröder in Niedersachsen den Begriff der öffentlichen Ordnung aus dem Polizeigesetz gestrichen hat. Was soll das denn

eigentlich? Jahrelang hat man uns diffamiert, wir seien Leute von „law and order“. Was ist daran eigentlich falsch? Das heißt ganz einfach „Gesetz und Ordnung“.

(Beifall)

Das hat doch nun wahrlich nichts mit Faschismus zu tun. Lassen Sie sich das um Gottes willen nicht einreden! Es hat – ganz einfach, aber klar ausgedrückt – damit etwas zu tun, daß der Bürger seine Steuern und Abgaben zahlt, und dafür von seinem Staat vor allem zwei Dinge haben will: daß der Staat die äußere Sicherheit und die innere Ordnung des Landes und den Frieden garantiert, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall)

Es muß deutlich werden, daß wir die Partei sind, die für den inneren Frieden und die innere Ordnung eintritt, dafür, daß sich die Menschen in Deutschland sicher fühlen können, und daß nicht die Polizeibeamten vorgeschickt werden und sich die politische Führung vor ihrer Verantwortung drückt. Wir müssen vielmehr sagen: Diese Männer und Frauen setzen ihre Gesundheit und ihr Leben für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger ein, häufig bei einer Bezahlung, die weit von dem entfernt ist, was irgendwelche Dummköpfe männlichen oder weiblichen Geschlechts verdienen, die mich manchmal fragen: „Haben Sie heute Ihre Bullen nicht dabei?“

Wir stehen an der Seite dieser Polizeibeamten. Sie haben Anspruch auf unsere Unterstützung.

Wir wissen inzwischen genau, daß wir die grenzüberschreitende Kriminalität nur international bekämpfen können. Europol hat die Arbeit aufgenommen. Das war für mich immer ein wichtiges Thema, und wir werden das weiter vorantreiben.

Ein paar Prinzipien müssen eben gelten. Es muß das Prinzip gelten: keine Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter, egal welcher Nationalität.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist eine absurde Diskussion, die in diesem Zusammenhang geführt wird. Wir sind ein ausländerfreundliches Land; wir brauchen keine Nachhilfe.

Vorgestern in Birmingham haben wir wieder große Diskussionen über den Beitrag der Deutschen und anderer zur Entwicklungshilfe gehabt. Es gab britische Demonstrationen, übrigens Demonstrationen, wie ich sie mir wünsche: 30 000 Leute, die friedlich singen, die einem zuwinken, mit denen man reden kann, ohne Gewalt. Der Pöbel ist erst spät nachts gekommen, aber das hat nichts mit den Demonstrationen zu tun gehabt.

Diese Menschen haben uns gesagt: „Ihr Deutschen müßt mehr für die Entwicklungshilfe tun!“ Ich habe ihnen empfohlen, sich doch die amtlichen Statistiken anzuschauen. Wir stehen von allen Industrienationen bei der Gewährung von Entwicklungshilfe, gemessen am Brutto-sozialprodukt, an zweiter Stelle. Wir leisten also unseren Beitrag, aber ich habe auch gesagt: Ihr müßt fair sein. Wir, die Deutschen, tun noch viel darüber hinaus, beispielsweise bei der Hilfe für die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. 350 000 Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien haben hier Zuflucht gefunden, Beträge von weit über 10 Milliarden DM haben wir

für sie ausgegeben. Ich sage das nicht, um uns zu berühren. Wir haben selber in der Stunde Null unseres Volkes Hilfe erfahren, vor allem von den Amerikanern. Denken wir nur an die Care-Organisation. Beim Besuch Clintons in Berlin konnte man die Pakete jetzt wieder sehen. Die Schulkinder standen darum herum und haben sie angestarrt. Die hatten so etwas noch nie gesehen, all das, was damals über die Luftbrücke gekommen ist. Das hat den freien Teil Berlins damals gerettet. Und weil wir Hilfe von anderen erfahren haben, ist es eine Frage der moralischen Statur der Deutschen, daß sie jetzt anderen helfen. Das muß sein, was immer die Sorgen im eigenen Land sind.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, wer Gast bei uns ist, der hat das Gastrecht zu beachten. Das ist wie im privaten Leben.

(Beifall)

Wenn Sie einen Gast einladen, und der benimmt sich unmöglich, dann schmeißen Sie ihn raus. Warum soll das im Staat anders sein?

(Zustimmung)

Wer das Gastrecht mißbraucht, den werfen wir raus - unter rechtsstaatlichen Bedingungen.

(Beifall)

Wobei ich sehr wohl weiß – und das sage ich auch –, daß man sehr genau hinschauen muß, wie solche Verletzungen entstehen, ob junge Leute, die als Ausländer hier bei uns wohnen, keine Chancen haben, sich zu entfalten, schulisch miserabel ausgebildet werden, in eine Ausweglosigkeit geraten. Das gehört auch zu dem eben Gesagten. Die Menschlichkeit hat nichts mit dem Paß zu tun, um das klar und deutlich auszusprechen. Menschlichkeit ist keine Sache des Passes.

(Beifall)

Aber trotzdem gilt auch der andere Satz, daß unsere Sympathie in allererster Linie den Opfern und nicht den Tätern gilt.

(Beifall)

Ich habe nun wirklich alles Verständnis dafür, daß wir über Resozialisierung nachdenken und – wo dies möglich ist – auch Hilfe anbieten. Aber angesichts von so manchem, was in den letzten zwei Jahren im Bereich der Justiz geschehen ist, ist für mich klar, daß der Schutz der Kinder eindeutig Vorrang hat vor der Frage der Resozialisierung – damit das auch einmal ganz klar ausgesprochen ist.

(Beifall)

Liebe Freunde! Wir werden fortfahren, als Partei der deutschen Einheit das Notwendige zur Vollendung der Einheit auf den Weg zu bringen. Heute ist der Tag, an dem vor 150 Jahren das erste gesamtdeutsche Parlament in der Paulskirche in Frankfurt am Main zusammentrat. Für einen Moment kann man vielleicht erahnen, wie sich wohl Deutschland entwickelt hätte, wenn

dieses erste großartige Experiment erfolgreich gewesen wäre. Den Abgeordneten damals ging es darum, Deutschland im Geist von Freiheit und Demokratie zu einen. Was damals angestrebt wurde, haben wir in unserer Generation erreicht, wie es die Präambel des Grundgesetzes besagt. Und in diesem Geist gilt es jetzt auch, die Einheit Deutschlands zu gestalten.

Die Erfolge können sich wirklich sehen lassen. Ich habe die Passage aus dem Wahlprogramm der Sozialdemokraten zitiert. Natürlich haben wir auch Fehler gemacht, ich sage das zuallererst an meine eigene Adresse gerichtet. Aber wo waren denn all die Leute 1989, die jetzt so klug daherreden und sagen, ihr hättet doch alle Pläne für den Aufbau Ost in der Schublade haben müssen? Dieselben Leute haben damals noch mit Stolpe – Stolpe sage ich schon,

(Heiterkeit und Beifall)

das war zwar nicht ganz falsch, aber trotzdem eine echte Freud'sche Fehlleistung –, mit Stoph und Honecker ausgemacht, daß es keine DDR-Forschung mehr geben darf. Und da sollten wir 1990 alles aus der Schublade herausziehen und sagen können: Das ist so, und geht das so! Wir waren auch – ich sage das auch an meine eigene Adresse gerichtet – mit geblendet von der Propagandawelle, die über uns hinweggegangen ist.

Wenn man in einer großen deutschen Wochenzeitung – die manche gierig in sich hineinschlingen, als sei das die Offenbarung ihrer Geisteswelt – liest, was diese unter dem Thema „Reise in ein anderes Land“ schreibt, dann müssen Sie mir nachsehen, daß ich nicht alles begriffen habe - denn die haben gar nichts begriffen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bekenne mich also auch zu den Fehlern, die wir gemacht haben, aber, liebe Freunde, in den wesentlichen Entscheidungen haben wir uns nicht geirrt. Darauf können wir stolz sein.

(Anhaltender Beifall)

Besonders unsere Landsleute in den neuen Ländern haben allen Grund, stolz zu sein. Die Erfolge beim Aufbau sind ihr Werk. Es gibt überhaupt keinen Grund, onkelhaft herabzuschauen auf das, was alles nicht klappt. Liebe Freunde, was alles klappt denn in den Städten und Gemeinden in den alten Bundesländern nicht? Wenn wir ehrlich miteinander umgehen, muß man sagen: Es ist zum Teil doch toll, was beim Aufbau entstanden ist,

(Beifall)

daß wir zum Beispiel bei schwierigsten Bauvorhaben Genehmigungszeiten haben, von denen man in Westdeutschland nur träumen kann. Es sind doch dieselben Gesetze, die hier wie dort gelten – folglich sind sie in den neuen Ländern etwas früher aufgestanden.

Wir haben auch erlebt, wie viele Ostdeutsche die Umstellung der Lebensverhältnisse meistern. Angesichts all dessen, finde ich, haben wir allen Grund zum Respekt. Die Menschen in den neuen Ländern haben viel zu verkraften.

Die Einheit der Herzen – das haben wir erfahren –, dauert länger. Schauen Sie einmal genau hin - ich spreche hier vor allem von der Politik -, wie das in den Gewerkschaften, wie das in den Unternehmerverbänden, wie das beim Sport ist und - ich sage das mit äußerster Zurückhaltung -

wie das in der Zusammenarbeit der Kirchen untereinander ist. Wenn die schon Probleme miteinander haben, dann haben wir zwar keine Ausrede, aber wir können doch feststellen: Denen geht es zum Teil auch nicht besser als uns. Auch das gehört zur Wahrheit, auch wenn es viele nicht sagen.

Wir sind gefordert, aufeinander zuzugehen, miteinander zu reden, zuzuhören, und vor allem brauchen wir eines: Geduld. Das ist wahrlich nicht unsere größte Tugend. Am Beispiel der Bundeswehr haben wir erlebt, daß es möglich ist, und das soll unser Kurs sein.

Ich will noch ein anderes Wort bekräftigen, und das muß klar Aussage der CDU sein, auch für diese Bundestagswahl, auch dann, wenn es viele im Westen nicht gerne hören: Der Aufbau Ost hat absolute Priorität für die Entwicklung in Deutschland.

(Beifall)

Das ist der Standardsatz, der gelten muß und zu dem wir stehen.

Liebe Freunde! In diesen Tagen hat sich unsere Zukunftskompetenz in unglaublicher Weise in der Europapolitik erwiesen. Es gibt natürlich ein großes Geschrei, wenn eine Konferenz zwölf statt drei Stunden dauert. Wenn wir in Brüssel nach drei Stunden zu diesem Ergebnis gekommen wären, wäre es ein Erfolg gewesen, nach zwölf Stunden war es zerredet. Das ist das Wesen der modernen Mediengesellschaft. Das ist keine Entschuldigung für all die, die dazu beigetragen haben. Aber was wir jetzt erleben, ist die europäische Einigung. Nach zähem langjährigem Arbeiten ist das der Beweis dafür, daß Grundsatztreue, Zielstrebigkeit und Mut aus Träumen Wirklichkeit werden lassen.

(Beifall)

So wird auch die Europäische Währungsunion Wirklichkeit. Der Euro kommt, er wird in der weltweiten Konkurrenz – das habe ich gestern wieder von den Japanern gehört – auf Platz zwei, vor den japanischen Yen kommen.

Der Euro wird für mehr wirtschaftliche Dynamik sorgen, er wird die Einigung voranbringen, aber er löst nicht alle Probleme, schon gar nicht unsere Arbeitsplatzprobleme. Das ist eine Frage dessen, wie wir unsere Hausaufgaben machen.

Wir haben diesen Einsatz gebracht, und wir haben Erfolg. Natürlich weiß ich auch, wieviel Ängste es gibt. Du gibst – so schreiben mir die Leute – die gute D-Mark her, und was kriegen wir dafür? – Da heißt es auch: Und dann noch mit den Italienern! Kann man denen trauen? – Das sagen übrigens dieselben Deutschen, die im Sommer zu Millionen wieder dorthin fahren, dabei ganz happy sind und sich jung und dynamisch fühlen. Die eigentlichen Gebrechen kommen wieder, wenn sie über den Brenner nach Deutschland zurückkehren bzw. spätestens am Rosenheimer Dreieck.

Liebe Freunde! Der Euro wird eine stabile Währung werden. Die Ängste sind unbegründet. Wir haben getan, was nach menschlichem Ermessen als Sicherung getan werden kann. Ich habe oft in diesen Wochen daran gedacht, was ein kluger Mann bzw. einer, der sich dafür hielt, 1949 der D-Mark als Schicksal prophezeit hat. Der damalige Chef der Bank deutscher Länder, Geheimrat Vocke, sprach damals mit dem Leiter des Internationalen Währungsfonds über die Zukunft der D-Mark. Dieser sagte wörtlich:

Nun, Herr Vocke, kein Gold, keine Devisenreserven, ich will Ihnen ehrlich sagen, Sie haben überhaupt keine Chance, es kann nichts daraus werden.

Das war 1949. Was ist daraus geworden? Durch die Arbeit von Generationen, durch eine kluge Politik, an der viele beteiligt waren – das ist keine parteipolitisch einseitige Sache –, ist es ein großartiges Werk geworden, und ich behaupte, dieses Werk wird fortgesetzt. So wie die D-Mark, dessen bin ich sicher, wird der Euro eine Erfolgsstory für Deutschland.

(Beifall)

Es wird ein großer Schub für die Zukunft sein. Wir wollen dieses Europa als ein Europa der Subsidiarität, als ein Europa, das föderal gegliedert ist. Wir wollen auf gar keinen Fall ein zentralistisches Europa. Wir wollen ein Europa mit kultureller Vielfalt, mit regionalen Besonderheiten, in dem die unterschiedlichen Temperamente und Traditionen lebendig bleiben. Wir wollen nicht, daß Europa wird wie Italien, und die Italiener wollen nicht, daß Europa wird wie Deutschland. Aber zusammen ergibt das eine bunte Farbenpracht, und das macht doch Freude.

Europa ist doch nicht nur eine Sache des Verstandes; es muß vor allem auch eine Sache des Herzens sein.

(Beifall)

Deswegen müssen wir folgende Fragen bei den kommenden Entscheidungen richtig beantworten: Wie kann eine erweiterte Europäische Union ihre Handlungsfähigkeit nach innen und nach außen verbessern? Wie können die demokratische Verankerung und die Bürgernähe gestärkt werden? All das steht jetzt mit in der Debatte.

Meine Damen und Herren, für mich ist ganz entscheidend, daß wir das Haus Europa an der Schwelle zu dem neuen Jahrhundert aus den Erfahrungen dieses Jahrhunderts, aber vor allen Dingen mit Blick auf die jungen Leute bauen. Für mich ist der Gedanke faszinierend, daß die kleinen Kinder von heute, wenn sie in ein paar Jahren zum erstenmal einkaufen gehen, in weiten Teilen Europas überall mit der gleichen Währung, dem Euro, zahlen können. Für mich ist es eine faszinierende Sache, daß, wenn in wenigen Wochen die Sommerferien beginnen, in Bremen genauso wie in Edinburgh oder sonstwo der junge Schüler oder die junge Schülerin zum Bahnhof geht, ihr Interrail-Ticket löst und quer durch Europa fährt. Das ist die Erfüllung eines Traums für einen, der wie ich warten mußte und schließlich doch keinen Passport bekam, um von Ludwigshafen in der französischen Besatzungszone nach Mannheim in die amerikanische Besatzungszone zu fahren. Nun sind das alte Geschichten. Wenn ich das sage, sagen die Jungen genauso, wie ich es früher zu meinem Vater sagte: „Du erzählst schon wieder von Verdun.“ Das war auch weit zurück.

Es ist aber trotzdem anders. Es ist die lebendige Wirklichkeit unserer Zeit. Deswegen ist diese Politik richtig. Es ist eine Politik, die Herzenssache ist. Politik aus christlicher Verantwortung muß immer europäische Politik sein. Dieses Europa ist nicht allein aus christlicher Tradition gewachsen. Die Antike, die Aufklärung und vieles andere gehören dazu. Wahr ist aber auch, liebe Freunde, daß das Christentum die abendländische Entwicklung entscheidend geprägt hat. Wenn wir jetzt am Haus Europa bauen, dann ist es ein Werk des Friedens. Das gilt für die, die noch den Krieg oder dessen Folgen erlebt haben, wie für die ganz Jungen, die das von Ihren Großeltern hören. Unsere Politik ist Politik für Frieden und Freiheit.

Heute wachsen die Kinder in unserem Land in dem Bewußtsein auf, daß sie nach menschlichem Ermessen ihr ganzes Leben in Frieden und Freiheit verbringen können, daß ihnen in weiten Teilen Europas die Grenzen offenstehen, daß sie überall Freunde finden. Dafür brauchen sie gar nicht ins Ausland zu gehen. Wenn Sie jetzt im Sommer an die Loreley ins Rheintal fahren, erleben Sie eine Völkerwanderung sondergleichen. Ob Sie in London auf den Piccadilly gehen, in Paris zum Eiffelturm oder, was mir besonders gefällt, auf die Karlsbrücke in Prag, überall stellen Sie fest: Europas Jugend ist unterwegs. Sie sind schon jenseits des Berges – wir Politiker steigen gerade mühsam diesseits hinauf. Sie finden Freude daran. Das ist der Punkt.

(Beifall)

Es ist ein neues Gefühl europäischen Miteinanders entstanden. Was für ein Unterschied zu dem Beginn dieses Jahrhunderts! Ich habe vorgestern abend in Birmingham mit Tony Blair und anderen über die beiden Staatsmänner aus der Familie Chamberlain gesprochen, die uns heute noch bekannt sind. Da war als letztes der Premierminister, der 1938 das Münchener Abkommen mit Hitler geschlossen hat. Es ging aber vor allem um seinen Vater, Joseph Chamberlain, der eine der großen Gestalten der britischen Politik war und als Kolonialminister um die Jahrhundertwende, also vor knapp 100 Jahren, noch einmal den Versuch unternommen hat, mit den Deutschen zu einem dauerhaften Agreement zu kommen. Wenn man einen Moment nachdenkt und sich einen solchen Mann in Erinnerung ruft, dann stellt man sich doch die Frage: Was wäre geworden, wenn er sich hätte durchsetzen können? Die Historiker lehnen solche Fragen ab, aber sie sind trotzdem berechtigt. Das, was wir jetzt tun, tun wir in dem Bewußtsein, daß in ein paar Jahrzehnten, wenn es uns nicht mehr gibt, eine andere Generation fragen wird: Was haben die eigentlich gemacht, um die Chancen zu nutzen? Liebe Freunde, wir können dabei im Blick auf Europa, auch als Christliche Demokraten, gut bestehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe einiges von dem, was uns bewegt, hier sagen dürfen. Wir wissen, daß die Zeit bis zur Wahl unsere ganze Kraft kostet. Ich selbst werde mich nicht schonen. Das wissen Sie. Ich erwarte von jedem – egal, wo seine Funktion in der Partei ist – vollen Einsatz. Es steht viel auf dem Spiel. Wir wissen, wofür wir kämpfen. Das ist, wie ich denke, unsere größte Stärke. Wir kämpfen dafür, daß Deutschland seinen Spitzenplatz in der Welt halten kann. Wir kämpfen für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze. Wir kämpfen dafür, daß sich in unserem Land Erfindungsreichtum und Unternehmungsgeist entfalten können. Wir kämpfen dafür, daß der Sozialstaat durch Umbau gesichert wird und die Solidaritätsgemeinschaft auch in Zukunft den Armen und Ärmsten helfen kann. Wir kämpfen dafür, daß unser Staat die Sicherheit seiner Bürger gewährleistet. Wir kämpfen dafür, daß der Aufbau Ost weiter vorankommt und sich die Lebensverhältnisse in Deutschland angleichen. Wir, die im Westen unseres Landes aufgewachsen sind und gelebt haben, wissen, was wir unseren Landsleuten in Ostdeutschland schuldig sind. Wir kämpfen dafür, daß unser Land in der Außen- und Sicherheitspolitik auf dem bewährten Kurs bleibt. Wir kämpfen für die Einigung Europas, weil das die beste Garantie für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert ist.

Liebe Freunde, für diese Ziele will ich auch ganz persönlich antreten. Ich will mit Ihnen gemeinsam für unser Vaterland eine Zukunft in Frieden und Freiheit, in Wohlstand und

Sicherheit mitgestalten. Ich will mit Ihnen gemeinsam das Tor zum 21. Jahrhundert aufstoßen. Meine Bitte ist ganz einfach: Machen Sie mit! Dann werden wir es packen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall -
Die Delegierten erheben sich.)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, herzlichen Dank für die großartige kämpferische, aber auch nachdenkliche Rede. Sie war so, wie wir sie uns erhofft und wie wir sie erwartet haben.

(Beifall)

Ihre Rede ist ein klares und überzeugendes Signal an uns Mitglieder, an unsere Anhänger und Wähler, an die Menschen in ganz Deutschland. Die Botschaft lautet: Die CDU ist voll präsent. Sie hat ein überzeugendes Programm, und sie hat einen Kanzler, der in Topform ist und der Kanzler bleiben muß, wenn Deutschland Zukunft haben soll.

(Beifall)

Lieber Helmut Kohl, der lange und starke Beifall der Delegierten – ich habe unter Ihrer Zeit als Vorsitzender mindestens 20 Bundesparteitage mitgemacht; ich habe ihn noch nie so lange und als so eindrucksvoll erlebt – zeigt, daß die CDU Deutschlands mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, am 27. September geschlossen kämpfen und siegen will.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN

Bevor wir mit der Aussprache beginnen, darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Wortmeldungen mittels der Wortmeldezettel erfolgen, die Sie in Ihren Unterlagen finden. Wir haben einige Wortmeldungen vorliegen. Als ersten darf ich Christoph Bergner ans Mikrofon bitten.

Dr. Christoph Bergner: Herr Bundeskanzler! Frau Tagungspräsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich weiß sehr wohl, daß es nicht ganz einfach ist, nach dieser beeindruckenden Rede unseres Bundesvorsitzenden und nach den verdienten Beifallsstürmen den Übergang zur Diskussion von Einzelfragen zu finden. Aber vielleicht gelingt es mir, die gewogene Aufmerksamkeit dadurch zu gewinnen, daß ich bereits jetzt ankündige: Am Ende meiner Rede wird der Satz stehen, den unsere Berliner Freunde auf einem Transparent ausgebreitet haben. Denn dieser Satz wird die Schlußfolgerung meiner Ausführungen sein: „Helmut, mach’s noch einmal!“

(Beifall)

Ich bin Ihnen, Herr Bundeskanzler, sehr dankbar, daß Sie auf die Signalwirkungen der Wahl und der sich anbahnenden Regierungsbildung in Sachsen-Anhalt hingewiesen haben. Ich bin ganz sicher, daß wir dieses Thema - nicht weil wir nach Themen suchen, sondern weil wir es

der deutschen Öffentlichkeit und dem Wähler schuldig sind - bei diesem Wahlkampf immer wieder hervorheben und betonen müssen. Denn es geht um die Zukunft unseres geeinten Vaterlandes.

Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: Es ist reichlich drei Wochen her, da fanden in Sachsen-Anhalt die Landtagswahlen statt. Das Ergebnis war in doppelter Hinsicht für uns ein bitteres: parteipolitisch, weil wir als CDU eine herbe Niederlage hinnehmen mußten; mit Blick auf die staatspolitische Zukunft unseres Landes, weil jeder dritte Wähler im Lande seine Stimme extremen Parteien gegeben hat – 13 Prozent der rechtsextremistischen DVU und 20 Prozent der linksradikalen PDS. Die SPD, die sich gern als Sieger feiert, war mit 36 Prozent wahrlich nur ein relativer Sieger.

Für uns als CDU gab es aus diesem Ergebnis nur eine Konsequenz: SPD und CDU, diejenigen, die gemeinsam die Landesverfassung erarbeitet und beschlossen haben, die nach der Wende gemeinsam in Richterwahlausschüssen gesessen und in Personalkommissionen der Universität für Erneuerung der Hochschulen gesorgt haben, müssen sich gemeinsam von den Extremen abgrenzen und eine Regierungskoalition bilden, die eine Verantwortungsgemeinschaft der Demokraten darstellt – eine Verantwortungsgemeinschaft gegenüber Extremen von links und rechts.

Wir wollten diese Koalition. Aber Sie alle kennen die Geschichte. Die Verhandlungen scheiterten, ehe sie begannen. Sie scheiterten an einer Forderung, besser: an einer Vorbedingung der Sozialdemokraten für den Eintritt in die Sachgespräche: CDU, SPD und PDS sollten ein parlamentarisches Bündnis gegen die rechtsextreme DVU bilden. Welch eine absurde Vorstellung! Ich will hier noch einmal unterstreichen, was der Bundesvorsitzende gesagt hat und was auch für Sachsen-Anhalt uneingeschränkt gilt: Die CDU stellt sich dem Kampf gegen den Rechtsextremismus, aber die CDU ist auf dem linken Auge nicht blind. Das ist die wichtige Botschaft.

(Beifall)

Bei allen Unterschieden, die wir zwischen DVU und PDS feststellen können: Das eine wird doch wohl wahr sein: Wir können doch die DVU nicht gemeinsam mit einer Partei bekämpfen, deren Gruppierungen teilweise selbst unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen. Das kann doch nicht das Rezept sein.

(Beifall)

Extremismus bekämpft man nicht dadurch, daß man den Geist der Nationalen Front oder des antifaschistischen Blocks aufleben läßt; Extremismus bekämpft man nur mit der Glaubwürdigkeit und der Gemeinsamkeit der Demokraten. Das war unser Angebot an die SPD.

Es waren die Sozialdemokraten, die sich gegen dieses Bündnis entschieden haben. Nicht die CDU, die SPD ist vom Verhandlungstisch aufgestanden und hat die Gespräche abgebrochen. All den Propagandaparolen, die jetzt verbreitet werden, treten wir entgegen und sagen ganz klar: Es war nicht der Umgang mit der DVU, über den wir uns entzweit haben; es war der Umgang mit der PDS, der uns getrennt hat. Das ist ein entscheidender Unterschied.

(Beifall)

Wenn sich Herr Höppner jetzt in Magdeburg anschickt, eine Regierung zu bilden, so ist die Botschaft klar. Sie gilt nicht nur für Sachsen-Anhalt; sie ist mit Blick auf die Bundestagswahl wichtig und darf deshalb nicht verschwiegen werden. Die Erfahrung von Magdeburg lautet nun schon zum zweiten Male: Die Sozialdemokraten regieren offenkundig lieber mit der PDS als mit der CDU. Das sind die Botschaft und die Erfahrung von Magdeburg: Sie regieren lieber mit der SED-Nachfolgepartei als mit der Partei Konrad Adenauers und Ludwig Erhards. Das muß dem deutschen Volk vermittelt werden.

(Beifall)

Sie regieren angesichts der Zukunftsherausforderungen, die mit der Globalisierung der Märkte und anderem zusammenhängen, lieber mit einer Partei, die sich noch heute auf den Marxismus bezieht, als mit der Partei, die sich auf die Väter und Mütter des Grundgesetzes stützt. Und sie bekämpft den Rechtsradikalismus lieber mit der linksradikalen PDS als mit der demokratischen CDU – das ist die Botschaft von Magdeburg, die wir mit Blick auf die Bundestagswahl überall in unserem Land verbreiten müssen.

(Beifall)

Angesichts dieser Bündnispolitik wird sich Herr Schröder fragen lassen müssen, was er meint, wenn er von der „neuen Mitte“ spricht. Es ist wohl wahr: Er meint die alte Linke. Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder hat 1994 - ich kann mich gut daran erinnern – Herrn Höppner empfohlen, mit der PDS zusammenzugehen. Damals war Rudolf Scharping Kanzlerkandidat. Der gleiche Schröder kommt 1998 und will die Große Koalition. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn bei den Sozialdemokraten Sachsen-Anhalts deshalb Verwirrung und Unklarheit herrschen. Denn die SPD hat die Frage des Umgangs mit der PDS in den zurückliegenden vier Jahren nicht aufgearbeitet. Deshalb werden wir morgen mit einem Antrag des Bundesvorstandes die SPD auffordern, sich zu dieser Frage, die eine Frage der Zukunft der Parteienlandschaft in Deutschland ist, nun endlich einmal klar und unmißverständlich zu äußern. Gilt das, was am Rhein gesagt wird, oder gilt das, was in Magdeburg Regierungspolitik ist? Das ist die Frage.

(teilweise Beifall)

Wir haben – das ist die Erfahrung der letzten vier Jahre in Sachsen-Anhalt – jeden Anlaß, vor dem Magdeburger Mogelmodell zu warnen.

Es hat uns in eine Schlußlichtposition bei Wirtschaftswachstum, Konjunkturerwartungen, Verschuldungslage, Kriminalitätsbekämpfung und nachhaltig bei der Arbeitslosigkeit gebracht. Das Magdeburger Mogelmodell darf nicht zur Nachahmung empfohlen werden. Deshalb kämpfen wir dafür, daß dem Magdeburger Mogelmodell nicht ein Schweriner Mogelmodell oder gar ein Erfurter Mogelmodell folgen. Wir müssen im Blick auf die Bundestagswahl vor allen Dingen dafür kämpfen, daß es nach dem Magdeburger Vorbild nun nicht ein Bonn/Berliner-Mogelmodell gibt. Dies gilt es zu verhindern. Wir haben dagegen ein sehr einfaches Rezept. Dieses Rezept haben die Berliner Freunde hier als Lösung gewählt. Es heißt: Helmut Kohl muß Bundeskanzler bleiben. – Das ist der beste Schutz vor Mogelmodellen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, abschließend sei es mir gestattet, eine ganz persönliche Enttäuschung über ein Parteimitglied zu Protokoll zu geben, das einmal das höchste Amt in unserem Staate innehatte. Ich habe gelesen, daß Richard von Weizsäcker in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ für eine Koalition mit der PDS bzw. für ein Tolerierungsmodell plädiert. Angesichts dramatischer Verschiebungen von Wählerstimmen in Sachsen-Anhalt und vor dem Hintergrund einer hohen Rate von Wählern radikaler Parteien hätte ich mir gewünscht, daß sich der Christdemokrat Richard von Weizsäcker die Frage nach der Bindekraft christdemokratischer Werte stellt,

(Beifall)

nach der Bindekraft einer Politik auf der Basis des christlichen Menschenbildes, statt darüber zu philosophieren, wie die SED-Nachfolgepartei möglichst schnell in eine Regierung kommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christoph Bergner, für diese Rede und für die Arbeit. Als nächster hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Hessen, Roland Koch, das Wort.

Roland Koch: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Vorteil der Auseinandersetzung, die wir im Hinblick auf ein rot-grünes Bündnis auf Bundesebene führen, ist für meine hessischen Landsleute ein etwas bedauerlicher. Wir haben auf Landesebene, historisch gesehen, nämlich die längste Erfahrung mit einer rot-grünen Regierung. Wenn wir das Schattenkabinett von Herrn Schröder betrachten, stellen wir z.B. fest, daß es einen Anspruch der Grünen gibt, Herrn von Plottnitz das Amt des Bundesjustizministers zu übertragen. Ich glaube, daß wir einen Fehler machen würden, wenn wir die Kombination von Politik, die uns à la Schröder angeboten wird, nicht offen anhand der Erfahrungen messen würden.

In Hessen gibt es eine Anweisung des Justizministers an alle Staatsanwälte des Landes, daß Urteile gegen Straftäter, die den Staatsanwälten als zu milde erscheinen, nicht durch Berufung und Revision angegangen werden dürfen. In Hessen gibt es eine Anweisung des Justizministers an alle Strafvollzugsbehörden, im Gegensatz zu der Praxis aller anderen deutschen Bundesländer die Freilassung von Strafgefangenen regelmäßig bereits nach der Hälfte der Strafhaft und nicht erst nach zwei Dritteln der Strafhaft zu prüfen und diese Freilassung möglichst zu veranlassen. Dort, wo Rotgrün das erste Mal in Deutschland etwas mit innerer Sicherheit zu tun hat, beschäftigen sich die Minister damit, wie sie den Straftätern helfen können, nicht aber damit, wie sie die Opfer schützen können. Das ist das, was wir von dieser Politik wissen.

(Beifall)

Ich meine, daß der bevorstehende Wahlkampf neben dem, was Herr Kohl als Perspektiven aufgezeigt hat, auch davon lebt, daß wir jedem - auch im hintersten Winkel dieser Republik – klarmachen, daß es nicht um eine beliebige Wahlauseinandersetzung oder darum, daß halt einmal dieser und dann wiederum jener regiert, geht. Es ist vielmehr so: Wenn man die Grünen sieht, wenn man den Opportunismus der SPD sieht und wenn man die Avancen der PDS

sieht, weiß man, daß man am Beginn eines neuen Jahrtausends vor der Frage steht, ob das Erfolgsmodell Bundesrepublik Deutschland nach 50 Jahren fortgesetzt wird oder ein neuer sozialistischer Einheitsblock richtungsbestimmend in der Bundesrepublik Deutschland wird. Ich glaube, auch dieser Sprache sollten und müssen wir uns bedienen.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht nicht nur um die Auseinandersetzung in der Sache. Es geht am Ende auch – ich denke, das haben wir heute morgen eindrucksvoll miteinander erlebt – um die Auseinandersetzung um die beiden Personen, die sich um das Amt des Bundeskanzlers bewerben. Es gibt in der SPD-Wahlzentrale eine ganze Kampfgruppe, die sich mit nichts anderem als der Frage beschäftigt, welche Etiketten man dem Bundeskanzler anheften kann, um die Showgestalt Schröder möglichst leuchtend erscheinen lassen zu können. Helmut Kohl hat heute morgen gesagt, von der Show verstehe die SPD mehr. Ich füge hinzu: Wir wollen einmal schauen, wieviel die Sozialdemokraten von der Show noch verstehen, wenn sie in das schwere Wasser kommen werden, in das der heutige Parteitag führt.

Meine Damen und Herren, ich meine aber, auch unter diesen Bedingungen kann es uns gelingen, einen klaren Unterschied herauszuarbeiten. Ich erlebe, je jünger diejenigen sind, mit denen man diskutiert, um so mehr Zuhörer findet man. Der Lebensweg des Bundeskanzlers Helmut Kohl - ich rede nur über die Zeit seit 1982, die für viele junge Menschen die gesamte Zeit ihres politischen Erlebens ist – war vom ersten Tag der Kanzlerschaft an von einer Tatsache geprägt, die uns in der CDU – ich war damals Kreisvorsitzender – wahrlich mit umgetrieben hat. Er hat uns wegen des Prinzips des NATO-Doppelbeschlusses genötigt, im Zweifel nach wenigen Tagen – weil 75 % anderer Meinung als wir waren – die Regierung aufzugeben, aber nicht unsere Prinzipien aufzugeben. Ich glaube, in Deutschland hat ein Bundeskanzler nach wie vor eine Chance, der bereit ist, für seine Prinzipien einzustehen. Ein Mann, der gar keine Prinzipien hat und nur Wahlen gewinnen will, verdient nicht eine vergleichbare Chance.

(Beifall)

Dieser Parteitag ist geprägt von dem politischen Grundkonsens über unser Programm, wovon die Sozialdemokraten in ihren besten Zeiten nur träumen könnten. Wir brauchen keine allgemeine Aussprache, die so lange dauert, daß man über das Parteiprogramm nicht mehr beraten kann. Wir brauchen auch keine Hymnen beim Einmarsch unseres Vorsitzenden, damit die Leute in Stimmung kommen. Wir haben einen inhaltlichen Konsens, der uns einen Parteitag weitgehend ohne Streit bescheren kann. Wir können mit dem Pfund wuchern, daß wir hier auf dem Parteitag eine inhaltliche Botschaft verbreiten können und dazu auffordern können, dann sozusagen hinter die Kandidaten zu schauen. Dies ist es, was wir aus meiner Sicht mitnehmen müssen. Wir sollten Gerhard Schröder und seiner Truppe androhen, daß wir sie jeden Tag fragen werden: Wo ist das Fleisch? Wofür steht ihr? – Wir haben etwas, wofür wir stehen. Die Sozialdemokraten haben hingegen eine Show, hinter der nichts steht. Wenn alle Kreisverbände den Parteitag mit diesem Gefühl verlassen, bin ich sicher, daß das, was wir vorhin gesungen haben, tatsächlich richtig ist. – Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Roland Koch. Als nächster hat der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite, das Wort. Ihm folgt Volker Rühle.

Dr. Berndt Seite: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ostdeutschen sind ein undankbares Volk. Das sagen viele in Westdeutschland. Da haben sie das Füllhorn aller Hilfen über die Ostdeutschen ausgeschüttet, und trotzdem wählen sie PDS und rechts und gehen dann auch noch zur Jugendweihe. Sie sind überhaupt mehr als nostalgisch.

Nein, meine Damen und Herren, wir sind nicht undankbar. Ohne die große Solidarität der letzten acht Jahre wäre das überhaupt nicht möglich gewesen, was wir an Aufbauleistungen im Osten erreicht haben. Tatsache ist aber, daß wir im Verlauf von 40 Jahren eine spezifische Kultur der Diktatur entwickelt haben, die letztendlich in Ostdeutschland nach wie vor wirkt und die nicht einfach an der Garderobe abgegeben werden kann. Es ist also nicht so, daß man gewissermaßen einfach eine neue Jacke anziehen kann.

Das war eine Kultur, die 40 Jahre lang durch eine Notgemeinschaft geprägt war, durch ein Eingemauertsein, eine Kultur der Täter, der Opfer, der Mitläufer, der Opportunisten und manchmal alles in einer Familie insgesamt. Das wirkt natürlich nach, und das dauert auch. Ich habe kein Rezept, wie schnell man das beenden kann. Das Neue, was da auf uns zugekommen ist, muß doch erst durch die Herzen und die Köpfe der Menschen gehen. Da kann man doch nicht einfach das Alte wie eine Glühbirne ausknipsen und das Neue anknipsen, und das ist es dann gewesen. Das hat Folgen, was wir heute erleben: einmal der Nachfolgepartei der SED die Maske vom Gesicht zu reißen und andererseits die Lebensleistung ihrer Wähler, der Wähler überhaupt, nicht in Abrede zu stellen. Trotz der spezifischen Kultur müssen wir unbedingt die Auseinandersetzung mit der PDS führen und dem zukünftigen Bündnispartner der SPD in Ostdeutschland nichts schenken. Wir sind immer gut gefahren, wenn wir die Sache auf den Punkt gebracht haben, wir oder die PDS und die SPD.

Meine Damen und Herren, am 27. September wird der Bundestag gewählt, am gleichen Tag sind auch Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Beide Wahlen wollen wir gewinnen. Wir sind die stärkste Partei, und wir wollen die stärkste Partei werden und die Führung der Regierung übernehmen. Unsere Gegner, das sind die Gegner der Demokratie, die PDS und die DVU, die NPD, die Reps oder wie sie alle heißen. Rechts von uns darf kein Platz sein für eine Partei. Das schaffen wir nicht dadurch, daß wir rechte Parolen nachäffen. Das schaffen wir nicht dadurch, daß wir die Wähler der DVU als Rechtsextremisten abstempeln. Und das schaffen wir erst recht nicht, daß wir die DVU mit der PDS bekämpfen. Den Kampf gegen rechts gewinnen wir, wenn wir aufklären und nicht Parolen dreschen. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern keinen Nachholbedarf. Wir treten ein für einen starken demokratischen Staat. Wir schieben straffällig gewordene abgelehnte Asylbewerber konsequent ab. Wir sind hart gegen Gewalttäter auf den Straßen. Wir helfen und wir handeln bei der Inneren Sicherheit. Wir wollen, daß die Menschen sicher nach Hause kommen und sich zu Hause sicher fühlen.

Meine Damen und Herren, unser Gegner ist auch die PDS. In ihrem Wahlprogramm schreibt sie: Die PDS ist die sozialistische Partei der Bundesrepublik. „Unser Ziel bleibt der demokratische Sozialismus.“ Meine Konsequenz lautet: Ich habe vom demokratischen Sozialismus genug.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, genauso wie viele DVU-Wähler in Sachsen-Anhalt nicht wußten, was für eine Partei sie wählen, genauso wenig wissen viele PDS-Wähler nicht, was diese Partei wirklich will: ein sozialistisches Deutschland, die Abschaffung des Verfassungsschutzes, Austritt aus der NATO, Ablehnung der Sozialen Marktwirtschaft.

Meine Damen und Herren, ich sagte, unsere Gegner sind die Gegner der Demokratie. Unser Hauptkonkurrent ist aber die SPD. Sie ist in Ostdeutschland, noch mehr, Teile der Ost-SPD sind Teil der sozialistischen Alternative, wie sie die PDS vertritt. Daher ist Sachsen-Anhalt auch erklärbar.

Nun bin ich wie Eberhard Diepgen und Bernhard Vogel in der Lage, über eine Große Koalition berichten zu können. Was mir hier auffällt, ist folgendes: Die SPD bekennt sich nicht zur Verantwortung. Ihre Strategie ist die eigene Verantwortung ständig auf andere abzuschieben. Wir erleben im Osten folgendes Strickmuster: Regiert die SPD in einem Land oder regiert sie mit, ist der Bund an allem schuld, regiert die SPD in einem Landkreis, sind das Land und der Bund gemeinsam schuld. Sollte die SPD nunmehr auch noch im Bund regieren, wen würden die Sozialdemokraten dann für ihr Land verantwortlich machen? Die EU, die UNO oder, ich weiß nicht, wen noch. Die SPD zeigt sich als eine Partei, die eigene Verantwortung lustlos ablehnt, sie aber um so freudiger den anderen zuschiebt, sobald sie eine Aufgabe oder einen Posten übernommen hat. Wo sie regiert, gebärdet sie sich als Opposition. Sie sagt: „Wir sind bereit.“ Das heißt für mich, sie sind bereit, Posten zu übernehmen, sie sind aber nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen und harte Entscheidungen zu treffen.

Die CDU ist keine Schönwetterpartei. Wir sind eine Partei für schwierige Zeiten, und in schwierigen Zeiten leben wir. Wir sind eine christliche und demokratische Union. Machen wir dem Namen Union alle Ehre. Wir sind die einzige Partei der Mitte, wir lassen Ausfransungen nach rechts und nach links nicht zu, wir sind die einzige Partei, die für eine wirkliche Verbindung der Menschen eintritt. Wir spielen nicht Arbeitsplatzbesitzer gegen Arbeitslose aus. Wir spielen nicht die Westdeutschen gegen die Ostdeutschen aus. Wir spielen nicht die Starken gegen die Schwachen aus. Und wir spielen nicht die Zukunft gegen die Gegenwart aus. Die CDU ist die Partei, die Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern in das nächste Jahrhundert führt. Wir sind bereit, dafür zu kämpfen, und dafür bitten wir Sie alle um Ihre herzliche und nachdrückliche Unterstützung.

Meine Damen und Herren, hier geht es überhaupt nicht darum, ob einer Plakate mit oder ohne rote Socken aufhängt, sondern es geht darum, ob wir, die Union, oder die SPD mit der PDS und den Grünen den Korridor für die Zukunft öffnen. Wir sind es, die ihn öffnen.– Herzlichen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich rufe Bundesminister Volker Rühle auf, nach ihm Peter Müller, danach Frau Anette Widmann-Mauz.

Volker Rühle: Liebe Freunde, lassen Sie mich noch mit einem Wort zu Bremen beginnen. Wir freuen uns alle, daß wir hier sind, freuen uns über die Gastfreundschaft. Noch mehr hätte ich mich allerdings gefreut - und das sage ich dem Bürgermeister von Bremen, dem Vorsitzenden der SPD -, wenn die Soldaten der Bundeswehr so, wie ursprünglich vorgesehen, auch eingeladen gewesen wären, hier in der Mitte der Stadt ein öffentliches Gelöbnis abzulegen.

(Beifall)

Denn da gehören sie hin. Wir werden das zusammen mit der CDU vervollständigen, daß hier in Bremen mitten in der Stadt, in der guten Stube Bremens, auch demonstriert wird, daß die Bürger dieser Stadt, woran ich keinen Zweifel habe, hinter der Bundeswehr, hinter den jungen Rekruten der Bundeswehr stehen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich denke, Roland Koch hat recht, wenn wir den Wahlerfolg erreichen wollen, müssen wir uns noch mehr mit der Person des Herausforderers beschäftigen. Er ist zu sehr geschont worden, deswegen ist er in den Umfragewerten einigermaßen enteilt. Die entscheidende Frage ist: Wer ist eigentlich Gerhard Schröder? Wofür steht er? Gibt es eine politische Frage, wo er sagt: Hier stehe ich, ich kann nicht anders“? Oder ist es wie bei den meisten Fragen, daß er sagt: „Hier stehe ich, ich kann auch ganz anders“? Er hat angedroht, Höppler rauszuschmeißen, wenn er eine Große Koalition in Sachsen-Anhalt verweigert. Heute muß er vor den Linken in der SPD kapitulieren. Klar ist, sein Projekt der neuen Mitte in Deutschland ist mit dem gescheitert, was in Sachsen-Anhalt passiert ist.

(Beifall)

Aber schließlich ist er Kanzlerkandidat der SPD, und wir haben mit dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden erlebt, was das bedeutet, einen Mann zu haben, der in völliger Übereinstimmung mit der Partei und mit einem klaren Programm antritt. Deswegen muß Schröder in der Sache gefordert werden.

Was ist seine Strategie?

Seine Strategie ist nicht, mit offenem Visier zu kämpfen, sondern auf leisen Sohlen an die Macht zu kommen. Dazu gehört auch das Herunterspielen der Dramatik und der Radikalität des Wechsels, die mit einer rotgrünen Regierung in Bonn verbunden wären. Er ist ein Meister der Beliebigkeit. Ich will ihn in optischer Hinsicht weiß Gott nicht mit dem Schlagersänger vergleichen, der uns allen immer wieder erklärt, daß er uns lieb hat und dazu das schöne Wort „piep“ voranstellt. Aber trotzdem will ich sagen: Wenn wir nicht aufpassen, kommt Gerhard Schröder mit der Strategie durch, daß er sich nicht klar in der Sache äußert, sondern mit Allgemeinplätzen Sympathie gewinnt. Das dürfen wir ihm nicht durchgehen lassen.

(Beifall)

Das Bedenkliche in Sachsen-Anhalt ist folgendes: Im Unterschied zu 1994 - 1994 wollten die Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt zunächst die Koalition mit der CDU; sie bekamen aber dann aus dem Westen von Schröder und Lafontaine den Auftrag, einen weiteren SPD-Ministerpräsidenten zu stellen – kann man heute jeden Tag beim Verfolgen der Nachrichten im Fernsehen spüren: Die Vertreter der SPD fühlen sich den Vertretern der PDS näher als den CDU-Politikern. Das ist der eigentliche Skandal, der sich entwickelt hat, nämlich die Symbiose zwischen SPD und PDS in den neuen Bundesländern.

(Beifall)

Dieses Verhalten kann man auch am Beispiel Frankfurt an der Oder erkennen. Der Bundeskanzler hat es kurz angesprochen. Vertreter von SPD und PDS haben dort das öffentliche

Gelöbnis für unsere Soldaten verweigert. Das zeigt, wie weit die Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern in der Symbiose mit der PDS abgeglitten ist.

(Beifall)

Ich freue mich, daß die CDU in Frankfurt an der Oder die Initiative ergriffen hat. Frankfurter Bürger werden ihre Stadt verlassen, um in Wriezen im Oderbruch gemeinsam mit den jungen Rekruten die öffentliche Gelöbnisfeier zu begehen. Das ist die richtige Antwort.

(Beifall)

Ein rotgrünes Bündnis in Bonn - nur durch ein rotgrünes Bündnis kann Gerhard Schröder Bundeskanzler werden - bedeutet: keine Chancen für die Modernisierung Deutschlands, die wir brauchen, um das 21. Jahrhundert zu bestehen. Es bedeutet ferner die Zerstörung der Zukunft. Das würde eine schwere Krise in Deutschland und damit auch eine europäische Krise auslösen. Das ist der entscheidende Punkt, auf den wir hinweisen müssen, damit wir die von Schröder betriebene Strategie durchkreuzen können, nämlich das Herunterspielen der Radikalität des Wechsels.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Bundeswehr sagen. Ich glaube, daß auch die Fragen der äußeren Sicherheit im Hinblick auf den Wahltag entscheidend sein werden, weil sich die Menschen fragen: Können wir diesen riesigen Tanker Deutschland, ein 80-Millionen-Volk in Die Antwort auf diese Frage macht klar, wie katastrophal sich eine solche Koalition auswirken würde.

Es hat in den letzten Monaten den Versuch gegeben, mit Hilfe des Untersuchungsausschusses die Bundeswehr zu diffamieren und sie unter Generalverdacht zu stellen. Heute können wir feststellen: Die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses stellen der Bundeswehr ein Gütesiegel aus. Es weiß jeder, daß die Bundeswehr unser aller Vertrauen verdient hat.

(Beifall)

Es war aber bemerkenswert, daß die Grünen und auch einige Sozialdemokraten geglaubt haben, sie könnten durch die Diffamierung der Streitkräfte Punkte sammeln. Es ist gut, daß das in Deutschland nicht möglich ist und daß die Menschen zur Bundeswehr stehen.

Die Bundeswehr spielt beim Zusammenwachsen unseres Landes eine ganz entscheidende Rolle. Wir haben ehrlich geteilt, indem wir Führungseinrichtungen auch im Osten angesiedelt haben. Ich werde im September die Heeresoffiziersschule der Bundeswehr in Dresden neu begründen. Sie befand sich vorher wegen der Teilung in Hannover. Sie verläßt aber Hannover, und das nicht, weil die Gebäude asbestverseucht sind. Andere wichtige Institutionen haben ihre Einrichtungen im Westen gelassen, anstatt sich zu fragen: Wo wäre denn diese Einrichtung, wenn Deutschland nicht geteilt gewesen wäre? Wenn Deutschland nicht geteilt worden wäre, dann wäre die Heeresoffiziersschule in Dresden geblieben, dort wo Rommel, Stauffenberg, de Maizière und Kielmannsegg ihre Ausbildung zum Leutnant bekommen haben. Das ist eine konsequente Politik des Zusammenführens in Deutschland. Ich glaube, die Armee der Einheit ist ein gutes Vorbild für viele andere.

(Beifall)

Einige Worte zu Rotgrün in Bonn. Die Grünen haben sich geweigert, die NATO für Polen und andere Demokratien östlich von Deutschland zu öffnen. Das ist ein Skandal, über den wir gar nicht deutlich genug sprechen können. Diese Weigerung, unser Bündnis für die neuen Demokratien östlich von Deutschland zu öffnen, würde nämlich bedeuten, daß die Teilung Europas nach Stalin, unter der vor allen Dingen unsere Nachbarvölker im Osten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu leiden hatten, fortgesetzt würde. Deswegen sage ich: Wer Ländern wie Polen, Tschechien oder Ungarn den Weg in die Familie der westlichen Demokratien verweigert, der darf in Deutschland niemals Regierungsverantwortung übernehmen.

(Beifall)

Wir werden im September dieses Jahres nicht nur gemeinsam mit den Polen ein öffentliches Gelöbnis durchführen. Wir werden jetzt auch in Stettin, also auf historisch umstrittenen Boden, nach dem Vorbild des Euro-Korps in Straßburg ein gemeinsames militärisches Korps von Deutschland, Polen und Dänemark schaffen. Wer von den Chancen einer solchen neuen Gemeinschaft zwischen Deutschland und Polen nicht fasziniert ist, dem ist nicht zu helfen. Solche Leute dürfen jedenfalls in Bonn nicht regieren.

Lassen Sie uns mit Selbstbewußtsein auch über unsere Politik der äußeren Sicherheit sprechen! Ich bin ganz sicher, daß dies ein wichtiger Baustein für den Wahlerfolg am 27. September ist.
– Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Rühle. Ehe wir fortfahren, möchte ich Ihnen bekanntgeben, daß wir auf der Rednerliste noch neun Redner haben. Ich möchte Sie deshalb um Ihre Zustimmung bitten, diese Rednerliste zu schließen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist es gegen einige wenige Gegenstimmen so beschlossen. Ich erteile Peter Müller das Wort.

Peter Müller: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Von diesem Parteitag müssen zwei deutliche Signale ausgehen. Das erste Signal ist: Wir stehen vor großen Herausforderungen. Die Rede des Kanzlers hat gezeigt, daß sich die Union diesen Herausforderungen stellt und daß sie sie bestehen kann. Wir sind diejenigen, die Deutschland in eine gute Zukunft, in das 21. Jahrhundert, führen kann. Es gibt keine Alternative zu uns.

Hinzu kommen muß aber ein zweites, ein ebenso deutliches Signal. Wir Christdemokraten wissen, daß die Solidarität der Demokraten wichtiger ist als Machterhalt und Machtkalkül.

(Beifall)

Dieser Parteitag schuldet deshalb den Freunden in Sachsen-Anhalt um Christoph Bergner Respekt und Anerkennung dafür, daß sie sich nicht an der Hoffähigmachung der PDS beteiligt haben, daß sie sich nicht in falsche Bündnisse hineinziehen ließen, daß sie einen klaren Trennungsstrich gegenüber Radikalen von Rechts und Links gezogen haben und daß ihnen Grundsatztreue wichtiger war als Koalitionspoker. Das war eine konsequente, richtige und glaubwürdige Haltung. Dafür hat der Parteitag Danke zu sagen.

(Beifall)

Christdemokraten wissen: Radikale sind für uns keine Bündnispartner, egal ob von Rechts oder von Links. Deshalb kommen mittelbare und unmittelbare Regierungsbeteiligungen, offene und verdeckte Koalitionen, auch offene und verdeckte Kooperationen mit Radikalen für uns nicht in Betracht.

(Beifall)

Das gilt für Republikaner und DVU; das gilt aber auch für DKP und PDS. Ich füge hinzu: Das muß für alle politischen Ebenen gelten, auch für die kommunalpolitische Ebene. Auch für kommunale Bündnisse mit Radikalen ist in der CDU kein Platz.

(Beifall)

Dies müssen wir klar sagen, und danach müssen wir konsequent handeln. Wir dürfen uns nicht irremachen lassen, auch wenn ein verdientes Mitglied der CDU, Herr von Weizsäcker, dessen Mitgliedschaft ruht, anderer Meinung ist. Das Ruhen seiner Mitgliedschaft hat anscheinend dazu geführt, daß auch sein politischer Verstand ruht.

Die SPD versagt wieder einmal vor einer historischen Herausforderung. Das ist nicht nur ein Thema der SPD im Osten. Die SPD ruft nach Bündnissen gegen rechts und meint Bündnisse mit links.

Ich will aus einem Antrag zitieren, den die saarländische CDU vor vier Jahren in den saarländischen Landtag eingebracht hat und der schlicht und einfach lautet:

Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, mit radikalen Parteien keine Koalitionen zu schließen und auch jede stillschweigende Zusammenarbeit abzulehnen.

Diesem Satz haben die Sozialdemokraten im saarländischen Landtag unter der Führung des jetzigen SPD-Bundesvorsitzenden nicht zugestimmt. Man hat den Satz „keine Zusammenarbeit mit Radikalen“ bereits vor vier Jahren im saarländischen Landtag abgelehnt. Das zeigt, liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde: Die SPD ist nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch in den alten Bundesländern auf dem linken Auge blind.

(Zustimmung)

Dies ist ein Stück Verrat an der eigenen Geschichte. Das war nicht immer so. Kurt Schumacher hat noch gesagt: „Kommunisten sind rotlackierte Faschisten“. – Viele in der SPD wollen das heute vergessen machen. Ich denke, unsere Aufgabe ist es, jetzt vor die Menschen im Lande zu treten und vor diesem Hintergrund zu fragen: Was wollt ihr – wollt ihr eine Regierung der demokratischen Mitte, die sich den Problemen stellt, oder wollt ihr eine Regierung, an der auch diejenigen beteiligt werden, die unmittelbare Nachfolger einer Partei sind, welche 40 Jahre lang die Menschen in den neuen Bundesländern um die Früchte ihrer Arbeit betrogen haben? Wenn letzteres nicht gewollt ist – und ich glaube, die Mehrheit der Menschen in unserem Land will letzteres nicht –, gibt es keine Alternative zur Fortsetzung der Kanzlerschaft von Helmut Kohl. Deshalb haben wir eine gute Chance. Wir müssen kämpfen, um diese Chance wahrnehmen zu können. Wir sollten dies tun – nicht primär im Interesse der CDU, sondern primär im Interesse unseres Vaterlandes und der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. – Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Müller! - Ich rufe dann Frau Annette Widmann-Mauz auf.

Annette Widmann-Mauz: Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Die Generation, die im letzten Drittel dieses Jahrhunderts geboren wurde, wird ihre Berufstätigkeit, ihre Familienphase und ihr Alter größtenteils im 21. Jahrhundert erleben. Wir erwarten von ihr nicht, daß sie uns aus Dankbarkeit wählt. Denn sie hat konkrete persönliche Erwartungen an die Zukunft und formuliert zu Recht den Anspruch, heute, bei der Weichenstellung für ihre Lebens- und Arbeitsperspektiven, mitzuentcheiden. Sie wird ihr Vertrauen denjenigen geben, die ihr überzeugend vermitteln können, wohin die Reise geht, die ihr nicht nur Schwierigkeiten und Probleme, Zumutungen prophezeien, sondern ihr etwas zutrauen und Mut machen, die Herausforderungen anzunehmen, die auch für sie ein gutes Leben bedeuten.

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Niedersachsen haben gezeigt, daß junge Menschen nicht so dumm sind und nur auf Schönheit, Show und Styling abfahren. Wenn es darum geht, wem sie die Gestaltung ihres Lebens anvertrauen, dann schauen sie hinter die Fassade von Schminke und Beliebigkeiten; dann zählen Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und Sicherheit mehr als einfache Erklärungen und Versprechungen.

Mit uns Leben gestalten – darum geht es. Mit uns Leben gestalten heißt, Beschäftigung sichern und neue zukunftsfähige Arbeit für Männer und Frauen schaffen, Innovation und Eigeninitiative fördern, Arbeit von Kosten entlasten und Flexibilität erhöhen. Mit uns Leben gestalten bedeutet, Bildungschancen eröffnen, Leistungsanreize schaffen, Vielfalt fördern und den Wettbewerb verstärken. Mit uns Leben gestalten heißt, Halt geben und Orientierung bieten, Sicherheit gewährleisten und Präsenz zeigen. Mit uns Leben gestalten heißt auch, Ehe und Familie unter geänderten Bedingungen lebenswert erhalten, Partnerschaft ernst nehmen, Kindern Raum zum Leben geben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch verwirklichen. Leben gestalten, indem wir Verantwortung für diese Welt und ihre Schöpfung tragen, Ressourcen schonen und nachhaltig wirtschaften. Leben gestalten in Frieden und Freiheit, d.h. die Würde des anderen achten, Toleranz üben und den Dialog führen.

Wer mit uns Leben gestaltet, kann nicht auf allen Hochzeiten tanzen und bei der erstbesten Gelegenheit den Partner wechseln.

(Zustimmung)

In 16 Jahren Regierungsarbeit sind wir nie vor den Problemen davongelaufen. Wir waren daher auch nie unangefochten. Wir sind es gewohnt, daß es für unsere Politik nicht immer nur Beifall gibt. Wir sind auch nicht perfekt; wir haben Defizite. Aber wir lassen uns für das Wohl der Menschen in unserem Land in die Pflicht nehmen.

Wer Probleme und Krisen wirksam und erfolgreich bekämpft, kann Nebenwirkungen auch nie gänzlich ausschließen. Aber allein deshalb auf die Reformen zu verzichten oder sie gar rückgängig machen zu wollen hieße, einen Wechsel zu unterschreiben, mit dem unsere Zukunftschancen verspielt werden. Wir haben allen Grund, mit Optimismus in die nächsten Wochen und Monate zu gehen. Wir bauen auf Helmut Kohl, auf unsere Fähigkeiten und auf die Kraft

unserer Gemeinschaft. Die Kraft des Neuen ist entzaubert. Sie wird sich schnell verbraucht haben. Beständigkeit, Reformfähigkeit und Ausdauer sind nachhaltiger und erfolgversprechender.

Mit Helmut Kohl an der Spitze, mit Wolfgang Schäuble sowie mit den Frauen und Männern in Regierung, Fraktion und Partei haben wir eindeutig die besseren Köpfe. Wir haben die richtigen Konzepte, die Kompetenz und auch die bessere Kondition. Wir wollen die Wahl mit Helmut Kohl gewinnen, und wir wissen auch, warum.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Widmann-Mauz! – Ich darf dann Beate Läsch-Weber aufrufen.

Beate Läsch-Weber: Liebe Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Am 27. September 1998 ist Bundestagswahl. Sie haben recht: Das ist uns bekannt. Es ist uns seit der Rede unseres Bundeskanzlers noch mehr als bewußt: Der Countdown läuft. Es ist Zeit für klare Antworten auf die Fragen unserer Bevölkerung. Dies fällt uns, der CDU, leicht. Denn die CDU ist die Partei mit konkreten Antworten auf die Fragen der Zeit und auf die Fragen der Zukunft. Wir müssen nur mehr darüber reden – vor allem mit einer Zunge.

Die Wählerinnen und Wähler suchen Orientierung. Sie fordern Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit, Geradlinigkeit sowie Mut zum Handeln und die Tatkraft zu Reformen. Unsere CDU steht für diese Werte.

(Vereinzelt Zustimmung)

Sie nimmt die Sorgen der Menschen auf, stellt sich den Herausforderungen der Zeit und nimmt die Weichenstellungen für die Zukunft vor. Unsere CDU ist die Zukunftspartei, die Bewährtes bewahrt und die erforderlichen Reformen auf den Weg bringt. Sie hat das überzeugendste Programm: ein Zukunftsprogramm für Arbeit und Beschäftigung für alle, für innere Sicherheit und Stabilität, für einen Sozialstaat der Zukunft in Solidarität und mit mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge.

Die Wählerinnen und Wähler werden der CDU deshalb ihre Stimme geben. Nur – das ist der erste Punkt –, vor dem Erfolg steht die Arbeit. Wir müssen kämpfen und nochmals kämpfen. Zweitens. Dieser Kampf sollte von dem bewährten fußballerischen Leitspruch bestimmt sein: „Einer für alle und alle für einen“. Genauso wie ein Bundestrainer eine geschlossene und eine auf ein Tor spielende Mannschaft zwingend braucht, um zu gewinnen, braucht unser Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl eine geschlossene, als Einheit auftretende Partei, um zu gewinnen. Bestes Beispiel für den Leitspruch „Einer für alle und alle für einen“ ist für uns Rheinland-Pfälzer der FC Kaiserslautern, seines Zeichens Deutscher Meister 1998,

(Zustimmung)

deutscher Meister deshalb, weil Otto Rehhagel und seine Mannschaft immer den Sieg im Auge hatten, sich auch von Rückschlägen nicht entmutigen ließen und unbeirrt, zielstrebig und kämpferisch auf den ersten Platz, auf Sieg, setzten; und der 1. FC Kaiserslautern hat den ersten Platz erreicht.

(Beifall)

Also: Mut, Zuversicht und Kampf - Kampf, Zuversicht und Mut, ja, wir wollen es packen, und wir werden es packen.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Läsch-Weber. – Es spricht jetzt Herr Schmidt-Behrends, Landesverband Baden-Württemberg.

Jan-Erik Schmidt-Behrends: Meine Damen und Herren! Die Begeisterung über die Rede unseres Kanzlers ist anscheinend so weit gegangen, daß sich große Teile des Präsidiums bereits in den Wahlkampf stürzen. Trotzdem bin ich sehr dankbar, daß immerhin die Hälfte gegen die Essenspause anwesend ist, um auch unbekannteren Delegierten einmal zuzuhören.

(Zustimmung)

Ich freue mich, daß wir den lebendigen und überzeugenden Beweis erhalten haben, daß Helmut Kohl dieses Land am Steuer einer erfolgreichen Regierung und an der Spitze seiner Partei in das 21. Jahrhundert führen will und führen kann. Seine und unsere Leistung wurde im Eifer politischer Tagesgeschäfte und so mancher Stammtischdiskussionen in der Vergangenheit ungenügend gewürdigt. Doch laßt uns nicht länger darüber weinen und greinen; eines steht dennoch außer Zweifel: Der erfolgreichste Marathonläufer in der politischen Olympiade Europas ist, auch wenn man es ihm nicht immer auf den ersten Blick ansieht, unser Bundeskanzler Helmut Kohl.

(Beifall)

Vielleicht haben wir uns in den vergangenen Jahren ein wenig zu schüchtern gezeigt, wenn es galt, die richtige Politik offensiv zu verkaufen. Tue Gutes und sprich darüber, das ist der sicherste Weg, eine Bundestagswahl in schwierigen Zeiten zu gewinnen. Darum möchte ich daran erinnern, daß es dieser Kanzler und diese Partei waren, die versprochen haben, daß im Osten Deutschlands zum Nutzen aller blühende Landschaften entstehen werden.

Meine Damen und Herren, was sind blühende Landschaften? Plantagen für Brennesseltee von der Ostsee bis zum Erzgebirge, rote Nelken von der Elbe bis zur Oder? Nein, liebe Freunde, es ist nur ein gutes Stück mehr von dem, was wir in den letzten Jahren dort bereits alles geleistet haben. Ohne die erfolgreiche Politik dieser Partei und dieses Kanzlers wäre dieses Land heute nicht wiedervereinigt, hätten wir heute kein offenes Tor nach Osteuropa, wären wir nicht in der Lage, auf den Weltmärkten wieder erfolgreich zu agieren.

Doch sehen wir nach Sachsen-Anhalt, so sehen wir die SPD im Bett mit den Kommunisten. Die Kanzlerkandidaten der SPD, der von gestern und der von vorgestern, wissen schon, was man diesem Land alles noch zumuten muß, bis sich die Bürger wieder entschließen, den sicheren Weg mit uns und unserem Kanzler zu gehen. Es reicht eben nicht, Herr Schröder, die schlechten Konzepte und die schlechten Ergebnisse politischer Arbeit in von der SPD regierten Ländern anzuhübschen, nur um einen roten Kanzler zu krönen, dessen Konzepte aus dem Glücksrad stammen und dessen Auftreten Harry Wijnvoord vor Neid erblassen lassen würde.

Wir brauchen Menschen, die Verantwortung tragen wollen und können, und wir brauchen noch eine Weile Helmut Kohl. Wir brauchen auch einen klugen Strategen, und wir haben Wolfgang

Schäuble. Wir brauchen den Wechsel, und wir werden ihn haben. Während die SPD noch an ihren konzeptionellen Krücken zum Start humpelt, hat sich unser nächster Mann besonders mit dem uns hier auf diesem Parteitag vorliegenden Programm schon sehr lange warmgefahren. Lieber Wolfgang Schäuble, wir wissen in dieser Partei auch, wer die besten Zeiten im Marathon vorlegt: Es sind nicht die dünnen Läufer auf eilenden Sohlen, es sind die Fahrer in den schnellen Stühlen.

(Zustimmung)

Sie alle dürfen heute schon darauf vertrauen, daß wir, die junge Generation dieses Landes, uns unserer Verantwortung für die Zukunft dieses Landes bewußt sind. Wir sind nicht faul, wir sind nicht bocklos, wir halten aber auch nichts von sozialer Kälte, von marodierenden und brandschatzenden braunen oder roten Horden, und wir sind schon längst nicht mit dem Hintern am Sozialamt festgewachsen. Diese leistungsstarke und leistungswillige Generation läßt sich aber auch nicht mit Worthülsen abspeisen, denn längst sind es junge verantwortungsbereite Frauen und Männer, die mit ihrem Einsatz für die aktuellen Erfolge deutscher Unternehmen, Betriebe und Einrichtungen der öffentlichen Hand verantwortlich zeichnen. Es sind die Angehörigen einer Generation, die den Mut hat, die gewohnten Bahnen zu verlassen, die alten Zöpfe abzuschneiden, die hochgradig flexibel, mobil und anpassungsfähig auf den Märkten dieser Welt handeln, agieren und entscheiden will. Diese Generation ist schon morgen und viele sind schon heute in der Lage, in jedem Lande Europas, ja der Welt zu arbeiten und Steuern zu zahlen. Wir sprechen Englisch, Herr Bundeskanzler, und wir sind Europäer. Deshalb aber, meine Damen und Herren, werden wir auch nicht hierbleiben müssen, wenn uns ein leistungsfeindliches rotgeschwängertes Klima die Zukunft versaut. Nehmen Sie Abschied von dem Gedanken, wir seien immobil und unfähig, uns aus der Abhängigkeit von politischen Phantasten zu lösen, die Verteilungskampf predigen, aber wirtschaftspolitisch kein Loch in den Schnee pinkeln können. Wir erwarten und suchen uns den gerechten Lohn für unsere Leistungen in diesem Haus Europa. Dieses Land mag ja durchaus wohlhabend sein, aber so reich, daß wir uns schon wieder eine SPD-Regierung leisten können, sind wir wirklich nicht.

(Zustimmung)

Uns ist klar, daß wir erst ein neues Wirtschaftswunder leisten müssen, bevor wir uns wieder auf politische Abenteuer mit Alt-68ern einlassen können. Wenn also unser Kanzler Helmut Kohl einmal sein Amt an Wolfgang Schäuble übergibt, so hat er den Wechsel sorgfältig vorbereitet. Er hinterläßt in naher Zukunft ein geordnetes Werk. Es hat sich noch nie so gelohnt wie heute, die Programme der Parteien, die Ihnen und allen Bürgern zur Wahl stehen, miteinander zu vergleichen. Lesen Sie das Programm der SPD, und Sie werden sich fragen, wer das bezahlen soll. Lesen Sie das Programm der Grünen, und kompostieren Sie es. Suchen Sie das Programm der PDS zwischen Engels und Marx im Antiquariat, und die Programme und Schriften der braunen Horden sollte man lieber verbrennen, wie sie es früher auch schon getan haben. Dieses Land und seine Menschen haben Besseres verdient. Helfen Sie uns, und vertrauen Sie auf unseren Sieg im September mit Helmut Kohl, und freuen Sie sich auf eine gemeinsame, eine glückliche Zukunft im europäischen Jahrhundert mit Wolfgang Schäuble. – Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Bevor wir zum nächsten Redner kommen, habe ich die Freude, einen weiteren Ehrengast begrüßen zu dürfen. Es ist der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte. Herzlich willkommen in unseren Reihen!

(Beifall)

Es spricht jetzt zu uns der Bundesvorsitzende des RCDS, Fabian Magerl.

Fabian Magerl: Verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Es geht voran in Deutschland. Wichtige Reformen wurden gerade auch in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht. Die Sozialdemokraten konnten die eine oder andere Entwicklung zwar aufhalten, verhindern können sie sie aber nicht. Lassen Sie uns daher die Erfolge der letzten Jahre offensiv der Öffentlichkeit aufzeigen.

Auch in der Bildungspolitik konnten wichtige Fortschritte erzielt werden. Das Hochschulrahmengesetz wird in den nächsten Tagen endgültig beschlossen werden. Meine Damen und Herren, wir müssen klar herausstellen, was das bedeutet: Unsere Hochschulen können dank dieser Novelle wichtige Reformmaßnahmen angehen, sie werden wirtschaftlicher und effizienter arbeiten. Leistung wird von allen Angehörigen der Hochschulen verlangt werden. Unsere Hochschulen können künftig selbständig den Master oder den Bachelor vergeben. All diese Verbesserungen sind vielen nicht bekannt. Es ist daher unsere Aufgabe, Aufklärungsarbeit zu leisten.

Auch die Fortschritte bei der inneren Einheit sind bemerkenswert. Ostdeutsche Hochschulen sind inzwischen im Schnitt besser als westdeutsche. Die Investitionen der letzten Jahre zusammen mit dem Know-how und dem Fleiß der Ostdeutschen haben in den neuen Ländern Spitzenhochschulen entstehen lassen. Liebe Freunde, das müssen wir den Leuten auch sagen! Die Ostdeutschen können stolz auf ihre Leistungen sein; sie sind innovativer als die Westdeutschen.

Eigeninitiative wird in unseren Hochschulen inzwischen großgeschrieben. Es fehlt jedoch häufig am Mut zur Selbständigkeit. Wir müssen daher alle erdenklichen Möglichkeiten nutzen, um junge Menschen zur Selbständigkeit zu ermutigen. Deshalb dürfen wir die Erwerbstätigkeit junger Leute nicht behindern. Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse stellen einen unverzichtbaren Bestandteil solcher Aktivitäten dar. Es ist wahr, die 620- bzw. 520-Mark-Beschäftigungsverhältnisse werden auch von manchen mißbraucht. Diesen Mißbrauch müssen wir natürlich abstellen, aber wir dürfen nicht jungen Menschen die Möglichkeit nehmen, für sich selbst finanziell verantwortlich zu sein.

(Beifall)

Das ist auch eine soziale Frage der jungen Generation. Ludwig Erhard sagte einst: Die beste Sozialpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Das gilt auch heute noch.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns gemeinsam in die Auseinandersetzung der kommenden Monate gehen. Wenn wir kämpfen, gewinnen wir auch.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Es spricht jetzt Professor Henningsen. Ihm folgen Herr Greve, Herr Lorenz und Herr Schwäblein. – Bitte, Professor Henningsen.

Professor Dr. Bodo Henningsen: Hochgeehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Drei Themen drängen mich, heute zu Ihnen zu sprechen, erstens: Europa, zweitens: Dankbarkeit für die geleistete Arbeit und – drittens – der Wunsch nach Erneuerung.

Das europäische Haus steht. Doch wissen wir eigentlich, wie wir darin leben wollen? Ist die Völkerfamilie unser Ziel oder nur der kalkulierte Zusammenschluß von Vorteilsnehmern? Wieviel Gemeinsamkeit im Denken und in den Lebensgewohnheiten und Zielen wollen wir von den anderen Mitbewohnern des europäischen Hauses erwarten? Der türkische Wunsch einer Vollmitgliedschaft kann diese Diskussion fördern. Aber die Diskussion muß überhaupt erst einmal stattfinden, zum Beispiel auf einem echten Europadiskussionsparteitag unserer CDU.

Herr Schäuble vertritt sicher nicht allein die Ansicht, daß eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei gleichbedeutend wäre mit einem Verzicht auf die politische Union Europas. Der stellvertretende amerikanische Außenminister drängte kürzlich auf EU-Aufnahme der Türkei. Man könnte fürchten, daß das ein Versuch ist, die gemeinsame politische Kraft Europas in ihrer Entwicklung zu hemmen. Wir sind mit der Türkei freundschaftlich verbunden. Lassen wir uns trotz amerikanischen Drängens ehrlich mit unseren Freunden umgehen.

Die inhaltliche Europadiskussion wäre auch eine gute Möglichkeit, die Bedeutung des Europaparlamentes weiterzuentwickeln. Europadiskussion ist nicht möglich, ohne einem der großen Baumeister Europas, unserem Bundeskanzler, den gebührenden Dank abzustatten.

(Beifall)

Nur im festen Rahmen der EU war die deutsche Wiedervereinigung möglich. Die Erweiterungsfähigkeit der EU wird die Aussöhnung mit Polen erleichtern. Ich sage das als jemand, der im Schüleraustausch mit England die Aussöhnung mit England primär erleben durfte. Der Euro kann dazu beitragen, daß wir schneller ein europäisches Bewußtsein entwickeln, werden wir doch ständig ein Symbol Europas in die Hand nehmen.

Allen ist bewußt, daß die anstehenden Aufgaben im nationalen und im europäischen Bereich gewaltig sind. Immer stärker artikuliert wird zumindest in den Medien der Wunsch nach Veränderung, Erneuerung. Unser Bundeskanzler hat sich bereit erklärt, die Last der enormen Aufgabe noch einmal zu schultern. Dafür danken wir ihm.

Herr Bundeskanzler, Sie haben deutlich gemacht, daß Sie Herrn Schäuble als ihren Wunschnachfolger sehen. Viele – vor allem außerhalb dieses Raumes – fragen sich immer noch: Wann soll das sein, wie soll das gehen?

Während landauf, landab darüber geredet wird, welche Veränderungen die SPD mit ihrem machthungrigen Mann aus Hannover herbeiführen möchte, sollten wir selbst eine Veränderung durch Erneuerung schaffen oder vorbereiten. Herr Schäuble jedenfalls hat es nicht verdient, als Kandidatur-Kandidat verschlissen zu werden.

Und noch eines: 16 Jahre Bundeskanzler heißt auch, die Jungwähler der kommenden Wahl kennen in ihrem Leben keinen anderen Bundeskanzler als unseren, allerdings einen sehr erfolgreichen. Das ist verführerisch, aber auch gefährlich, denn wir alle kennen die Möglichkeit,

daß es schlichte Lust am Wechsel sein könnte, die die Jungwähler zur anderen Seite treibt. Machen Sie den Jungwählern klar, daß wir zur Erneuerung fähig sind!

Herr Bundeskanzler, wenn Sie jetzt hier wären, würde ich Ihnen dafür danken, daß Sie mir zugehört haben. Aber ich weiß und vertraue darauf, daß Sie die Kraft und das Gespür haben, im richtigen Moment einen großen Schritt in Richtung Erneuerung zu tun. Wir wollen, und wir können die Wahl gewinnen. – Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Es spricht Herr Greve, Schleswig-Holstein.

Uwe Greve: Frau Vorsitzende! Sehr verehrte Damen! Meine Herren! Liebe Parteifreundinnen und -freunde! Ich möchte am Anfang eine kritische Bemerkung machen, die eigentlich nicht zu einem solchen Parteitag paßt.

Ich würde mir eine Parteitagsregie wünschen, in der die wenigen Stunden, in denen die Delegierten, die Hunderte von Kilometern gefahren sind, einmal sprechen dürfen, auch das Gehör derjenigen finden, denen sie etwas sagen wollen. Ich finde es unmöglich, daß der Vorstandstisch hier praktisch völlig leer ist; denn wir sprechen doch nicht zu uns selbst, sondern wollen unseren Führungskräften etwas sagen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich möchte heute nur ein Thema bringen. Ich möchte kein Wasser in den Wein des Sieges schütten, aber wenn man einen Sieg erringen will, dann sollte man auch vier Monate vorher noch einmal schauen, wo Korrekturmöglichkeiten für Defizite sind. Eines dieser Entwicklungsbilder möchte ich bringen. Es gilt insbesondere für meinen Parteifreund Schäuble, der sich mit der Sache auch befaßt hat, und zwar geht es um das Thema der von Enteignungen in den Jahren 1945 bis 1949 betroffenen Familien. Das sind etwa 40 000 Familien – klassische Wähler der CDU/CSU – mit etwa 400 000 Wählern, die uns dadurch verloren gehen, daß wir als Partei an einer falschen Entscheidung festhalten.

Wenn Persönlichkeiten wie Gorbatschow, Schewardnadse und Genscher betonen, die Beibehaltung der Enteignung war keine Voraussetzung der Wiedervereinigung, was hindert dann die Bundesregierung daran, rechtsstaatlich zu handeln und jene Teile der enteigneten Vermögen zurückzugeben, die jetzt noch in der öffentlichen Hand sind, zumal die Enteigneten ja auf die anderen Bereiche bereits verzichtet haben?

Liebe Parteifreunde, rechtsstaatliches Empfinden steht dieser Entwicklung zutiefst entgegen. Ich bin kein Betroffener dieser Entwicklung, aber mein Rechtsempfinden empört sich, wenn wir über diese Dinge einfach hinweg und zur Tagesordnung übergehen. Es empört mich besonders, daß zum Beispiel auch Widerständler gegen den Nationalsozialismus und jüdische Mitbürger von dieser Entwicklung betroffen sind.

Es ist doch so leicht, darüber nachzudenken und, wenn diese Bedingungen wirklich nicht da waren – und alles deutet darauf hin –, nun zu sagen: Wir korrigieren das noch vor der Wahl. Wenn man sich vorstellt, daß viele der Erschlagenen, Verschleppten, zu jahrelanger, ja manchmal jahrzehntelanger Zwangsarbeit Gezwungenen und gleichzeitig Enteigneten jetzt

von sowjetischer Seite rehabilitiert werden, und zwar in größerer Zahl, und jetzt deutsche Gerichte sagen: Jawohl, diese Rehabilitierung hat nur einen moralischen Sinn, mit der Rückgabe des eingezogenen Vermögens hat das nichts zu tun!, sträubt sich mein Rechtsbewußtsein und mein demokratisches Bewußtsein zutiefst, liebe Parteifreunde. Wer diese Argumentation wertet, der kann eigentlich nur sagen, daß hier alles auf dem Spiel steht, was wir seit 40 Jahren beschreiben, nämlich, daß wir Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt unseres Denkens rücken.

Der Glaube, mit den für verkauftes fremdes Gut eingenommenen Beträgen die Wiedervereinigung zu finanzieren, war, wie wir alle heute wissen, ein Irrglaube. Das sieht jeder, der sich die Gewinn- und Verlustrechnung des Verkaufs anschaut. Beim Wald zum Beispiel besteht ein riesiges Defizit. Im Gegenteil, ich glaube – und ich kenne einige dieser Unternehmerpersönlichkeiten –, daß Milliardeninvestitionen der Enteigneten blockiert werden, und zwar Investitionen, die in den neuen Bundesländern bitter nötig sind. Wenn schon das Gefühl der Gerechtigkeit in dieser Frage bei manchen unserer Verantwortlichen heute unterentwickelt ist, so frage ich, ob es nicht schon aus opportunistischen Gründen interessant wäre, sich um diese ertümliche Klientel der CDU-Wählerschaft zu kümmern und diese 400 000 Stimmen wieder an sich zu binden durch ein mögliches Signal in dieser Frage.

Da wir die letzte Bundestagswahl mit einem Vorsprung von weniger als 300 000 Stimmen gewonnen haben, glaube ich, wäre es an der Zeit, jetzt noch an einer wichtigen Stelle unsere Position zu korrigieren und damit vielleicht einen entscheidenden Schritt zum Sieg zu machen. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Es folgt jetzt Herr Lorenz, anschließend Herr Schwäblein und dann Herr Klose.

Dieter Lorenz: Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es spricht einer, der vor 30 Jahren das erstmal bei einem Bundesparteitag in Berlin war, damals Führungsämter in den Sozialausschüssen in der CDU innehatte, seit 1981 Bürgermeister einer Gemeinde ist und der in dieser Zeit auch auf den Parteitagen die Meinungen des Volkes über uns und unsere Arbeit weitergegeben hat. Weil die Jugend und die Frauen nachdrängen, werde ich zum letztenmal hier die Chance haben, zu danken. Ich möchte allen danken, die die Bundesparteitage in den vergangenen Jahrzehnten vorbereitet haben und uns vieles mitgegeben haben. In diesen 30 Jahren habe ich Parteitage mit Bundeskanzler, ohne Bundeskanzler und wieder mit Bundeskanzler erlebt. Die Reihenfolge, das Auf und Ab wird sich fortsetzen. Es gab begeisternde Erlebnisse, richtungsweisende Entscheidungen, aber auch Enttäuschungen. Ich denke daran, wie Rainer Barzel erst gefeiert wurde und später bei einem richtungsweisenden Bundesparteitag als krank abgemeldet wurde. Ich möchte an die Partei appellieren und rufe Ihnen zu: Vergeßt die Ehemaligen nicht! Mancher, der heute Aktiven kann sehr bald dazugehören.

Wir stellen fest: Die Menschen wenden sich von den Kirchen ab. Die großen Parteien werden in Frage gestellt. Der Tanz um das Goldene Kalb Wohlstand, Eigenleben und Anspruchsdenken nimmt zu. So wie Moses von seinem Volk enttäuscht war, sind es die Verantwortlichen

in den Kirchen und in den Parteien. Fernsehshows mit Witz und Fröhlichkeit werden Partei- und vor allem Kirchentagen vorgezogen.

Ein Phänomen ist für mich die Frage, nach welchen Motiven gewählt wird. Nach der ehrlichen und überzeugenden Rede von Helmut Kohl heute und den vorgebrachten Argumenten kann der nächste Kanzler nur wieder Helmut Kohl heißen. Aber wie bringen wir das unseren Wählern herüber? In Niedersachsen, in dem Land, in dem ich politisch wirke, hatten wir einen tollen jungen Kandidaten mit neuen Ideen. Er wurde nicht gewählt, sondern jene, die einmal als „faule Säcke“ verspottet wurden, haben ihren Spötter selbst wiedergewählt. Das ist ein Phänomen. Die Gefahr besteht, daß bei dem vor uns liegenden Wahlkampf etwas ähnliches passieren könnte. Was ist zu tun? Wir müssen Gemeinsamkeit zeigen und mit Blick auf das Deutschland-Endspiel am 27. September kämpfen. Danach gilt es, die neuen Ruheständler ihren verdienten Platz in der Geschichte einnehmen zu lassen, die Szene mit vielen jungen Männern und Frauen neu zu gestalten und in das Jahr 2000 zu führen. Nach mageren Jahren geht es auch wieder einmal aufwärts. Als einer, der lange dabei war, werde ich das sicher mit großem Interesse beobachten.

Zum Schluß noch eine Bitte: Als wir heute 60jährigen ins Berufsleben einstiegen, haben wir 48 Stunden gearbeitet. Jetzt sind es 38 Stunden. Wir haben pro Woche 10 Stunden mehr an Freizeit. Im sozialen Bereich gibt es weniger Geld. Dort werden Behinderte und andere Hilfe benötigen. Wie wäre es, wenn jedes CDU-Mitglied eine Stunde pro Woche für einen sozialen Zweck aufbringt und etwas Gutes tut? In meiner Gemeinde haben wir eine Stiftung mit 800 Behinderten. Ich habe damit angefangen. Es sind tolle Erfahrungen, die man mit Behinderten machen kann, wenn man sich eine Stunde pro Woche um sie kümmert. Auch die Hilfe für andere ist ein Beitrag für die Bewältigung der Gegenwart. Ich wünsche uns allen eine gute Zukunft.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lorenz. Es folgt jetzt Jörg Schwäblein, Landesverband Thüringen.

Jörg Schwäblein: Herr Bundesvorsitzender! Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein fiktives Interview eines Bundespräsidenten a. D. hat mich hier das Wort ergreifen lassen. Rät er uns doch, die PDS in die politische Verantwortung einzubinden. Dies ist eine Fortsetzung von Äußerungen von Intellektuellen, die uns zunehmend nachdenklich machen müssen.

Meine Damen und Herren, auch Reinhard Höppner hat vor nicht allzulanger Zeit vorgetragen, die DDR sei kein Unrechtssystem gewesen. Dies ist für ihn der Grund für die Legitimation der PDS und die Rechtfertigung für die Zusammenarbeit mit ihr. Nun ist jemand, der so wie ich mindestens 40 Jahre Diktatur aktiv erlebt hat, da durchaus anderer Meinung. Damit setze ich nicht die 16 Millionen ins Unrecht, die unter diesen Bedingungen leben mußten. Aber, meine lieben Freunde, wir können doch nicht die Toten an der Mauer und an den Stacheldrahtzäunen vergessen machen.

(Beifall)

Wir können doch nicht die vielen Hunderttausende, die wegen des Versuchs, ihre politische Meinung frei zu äußern, im Gefängnis gelandet sind, vergessen machen. Wir können nicht die Mütter vergessen machen, denen man die Kinder weggenommen hat, nur weil sie versucht haben, von Deutschland A nach Deutschland B zu kommen. Dies war sehr wohl ein Unrechtssystem. Es muß auch weiterhin als solches benannt werden.

(Beifall)

Nun wird uns immer wieder entgegengehalten: Ja, wenn etwa ein Fünftel der wahlberechtigten Bevölkerung diese Partei gewählt hat, so sei sie demokratisch legitimiert. Lassen Sie mich da etwas ins Detail gehen: In Thüringen hat die PDS bei den letzten Landtagswahlen bedauerlicherweise 16 Prozent bekommen. Die jüngsten Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt brachten für die anderen radikalen Parteien 13 Prozent. Es gibt da wohl einen quantitativen Unterschied. Aber wo ist bitte schön der qualitative Unterschied zwischen den 13 Prozent auf der rechten und den 16 Prozent auf der linken Seite? Alle Welt sagt heute: Um Himmels willen, arbeitet bloß nicht mit den Rechten zusammen. Das ist gut und richtig so. Aber mit der gleichen Inbrunst müßte man doch sagen: Arbeitet bitte auch nicht mit den ganz linksaußen Stehenden zusammen.

(Beifall)

Nun habe ich Lenin lesen und auch hören müssen. Vielen von Ihnen ist das erspart geblieben. Aber hier und da lohnt es sich doch einmal, hereinzuschauen. In der Revolutionstheorie heißt es bei ihm, daß man sich an die Gegebenheiten so lange anpassen muß, bis man sie verändern kann. Das hat die PDS, die in einer Kontinuität zur SED steht und das nicht einmal selbst leugnet, sehr wohl beherzigt.

Ich bringe einige Beispiele aus der parlamentarischen Praxis. Die bei der PDS deutlich werdenden Ansätze können auch in einer offiziellen Bundestagsdrucksache, in ihrem Entwurf zu einem neuen Grundgesetz, nachgelesen werden. Diese Drucksache ist im Bundestag garantiert noch abzurufen. Wer diese Drucksache liest, wird feststellen: Die PDS will eine andere Republik. Auch in unserer täglichen Arbeit im Parlament zeigt sich das ganz deutlich.

Ich möchte Ihnen hier nur zwei Beispiele nennen. Wir haben vor nicht allzulanger Zeit – etwa ein Jahr ist es her – eine Debatte über die Pläne der SED angestrengt, Internierungslager in der DDR einzurichten und am Tag X alle Unbequemen hinter Schloß und Riegel zu bringen. Das betraf die Zweifler an den Wahlergebnissen, Aktive aus dem kirchlichen Raum und die allgemein kritischen Leute. Mithin ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung. Diese Einsatzpläne lagen mit ausgearbeiteten Namenslisten und auch schon mit den Listen derer komplett vor, die die Leute zu Hause abholen sollten, um sie zu verhaften. In dieser Debatte hat eine in politischer Verantwortung stehende Abgeordnete der PDS, also keine Hinterbänklerin, geäußert, das sei legitim gewesen. Schließlich hätte die DDR das Recht gehabt, sich zu verteidigen. Dies sage ich, um Ihnen den wahren Geist dieser Truppe in letzter Klarheit nahezubringen.

Ein weiteres Beispiel für den Ungeist, der linksaußen herrscht: Als wir jüngst eine Debatte zu den Bosnien-Einsätzen der Bundeswehr hatten, hat sich der ehemalige Vorsitzende dieser

Fraktion dort so weit hineingesteigert, daß er Deutschland und damit auch uns von der CDU vorwarf, wir hätten den Krieg im ehemaligen Jugoslawien durch die frühzeitige Anerkennung von Bosnien-Herzegowina mitverursacht.

Das ging noch weiter. Es wurde nicht etwa von der gerade erfahrenen Hilfeleistung gesprochen, sondern von „Kriegsdienst“ sowie davon, daß man die frühzeitige Anerkennung nur deshalb betrieben habe, damit – ich zitiere – „endlich wieder deutsche Soldaten an allen Stränden dieser Welt aufmarschieren können“. Das ist der Ungeist, der die Demokratie von linksaußen bedroht. Er darf so wenig um sich greifen wie der von rechtsaußen.

Noch eines zum Schluß: Das vorletzte dunkle Kapitel unserer Geschichte hat sehr deutlich gemacht, wohin es führt, wenn man versucht, Radikale in Verantwortung zu nehmen. Ich höre diese verhängnisvollen Sätze heute leider schon wieder viel zu oft. „Nehmen Sie sie in Verantwortung, lassen Sie sie ausprobieren.“ Sie werden sich ganz schnell entzaubern. Das, was wir Deutsche in zwei Diktaturen erlebt haben, ist Beleg genug dafür, Radikale nie wieder in Verantwortung zu lassen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jörg Schwäblein. - Als letzter Redner zur Debatte zum Bericht des Vorsitzenden jetzt Hans-Ulrich Klose, Nordrhein-Westfalen.

Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrer Rede darauf hingewiesen: Es ist kaum begreiflich, daß die SPD zwei Jahre vor Ende dieses Jahrhunderts mit ihrer eigenen Geschichte so nachlässig umgeht. Das ist in der Tat erstaunlich. Ich selber kann mich erinnern, daß nach dem Kriege, nach dem Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone, Tausende von Sozialdemokraten in Konzentrationslager, die man inzwischen wieder errichtet hatte, in Sachsenhausen und in Buchenwald, verschleppt worden sind. Viele sind nie zurückgekehrt. Jahre später haben wir als Betroffene der Strafanstalten der DDR gesagt: Wenn wir von hier wieder lebendig in die Freiheit herauskommen, dann müssen wir alles tun, um die Ausbreitung des kommunistischen Systems zu verhindern.

(Beifall)

Nach der Wiedervereinigung konnte man als jemand, der der älteren Generation angehört, sagen: Das sind vielleicht die wichtigsten Erkenntnisse Deines Lebens, daß Du miterleben durftest, daß zwei totalitäre Systeme, die nationalsozialistische Diktatur und die kommunistische Diktatur, gescheitert sind. Nun muß man alles unternehmen, um eine Wiederholung dieses Geschehens, das unser Jahrhundert so stark geprägt hat, ein für allemal zu unterbinden.

Wie mein Vorredner erinnere ich daran, daß wir eine Verpflichtung gegenüber den Opfern haben – den Zehntausenden von politischen Gefangenen, denjenigen, die durch den Schießbefehl ums Leben gebracht worden sind, die ermordet worden sind.

Meine Damen und Herren, ich empfinde es als unerträglich, daß Kommunisten in der Gestalt der PDS nun wieder in Deutschland teilhaben sollen an der Ausübung politischer Macht.

(Beifall)

Wir können nur alles tun, um diese Entwicklung so schnell wie möglich, so schnell, wie es in unseren politischen Kräften steht, zu stoppen. Es soll sich niemand einbilden, daß Sachsen-Anhalt oder ein anderes Bundesland – sollte es dazu kommen – der Schlußstein einer solchen Entwicklung wären. Auch in Bonn ließen sich Sozialdemokraten, wenn es notwendig wäre, mit den Stimmen der PDS in Regierungsämter wählen.

Meine Damen und Herren, ich sage das auch im Bewußtsein und im Gedenken an die Menschen, die für die Freiheit eingetreten sind und deren Erbe, das sie uns hinterlassen haben, wir nicht vergessen dürfen. Tun wir alles, daß ein solches Geschehen wie in Sachsen-Anhalt in Deutschland nie Realität wird!

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Klose, für die eindrücklichen Worte am Ende dieser Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden. Noch einmal vielen Dank allen Rednern, die sich daran beteiligt haben. - Wir nehmen nun einen Wechsel im Vorsitz des Tagungspräsidiums vor. Ich übergebe an den Vorsitzenden der CDU Hessens, Roland Koch.

Roland Koch, Tagungspräsidium: Wir kommen zu TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler! Lieber Roland Koch! Liebe Freunde! Wir sind uns einig, daß wir die Wahl am 27. September gewinnen wollen. Ich möchte nun darlegen, wie wir sie tatsächlich gewinnen werden.

(Beifall)

Vielleicht ist diese Nachmittagsstunde ganz gut dazu angetan, ein paar strategische Gedanken darüber auszutauschen, damit das eintreten kann, was der Bundeskanzler heute morgen angesprochen hat: daß es zu einer fairen Bewertung kommt, zu einem echten Vergleich zwischen dem, was wir politisch leisten und für die Zukunft anbieten, und dem, was unsere Mitwettbewerber zu bieten oder auch nicht zu bieten haben.

Ein Blick auf das Meinungsklima macht deutlich, worin unsere Aufgabe besteht: Es gilt, die Lücke zwischen den unfreundlichen CDU-Werten bei der „Sonntagsfrage“ und dem von uns angestrebten Wahlergebnis zu schließen. Das ist keine leichte, aber eine lohnende und lösbare Aufgabe. Meine erste Bitte an die eigene Truppe lautet: Selbstbeschäftigung und Eifersüchteleien in Interviews haben jetzt Pause. Die Herzen der Menschen zu wenden, das ist die Aufgabe, liebe Freunde.

(Beifall)

Die Herzen der Menschen zu wenden, das ist eine emotionale Aufgabe. Ich finde, unser Bundeskanzler hat heute in seiner Rede hier vor dem Parteitag, vor den tausend Delegierten, aber auch vor der ganzen deutschen Öffentlichkeit gezeigt, daß er nicht nur die intellektuelle Kraft, sondern auch die emotionale Kraft hat, Deutschland sicher in das 21. Jahrhundert zu führen. Das ist die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht.

(Beifall)

Vielleicht haben auch Sie das „Politbarometer“ im ZDF oder eine der anderen Sendungen gesehen, in denen Umfrageergebnisse präsentiert werden. Wir stoßen auf Werte, die uns unruhig stimmen. Wenn man nach der Quelle fahndet, die im Moment die politische Zustimmung zu unseren Mitwettbewerbsspeisern speist, dann stößt man auf eine diffuse Wechselstimmung im Land. Interessant ist, daß die Menschen damit gar keine konkreten politischen Vorstellungen verbinden, und sie sind sich auch gar nicht darüber im klaren, was sie eigentlich eintauschen wollen. Deswegen ist für uns die Frage: Wir gehen wir mit einer solchen diffusen Stimmung um? Meine Antwort: In einer solchen diffusen Stimmung müssen klare Entscheidungsfragen her, die die Menschen erkennen lassen, was für das Land richtig und was falsch ist.

(Beifall)

Unsere erste Aufgabe ist es, den Nebel zu lichten, den die Linke über das Land zu bringen versucht, um in der Dunstglocke des Ungefähren heute ungefähr diese und morgen ungefähr jene Position zu vertreten. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten den Nebel wegblasen, und sie werden dasitzen, wie ihre Geisteshaltung sie schuf: ziemlich links und ziemlich dürrig.

(Beifall)

Auch bei uns haben wir eine Strategiediskussion geführt: Wie kann es gelingen? Ist es eine Frage des Programms? Ist es eine Frage der Gefühle? Ist es eine Frage der politischen Richtung? Ich meine, alle drei Elemente müssen in richtiger Form zusammenwirken.

Die Bundestagswahl ist natürlich eine Richtungswahl. Unabhängig davon, wie in manchen Leitartikeln über diese Frage philosophiert wird, geht es um die grundsätzliche Richtung, die Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert einschlägt, und um die Politik, die daraus folgt.

Die Sozialdemokraten fürchten diese grundsätzliche Auseinandersetzung. Sie verhalten sich wie ein glitschiges Stück Seife in der Badewanne: Sie versuchen immer wegzufilzen. Aber wir werden ihnen diese grundsätzliche Auseinandersetzung nicht ersparen.

(Beifall)

Hier liegt die zentrale Bedeutung der Vorgänge in Sachsen-Anhalt. Ich finde, wir als CDU haben eine gesamtdeutsche Verpflichtung, das nicht als Thema Ost oder als Thema West zu verstehen. Das, was in Sachsen-Anhalt abgelaufen ist, ist für ganz Deutschland von allergrößter Bedeutung und allergrößter Konsequenz.

(Beifall)

Vier Jahre lang haben Sozialdemokraten und Grüne in offener Kooperation mit der PDS Sachsen-Anhalt heruntergewirtschaftet. Christoph Bergner hat es dargelegt: höchste Arbeitslosigkeit, schlechteste Wirtschaftsentwicklung, Rechtsradikale in zweistelliger Größe, eine frech auftrumpfende PDS und katastrophale Politikergebisse. Die Jahre der Höppner-Regierung sind ein eindrucksvoller Beleg für den Erfahrungsgrundsatz: Überall, wo Sozialdemokraten und Grüne ein Land in die Hände bekommen, da geht es bergab.

(Beifall)

Nun haben wir gewichtige Stimmen gehört - sie sind auch heute morgen von diesem Pult aus zitiert worden -, die die Frage nach dem demokratischen Charakter der PDS zurückweisen. Man müsse diese Kräfte einbinden; man müsse sich darum bemühen, heißt es. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes, aus dem ich komme, Nordrhein-Westfalen – ein Bericht, der von einer sozialdemokratisch geführten Regierung verantwortet wird –, heißt es über die PDS: „Der Landesverband ist weiterhin als Sammelbecken linksextremistischer Bestrebungen anzusehen.“ Dieser Bericht aus Nordrhein-Westfalen weist warnend darauf hin, daß die PDS mit anderen linksextremistischen Parteien und Gruppierungen „auch des gewaltbereiten Spektrums“ zusammenarbeitet.

Das Ganze wird natürlich taktisch verschleiert. Das Lenin-Wort von den Bürgerlichen als den „nützlichen Idioten“ kennen wir ja. Bei dem Chefideologen der PDS, André Brie, klingt das heute wie folgt – ich bitte Sie, das einmal ganz ruhig aufzunehmen –: „Die PDS muß endlich erkennen, welche Chancen für sie im Grundgesetz liegen.“ Und Brie weiter: „Wir müssen uns sein Instrumentarium aneignen, lernen, darauf zu spielen.“

Trotz aller Verschleierungsversuche gibt es reichlich extremistischen Klartext. Vor wenigen Wochen hat Hans Modrow, Ehrenvorsitzender der PDS und letzter Ministerpräsident der SED, seine Partei unter dem Jubel der Delegierten auf dem PDS-Parteitag in Rostock dazu aufgerufen, sich als „revolutionäre sozialistische Kraft“ zu verstehen und auch so zu handeln.

Liebe Freunde, wenn eine Partei in Deutschland sich als revolutionäre sozialistische Kraft versteht und uns androht, daß sie auch so handeln will, dann ist die wehrhafte Demokratie zu allerhöchster Wachsamkeit gefordert.

(Beifall)

Hans-Ulrich Klose hat eben von den Opfern gesprochen. Der sächsische Sozialdemokrat Otto Marr, von der Gestapo wegen seiner SPD-Mitgliedschaft verfolgt und gefoltert, dann von den Kommunisten zu 25 Jahren Bautzen-Haft verurteilt, hat im November 1996, kurz vor seinem Tode, in einem Vortrag vor der Kurt-Schumacher-Gesellschaft einen eindringlichen Appell an die SPD gerichtet. Er schilderte die Schrecken der Verfolgung in beiden Terrorregimen und fuhr dann fort – ich zitiere ihn wörtlich –:

Es ist für uns verfolgte Sozialdemokraten beschämend, wie eine kleine Minderheit würdelose Anbiederungsversuche bei der PDS macht. Das ist eine schamlose Verhöhnung aller toten und noch lebenden sozialdemokratischen Opfer der verbrecherischen SED-Diktatur.

Er schließt: „Ein zweites 1945/46 darf und wird es nicht geben.“

Liebe Freunde, da müßte eigentlich auch dem letzten Sozialdemokraten klarwerden, daß er die Geschichte der eigenen Partei verrät, wenn er mit der PDS gemeinsame Sache macht.

(Beifall)

Nun wird ja verbreitet, der derzeitige Kandidat der Sozialdemokratischen Partei sei in dieser Frage anderer Meinung gewesen. Gerhard Schröder hat aber bereits 1994 bei der damaligen Regierungsbildung Reinhard Höppner aufgefordert: „Nimm doch die PDS mit in die Regierung.“

Wer 1994 so gehandelt hat, kann heute nicht so tun, als hätte er mit den Entwicklungen in Magdeburg nichts zu schaffen. Schröder ist der Geburtshelfer der Magdeburger Verhältnisse. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Was die Sozialdemokraten in Magdeburg aufgeführt haben, ist nichts anderes als eine Verlängerung der alten Antifaschismus-Lüge der SED. Die Kommunisten haben immer ihren Terror moralisch mit der verlogenen Behauptung zu legitimieren versucht, Mauer, Stacheldraht und Stasi-Herrschaft seien die notwendige Voraussetzung, um den Faschismus fern-zuhalten. Die Sozialdemokraten stellen sich in diese unselige Tradition, wenn sie vor der deutschen Öffentlichkeit behaupten, es bedürfe der PDS, um die DVU zu bekämpfen. Ich danke Ignaz Bubis für seinen klaren Widerspruch. Es ist eine Schande, wenn Herr Höppner die Opfer des NS-Regimes für eine Aktion zugunsten der PDS instrumentalisiert.

(Beifall)

Nun wird immer wieder gesagt, die PDS sei nicht mehr die alte SED. Das ist absolut zutreffend. Die PDS ist nicht mehr die alte SED; sie ist das Konzentrat der alten SED,

(Beifall)

jene Hunderttausend, die auch nach dem Fall von Mauer und Stacheldraht nichts dazugelernt haben.

Seit vier Jahren werden die SPD-Parteizentrale, die PDS-Propagandatruppen, das Neue Deutschland, die Herren Lafontaine und Gysi nicht müde, uns aufzufordern, den Finger nicht mehr auf die PDS-Wunde zu legen. Der eine oder andere mag sich von solchen Forderungen beeindruckt lassen. Ich, liebe Freunde, sage vor diesem Parteitag: Ich lasse mich davon nicht beeindrucken. Solange eine Partei so auftritt, so agiert und so mit der deutschen Geschichte umgeht wie die PDS, werde ich das immer wieder ansprechen und brandmarken.

(Beifall)

Ich werde auch in diesem Wahlkampf Roß und Reiter nennen. Einen Grundsatz, der unter den Demokraten einmal klar war, haben die Sozialdemokraten verraten; sie haben die Demokraten gespalten. Dieser Grundsatz lautet: Niemals darf ein deutscher Bundeskanzler von den Stimmen der Kommunisten abhängig sein.

(Beifall)

Unser Bundeskanzler sagt ja immer, man solle den „Spiegel“ nicht lesen. Aber einer muß es ja tun; also lese ich den „Spiegel“ dann doch. Der heutige „Spiegel“ bringt ein Interview mit Herrn Lafontaine. Falls auch Sie gegen die Regel des Bundeskanzlers verstoßen wollen: Schauen Sie einmal hinein. Es ist ein interessantes Interview - nicht nur, daß Lafontaine unser Thema der Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS mit großen Worten für ein unwichtiges Thema erklärt – das lehrt uns, daß eigentlich das Gegenteil der Fall ist –, nein, er macht auch eine interessante Aussage. Auf die Frage, warum SPD und PDS in den Ländern, aber nicht auf Bundesebene zusammenarbeiten würden – dafür muß er ja ein Argument

bringen –, sagt Oskar Lafontaine in der heutigen Ausgabe des „Spiegel“, auf Bundesebene werde die SPD nicht mit der PDS zusammenarbeiten, weil sie „außenpolitisch“ unzuverlässig sei. Daß die PDS außenpolitisch unzuverlässig ist, wissen wir. Auch die Grünen sind außenpolitisch höchst unzuverlässig; die Sozialdemokraten selbst sind außenpolitisch auch nicht so zuverlässig.

(teilweise Beifall)

Ich frage: Was ist denn das für eine Begründung, daß sie außenpolitisch unzuverlässig sind? Was ist denn mit der Innenpolitik? Was ist mit der Überwindung unserer Gesellschaftsordnung, wie sie im PDS-Programm zum Ziel gesetzt wird? Was ist mit den Aktionsbündnissen mit gewaltbereiten Gruppen? - Kein Wort davon bei Lafontaine. Wenn er in bezug auf die Innenpolitik SPD und PDS gleichsetzt und das in einer solchen verräterischen Weise bekanntgibt, dann müssen wir sagen: Das ist der Weg in eine andere Republik, den dieses Linksbündnis will. Das werden wir in der deutschen Öffentlichkeit klar ansprechen.

(Beifall)

Ich möchte jetzt eine strategische Bemerkung machen. Die politische Auseinandersetzung dieses Jahres wird um die Frage geführt, wer in Deutschland die politische Mitte repräsentiert.

Das gilt für Personen, das gilt für Inhalte, und das gilt für Bündnisstrategien, und das gilt in allererster Linie für politische Parteien. Für die CDU galt schon immer der Grundsatz: Wir halten gleich weiten Abstand nach rechtsaußen wie nach linksaußen. Wir sind die einzige politische Kraft, die diesen Abstand hält. Die Sozialdemokraten haben die politische Mitte längst geräumt.

(Beifall)

Volker Rühle hat es angesprochen: Ist es denn Mitte, liebe Freunde, wenn man unseren Bundeswehrsoldaten, die Tag und Nacht Sandsäcke geschleppt haben und damit die Menschen an der Oder vor einer Flutkatastrophe bewahrt haben, wenn man unserer Bundeswehr jetzt in Frankfurt an der Oder mit den Stimmen von SPD und PDS, die die Mehrheit im Rat stellen, ein öffentliches Gelöbnis mit dem Hinweis verweigert, das sei fehl am Platze? Das ist nicht politische Mitte, liebe Freunde. Das ist die miese alte linke Ecke.

(Beifall)

Es ist nicht politische Mitte, wenn man jahrelang den Asylkompromiß verhindert, gegen den Herr Schröder - das müssen wir den Leuten erzählen – gestimmt hat. Es ist nicht Mitte, wenn man mit Neidkampagnen die Deutschen in Ost und West gegeneinander ausspielt. Und es ist schon gar nicht Mitte, wenn man den Menschen in den neuen Ländern zumutet, daß Stasispitzel, Kommunisten und andere extreme Linke wieder das Sagen bekommen, liebe Freunde.

(Beifall)

Es gibt eine klare Ortsbestimmung: Es ist Helmut Kohl, es ist die CDU, wir sind die politische Mitte in Deutschland und niemand sonst!

(Beifall)

Vor uns liegt eine Zeitenwende. Das ist mehr als ein Datum im Kalender. Das ist der Übergang in ein neues Zeitalter mit all den Herausforderungen, die damit verbunden sind. In dieser Zeit bedarf es eines Höchstmaßes an Kompetenz und eines Höchstmaßes an politischem Gewicht, an Erfahrung, an Verlässlichkeit und an visionärer Kraft an der Spitze unseres Staates. Liebe Freunde, wir haben einen Kanzler, auf den die Welt schaut. Wir sind stolz auf Helmut Kohl.

(Beifall)

Ich will zu einem weiteren wahlentscheidenden Thema kommen, das viele Menschen beschäftigt, nämlich zu den Veränderungen in der Weltwirtschaft. Die Fusion der Automobilgiganten Daimler-Benz und Chrysler hat ein Schlaglicht auf eine Entwicklung geworfen, die die Wirtschaft mehr und mehr bestimmt: die Globalisierung.

In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach wurden die Deutschen nach ihrer Einstellung zur Globalisierung befragt. Es stellte sich heraus, daß 20 % der Befragten mit dem Begriff vertraut sind. 40 % gaben an, eine ungefähre Vorstellung zu haben. Weitere 40 % hatten noch nichts von Globalisierung gehört und verbanden damit ganz unscharfe Vorstellungen. Die Umfrage hat weiter ergeben, daß diejenigen, die Bescheid wissen, optimistisch sind und die Entwicklung positiv bewerten; diejenigen, die nicht Bescheid wissen, sehen sich von Risiken bedroht.

Dabei gehört Deutschland eindeutig zu den Globalisierungsgewinnern. Unser boomender Export ist dafür der beste Beweis. Wir haben Deutschland auf diese Entwicklung gut vorbereitet. Die CDU leidet aber oft darunter, daß ihr große und wichtige Leistungen in der Bevölkerungsmeinung nicht angerechnet werden. Deshalb werden wir die Früchte dieser positiven Entwicklung - des Aufbruchs in der Wirtschaft, des Aufbruchs im Bereich von Forschung, Entwicklung und Innovation, den Jürgen Rüttgers auf den Weg gebracht hat, der positiven Entwicklung bei den Weltmarktpatenten mit den Arbeitsplatzwirkungen, die davon ausgehen – nur dann ernten können, wenn wir das große Informationsbedürfnis in der Bevölkerung auch befriedigen und, liebe Freunde, wenn wir so von der Wirtschaft reden, daß es die Menschen draußen auch verstehen.

(Beifall)

Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß wir in unserem Zukunftsprogramm, über das wir morgen verhandeln und beraten werden und das ein starkes Stück Zukunft darstellt, ein konkurrenzlos gutes Programm, das eine bessere Zukunft beinhaltet, als jede andere politische Partei in Deutschland sie zu bieten hat, einen ganz neuen Stil gewählt haben. Da wird von den beiden zentralen Fragen unserer Zeit – die erste Frage lautet: Was hält die Gesellschaft zusammen?; die zweite Frage lautet: Wie schaffen wir angesichts der großen Veränderungen neue Arbeitsplätze? – ausgehend beschrieben, wie wir morgen leben und arbeiten werden und was heute dafür zu tun ist. Liebe Freunde, wir werden mit diesem Programm ein starkes Stück Zukunft auf den Weg bringen. Wolfgang Schäuble hat mit seiner Kommission hierfür eine ausgezeichnete Arbeit vorgelegt. Ich möchte ihm auch an dieser Stelle herzlich im Namen des Parteitagés danken.

(Beifall)

Wenn Sie dieses Programm studieren und mit unserer Politik vergleichen, ist ein interessanter Unterschied zu Rot-Grün festzustellen. Es sind die Voraussicht, die Vision, das Denken in großen Zusammenhängen, weit und mutig nach vorne, die uns voranbringen. Rot-Grün steht für das kleine Karo. Wir stehen für das Denken in großen Zusammenhängen. Das ist ein entscheidender Unterschied. Es waren nie die Kleingeister und Oberbedenkenräger, die die Welt positiv bewegten. Sie standen den neuen Entwicklungen immer im Weg, von der Eisenbahn bis zum Computer.

Vor zwei Wochen sprach Oskar Lafontaine auf dem Zukunftskongreß einer Verlagsanstalt. Statt des von der Deutschen Presse-Agentur angekündigten Agenturberichtes brachte dpa folgende Meldung:

Die Berichterstattung über die Rede des SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem ECON-Zukunftstag in Düsseldorf entfällt mangels Nachrichtenwertes.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, es ist mittlerweile modern geworden, das Wort „Innovation“ auf den Lippen zu führen. Tatsache ist allerdings: Wo immer ein innovativer Funke sprüht, ob beim Transrapid oder in der Gentechnologie, immer steht schon ein roter oder grüner Genosse mit dem Wassereimer bereit, um ihn ja rasch auszulöschen.

(Beifall)

Unser Bundeskanzler hat heute morgen Anzeigen unseres verehrten politischen Mitwettbewerbers aus der Baracke von schräg gegenüber im Blick auf den Aufschwung schon ein bißchen geschildert. Ja, liebe Freunde, es stimmt: Die Sozialdemokraten fürchten nichts mehr als den Aufschwung. Genauer gesagt: Sie versuchen, die Bevölkerung stimmungsmäßig in einem Zustand zu halten, der der wirtschaftlichen Lage und der Lage auf dem Arbeitsmarkt ganz und gar nicht entspricht. In der Weise, in der sichtbar wird, daß die Arbeitslosigkeit zurückgeht und die Wirtschaftskraft unseres Landes zunimmt, nehmen auch unsere Chancen zu. In der Weise, in der die Menschen in ganz Deutschland kritisch prüfen und vergleichen – sie können sich mit Menschen aus der ganzen Welt vergleichen: Was sind meine Möglichkeiten, und wie stellen sich die Möglichkeiten in anderen Ländern dar? –, nehmen auch unsere Chancen zu.

Wir müssen allerdings auch einen kritischen Punkt bedenken. Manchen ging vieles zu schnell. Manche haben gefragt: Warum immer wir? Manche haben viele Reformen auch als Zumutung empfunden. Wenn jemand ein kleines Einkommen hat und hört, daß er in der Apotheke höhere Zuzahlungen leisten muß, daß die Rente langsamer steigen wird, daß es bei der Lohnfortzahlung eine Änderung geben wird oder daß es im Arbeitsrecht Änderungen geben wird, sieht er sich vor die Frage gestellt: Bringt das etwas oder wird mir nur etwas abgeknöpft? Liebe Freunde, wir müssen in der Diskussion offensiv vertreten: Unsere Reformen waren nicht immer bequem. Sie waren manchmal auch ein Stück Zumutung. Sie waren aber ein elementarer Beitrag, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaftskraft zu produzieren, die soziale Kraft hervorbringt. Diese Reformen zeigen Wirkung.

(Beifall)

Es wird immer von fünf Millionen Arbeitslosen geredet. Es sind viele hunderttausend weniger. Im April ist die Zahl der Arbeitslosen erneut deutlich zurückgegangen, in der alten Bundesrepublik zum viertenmal in Folge. Zum viertenmal in Folge war sie auch niedriger als im Vorjahresvergleich. In den neuen Ländern hatten wir von März auf April 1998 den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 1990.

Deswegen können wir der deutschen Öffentlichkeit sagen: Der Aufschwung ist da, es ist unser Aufschwung, und wer ihn erhalten will, muß CDU wählen.

(Beifall)

Jetzt ist Dieter Schulte leider nicht mehr im Saal, aber ich will doch noch ein kurzes Wort zum DGB sagen. Ein Bündnis unseliger Art stellt die Zusammenarbeit zwischen dem DGB und Rot-Grün dar. Der DGB nimmt 8 Millionen Mark aus der Kasse seiner Mitglieder, um häßliche Propaganda gegen die Reformpolitik der Bundesregierung zu machen.

(Zuruf)

– Moment. – Die SPD hat sich hierfür herzlich bedankt. Sie hat einem Spitzenfunktionär der IG Metall den Sozialposten im rot-grünen Schattenkabinett verschafft. Die SPD-Sozialpolitiker Dreßler und Schreiner haben das nach eigener Auskunft aus der Zeitung erfahren, getreu dem Niedersachsen-Slogan von Schröder: „Es geht auch menschlich.“ Und was die 8 Millionen Mark angeht, dafür gibt es weiß Gott sinnvollere Verwendungen, denken wir an die Lehrlingsausbildung oder denken wir an die betriebliche Altersversorgung. Da wäre das Geld besser investiert als in eine häßliche Hetzkampagne gegen die Bundesregierung.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat von der großen Steuerreform gesprochen. Das ist das größte arbeitsplatzschaffende Projekt dieses Jahrzehnts und der wichtigste Schlüssel zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Nun sagen die anderen, sie wollten auch eine machen. Rot-Grün droht mit insgesamt sieben zusätzlichen neuen Steuern. Da gibt es eine Benzinpreiskeule – da hilft auch keine Kurzprogrammkosmetik –, eine Ausbildungszwangsabgabe, eine Mindeststeuer für Betriebe, eine Lastenausgleichsabgabe, eine Schwerverkehrsabgabe, eine Vermögensteuer, eine Devisensteuer, und schließlich soll den Menschen vorgeschrieben werden, wann und wie oft sie in Urlaub fahren dürfen. Freuen wir uns, wenn Menschen regelmäßig in Urlaub fahren. Wenn es einmal im Jahr ist, wenn die Familie dabei ist, wenn es nach Mallorca und im Flugzeug ist, dann ist das auch in Ordnung. Das wollen wir den Menschen als Politik nicht vorschreiben.

(Beifall)

Ich möchte einmal Norbert Blüm zitieren: Fünf Mark für den Liter Benzin und Drogen freigeben: Wenn es nach den Grünen ginge, werden in Zukunft die Drogen an der Tankstelle und das Benzin in der Apotheke verkauft.

(Beifall)

Zu den Entscheidungsfragen im Wahlkampf gehört die Praxis unseres Asylrechts, das Thema des Zuzugs von Ausländern und die Innere Sicherheit. Wer wissen will, was von einem

rot-grünen Bündnis zu erwarten ist, und wer mit den verwaschenen Formulierungen im SPD-Programm nicht klarkommt, dem empfehle ich einen Blick in das Wahlprogramm der Grünen. Das gilt für alle Politikbereiche. Gucken Sie bei den Grünen nach, da steht Klartext, dann wissen Sie ungefähr, was die Sozialdemokraten vorhaben und zu verschleiern versuchen. Da ist zum Beispiel die Forderung der Grünen, zum alten Asylrecht zurückzukehren. Liebe Freunde, ich sage hier klipp und klar: Nichts würde damit mehr beschädigt als der Schutz der Menschen, die wirklich verfolgt sind und unsere Hilfe brauchen, wenn wir zurück zum alten Asylrecht mit seinen massenhaften Asylmißbrauch von Schlepper- und Schleuserbanden kämen.

(Beifall)

Herr Schröder hat damals bei diesem Kompromiß mit Nein gestimmt. Er wollte die Korrektur des Asylrechts nicht mitmachen. Auch daran müssen wir ihn erinnern. Kein anderes Land in Europa nimmt mehr Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge auf als Deutschland.

Liebe Freunde, als ein deutscher Schriftsteller, als Günter Grass die Asylpraxis in Deutschland eine, wie er sich ausdrückte, „demokratisch legitimierte Barbarei“ nannte und ich ihm öffentlich widersprochen habe, sind Rote und Grüne scharenweise herbegeeilt, um ihn zu verteidigen. Sie hätten besser daran getan, Deutschland zu verteidigen. Ich habe unser Land vor diesen Angriffen in Schutz genommen, und ich werde es immer wieder tun.

(Beifall)

Übrigens, was Gewalttätigkeit, Kriminalität angeht, in Niedersachsen ist Abschiebung ein Fremdwort. Rechts reden, links denken, nichts tun, das ist die Methode Schröder. Er sollte erst einmal seiner Verantwortung als Ministerpräsident nachkommen, bevor er nach anderen Ämtern greift.

(Beifall)

In der Inneren Sicherheit hat für uns der Schutz der Bevölkerung absolute Priorität. Wir stehen auf der Seite der Opfer, und für uns gilt ein ganz einfacher Grundsatz, den wir in unserem Zukunftsprogramm verankert haben und der lautet: Null Toleranz für Rechtsbrecher. Das ist unser Grundsatz.

(Beifall)

Für den Erfolg der CDU ist ein gutes Abschneiden in den neuen Ländern ein wichtiger Beitrag. Dabei stehen die Umfragewerte, wie auch das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt, in einem spannungsreichen Widerspruch zu dem, was wir in den letzten acht Jahren mit den Menschen und für die Menschen in den neuen Ländern erreicht haben. Es ist offensichtlich so, daß die Tatsache, daß der Aufbau Ost sein letztes Ziel noch nicht erreicht hat und die Wegstrecke länger erfahren wird, als wir es selbst vor Jahren geglaubt haben, bei vielen Menschen Unsicherheit auslöst. Man kann jedoch an dieser Stelle mit Fug und Recht sagen, daß das, was wir gemeinsam in diesen acht Jahren geschaffen haben, für die einzelnen Menschen, aber auch für ganze Landstriche und für die Bevölkerung und für die Länder eine großartige Leistung ist, über die die ganze Welt staunt. Wir müssen vielleicht wieder etwas stärker mit Stolz und Selbstbewußtsein davon reden: Wir haben blühende Landschaften versprochen, und wir haben blühende Landschaften bekommen.

(Beifall)

Der Aufbau Ost ist die beeindruckendste Erfolgsgeschichte in diesem Jahrhundert. Daß sie möglich wurde, verdanken wir nicht zuletzt einem Mann, der dafür in der richtigen Zeit mit Mut und mit Grundsatztreue die richtigen Entscheidungen getroffen hat. Es war der amerikanische Präsident Bill Clinton, der das in der vergangenen Woche angesprochen hat und der in eindrucksvoller Weise vor der Weltöffentlichkeit klargemacht hat, welch ein Gewinn Helmut Kohl für Deutschland, für Europa und für die Völkergemeinschaft ist. Ich danke dem amerikanischen Präsidenten für seine klaren Worte.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat heute morgen ausgeführt, daß der Aufbau Ost weiter allererste Priorität hat. Wir freuen uns über unsere erfolgreichen Mitstreiter. Ich möchte einmal die Ministerpräsidenten nennen. Wir wünschen Bernd Seite ein starkes Wahlergebnis bei seiner Landtagswahl. Er hat in Mecklenburg-Vorpommern eine ausgezeichnete Politik gemacht. Dieses Land muß weiter von ihm regiert werden.

(Beifall)

Bernhard Vogel und Eberhard Diepgen wünschen wir, daß sie in ihren Großen Koalitionen starke Nerven behalten. Sie müssen viel Kraft aufwenden, nicht nur für die Länder, sondern auch in all den Diskussionen unserer Tage. Sie zeigen aber, daß CDU-geführte Regierungen, Regierungen, die von demokratischen Parteien gebildet werden, gute und sehr gute Ergebnisse für das Land hervorbringen, während Höppner demonstriert hat – Herr Stolpe macht es ihm als Sozialdemokrat in Brandenburg nach –, daß es dort, wo Rot oder Rot-Grün, gar mit der PDS, ans Ruder kommen, mit dem Land bergab geht. Alles Gute für Bernhard Vogel und Eberhard Diepgen, liebe Freunde!

(Beifall)

Einen Sonderwunsch habe ich mir für Kurt Biedenkopf aufgehoben. Kurt Biedenkopf hat in Sachsen für die CDU ein Ergebnis bei der Landtagswahl erreicht, das sogar das unserer geschätzten Freunde aus Bayern übertroffen hat. Wir wünschen Kurt Biedenkopf, daß er mit Sachsen wieder mit der absoluten Mehrheit der Stolz der CDU bleibt, liebe Freunde. Ein starkes Sachsen-Ergebnis für die CDU!

(Beifall)

Wie hat sich der Kandidat der Sozialdemokratie in der deutschen Frage verhalten? Erbärmlich. „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen.“

Das hat der Mann am 12. Juni 1989 gesagt. Das war der Zeitpunkt, wo überall die Freiheit auf einem Siegeszug war und wo das Sehnen der Menschen herrschte, daß das auch in Deutschland passieren würde. Und dieser Mensch redete davon, daß es eine Lüge wäre, wenn man die Hoffnung auf die Wiedervereinigung wachhält.

Am 22. Juni 1990 hat er im Bundesrat zusammen mit Oskar Lafontaine gegen den Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gestimmt. Damals waren die beiden die Minderheit in der SPD. Heute haben sie die SPD in der Hand. Wer in dieser nationalen Frage so versagt

hat, der darf – moralisch gesehen – nicht das Recht beanspruchen, sich um die Kanzlerschaft im vereinten Deutschland zu bewerben.

(Beifall)

Ich habe noch zwei Briefe herausgesucht, die ebenfalls interessant sind. Sie haben zeithistorischen Charakter, sie sind aber auch für die Gegenwart noch relevant. Gerhard Schröder schreibt am 31. Januar 1986 an Egon Krenz:

Die Gespräche waren offen und informativ. Besonders war ich von Erich Honecker beeindruckt. Durchstehvermögen, daß Du mir wünschst, brauche ich in diesem arbeitsreichen Wahlkampfjahr bestimmt. Aber auch Du

– gemeint ist Krenz –

wirst für Euren Parteitag und die Volkskammerwahl sicher viel Kraft und vor allen Dingen Gesundheit benötigen. Beides wünsche ich Dir von ganzem Herzen. Dein Gerhard Schröder.

(Zurufe: Pfui!)

Egon Krenz schrieb ganz begeistert an Erich Honecker – auch das ist ein interessanter Brief; hören Sie sich das einmal an –: Schröder hat das Gespräch mit Dir – und jetzt wörtlich – „außerordentlich stark beeindruckt, ihm für seine persönliche Entwicklung viel gegeben und seine politische Autorität in der BRD gestärkt“.

(Heiterkeit)

Es geht noch weiter: In seinen Wahlversammlungen habe er so oft darauf verwiesen, daß ihn der tiefe Antifaschismus und die außerordentliche Friedensliebe des Staatsratsvorsitzenden der DDR sehr bewegt habe.

Was soll Deutschland mit diesem Mann? Für die Deutschen kann kein Mann sprechen, der noch nicht einmal die wichtigste Angelegenheit der Deutschen zu seiner eigenen Sache macht, sondern sie so verrät, wie das aus den Dokumenten klar wird.

(Anhaltender Beifall)

Führung bedeutet, Orientierung zu geben, ein Programm zu haben und eine Meinung zu vertreten: morgens dieselbe wie abends, vor der Kamera dieselbe wie dahinter, im Osten dieselbe wie im Westen, im Ausland keine andere als im Inland. Nur wer danach lebt und so handelt, kann auch einen Führungsanspruch begründen und ein Land regieren. Wie könnten die Regierungschefs der anderen europäischen Staaten einen Menschen ernst nehmen, der unmittelbar vor einer für einen Kontinent und für ein Jahrhundert historischen Situation von einer „kränkelnden Frühgeburt“ spricht und dessen Versagen in anderen historischen Situationen unwiderruflich und eindeutig dokumentiert ist?

Selbst einem Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“ – ich glaube, er ist auf dem Parteitag; er hat nach meiner Kenntnis noch nie einen freundlichen Kommentar über die CDU

geschrieben – war unwohl bei dieser Vorstellung, und er hat über Schröder geschrieben: „Den mag man sich freilich an Kohls Stelle ... in Brüssel nicht sehr gerne vorstellen.“ Der Mann hat recht!

(Beifall)

Wir brauchen keinen SPD-Kanzlerkandidaten, der eine Presseerklärung für die Förderung der Behinderten herausgibt und der die Mittel für die Behinderten im Landeshaushalt streicht. Wir brauchen keinen SPD-Kanzlerkandidaten, der vom Mittelstand redet, die Rentenreform aber rückgängig macht und der so in den nächsten 10 Jahren 150 Milliarden DM auf die Betriebe abwälzen will. Wir brauchen keinen SPD-Kanzlerkandidaten, der sich mit den weißrussischen Diktatur Lukaschenko gegen den Rat der Europäischen Union trifft.

(Beifall)

Als er erwischt wurde, sagte Schröder, das sei ein privates Treffen gewesen. Wir brauchen keinen, der privat Lust auf Umgang mit Diktatoren hat. Das gilt in bezug auf Herrn Honecker wie auch auf Herrn Lukaschenko.

(Beifall)

Helmut Kohl hatte schon mit vielen Kanzlerkandidaten zu tun: Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Johannes Rau, Oskar Lafontaine - Björn Engholm hat es nicht bis zum Kanzlerkandidaten geschafft - und Rudolf Scharping. Ich sage in aller Ruhe: Gerhard Schröder ist das politisch unmoralischste Angebot, das die SPD jemals in der Kandidatenfrage gemacht hat.

(Beifall)

Der Vorstandssprecher der Grünen, Jürgen Trittin, hat es auf den Punkt gebracht. Er sagt: „Gerhard Schröder kann nicht kochen, aber er ist sicher ein guter Kellner. Er kann unsere Politik gut servieren.“ Werfen wir doch einmal einen Blick in die rotgrüne Küche. Dort stellt Lafontaine die Menüfolge zusammen, Fischer und die Grünen besorgen die verdorbenen Zutaten, und Gysi spuckt in die Suppe.

(Heiterkeit und Beifall)

Was uns Schröder als Nouvelle cuisine – das ist die Übersetzung von neuer Mitte – serviert, ist nichts anderes als eine ungenießbare linke Brühe, die den Bürgern schwer im Magen liegen würde.

(Beifall)

Vor dem Parteitag haben einige, uns wohlgesonnene Journalisten die Frage gestellt, ob die CDU gewinnen wolle. Denen haben wir heute gezeigt und werden es auch morgen zeigen, daß wir gewinnen wollen. Wir werden ihnen aber auch zeigen, daß wir gewinnen werden. Unsere Mitglieder sind bis in die Haarspitzen motiviert. Unser Motto lautet: Schwarz-Rot-Gold statt Rot-Grün-Dunkelrot.

(Beifall)

Fällt nicht auf die primitive Propaganda herein! Es gehört zu den billigsten Taktiken der politischen Linken, die Leute im Hinblick auf die eigenen Feldherren zu verunsichern, die Truppen

auseinander zu bringen und uns, wie das bei bürgerlichen Parteien so üblich ist, in Selbstzweifel zu stürzen. Wir haben ein erstklassiges Programm; das ist konkurrenzlos gut. Wir haben einen erstklassigen Kanzler; wir sind erstklassig motiviert. Wenn jeder mitmacht, liebe Freunde, wenn jeder anpackt, kämpft und dabei an Deutschlands Zukunft denkt, dann wird es gelingen. Auf geht's! Wir bleiben dran!

(Anhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Lieber Peter Hintze, der Bundesparteitag hat dir durch den Beifall gezeigt, daß es in der CDU Deutschlands in allen Punkten eine große Übereinstimmung gibt. Wir wissen auch, daß der Generalsekretär einen verdammt schweren Job hat und daß er häufig in der Situation ist, daß ihm viele gute Ratschläge geben, was bedeutet, daß es für jeden Ratschlag nur wenige Anhänger gibt. Der Generalsekretär muß den richtigen auswählen und entscheiden. Wir wünschen dir, daß du in den nächsten Monaten in diesem Job eine glückliche Hand hast und den Weg gehst, den du hier beschrieben hast. Dabei kannst du dich auf die Unterstützung der Delegierten des Bundesparteitages verlassen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS

Damit ist die im Tagungspräsidium als unangenehm empfundene Aufgabe verbunden, Sie auf den Zeitablauf der Veranstaltung hinzuweisen. Wir wollen die beiden Sachthemen heute programmgemäß erörtern, und wir wollen dem Vorsitzenden der Christlich Sozialen Union heute abend pünktlich Gelegenheit geben, zu uns zu sprechen.

Mir liegen im Augenblick drei Wortmeldungen vor. Darf ich Ihr Einverständnis dafür voraussetzen, sollte es weitere Wortmeldungen geben, daß wir die Freunde bitten, sich morgen in der umfänglichen Generalausprache über das Zukunftsprogramm, das all das beinhaltet, was Peter Hintze vorgetragen hat, zu melden und ich die Rednerliste an dieser Stelle schließe?

(Beifall)

Wird dem widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. – Ich rufe zunächst Herrn Staatsminister Arnold Vaatz auf. – Ihm folgen Frau Barbe aus Berlin und Herr Knolle aus Sachsen-Anhalt. - Ich bitte alle, auf die Uhr zu blicken, ohne Sie drängen zu wollen. – Arnold Vaatz, Sie haben das Wort.

Arnold Vaatz: Liebe Freunde! Nachdem der Bundeskanzler heute früh die erste Stufe gezündet hat, war die Rede unseres Generalsekretärs wohl die zweite Stufe. Jeder hier im Saal wird spüren, daß ein Ruck durch die Partei gegangen ist, den wir dringend brauchen können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Peter Hintze hat ein Stichwort gegeben: Wir müssen den Kampf um die Herzen gewinnen. Ich glaube, daran müssen wir noch etwas arbeiten. Denn der Wahlausgang in Sachsen-Anhalt will analysiert sein. Wir müssen richtig darauf reagieren.

Gestatten Sie deshalb, daß ich einige Fragen stelle. In fünf neuen Ländern stellte die CDU seit 1990 die Regierung; die Bundesregierung wurde ebenfalls von unserer Partei gestellt. Wir haben dort bedeutende Weichenstellungen zustande gebracht und den gewaltigsten Aufschwung ermöglicht, den es in Ostdeutschland, in Deutschland und in Europa je gegeben hat. Er betrifft die Infrastruktur, die Sozialleistungen und die Investitionstätigkeit, die Ökologie und den allgemeinen Wohlstand jedes einzelnen: Tausende Kilometer neue Straßen – man rechnet es uns aber in Sachsen-Anhalt nicht an –, Hunderte von Milliarden Finanztransfers – man rechnet es uns aber nicht an –, ein erneuertes Chemiedreieck in Sachsen-Anhalt, aber man rechnet es uns nicht an!

Viele sagen: Schuld daran ist die unerträglich hohe Zahl von Arbeitslosen. – Viele führen gerade darauf den Rückgang in der Wählergunst zurück. In der Tat ist die hohe Arbeitslosigkeit ein Preis für den Umbau Ost, den wir nicht hinnehmen dürfen. Aber ich bezweifle es, daß der Wähler unseren Freunden in Sachsen-Anhalt deshalb seine Gunst versagt hat, weil er sie für die hohe Arbeitslosigkeit bestrafen wollte. Der Wähler ist doch nicht dumm. Ihm ist doch nicht entgangen, daß die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg, einem CDU-geführten Land, oder in Bayern, einem CSU-geführten Land, niedriger als in Niedersachsen ist. Ihm ist doch nicht entgangen, daß in dem CDU-geführten Land Sachsen die Arbeitslosigkeit niedriger ist als in Sachsen-Anhalt, wo die nützlichen Idioten der PDS regieren. Er weiß in der Tiefe seines Herzens doch genau, daß die CDU in diesem Lande immer eine solidere Wirtschafts- und Haushaltspolitik als die Roten gemacht hat.

Warum rechnet uns der Wähler diese Erfolge dennoch nicht an? Das ist eine Kernfrage, die ich an uns alle richte. Ich bin der Auffassung, daß wir eine Reihe von Fehlern gemacht haben, die wir bis zum 27. September korrigieren müssen. Ich bin darüber hinaus der Auffassung, daß unser wesentlicher politischer Gegner in Ostdeutschland, die PDS, diesen Aufschwung nicht ertragen kann, weil sie unserem System inbrünstig den Untergang wünscht, da ihr eigenes Experiment auch untergegangen ist.

(Zustimmung)

Aus diesem Grund bedient sie alle Hebel, die sie erreichen kann, um unsere Erfolge beim Aufbau Ostdeutschlands madig zu machen. Was sie an Veränderungen auf der Erde nicht verhindern kann, das versucht sie, in unseren Köpfen zu zerstören. Sie hat von Anfang an alles unternommen, um die Menschen dazu anzuhalten, unsere Aufbau Erfolge in Ostdeutschland zu ignorieren, unser dort eingerichtetes Sozialsystem zu denunzieren, die Menschen zu verängstigen und zu verstören sowie ihnen das Selbstvertrauen zu nehmen. So kam es, daß sich viele Menschen in Ostdeutschland – viel mehr, als wir es uns wünschen können – über einen Zustand, um den uns alle unsere osteuropäischen Nachbarn nur beneiden können, nicht etwa freuen können, sondern, zum Gaudium der ganzen Welt, in ein ohrenbetäubendes Lamento ausgebrochen sind.

Meine Damen und Herren, die einzige Partei, die diesem Klima mit Herzblut und Entschlossenheit hätte entgetreten können, wäre die CDU in ganz Ostdeutschland gewesen. Ich habe leider beobachten müssen, daß das nur halbherzig geschehen ist. Oft haben wir diesen Vokabeln widersprochen, aber oftmals auch nur halbherzig oder gar nicht. Wir sind zeitweise in dieses Lamento eingefallen. Das muß sich ändern.

(Beifall)

Viele unserer Parteifreunde haben noch nach der Einheit von unseren sozialistischen Errungenschaften gesprochen. Viele von uns sind dazu übergegangen, nachzusprechen, daß unsere Biographien durch die Einheit beschädigt seien, daß man keine Rücksicht auf unsere Befindlichkeit genommen habe, daß der Westen unsere Industrie plattgemacht habe und daß es infolge der Einheit Rentenstrafrecht gebe. Das alles ist belegbar. Mit solchem Geschwätz, meine Damen und Herren, haben wir in Ostdeutschland die Preise selbst mit verdorben, und es ist an uns, sie wieder dorthin zu bringen, wohin sie gehören.

(Beifall)

Wir haben eben nicht deutlich genug gesagt: Wenn jemand unsere Biographien kaputtgemacht hat, dann ist es die SED gewesen. Wenn jemand unsere Industrie kaputtgemacht hat, dann ist es die SED gewesen. Wenn jemand Rentenstrafrecht geschaffen hat, dann ist es die SED gewesen. – Vor lauter Differenziertheit im Umgang mit der Vergangenheit haben wir uns zu Tode differenziert. Von unserer Sucht nach Harmonie mit unseren politischen Todfeinden oftmals tiefend haben wir uns darüber gestritten, ob wir uns nicht schleunigst mit jenen Leuten versöhnen sollten, die aggressiv und frech alle diese Tatsachen abstreiten.

Meine Damen und Herren, wir haben somit am Vergessen mitgearbeitet und müssen diese Gangart schleunigst ändern.

Es ist auch nichts dabei herausgekommen, daß wir uns so angestrengt um das Wählerklientel der PDS bemüht haben, so daß wir unsere bisherigen Wähler beinahe darüber vergessen haben. Dort, wo man auf diese Strategie gesetzt hat, sind viele unserer bisherigen Wähler abgesprungen. Aber bedauerlicherweise ist kaum ein PDS-Wähler zu uns gekommen. In Sachsen, wo wir nie einen Gedanken darauf verschwendet haben, konnten wir 1994 unter der Führung von Kurt Biedenkopf gewaltig zulegen und haben noch immer eine absolute Mehrheit. Diese möchten wir auch verteidigen.

(Beifall)

Wenn uns der Wähler in Ostdeutschland nicht mehr mit den Ergebnissen gewählt hat, wie in den Jahren zuvor, dann wohl deshalb, weil wir auch ein Großteil versorgungsstaatlicher Denke der Nischengesellschaft DDR noch wie ein Magengeschwür mit uns herumschleppen. Wir müssen Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft werden. Wen die Soziale Marktwirtschaft in seinem Herzen noch nicht überzeugt hat, der kann auch andere nicht davon überzeugen.

Wir müssen unseren Wählern klarmachen, welch ungeheure Zerstörung die Abwendung von der Marktwirtschaft anrichten kann. Sie kann den Sozialstaat und die Demokratie zerstören.

Die Wähler haben uns gewählt, damit wir führen. Führen heißt aber zuerst, von der Richtigkeit des eigenen Weges überzeugt zu sein. Führen heißt, Mehrheiten von der eigenen Auffassung zu überzeugen. Führen heißt nicht, wie ein Blatt im Wind immer eifertig einer angeblich herrschenden Meinung hinterherzurennen, nach dem Motto: Was will der Wähler hören?

Meine Damen und Herren, wir müssen unseren ostdeutschen Wählern, die uns bisher vertraut haben, deutlich sagen: Eine Partei und eine Regierung kann nicht den Wohlstand im Himmel pflücken und ihn auf Erden verteilen. Eine Regierung kann nur den Rahmen dafür

schaffen, daß sich die Menschen selbst Wohlstand erarbeiten können. Es ist der Bürger und kein anderer, der dieses Land aufbaut und gestaltet, wenn es ihm gestattet ist, seine Kraft, seine Vernunft und seine Freiheit zu gebrauchen und über seine Erträge zu gebieten. Dies versprechen wir, die CDU, ihnen.

(Beifall)

Einem solchen Bürger, einem mündigen Bürger, muß nicht die Seele getätschelt werden wie einem kranken Kalb. Wir machen ihn krank, wir stürzen ihn in Depressionen, wenn wir ihn so behandeln. Der Bürger will gefordert werden; er will Klarheit, er will Wahrheit.

Meine Damen und Herren, deshalb braucht unsere Partei auch immer wieder neue Mitglieder. Wir müssen uns aktiver der Mitgliederwerbung stellen und dürfen uns nicht gegen Neueintritte sperren. Ich habe heute das große Glück, beauftragt zu sein, Ihnen vier prominente Neueintritte aus den Kreisen der alten DDR-Opposition bzw. ihrer wichtigsten Helfer in der Bundesrepublik Deutschland (alt) anzusagen,

(Beifall)

und ich bitte die vier Herren einmal kurz aufs Podium, wie es heute die Herren mit dem Transparent auch getan haben; ich denke, das kann man einmal nachmachen.

(Beifall)

Es handelt sich um drei Ostdeutsche, um Thomas Auerbach, Reinhard Klingenberg und Siegfried Reiprich, drei erste Adressen in der damaligen Jenaer Opposition. Ihre Biographien liegen draußen aus. Außerdem ist Professor Manfred Wilke zu uns gestoßen, vormals Mitglied der SPD,

(Beifall)

1994 aus der SPD ausgetreten, heute bei uns.

Ich möchte nun die letzten zehn Zeilen meiner Rede weglassen und für diese zehn Zeilen unserem Freund Thomas Auerbach aus Jena kurz das Wort erteilen. Es ist ja meine Redezeit.

(Heiterkeit und Beifall)

Thomas Auerbach: Meine Damen und Herren! Vergleiche hinken immer. Ich will trotzdem einen versuchen: Die Rattenfänger sind wieder unterwegs. Wie weiland in Hameln versprechen sie lauthals, das Land von den Plagen zu befreien, und nehmen uns dann unser Bestes, unsere Kinder und unsere Zukunft. Die einen tun dies mit dumpf-dummen nationalistischen Parolen von extrem rechts; die anderen, die sich vor 1989 als die Sieger der Geschichte priesen und zu den Verlierern der Geschichte wurden, hängen sich jetzt ein demokratisches Mäntelchen um und tun so, als sei während der letzten 50 Jahre im Osten nichts Schlimmes passiert.

Die Erben der braunen Diktatur und die Akteure des realen Sozialismus versuchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Toleranz und Freiheit, aber auch Schwächen und Fehler unserer Demokratie mißbrauchend, trachten diese ewig Gestrigen erneut nach der Macht.

Ich ergreife deshalb hier die Gelegenheit, mich besonders an meine Landsleute in den neuen Bundesländern zu wenden: Seien Sie nüchtern und wachsam, trauen Sie weder rechten noch

linken populistischen Parolen. In diesem Jahrhundert der Ideologien haben wir doch mehrfach leidvoll erfahren müssen, wohin das führt.

(Beifall)

Lassen Sie sich nicht entmutigen und nutzen Sie mit Phantasie, Hoffnung, Selbstbewußtsein und gegenseitiger Solidarität die Chancen unserer Demokratie! Stärken Sie mit uns die demokratische Mitte! Dazu gehören im Prinzip alle demokratischen Parteien. Meine Freunde und ich haben den Weg in die CDU gewählt,

(Beifall)

weil wir meinen, daß allein sie die wirtschaftliche und soziale Kompetenz hat, die Probleme in den neuen Bundesländern und in Deutschland insgesamt zu lösen; weil wir meinen, daß der Kanzler der deutschen Einheit in diesem Amt bleiben muß,

(Beifall)

und weil die CDU eine Partei ist, die sich im Gegensatz zu anderen nicht der Krücke rechter oder linker Ideologien von gestern bedienen muß, um die Probleme der Zukunft zu meistern.

(Beifall)

Wer – wie die SPD– über die Köpfe der Menschen hinweg mit der SED jahrzehntelang sogenannte Realpolitik getrieben hat und sich heute von der PDS tolerieren läßt, hat unser Vertrauen verspielt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb CDU! Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, meine Herren! Ich denke, ich kann hinzufügen: Die CDU Deutschlands ist stolz darauf, in den letzten Jahren mehr und mehr zum Partner des Vertrauens derjenigen geworden zu sein, die die friedliche Revolution der Deutschen herbeigeführt haben.

(Beifall)

An dieser Stelle ist es angebracht, auch zu sagen, daß unser Freund Arnold Vaatz sicher jemand ist, der sich in den Annalen der CDU schon heute einen Platz als Brückenbauer im Kontakt mit all denjenigen, für die er sprechen kann, erworben hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, da Herr Knolle gesagt hat, daß auch er morgen sprechen wird, komme ich zur letzten Wortmeldung in dieser Aussprache und erteile Frau Barbe das Wort.

(Beifall)

Angelika Barbe: Sehr geehrte Damen und Herren und sehr geehrte vier Bürgerrechtler! Ich beglückwünsche Sie ganz herzlich und heiße Sie ganz herzlich willkommen. Das tun wir alle, und wir haben es mit unserem Beifall schon gemacht. Ich hoffe, das ist auch ein Signal an andere, diesen Schritt zu vollziehen, vor allen Dingen jetzt, nachdem in Sachsen-Anhalt das falsche Signal gesetzt worden ist.

(Beifall)

Gestatten Sie mir ein paar persönliche Worte. Ich habe als Bürgerrechtlerin die SDP in der DDR mitgegründet, und zwar deshalb, weil wir damit eine Kampfansage an die SED gemacht haben, weil wir das parlamentarische System nach westlichem Vorbild wollten, die Gewaltenteilung und natürlich die Freiheit. Ich muß jetzt erleben, daß alles zunichte gemacht wird, daß alles kaputtgemacht wird, wofür Sozialdemokraten, wofür Zentrumsolitiker, wofür überhaupt Demokraten in Deutschland jahrzehntelang gekämpft haben.

(Zustimmung)

Ich denke, das darf nicht kaputtgemacht werden.

1996 bin ich in die CDU eingetreten, weil ich diesen starken Annäherungskurs der SPD an die PDS nicht mitgemacht habe, vor allem in einem Zusammenhang, der jetzt aktuell wird, nämlich in dem Zusammenhang, daß Herr Thierse alle ostdeutschen Landeschefs zusammengeholt hat und ein Papier gemacht hat. Das ist inzwischen leider vielen entfallen. Sie haben sich verständigt und haben schriftlich niedergelegt: Wir werden es der Bevölkerung vor den Bundestagswahlen nicht sagen, aber wenn es sich rechnerisch machen läßt, werden wir auch einen Pakt mit der PDS eingehen.

Wir müssen deutlich machen, daß sie diesen Weg nicht verlassen haben. Jetzt in Sachsen-Anhalt beschreiten sie ihn sogar deutlich und in krasser Form. Aus diesem Grunde setzen sie den Konsens aller Demokraten aufs Spiel.

(Beifall)

Ich meine, es ist unerträglich, daß Kommunisten an die Macht drängen und daß dadurch die PDS salonfähig gemacht wird, und dies durch eine eigentlich demokratische Partei, die SPD.

Nun ein paar Worte zu Sachsen-Anhalt: Ich glaube, das ist ein Fanal in die falsche Richtung, und ich will das auch begründen. Schauen Sie sich bitte einmal an, wie das Ergebnis der DVU und der PDS von der ausländischen Presse beurteilt wird. Man sieht dort ein verheerendes Echo. Ostdeutschland gilt inzwischen als eine Region, in die man nicht mehr fährt, auch deshalb, weil Herr Stolpe ja Gollwitz verharmlost hat. Man fährt nicht mehr dorthin und investiert dort auch nicht mehr. Im „Guardian“ ist das in dieser Woche deutlich benannt worden.

Die DVU und die PDS haben dort zusammen 43 %, die SPD und die CDU nur 47 %. Das entspricht nicht den Wahlergebnissen von 1932 oder 1933, aber denen von 1930. Das sollte uns wirklich wachsam machen.

Ich meine, die Strukturen der DVU sind noch nicht gefestigt, weil die DVU noch keine charismatische Führungsfigur hat und noch ein Ausläufer von Herrn Frey ist. Aber es kann geschehen, daß auch dort eine Verfestigung eintritt.

Ich denke, alle Demokraten sind aufgefordert, und zwar parteiübergreifend, diese Bedrohung des demokratischen Rechtsstaates abzuwenden, und damit spreche ich alle an.

(Beifall)

Es darf nicht gesellschaftsfähig sein, DVU zu wählen, obwohl es leider im Osten gesellschaftsfähig geworden ist, die PDS zu wählen, und alle – auch Medien, auch Journalisten – tun täglich ein übriges dazu, dies auch noch gesellschaftsfähig zu machen.

(Beifall)

Dabei muß man berücksichtigen, daß die PDS und die russischen Kommunisten zu den Unverbesserlichen gehören. Während alle anderen kommunistischen Parteien im Osten prowestlich sind, für die Marktwirtschaft, für ein parlamentarisches System eintreten, tritt die PDS noch immer gegen alles an. Das Plakat „Dagegen!“ kennzeichnet die PDS. Sie tritt für ein Räte-system ein, will den Verfassungsstaat der Bundesrepublik kaputt machen. Nach den Bundestags-wahlen wird die PDS der SPD die Rechnung präsentieren und die SPD völlig erpreßbar machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke, die SPD in Sachsen-Anhalt und Herr Höppner vollziehen nur das, was sie in dem 1996 von mir vorhin erwähnten Thierse-Papier deutlich beschlossen haben. Sie gehen den Weg ungeachtet aller demokratischen Konsense. Ihr Hauptfeind steht rechts. Damit ist die CDU gemeint. Ich muß Ihnen sagen: Für mich als Demokratin ist das unvorstellbar, ein Weg, den ich nicht mitgehen kann und von dem ich hoffe, daß ihn auch vier Fünftel der west-deutschen Bevölkerung nicht mitgehen werden.

(Beifall)

Ich denke, daß die SPD – und jetzt komme ich zu einem Punkt, der ganz wichtig ist – unter Höppner, Stolpe, Ringstorf, Dewes und wie sie alle heißen – etwas ganz bewußt schürt, nämlich antiwestliche Ressentiments. Sie tun so - und das sage ich Ihnen als Ostdeutsche –, als hätten hier im Westen alle wie die Maden im Speck gelebt und als gäbe es hier nicht haufen-weise Probleme. Das kann nicht angehen: Einerseits antiwestliche Vorurteile schüren und andererseits gleichzeitig die Hand aufhalten und weiter nach Milliardenunterstützung schreien!

(Beifall)

Ich denke, Herr Weizsäcker, der uns hier Ratschläge erteilt hat, hat – auch wenn er mit Reinhard Höppner verwandt ist und mit ihm häufig telefoniert – unrecht.

(Beifall)

Es ist richtig, daß die CDU in Sachsen-Anhalt der SED/PDS keinen Persilschein ausstellt, wie es Herr Weizsäcker fordert, und ich denke, die SPD – und damit spreche ich eine deutliche Warnung aus – sollte sich davor hüten, dies zu tun; denn noch immer gilt ein Satz von Willy Brandt – Sie haben richtig gehört, von Willy Brandt –, der gesagt hat:

Wer mit dem linken Rand paktiert, stärkt den Rechtsradikalismus.

(Beifall)

Ich bin glücklich, daß vier Fünftel der Bürger der Bundesrepublik im Westen leben und die Kommunisten nicht an die Macht bringen werden. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall)

Ich denke, hier muß es auch möglich sein, daß das Schürer-Papier – das ist ein Papier, das, als Krenz an die Macht kam, von einem ZK-Mitglied erarbeitet wurde – einmal an allen Schulen Ostdeutschlands verteilt wird. Darin steht nämlich, daß die DDR bankrott war, daß sie zahlungsunfähig war, daß Massenentlassungen unumgänglich waren. Aber das weiß leider niemand.

Die SPD spielt ein Doppelspiel. Höppner paktiert mit der PDS, Schröder ist angeblich dagegen, aber Schröder ist ja nicht die SPD. Was will die SPD eigentlich? Hauptsache gegen rechts, gegen das Feindbild CDU? Das reicht nicht in dieser wichtigen historischen Situation, wo es auf die Stabilität in Europa ankommt, in der Deutschland einen wichtigen Beitrag leisten muß.

Zu meinem letzten Punkt: Ich widerspreche als Ostdeutsche all denen, die gegen einen Richtungswahlkampf sprechen, denn die Verantwortlichkeiten für die Erfolge müssen benannt werden, und die Verantwortlichkeiten für den Bankrott müssen auch benannt werden. Davor kann man nicht zurückschrecken, sondern muß das deutlich machen.

(Beifall)

Ich frage auch: Welchen Freiheitsbegriff haben Leute, die sich mit den Altkommunisten unter neuem Namen einlassen und sie salonfähig machen?

Deshalb rufe ich Sie auf: Kämpfen wir dafür, daß Deutschland nicht nach links abdriftet, daß im „Guardian“ am 28. 9.1998 stehen wird, daß in Deutschland die Demokratie gewonnen hat und die Links- und die Rechtsradikalen in die Schranken gewiesen wurden.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsident: Vielen Dank, Frau Barbe. Mit der Zustimmung des Parteitages beenden wir die Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs für heute. Es sind noch einige Redner angemeldet, die dann morgen bei der Generalausssprache zu Wort kommen sollen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DEN AUFSCWUNG IN DEN NEUEN LÄNDERN

Ich erteile das Wort zu einer Einführung in das Thema unserer stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Frau Bundesministerin Dr. Angela Merkel.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Wir sind eigentlich schon mitten im Thema. Wenn wir uns die Frage nach unserer Verantwortung für den Aufbau in den neuen Bundesländern stellen, dann müssen wir angesichts des Wahlergebnisses von Sachsen-Anhalt sagen: Es gibt nichts zu beschönigen. Die CDU hat mit ihren 22 Prozent in Sachsen-Anhalt eine schwere Niederlage erlitten. Aber schlimmer noch: 19 Prozent PDS und knapp 13 Prozent DVU in Sachsen-Anhalt sind ein erschreckendes Ergebnis, vor allem ein Ergebnis,

das uns alle zum Nachdenken zwingt. Viele fragen sich: Was ist los in Deutschland? Und viele fragen sich vor allen Dingen: Was ist los in den neuen Bundesländern.

Ich glaube, wir wissen alle: Einfache Antworten helfen nicht. Aber zwei Dinge liegen für mich ganz klar auf der Hand. Erstens müssen wir deutlich machen, daß die DVU nur Kapital aus den Sorgen der Menschen schlagen will, wenn sie einfache Antworten auf komplizierte Fragen verspricht. Zweitens müssen wir darauf hinweisen, daß Höppner gescheitert ist – es ist heute schon gesagt worden -, wenn er geglaubt hat, man entzaubere die PDS dadurch, daß man sie in die Verantwortung einbindet.

Die PDS ist gegen den Transrapid, die PDS ist gegen die Ostseeautobahn, die PDS ist gegen den Euro, die PDS ist gegen die NATO-Osterweiterung, die PDS ist gegen die Bundeswehr. Sie will, wie der Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern sagt, am liebsten die Bundesrepublik Deutschland insgesamt abschaffen, und da kann ich nur sagen: Das führt in eine Sackgasse. Das führt uns wirtschaftlich in eine Sackgasse, das führt uns international in eine Sackgasse, und deshalb ist es auch so einfach, sich in der Sache ganz klar und hart mit der PDS auseinanderzusetzen, weil sie diese Bundesrepublik Deutschland nicht will.

Aber genauso wichtig, liebe Freunde, ist natürlich – und auch das müssen wir uns vor Augen halten –, daß gerade die Menschen in den neuen Bundesländern Antworten auf ihre Fragen und Sorgen erwarten. Deshalb dürfen wir nicht warten, bis die Menschen zu uns kommen, sondern wir müssen den Mut haben, zu ihnen zu gehen. Wir müssen ihnen zeigen, daß wir sie verstehen. Und wir dürfen vor allen Dingen keine Scheu haben, in den vorpolitischen Raum zu gehen - in den Mieterbund, die Rentnerverbände, die Kleingartenvereinigungen, also überall dorthin, wo die PDS leider schon an vielen Stellen ist. Wir müssen zeigen, daß es mit einfachen Formeln wie „Die Arbeit gerecht verteilen“ eben nicht getan ist und daß es schwierig ist, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Wir müssen den Menschen zeigen, daß der Euro keine Gefahr für ihre Renten oder Lebensversicherungen bedeutet, sondern eine große Chance für unsere Zukunft. Das heißt also: Raus aus den eigenen vier Wänden! Das muß unser Motto in den kommenden Monaten sein.

(Beifall)

Liebe Freunde! Ich will damit sagen: Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Bundesländern ist weit mehr als nur ein wirtschafts- oder finanzpolitisches Thema. Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Bundesländern heißt: Wir müssen nachdenken, welche sozialen und vor allem welche politischen Kräfte in unserem Land diesen Aufschwung maßgeblich gestalten, und wir müssen zeigen, von welchen Werten sie bestimmt sind. Sachsen-Anhalt zeigt uns einmal mehr ganz deutlich: Es geht um sehr grundsätzliche Weichenstellungen.

Liebe Freunde, es tut mir schon weh, wenn sich nun, nach dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt, manch einer in den alten Bundesländern fragt: Müssen wir vielleicht den Ostdeutschen noch Nachhilfeunterricht in Demokratie geben?

Liebe Freunde, die Menschen in Ostdeutschland haben nicht vergessen, daß die DDR als System ein Unrechtsstaat war, und die übergroße Mehrheit will mit den Zuständen der ehe-

maligen DDR nichts, aber auch gar nichts zu tun haben. Aber gerade weil die DDR als System ein Unrechtsstaat war, bewegt heute viele die Frage: Was war denn mein Leben in der Rückschau in diesem Staat eigentlich wert? Diese Frage müssen wir beantworten. Für mich gehört es zu den ermutigendsten Erfahrungen der vergangenen 40 Jahre, daß Millionen Eltern unter den Bedingungen des Systems der DDR versucht haben, ihre Kinder schlicht und einfach nach den elementaren menschlichen Grundsätzen zu erziehen und sich nicht der Staatsrason zu unterwerfen. Das müssen wir immer wieder sagen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Menschen in den neuen Bundesländern wissen doch, daß die Freiheit etwas sehr Wertvolles und Schützenswertes ist. Sie haben sie sich in den Oktobertagen des Jahres 1989 selbst erkämpft. So etwas vergißt man doch nicht. Aber wir wissen heute nach acht Jahren deutscher Einheit eben auch, daß Freiheit mit Verantwortung verbunden ist und daß Freiheit auch jedem einzelnen eine Menge abverlangt. Nach 40 Jahren Diktatur sozialistischer Art und der vorhergehenden Zeit des Nationalsozialismus ist es einfach so, daß nicht jeder gelernt hat, daß Freiheit mit der Notwendigkeit eigener Entscheidungen verbunden ist. Freiheit bedeutet eben, daß sich der Staat nicht für alles verantwortlich fühlt. Diesen Bestandteil unseres Wertesystems müssen wir ganz deutlich hervorheben.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, zu den Weichenstellungen gehört für uns als CDU immer: Die CDU ist die Partei, die niemals die Unterschiede zwischen Ost und West, die natürlich bestehen, populistisch kultivieren wird; statt dessen haben wir sie konstruktiv aufgenommen. Wir haben in Ost und West stets mit gleicher Zunge gesprochen und werden dies auch weiter tun. Das ist unsere Politik.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen, daß sich die Welt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs nicht nur in den neuen Bundesländern gewaltig verändert hat. Wir sagen nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs, nach dem Abzug eines Großteils der Alliierten, nach Erlangung der außenpolitischen Eigenständigkeit Deutschlands und nach allem, was für uns in Ost und West an Veränderungen zusammengekommen ist, mit Recht: Deutschland ist insgesamt ein neues Land geworden.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich weiß, daß das manch einen im Westen erschreckt. Er fragt: Wieso sind wir alle ein neues Land geworden? Ich sage Ihnen aber auch: Zum Verständnis der deutschen Einheit gehört diese gemeinsame Erkenntnis, weil nur sie die Voraussetzung dafür sein kann, daß wir die innere Einheit erfolgreich vollenden.

Auch das ist wahr: Die Bundesrepublik Deutschland durchläuft heute die größte Veränderung seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Deshalb wäre es doch dumm und verhängnisvoll, wenn wir sagen würden, all dies ist nur auf die deutsche Einheit zurückzuführen. Viele der heutigen Probleme in der ganzen Bundesrepublik wären auch ohne die deutsche Einheit auf uns zugekommen – vielleicht etwas später, vielleicht etwas langsamer, aber mit Sicherheit hätten wir Probleme gehabt. Deshalb heißt Verantwortung für die Vollendung der inneren

Einheit tragen vor allen Dingen, sich gemeinsam die Frage zu stellen: Wo steht unsere Bundesrepublik Deutschland? Wenn wir in den neuen Bundesländern über das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung sprechen, müssen wir uns auch fragen: Welche Vorstellung haben wir in ganz Deutschland von unserem Staat?

Lassen Sie mich drei Beispiele nennen:

Erstens. In der Zeitung „Die Welt“ habe ich ein Gespräch mit einem 58jährigen Polizisten gelesen, der über seinen Beruf und sein Ansehen in der Gesellschaft berichtet. Er sagt: Wissen Sie, früher war ich in Berlin-Kreuzberg der „Herr Wachtmeister“, dann war ich der „Bulle“, und heute – mir kommt es kaum über die Lippen – bin ich der „Scheiß-Bulle“. Ist es nicht einfach traurig, wenn wir das einfach hinnehmen? Ich meine, wir dürfen nie hinnehmen, daß solch eine Entwicklung um sich greift.

(Beifall)

Zweitens. Ich kann es auch den Gewerkschaften nicht ersparen, sie zu kritisieren. Sie haben bei den Aufrufen zu den Demonstrationen für die Arbeitslosen jetzt am 8. Mai jeden Arbeitslose laut und deutlich aufgefordert, schwarz zu den Demonstrationen zu fahren und nicht zu bezahlen, weil man diesem Staat nehmen muß, was er den Arbeitslosen freiwillig nicht gibt. Da frage ich Sie, liebe Freunde: Was ist mit der Sozialhilfe? Was ist mit der Arbeitslosenhilfe? Können wir einfach so an die Sache herangehen? Ich sage ein klares Nein.

(Beifall)

Drittens. Was sollen die denken, die die Bundestagsdebatte über den letzten Castor-Transport verfolgt haben? Dort hat Frau Höhn, die nordrhein-westfälische Umweltministerin, mir entgegengeschleudert: Sie und die Bundesregierung haben nichts anderes auf Ihrer Seite als das Recht! Liebe Freunde, ich frage Sie, was wir denn eigentlich auf unserer Seite haben sollen, wenn nicht das Recht?

(Beifall)

Das Recht wurde im übrigen nicht nach Art der Volkskammer entschieden, sondern in einem demokratischen Prozeß, meistens noch zwischen Bundestag und Bundesrat gemeinsam, gesetzt.

Die Geschichte des 58jährigen Polizisten, die Geschichte von Frau Höhn und die Geschichte vom Schwarzfahren zeigen mir eines deutlich: Wir müssen darauf achten, daß wir ein Verständnis von Respekt und Achtung gegenüber unserem Staat, der Bundesrepublik Deutschland, aufrechterhalten, ansonsten werden wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht packen.

(Beifall)

Wie ich es an den Beispielen gezeigt habe, ist dieses ein gesamtdeutsches Problem.

Neben der Einforderung von Respekt und Achtung vor dem Staat werden wir an der Schwelle zum 21. Jahrhundert als zweites immer wieder fragen müssen, wo sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückziehen soll, wo wir mehr Freiheit und mehr Flexibilität brauchen. Deshalb

ist es ja auch so verhängnisvoll, wenn Reformen wie die Steuerreform ewig blockiert werden. Es ist gerade in den neuen Bundesländern nicht vermittelbar, warum man unbedingt 13 lange Jahre bis zum Abitur brauchen soll und nicht 12 Jahre genügen sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist nicht vermittelbar, warum die Entscheidungen um Ladenöffnungszeiten, Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz und vieles andere immer wieder zu einem Staatsakt gemacht werden. Es ist nicht vermittelbar, warum immer wieder die Zweifler, Fragesteller und Bedenkenträger die Oberhand haben sollen, obwohl wir doch immer wieder zupacken, anpacken und endlich Innovation voranbringen wollten. Heute wollen wir – das kann ich für die Mehrzahl der Menschen in den neuen Bundesländern sagen – diese Potentiale nutzen; das wird uns allen guttun.

(Beifall)

Den Aufschwung in den neuen Bundesländern schaffen wir nur, wenn wir das Potential unseres neuen Landes mit seinen neuen Gegebenheiten gemeinsam nutzen. Dabei ist natürlich das drängendste Problem die Frage der Arbeitslosigkeit. Neue zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen wir aber nur, wenn wir in den neuen Bundesländern mutig in die Bereiche einsteigen, die heute in den alten Bundesländern keine strukturellen Schwierigkeiten haben. Wir müssen Kommunikationstechnologie, Softwareproduktion und Dienstleistungsbereiche intensiv und offensiv voranbringen. Ich kann nur sagen, wir müssen dabei bereit sein, Risiken einzugehen. Wenn die Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel sagen, sie seien für den Transrapid überall auf der Welt, aber bitte niemals in Mecklenburg-Vorpommern, dann ist die CDU zur Stelle und sagt: Wir wollen ihn bei uns haben, weil wir für unser Land Innovationen brauchen. Wir verstehen allenfalls, wenn die Sachsen ein wenig neidisch sind.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, wir haben seit 1990 die Verkehrsprojekte deutsche Einheit auf den Weg gebracht, 148 000 Handwerksbetriebe und 510 000 mittelständische Betriebe gegründet, mehr als 4 Millionen Wohnungen modernisiert, 31 000 landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, ein Niveau von 85 Prozent der Westrenten erreicht, 1,2 Milliarden DM pro Jahr für die Braunkohlerektivierung ausgegeben, 19 700 ha Bergbaufläche rekultiviert und 39 Millionen Bäume gepflanzt. All diese Beispiele ließen sich fortsetzen. All dies war nur möglich, weil sich die Bundesrepublik Deutschland 1990 in einem intakten wirtschaftlichen Zustand befand und nicht in einem maroden, der von einer unsoliden Finanzpolitik hervorgerufen worden wäre.

(Beifall)

Liebe Freunde, auch in Zukunft – das hat der Bundeskanzler heute deutlich gesagt – muß der Aufbau Ost Vorrang vor dem Ausbau im Westen haben.

Aber, so denke ich, wir müssen auch von seiten der neuen Bundesländer unsere Beiträge leisten und deutlich sagen, welche Standortvorteile wir haben. Lassen Sie uns doch aus der guten Ausbildung, aus den vielen Zuschüssen, aus den noch geringeren Lohnkosten, aus den längeren Arbeitszeiten, aus dem an manchen Stellen besseren Preis-Leistungs-Verhältnis einen wirklichen Standortvorteil für die neuen Bundesländern machen und diesen auch offensiv vertreten.

Aber wie es in unserer Gesellschaft so ist: Sofort erschallt reflexartig aus dem Bereich der Gewerkschaften und anderer: „Merkel will aus Mecklenburg-Vorpommern und anderen neuen Bundesländern das Sizilien des Nordens machen.“ Ich sage Ihnen: Das Gegenteil ist der Fall. Ich will, daß Mecklenburg-Vorpommern das Bayern des Ostens wird.

(Beifall)

Wenn manch einer in Sachsen und Thüringen sagt, erst sei er dran, dann erwidern wir: Wir wollen aus allen neuen Bundesländern gemeinsam das Bayern und das Baden-Württemberg des Ostens machen. So wie Bayern trotz einer schwierigen Ausgangsbasis heute zu einem hochentwickelten Bundesland geworden ist, so wollen auch wir in den neuen Bundesländern zeigen, daß wir die Hilfe annehmen, um selber auf die Beine zu kommen und etwas Gutes für ganz Deutschland daraus zu machen.

(Beifall)

Liebe Freunde, damit kommen wir zu einem spannenden Punkt: Unser Verständnis von der Vollendung der inneren Einheit erschöpft sich nicht in der Angleichung der Lebensverhältnisse in einem ganz simplen Sinne. An welche Lebensverhältnisse wollen wir uns denn angleichen: an die von 1990, von 1992, von 1998? Auch der Westen ist doch nicht statisch geblieben. Wir haben uns verändert, der Westen hat sich verändert. Es geht jetzt darum, einen gemeinsamen Prozeß zu formulieren, mit dem wir Gesamtdeutschland fit für das 21. Jahrhundert machen. Das ist unser Verständnis vom Einbringen der ostdeutschen Identität in das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Deshalb sagen wir: Wir brauchen keine Politik, die alles unverändert läßt. Wir brauchen keine Politik, die nur nach immer mehr Staat ruft. Wir sagen nicht immer nur nein, sondern schauen, wo wir unsere Chancen ergreifen können. Wir wissen, daß sich vieles verändern wird, und wollen als CDU durch diese Veränderungen führen. Aber es wird darauf ankommen, daß dies keine intellektuellen Überlegungen oder technokratischen Veranstaltungen sind. Es wird darauf ankommen, daß wir nicht nur Fachpolitik machen, sondern mit unseren Vorstellungen die Herzen der Menschen erreichen, daß wir eine Vision an der Stelle bieten, wo andere Ängste und Verzweiflung schüren.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir werden morgen über unser Zukunftsprogramm sprechen. Ich bin mir ganz sicher: Eben dieses Zukunftsprogramm wird eine solche Antwort sein. Dann werden wir die Menschen überzeugen, daß wir nicht die platten Antworten der DVU und den Slogan der PDS „Wahlzettel sind Denkkzettel“ brauchen, sondern eine Vision von einem Deutschland der Zukunft.

(Vereinzelt Beifall)

Die „Sächsische Zeitung“, also eine ostdeutsche Zeitung, hat am Montag vergangener Woche angesichts der Kapriolen, die in Magdeburg vollbracht werden, Gerhard Schröder als „westdeutschen Kandidaten“ bezeichnet, der binnen weniger Tage gezeigt habe, wie der Kampf in die neue Mitte bezahlt werden soll, nämlich mit neuer Mittelmäßigkeit. Liebe Freunde, wir

brauchen keinen westdeutschen Kandidaten oder westdeutschen Kanzler. Wir in der CDU haben einen gesamtdeutschen Kandidaten, wir haben einen gesamtdeutschen Bundeskanzler, Helmut Kohl. Deutschland kann sich keinen Kanzler Schröder leisten.

(Beifall)

Liebe Freunde, selbst wenn Schröder es ernst meinte mit der neuen Mitte, so müssen wir doch feststellen, daß Lafontaine in der SPD das Sagen hat. Ich habe das schon zweimal bei den Energiekonsensgesprächen erlebt. So wie Lafontaine es zuläßt, daß Höppner in Sachsen-Anhalt gemeinsame Sache mit der PDS macht, obwohl sich Schröder angeblich dagegen ausgesprochen hat, könnte sich Schröder, selbst wenn er es wollte, niemals in Bonn durchsetzen.

Die SPD wirft uns immer wieder üble Nachrede vor, wenn wir behaupten, Schröder werde sich mit Hilfe der PDS zum Kanzler wählen lassen. Aber was Müntefering, immerhin Bundesgeschäftsführer der SPD, letzte Woche gesagt hat, nämlich daß die PDS in Ostdeutschland eine andere Rolle spiele, hat uns doch auf ganz fatale Wesie deutlich gemacht, daß sich Herr Schröder natürlich auch mit den Stimmen der PDS zum Bundeskanzler wählen lassen würde. Nach der Logik der SPD könnte man doch bei der Wahl des Kanzlers nicht einfach die PDS als eine Stimme des Ostens ausblenden. In dieser Logik ist für mich klar: Schröder würde sich immer mit den Stimmen der PDS zum Kanzler wählen lassen.

(Beifall)

Was mich an der Sache verbittert, ist, daß Höppner und andere versuchen, eine vermeintliche Identität Ost zu vermitteln, die eben nicht typisch ist für die neuen Bundesländer. Wir wollen mitmachen, wir wollen aufbauen. Auf den Slogan von Herrn Höppner „Sachsen-Anhalt – ein starkes Stück Osten“ kann ich nur sagen: Was er macht, ist in der Tat ein „starkes Stück“. Aber das ist nicht, wie er es uns verkaufen will, charakteristisch für den Osten.

(Beifall)

1998 wird ein ganz besonderes Jahr werden. Zufällig habe ich am Tag vor der Wahl in Sachsen-Anhalt im „Mittagsmagazin“ des Westdeutschen Rundfunks einen Kommentator folgende Sätze sagen hören – ich zitiere; bitte hören Sie genau zu -:

Kohl muß weg, nicht weil er nicht mehr zu regieren verstünde,

– man höre und staune: also nicht, weil er nicht mehr zu regieren verstünde oder weil seine Partei die Wahl in Sachsen-Anhalt verlieren könnte –

sondern weil seine Amtsführung gegen ein Prinzip der Demokratie verstößt – gegen das des Machtwechsels.

Und einige Sätze weiter:

Unser aller Angelegenheit ist, auf die Wahrung der demokratischen Hygiene zu dringen, und die verlangt, daß Kohl weg muß.

Liebe Freunde, diese Sätze müssen wir uns auf der Zunge zergehen lassen. Ich habe ja Verständnis dafür, wenn man nach 16 Jahren Opposition nahezu mit allen Mitteln versucht, am

27. September zu siegen. Ich habe auch Verständnis dafür, daß es mehr Freude macht, Politik in der Regierung zu gestalten als in der Opposition. Aber zu behaupten, die Amtsführung eines Bundeskanzlers nach 16 Jahren verstoße gegen ein Prinzip der Demokratie und man müsse auf die Wahrung der „demokratischen Hygiene“ dringen, ist gerade für ostdeutsche Ohren unerträglich.

(Beifall)

Weiß der Mann eigentlich, was er da sagt? Wir Ostdeutsche haben 40 Jahre am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, wenn gegen die „demokratische Hygiene“ verstoßen wird, wenn Prinzipien der Demokratie verletzt werden. Niemand - auch kein noch so schlauer Kommentator eines Radiosenders – darf es sich anmaßen, polemisch darüber hinwegzusehen, daß diese Bundesregierung und ihr Bundeskanzler in vier Bundestagswahlen redlich und demokratisch gewählt worden sind.

(Beifall)

Diese 16 Jahre sind in keiner Weise vom Wähler gestohlen worden. Jeder Wähler konnte viermal bei freien Wahlen frei entscheiden. Gerade wir in den neuen Bundesländern sind stolz und dankbar, endlich frei wählen zu können. Wir lassen uns von keiner noch so geschickt-perfiden Argumentation vorschreiben, wie wir unser Wahlrecht in Zukunft zu nutzen gedenken.

(Beifall)

Liebe Freunde, natürlich: 16 Jahre ein Land zu führen, das ist nicht selbstverständlich. Aber es waren nicht irgendwelche Jahre. Es waren 16 Jahre der größten Veränderungen und Umbrüche: NATO-Doppelbeschluß, drei Millionen neue Arbeitsplätze, Wiedervereinigung, beginnender Aufbau in den neuen Bundesländern.

Wir haben 1990 erfahren: Wir sind in der CDU willkommen. Wir werden nicht, wie in der SPD, als Störenfriede argwöhnisch betrachtet, sondern die CDU freut sich, mit uns die Einheit zu gestalten.

(Beifall)

Jetzt, liebe Freunde, stehen wir gemeinsam am Übergang in das 21. Jahrhundert. Das Jahr 2000 ist eine psychologische Zeitenwende. Es markiert einen Scheideweg für Deutschland. Gehen wir zurück zu alten Rezepten, zu einfachen Losungen, oder haben wir den Mut zu Veränderungen, haben wir den Mut, Deutschland, dessen wichtigstes Potential die Menschen und ihr Wissen sind, für den Weg in das 21. Jahrhundert fit zu machen? Wir als CDU spielen dabei Ost und West nicht gegeneinander aus. Wir in Ostdeutschland haben seit 1990 unendlich viele Veränderungen geschafft. Ich glaube, wir sind mit Recht stolz darauf. Das ist unsere Identität für das gemeinsame Deutschland. Wir bringen unseren Mut zu Veränderungen, unseren Mut zum Risiko jetzt in ganz Deutschland für das 21. Jahrhundert ein.

Denn das ist die Voraussetzung dafür, daß deutsche Unternehmen wieder wettbewerbsfähig werden, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann und daß wir unsere Probleme meistern.

Liebe Freunde, erinnern wir uns gemeinsam an den Mut der Wendezeit; erinnern wir uns gemeinsam an das, was wir in den letzten acht Jahren geschafft haben. Wir in den neuen Bundesländern wollen diesen Mut der Wendezeit in das neue Deutschland einbringen. 1998 geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Entscheidung zwischen Kontinuität im Wandel auf der einen Seite und Schall und Rauch auf der anderen Seite.

(Beifall)

Ich bin ganz sicher: Wenn wir diese Botschaft mit Demut vor den Menschen, mit Respekt vor ihren Fragen und Sorgen, mit Entschlossenheit, Klarheit und Zielstrebigkeit in der Sache und obendrein noch mit Freude an der Arbeit verbreiten, dann werden wir am 27. September 1998 Erfolg haben, in Ost und West – und zwar gemeinsam. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, liebe Frau Merkel. Man spürt, wo Ihr Herz schlägt. Sie kennen die Sorgen der Menschen in den neuen Ländern; Sie verstehen es, Hoffnung zu vermitteln. Sie haben es aber auch leicht: Hinter Ihnen steht die Partei der deutschen Einheit, die Christlich Demokratische Union Deutschlands, für die der Aufbau in den neuen Ländern nach wie vor höchste Priorität hat.

Frau Merkel hat gesagt, sie habe die Vision, Mecklenburg-Vorpommern solle das Bayern des Ostens werden. Liebe Frau Merkel, den sächsischen Neid auf den Transrapid hätten Sie mit der Bemerkung etwas dämpfen können, Mecklenburg-Vorpommern solle das Sachsen des Nordens werden.

(teilweise Heiterkeit und Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin gebeten worden, Sie darauf hinzuweisen, daß sich die Antragskommission heute um 17.00 Uhr zu einer Sitzung treffen wird.

Ich eröffne nun die Aussprache. Es liegen einige Wortmeldungen vor. Als erster hat sich gemeldet Professor Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich finde das mit den Bayern im Osten gar nicht so schlecht. Zu dem, was Angela Merkel vorgeschlagen hat, möchte ich bemerken: Konkurrenz belebt das Geschäft. Ich denke, es wäre eine gute Konkurrenz.

Ich möchte zu dieser wichtigen Rede zum Thema „Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Ländern“ einen ersten Diskussionsbeitrag leisten. Meine erste Feststellung: Unsere Verantwortung für den Aufbau in Ostdeutschland ist eine gesamtdeutsche Verantwortung; der Westen trägt sie genauso wie der Osten. Angela Merkel hat recht, wenn sie sagt: Deutschland ist insgesamt ein neues Land geworden. Es ist insgesamt eine Einheit.

(Beifall)

Die Verantwortung für diese Einheit ist nicht teilbar. Wir leisten verschiedene Beiträge zur Einlösung dieser gemeinsamen Verantwortung – davon wird gleich die Rede sein –, aber diese Beiträge greifen ineinander. Nur wenn sie gemeinsam auf das gleiche Ziel gerichtet erbracht werden, werden sie erfolgreich sein.

Die Debatte heute erinnert mich an Debatten, die wir zu Beginn der Zeit geführt haben, als Helmut Kohl Parteivorsitzender wurde. Es ist jetzt fast auf den Tag 25 Jahre her, daß Helmut Kohl Bundesvorsitzender der CDU wurde. Ich war damals sein Generalsekretär. Damals haben wir nicht nur die Erneuerung unseres Landes – damals Westdeutschlands –, sondern auch eine politische Auseinandersetzung über die Frage in Gang gebracht, wie denn dieses Westdeutschland in Zukunft aussehen soll. Soll es ein freiheitliches, auf der Fähigkeit seiner Bürger zu Freiheit und Verantwortung aufbauendes Land sein, oder soll es ein Land sein, in dem die Kollektive regieren? Wir meinten die Kollektive von Bürokratie und Funktionären, also das, was später als „vormundschaftlicher Staat“ bezeichnet wurde. Mir wird deutlich – das ist mir eigentlich schon lange, gerade auch in der Auseinandersetzung der letzten Jahre klar geworden –, daß dies eine Auseinandersetzung ist, die dauerhaft geführt werden muß. Was wir im Augenblick erleben, ist wiederum die Auseinandersetzung über die Frage: Wie sollen denn Deutschland und Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts gestaltet werden?

Liebe Freunde, wir führen diese Debatte nicht nur mit Blick auf Sachsen-Anhalt oder Ostdeutschland. Wir führen diese Debatte mit Blick auf ganz Deutschland und mit Blick auf den Raum, für den wir in Zukunft mit einer Währung auch ein gemeinsames Schicksal und damit auch eine gemeinsame politische Ordnung haben wollen. Wie diese gemeinsame politische Ordnung aussehen wird, das wird sich zu einem wesentlichen Teil in Deutschland entscheiden.

(Beifall)

Deshalb ist diese Auseinandersetzung nicht nur eine deutsche Angelegenheit. Aber wir müssen sie führen. Es geht um die Inhalte: Freiheitliche Verantwortung oder Vormundschaft. Es geht um den Inhalt der politischen Union, und es geht um den Aufbau einer Gesellschaft freier Menschen, die alleine nach meiner Überzeugung das 21. Jahrhundert in Freiheit gestalten kann. Darum geht es in Deutschland, in seinen Bundesländern, in unseren Nachbarländern und in Europa.

Wir haben für diese Auseinandersetzung ein sehr solides Fundament in ganz Deutschland gelegt - nicht nur im Westen oder im Osten. Daß dieses Fundament noch in unterschiedlicher Weise tragfähig ist, daß es sich noch nicht in gleicher Weise entwickelt hat, steht dazu nicht im Widerspruch. Die Leistungsfähigkeit unserer Bundesrepublik Deutschland heute ist hervorragend. Es gehört zu den großen Paradoxa unserer Debatte, daß das reichste und leistungsfähigste Land in Europa unfähig geworden ist – unsere Partei nehme ich dabei aus –, zu verstehen, welche Kraft sich hier für die Bewältigung der Zukunft sammelt.

(Beifall)

Es gehört aber auch zu den Strategien des politischen Gegners, genau diese Darstellung zu verhindern.

Wenn ich sage: „11 Prozent Arbeitslosigkeit ist zuviel“, dann ist diese Aussage richtig. Aber man müßte mit folgendem Satz fortfahren: 89 Prozent der Menschen, die Arbeit suchen, haben bereits Arbeit. Ich wiederhole: 89 Prozent - und das in einem Arbeitsmarkt, von dem wir sagen, er müsse noch flexibler, anpassungsfähiger und leistungsfähiger werden. Das heißt,

ungeachtet der noch bestehenden Schwierigkeiten hat der gegenwärtige Arbeitsmarkt eine Effizienz von fast 90 Prozent. Das muß man dazusagen.

(teilweise Beifall)

Denn die 90 oder die 85 Prozent brauchen wir, wenn wir die anderen 10 oder 15 Prozent in Arbeit bringen wollen. Wenn wir ihre Leistung nicht anerkennen, dann entmutigen wir sie, und dann nehmen wir sie nicht in die Solidarität hinein, in die wir sie hineinnehmen müssen, wenn wir die Probleme lösen wollen.

Die Leistungsfähigkeit unseres Landes in jeder Hinsicht wird von aller Welt gelobt. Besucher aus aller Welt kommen und staunen über das, was alles schon geschehen ist – und zwar nicht nur in Westdeutschland, sondern zunehmend auch im östlichen Teil unseres geeinten Deutschlands. Die Probleme leugnen wir nicht, das zu tun wäre ganz verkehrt. Es ist schon vielfach darüber geredet worden: Die Arbeitslosigkeit ist zu hoch und muß abgebaut werden, die Sozialsysteme müssen erneuert und weiterentwickelt werden, Armut muß bekämpft werden, die Kriminalität muß überwunden werden, unser Bildungssystem muß leistungsfähiger werden.

Wir müssen wieder den Mut haben, über die Ausbildung von Eliten zu sprechen genauso wie über die Ausbildung der breiten Mehrheit der Bevölkerung, die wir in den unterschiedlichsten Qualitäten brauchen, wenn wir den Wettbewerb in der Welt bestehen wollen.

Wir brauchen die Einsicht - dies wurde heute auch in der Rede des Bundeskanzlers angesprochen –, daß die meisten dieser Dinge eine Änderung des Denkens voraussetzen. Die größte Schwierigkeit, die wir haben, ist, diese Änderung im Denken zu bewerkstelligen. Es gibt kaum Besitzstände, die stabiler sind als Besitzstände an Vorurteilen.

(Beifall)

Diese Arbeit müssen wir leisten. Wir haben in Ostdeutschland gelernt, daß das möglich ist. Eine Ermutigung, die wir aus dem bisherigen Aufbauprozeß in Ostdeutschland an ganz Deutschland weitergeben können, ist die Ermutigung aus der Einsicht, daß die Menschen viel mehr leisten können, als wir ihnen normalerweise politisch zumuten, wenn sie von der Richtigkeit des Zieles, für das sie etwas leisten, überzeugt sind.

(Beifall)

Diese Überzeugungsarbeit zu leisten ist eine der wichtigsten politischen Führungsaufgaben – den Menschen den Mut zu machen, daß sie dies können, ist eine weitere. Wir haben, wie ich meine, mit Erfolg in diesem Sinne Mut gemacht. Von den großartigen Leistungen beim Aufbau Ost ist schon die Rede gewesen. Diese Leistungen haben eine historische Dimension. Sie beruhen auf drei Grundlagen: erstens auf der Überwindung der SED-Herrschaft durch die Bevölkerung selbst, zweitens auf einem Akt nationaler Solidarität, wie wir ihn uns auf dem zurückliegenden Bremer Parteitag im Jahre 1989 wahrscheinlich selbst nie zugetraut hätten, daß wir nämlich 4,5 % des Bruttoinlandsprodukts jährlich für diese große nationale Aufgabe bereitstellen, und drittens auf der großen Aufbauleistung der Menschen in Ostdeutschland.

(Beifall)

Deren Leistung – dies kann man nicht oft genug wiederholen – ist enorm. Es ist keineswegs nur eine finanzielle oder ökonomische Leistung. Es ist vor allen Dingen eine Leistung der Menschen, an der Veränderung ihrer eigenen Welt aktiv mitzuwirken. Ich glaube, nur wenige unter uns von denen, die nicht in Ostdeutschland gelebt haben, können sich vorstellen, was es heißt, von einem Tag auf den anderen einen wesentlichen Bestand seiner bisherigen Lebenserfahrung zu verlieren, weil sie ungültig wird; was es heißt, diesen Verlust ausgleichen zu müssen, das Risiko einzugehen, daß man noch nicht weiß, wie etwas geht, es aber schon machen muß. Ich erwähne als Beispiel Bürgermeister, Landräte, die noch nie etwas von Verwaltungsrecht gehört haben, die noch nie etwas von der ganzen komplexen Rechtsordnung im Westen gehört haben und die gleichwohl von einem Tag zum anderen im Mai 1990 Verantwortung übernommen haben, um ein damals schwer beschädigtes Land mit neuem Mut zu füllen, die Schäden zu beseitigen und das Land neu aufzubauen. Die Leistung, die bisher erbracht worden ist, ist ein großartiger Beweis dafür, daß das geht.

Wir sagen: Wir brauchen Initiative. Ich kann hier nur die Zahlen aus Sachsen nennen, aber diese sind repräsentativ für den ganzen Osten. Wir hatten in Sachsen früher 23 000 Handwerksbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von rund 70 000 Menschen. Wir haben heute 50 000 Handwerksbetriebe mit einer Beschäftigtenzahl von 500 000 Menschen. Das heißt: 50 000 Menschen in Sachsen geben 500 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Brot und Arbeit.

(Beifall)

Das Handwerk ist der wichtigste Arbeitgeber in Sachsen geworden. Wir haben schon etwas über die Leistungsfähigkeit der Automobilindustrie gehört. Ich habe mich bei den Sachsenring-Werken erkundigt, wie viele Trabant dort von wievielen Leuten produziert wurden. In den Zeiten höchster Produktion wurden dort rund 140 000 bis 145 000 Fahrzeuge mit etwas über 50 000 Mitarbeitern erzeugt. Jetzt erzeugen zum Teil die gleichen Arbeitnehmer mit großer Freude etwa 175 000 Fahrzeuge von hoher Qualität mit der höchsten Stundenproduktivität im ganzen Volkswagenkonzern. Diese 3500 Menschen haben große Freude an der eigenen Arbeit. Zusätzlich sind etwa 10 000 Menschen in den Zulieferbetrieben tätig.

Die Wohnungsverhältnisse werden allgemein als befriedigend angesehen. Die Straßen sind besser geworden. Die Eisenbahnstrecken sind besser geworden. Die Fahrzeiten wurden verkürzt. Wir haben in Ostdeutschland das modernste Telekommunikationsinfrastruktursystem in ganz Europa. Wir haben das Risiko der Zerstörung als Chance für die Modernisierung genutzt. Wir haben kulturelle und geistige Leistungen in diesem Zusammenhang erbracht, die beispiellos sind.

(Beifall)

Es kommen Menschen aus der ganzen Welt nach Ostdeutschland von überall dort, wo der Übergang vom Sozialismus in die freiheitliche Ordnung stattfindet, und fragen: Wie habt ihr das gemacht? Wie war das mit der Privatisierung? Wie war das mit dem Aufbau? Wie war das mit der Umstellung des Denkens? Wie war das mit der politischen Erneuerung im Lande? Diese Leistungen müssen wir erkennen und benennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, SPD und PDS betrügen die Menschen um diese Leistungen.

(Beifall)

Die PDS kann gar nicht anders. Würde die PDS die Leistungen anerkennen, so würde sie ihre eigene Rationalität aufheben. Die PDS muß sagen: Ihr habt nichts zustande gebracht. Sie muß die Defizite benennen und die Fortschritte leugnen. Sie muß die Ursachen für die politische Zustimmung, die sie erfährt, ständig reproduzieren, damit sie diese Zustimmung nicht verliert. Die PDS ist der organisierte Widerstand gegen den Erfolg der deutschen Einheit.

(Beifall)

Würde sie dies alleine betreiben müssen, würden wir früher oder später damit fertig. Je weiter wir mit dem Erfolg kommen, um so weniger glaubwürdig, um so hohler klingen die Kritik und die Negation.

Das wirkliche Problem liegt darin, daß die Sozialdemokraten sich entschlossen haben, die PDS zu legitimieren, und sich damit im Grunde genommen die PDS-Negation des Aufbaus Ost und seiner großen Erfolge zu eigen machen.

(Beifall)

Herr Höppner hat das jüngste Wahlergebnis letztlich deshalb erzielt, weil er zwei Dinge getan hat. Er hat die Ostdeutschen von den Westdeutschen getrennt und eine grundlegend andere Mentalität für die Ostdeutschen in Anspruch genommen. Das heißt, er hat alles das, was die Menschen an geistiger, an religiöser, an kultureller, an historischer Gemeinsamkeit haben, mit dem Argument zugeschüttet, daß die letzten 40 Jahre die gemeinsame Substanz weitgehend zerstört hätten. Das ist schlimm genug. Er hat sich gleichzeitig aber auch die Argumente der Negation zu eigen gemacht. Er beraubt damit die Mehrheit der Ostdeutschen des Stolzes auf ihre bisherigen Erfolge bei der Aufbauarbeit. Er lähmt damit die Kräfte für den weiteren Aufbau. Meine sehr verehrten Damen und Herren, er beschädigt auf diese Weise die Grundlagen der nationalen Solidarität.

(Beifall)

Mich würde sehr interessieren, was die sozialdemokratischen Wähler in Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen, wenn es um die Transferleistungen von West nach Ost geht, in Zukunft sagen würden, wenn man ihnen vorhielte, daß das Ziel von Herrn Müntefering erreicht sei und drei Länder in Ostdeutschland von der PDS mit kontrolliert würden.

Glauben wir wirklich, daß wir die nationale Solidarität aufrechterhalten können, wenn ein Teil dieser Solidarität von der staatssozialistischen PDS in Anspruch genommen wird, um Verhältnisse wiederherzustellen, die die Menschen in Leipzig und Dresden überwunden haben?

(Beifall)

Ich sehe hier eine große Gefahr. Ich will das überhaupt nicht leugnen. Ich sage das nicht aus Gründen der Polemik, sondern aus Gründen der Sorge: Alle diejenigen, die gemeinsam daran arbeiten, den Solidarpakt und die darin enthaltene Solidarität bis zum Jahr 2004 und darüber hinaus weiterzuführen, weil wir wissen, daß diese gesamtdeutsche Aufgabe noch erheblichen Einsatz erfordert, müssen voller Sorge eine Entwicklung beobachten, die dazu führt, daß diejenigen, denen wir das Trümmerfeld vor neun Jahren verdanken, jetzt mit Hilfe der SPD in die Lage kommen, die Köpfe neu zu besetzen und damit die Solidarität zu zerstören.

(Beifall)

Auch wenn das hart klingt: So müssen wir das auch unseren Menschen in Ostdeutschland sagen, gerade deshalb, weil wir sie vor den Verführern schützen müssen.

Diese Kombination beraubt die Sozialdemokraten aber auch ihrer Fähigkeit, an der Modernisierung unseres Landes mitzuwirken. Das heißt, der Modernisierungs- und Erneuerungsprozeß in Ostdeutschland wird gefährdet. In dem Zusammenhang frage ich mich, was wohl Willy Brandt denken würde, wenn er diese Tolerierungsdebatte heute miterleben würde. Er würde wahrscheinlich die Frage stellen – ich stelle sie hier gewissermaßen stellvertretend –, was tolerieren in diesem Zusammenhang eigentlich heißen soll. Läßt sich die SPD vom Staatssozialismus tolerieren, oder toleriert der Staatssozialismus noch die SPD?

(Beifall)

Und wer ist der Stärkere? Der Tolerierer oder der Tolerierte? Das Teuflische an dieser Situation ist, daß die PDS gleichzeitig Opposition und Regierungspartei sein kann, aber in der Lage ist, zu jedem konkreten Fall zu entscheiden, ob sie auch Regierungspartei sein will. Dies bedeutet, sie ist die Stärkere in diesem Bündnis; während die SPD von ihr abhängig ist, ist die PDS nicht von der SPD abhängig.

(Beifall)

Nur wenn man sich dies vor Augen führt, wird deutlich, was hier an grundsätzlicher Auseinandersetzung notwendig ist, die sich in allen Teilfragen wiederfindet, die wir zum Beispiel morgen im Zukunftsprogramm der CDU diskutieren. Sie findet sich wieder im Arbeitsmarkt: Wollen wir wieder zurückkehren zu einer Beschäftigungspolitik, wo 90 Prozent der Menschen irgendeiner Beschäftigung nachgehen, ob produktiv oder nicht produktiv, und das Ganze mit einem ungewöhnlich niedrigen Lebensstandard erkaufte wird? Oder wollen wir eine neue Ordnung der Arbeit anstreben, in der Selbstverantwortung und Freiheit im Vordergrund stehen und in der wir uns darum bemühen, die Gesellschaft nicht auf den Arbeitsplatz zu reduzieren, sondern ihre kulturellen, geistigen und sonstigen Möglichkeiten zu mobilisieren, um sicherzustellen, daß Arbeit zwar eine wichtige, aber nicht die alleinige Form gesellschaftlichen Miteinanders ist, wie es zu erheblichen Teilen im Sozialismus war?

(Beifall)

Wie wollen wir den Sozialstaat reformieren? Wir wollen ihn reformieren und weiterentwickeln, um ihn anzugleichen an die Veränderungen, die wir zum großen Teil selbst ausgelöst haben. Über das Geburtendefizit hat der Bundeskanzler bereits gesprochen. Ich will es Ihnen nur mit einem Beispiel vor Augen führen. Diejenigen, die um das Jahr 1960 geboren sind, die zwischen 1955 und 1965 geboren wurden, sind in eine Gesellschaft hineingeboren worden, in der reichlich ein Drittel jünger als 20 war und ein Sechstel älter als 60. Sie leben heute in einer Gesellschaft, in der Junge bis zu 20 und Alte über 60 sich genau die Waage halten, jeweils 20 Prozent. Wenn Sie selbst alt sind, leben sie in einer Gesellschaft, in der ein Sechstel jünger als 20 und ein Drittel älter als 60 ist - und dies bei einer beachtlichen Zuwanderung jüngerer Menschen aus anderen Ländern. Es hat noch nie eine solche Entwicklung in der Menschheitsgeschichte gegeben, daß sich in einer Generation das Verhältnis zwischen Jung und Alt praktisch umkehrt. Die Entwicklungen, die daraus resultieren und die wir selbst initiiert haben,

genauso wie die wirtschaftlich-technologische Entwicklung, zwingt uns zu einer Weiterentwicklung der Institutionen und Strukturen, derer wir uns bedienen, um unsere Probleme zu lösen. Jedes Mal wird es um die Frage gehen: Mehr Vormundschaft oder mehr Freiheit? Das wird die Frage der kommenden Jahre sein, und wir müssen am 27. September die Menschen dazu bewegen, eine eindeutige Antwort gegen den vormundschaftlichen Staat und für die verantwortete Freiheit zu geben.

(Beifall)

Von diesem Parteitag soll und wird eine Vision ausgehen. Viel ist dazu schon gesagt worden. Unsere Vision ist die einer Gesellschaft freier Bürger, denen der Staat dient, ohne die Absicht zu haben, je ihr Vormund werden zu wollen, ein Staat unter dem Recht, zum Schutz der Bürger, aber auch zur Sicherung ihrer Verantwortlichkeiten, Bürger, die die Freiheit zum eigenen Wohl und zum Wohl der Gemeinschaft nutzen, kein Staat, keine Gesellschaft, in der wir der Freiheit mißtrauen, Freiheit mit Kapitalismus und Freiheit mit kalt, egoistisch und gleichgültig gleichsetzen, um auf diese Weise Stimmung gegen Freiheit und Verantwortung zu machen. Eine Gesellschaft, in der der verantwortungsfähige Bürger mitgestaltet, ist eine große kulturelle Leistung. Diese große kulturelle Leistung zu erbringen, erfordert Anstrengungen, nicht nur wirtschaftliche, sondern gerade auch politische. Wir, die Christlich Demokratische Union, haben uns zusammengetan, um diese Anstrengung zu erbringen. Das ist ein wesentlicher Sinn unserer Mitgliedschaft. Wir sagen, wir wollen gemeinsam diese Anstrengung erbringen, immer wieder für die Freiheit und die Verantwortung eintreten. Diesen Kampf führen wir in ganz Deutschland, wir führen ihn mit den Ländern, die in wenigen Jahren zur Europäischen Union kommen, insbesondere unseren Nachbarn in Polen und in der Tschechischen Republik, aber auch in Ungarn.

Das führt mich zurück zum Aufbau Ost. Liebe Freunde, noch sind die ostdeutschen Länder, was die Europäische Union betrifft, Grenzländer. Wenn aber Polen und die Tschechische Republik in wenigen Jahren zur Europäischen Union gehören, dann ist Mitteldeutschland zugleich auch Mitteleuropa, und dieses Mitteldeutschland kann Brücken schlagen und schlägt sie schon, in Euroregionen, nach Tschechien und Polen, mit einer immer stärkeren Verflechtung, mit großer Bereitschaft unserer Nachbarn mitzutun. Görlitz wird eine europäische Stadt; in Frankfurt an der Oder findet Europäisches in Universitäten statt, in anderen Bereichen in Gymnasien. Wir bauen Brücken von Ostdeutschland in unsere Nachbarländer. Wir sichern damit ein Stück europäische Kultur und ein Stück europäische Freiheit. Das ist eine Aufgabenteilung, in der wir diese Aufgabe übernommen haben, nachdem die westdeutschen Länder diese Leistung schon seit Jahrzehnten erbringen, Leistungen, auf denen die Einheit Europas aufbaut.

Für diese Leistung brauchen wir die Kraft der Freiheit. Deswegen brauchen wir am 27. September eine Entscheidung für die Freiheit. Es ist der alte und immer neue Kampf für die Freiheit und gegen die Vormundschaft. Lassen Sie uns gemeinsam für die Freiheit streiten!

(Anhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Dr. Fritz Hähle, Tagungspräsidium: Lieber Kurt Biedenkopf, der Parteitag dankt Ihnen mit großem Beifall für Ihre klaren Worte. Ich glaube, wir müssen nicht lange philosophieren, ob wir einen Lagerwahlkampf führen wollen oder nicht. Es geht um die grundsätzliche Auseinandersetzung; es geht um Selbstverantwortung und Freiheit und um das Verhindern der Rückkehr zum Staatssozialismus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Tagungspräsidium ist etwas besorgt, weil wir mit dem Zeitplan in Verzug geraten sind. Ich bitte um Ihr Verständnis, daß wir alle vorliegenden Wortmeldungen auf die morgige Generaldebatte zum Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble, verschieben. In diesem Bericht geht es auch um den Entwurf für das Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands. Alle, die heute noch sprechen wollten, werden morgen noch zu Wort kommen. Widerspricht jemand dem Vorschlag, die Aussprache zum Tagungsordnungspunkt „Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Ländern“ auf morgen zu verlagern? – Ich höre keinen Widerspruch. Ich übergebe jetzt die Tagungsleitung an Christoph Böhr.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich rufe den TAGES-ORDNUNGSPUNKT 14 auf:

BÜRGER SCHÜTZEN – KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

Da wir in der Tat etwas unter Zeitdruck stehen, darf ich unmittelbar unseren Freund, den Bundesinnenminister Manfred Kanther, bitten, das Wort zu ergreifen.

(Beifall)

Manfred Kanther: Herr Vorsitzender! Verehrte Gäste! Liebe Delegierte! Nur ein starker Staat kann den Inneren Frieden zuverlässig und dauerhaft gewährleisten. Nur ein starker Staat kann seine Bürger vor Kriminalität und Unordnung schützen. Das ist eine Bringschuld dieses Staates an seine Bürger. Wir arbeiten unermüdlich daran und haben große Erfolge.

Das organisierte Verbrechen wird die Wirksamkeit des neuen Geldwäschebekämpfungsgesetzes und der erweiterten Beschlagnahmemöglichkeiten scharf in der Kasse spüren.

Schwerkriminelle sind mit der Kronzeugenregelung und der endlich eröffneten Möglichkeit zum Abhören von Gangsterwohnungen zusätzlichem Verfolgungsdruck ausgesetzt, auch wenn die Sozialdemokraten das Konzept an einem wichtigen Punkt verwässert haben.

Mit dem neuen Antikorruptionsgesetz steigt das Risiko für Wirtschaftskriminelle und ungetreue Staatsdiener.

Die Novellierung des Ausländerrechts verschärft die Strafen für Menschenhandel und verbessert die Möglichkeiten zur Ausweisung krimineller Ausländer. Wir haben leider viel zuviele Gangster aus dem eigenen Lande. Wir wollen keine weiteren von draußen.

(Beifall)

Das verschärfte Sexualstrafrecht leistet nun das, was der Staat an Vorbeugung aufbringen kann, um Frauen und Kinder besser zu schützen.

Beschleunigtes Verfahren und Hauptverhandlungshaft erlauben einer tatkräftigen Justiz schnelle und entschlossene Antworten – vor allem an Ersttäter. Diese Antworten müssen aber auch schnell und entschlossen gegeben werden.

Rechtsextremistische Propagandadelikte unterliegen verschärfter Strafdrohung. Mehrere Extremistengruppen wurden verboten, um die Entschlossenheit unseres Staates im Vorgehen gegen diese widerwärtigen Exzesse ohne Zögern deutlich zu machen.

Opfer- und Zeugenschutz sind verstärkt und lenken die Aufmerksamkeit auf eine in der Vergangenheit viel zu wenig bedachte Folge von Verbrechen: das Schicksal der Opfer.

Nach einem Jahrzehnt des Gezerres sind die Gesetze über das Bundeskriminalamt und den Bundesgrenzschutz in Kraft getreten und bilden nun modernste Grundlagen für die Tätigkeit der Bundespolizei. Das Europol-Paket wird 1998 in Kraft treten.

Das unermüdliche Bohren dieser dicken Bretter durch die Innen- und Rechtspolitiker der Union hat Entscheidungstaus aufgelöst, die lange Jahre als nicht zu bewältigen galten. Das ist eine einmalige Leistungsbilanz unserer Politik in den vergangenen Jahren. Wir müssen sie den Menschen unermüdlich verdeutlichen.

(Beifall)

Es steht ein gesetzgeberisches Handwerkzeug zur Verfügung, das den Staat in die Lage versetzt, seine Bürger nach besten Kräften vor Verbrechen zu schützen. Nur in wenigen Bereichen bedarf es der Nachbesserung, die wir unverzüglich schaffen werden: die Novellierung des Ausländerzentralregisters, um die Arbeit aller Behörden im In- und Ausland bei der Abwehr illegaler Zuwanderung noch besser zu koordinieren; die Einschränkung der Sozialhilfeansprüche für ausreisepflichtige Ausländer, vor allem durch die verstärkte Gewährung von Naturalunterhalt statt Geldleistungen;

(Beifall)

zusätzliche Befugnis für den Bundesgrenzschutzes zur verdachtsunabhängigen Kontrolle, mit der eine Reihe von Bundesländern für ihre Polizei schon beste Erfahrungen gemacht haben. Auch in einer Demokratie fällt niemandem ein Stein aus der Krone, wenn er der Polizei auf Anfrage sagen muß, wer er ist.

(Beifall)

Wir brauchen eine weitere Beschleunigung der Verfahren in Strafsachen, vor allem gegenüber Tätern aus der organisierten Kriminalität. Wir brauchen ferner eine Ausweitung der gerade geschaffenen GEN-Datei – über die laufenden Verfahren hinaus – auf einsitzende Täter. Es ist nicht plausibel, daß derjenige, der zum erstenmal ein Sexualdelikt begangen hat und der sich im Strafverfahren befindet, einem genetischen Fingerabdruck unterworfen wird, daß aber derjenige, der wegen zehn Straftaten sitzt und in einem halben Jahr entlassen wird, diesem nicht unterworfen ist.

(Beifall)

Einiges davon schaffen wir noch jetzt. Im ganzen ist Deutschland gesetzgeberisch gerüstet, sowohl was die Abwehr der allgemeinen Kriminalität als auch den frühzeitigen Kampf gegen

die organisierte Kriminalität und gegen ihre dramatische Bedrohung für alle wohlhabenden und freien Länder angeht.

Aber die besten Gesetze taugen nichts, wenn sie nicht durch eine zupackende Regierung, Verwaltung und Justiz mit Leben erfüllt, in die Praxis und in die Tat umgesetzt werden. Das haben wir in vielen Bereichen getan. Weitere Schritte werden folgen.

Vor fünf Jahren stand der Bundesgrenzschutz mit 2000 Beamten an unserer östlichen Landesgrenze. Wenn wir mit der Reform des Bundesgrenzschutzes fertig sein werden, dann werden es über 7000 sein.

(Beifall)

Besonders die Menschen in den neuen Bundesländern wissen das als große Anstrengung zu schätzen; denn sie sind sehr plötzlich in Kriminalität geraten, an die sich die Menschen im Westen etwas länger – leider – gewöhnt hatten.

Dem gleichen Gedanken folgt die jahrelange Arbeit an der Einrichtung des Schengener Informationssystems, das mit mehr als 40 000 Datenendgeräten an den Außengrenzen das größte elektronische Fahndungssystem der Welt darstellt.

Wir werden auch weiterhin alle Anstrengungen gegen den Import von Kriminalität unternehmen.

(Beifall)

Nach der Neufassung des Bundeskriminalamtgesetzes haben wir binnen sieben Monaten die GEN-Datei zur Erleichterung der Strafverfolgung vor allem jener widerwärtigen Verbrecher geschaffen, die sich an Frauen und Kindern vergehen. Ich konnte da nicht warten, bis der letzte Bedenkenträger seine letzte Datenschutzmarotte ausgeträumt hatte.

(Beifall)

Meine Freunde, technische Möglichkeiten in der Hand der legalen Gesellschaft bieten neue und zum Teil noch gar nicht erkannte Chancen. Aber schon die ersten Beispiele, die wir in mühsamer Arbeit zum Erfolg gebracht haben, zeigen, was ich meine:

Ein Drittel weniger Autos wurden im vergangenen Jahr gegenüber 1993 gestohlen, weil wir nach hartnäckigen Anstrengungen die elektronische Wegfahrsperrung in den neuen Fahrzeugen einführen konnten. Das sind 40 000 mal weniger Ärger für Bürger, die morgens zur Arbeit fahren wollen oder abends aus dem Kino kommen, und die „Karre“ ist nicht weg, sondern noch da.

(Beifall)

Der Sozialhilfe-Mißbrauch im Asylbereich durch Mehrfach-Anträge ist minimiert, seit das Fingerabdruck-System AFIS beim BKA funktioniert. Wir werden es auf europäischer Ebene ausbauen.

Um zirka 25 Prozent ist die Schadenssumme beim Mißbrauch von Kreditkarten von 1993 bis 1996 gesunken, nachdem das Verfahren des Versands und der Codierung geändert worden ist; die Arbeit daran geht weiter.

Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist von 1993 bis 1997 um 45 000 Fälle, also um rund 20 Prozent, zurückgegangen. Meine Freunde, das bedeutet 45 000 mal weniger Angst und Furcht von Frauen und Familien vor der Verletzung der Intimsphäre, wenn sie vom Einkaufen oder aus den Ferien nach Hause kommen. Das sind die meßbaren Leistungen unserer Sicherheitspolitik.

(Beifall)

Eine fälschungssichere Visums-Marke für die Schengen-Staaten erschwert Schleppern und Schleusern in der ganzen Welt ihr Geschäft. An der Verbesserung der Kraftfahrzeugpapiere arbeiten wir. Das neue Euro-Geld wird ein Höchstmaß an Fälschungssicherheit aufweisen.

Denken wir auch an etwas, was uns über ein Vierteljahrhundert so geplagt hat: Die RAF hat hoffentlich aufgegeben und die PKK ihre verbrecherische Tätigkeit gemäßigt. Beschreien wir nichts; es möge so bleiben. Aber die Besinnung darauf, daß sich der entschlossene Rechtsstaat durchgesetzt hat ist doch notwendig. Peinlich, wie linke Gesundheitsbetriebe nach dem kürzlichen RAF-Brief sofort wieder mit der Gnadenakte unterwegs waren, bevor die Morde, die diese Leute verübt haben, sämtlich aufgeklärt sind.

(Beifall)

Sage also niemand - meine Freunde, deshalb habe ich Sie mit dieser Erfolgsbilanz behelligt – , das Schicksal wohlhabender und freiheitlicher Gesellschaften sei mit dem Anstieg von Kriminalität zwingend verbunden. Wir beweisen zusammen mit Tausenden von engagierten Menschen und Mitarbeitern täglich das Gegenteil. Im dritten Jahr geht die Zahl der Straftaten in Deutschland – wenn leider auch nur langsam – zurück. Die Aufklärungsquote ist in der selben Zeit von 43 auf 50 Prozent gestiegen. Das wird so bleiben, wenn wir weiter regieren und nicht die grün-rote Mischung aus Phantasten und Opportunisten.

(Beifall)

Ich wiederhole: Kaum je wirken Gesetze durch ihre bloße Niederschrift im Bundesgesetzblatt. Sie müssen durch praktische Anwendung greifen. Das schaffen wir über den engeren Bereich der Verbrechensbekämpfung hinaus im Dienste des Inneren Friedens:

1992 kamen 438 000 Asylbewerber in dieses Land; im vergangenen Jahr waren es noch 104 000. Meine Freunde, ein Riesenerfolg, wenn es auch immer noch zu viele sind und die Aufgabe fortbesteht! Denn nur etwa 5 Prozent werden anerkannt. Aber wo im Leben gelingt schon alles gleich vollständig? Sprechen wir davon, daß wir diesen Mißbrauch unserer Rechtsordnung von 400 000 auf 100 000 Fälle, also um drei Viertel, zurückführen konnten!

(Beifall)

1992 gab es einen Rückstau von 478 000 Asylbewerber-Verfahren beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg. Heute sind es noch 27 500, eine Monatsrate. So sichern erstklassige Verwaltungen den Vollzug der neuen Asylgesetzgebung, die wir gegen alle Hetze erst durchsetzen und dann geschlossen vor dem Bundesverfassungsgericht verteidigen konnten. Wir wenden sie täglich an – trotz allen linken Gekreischs.

Meine Freunde, an dieser Stelle muß ich Ihnen eines sagen: Innere Sicherheit ist nicht zuvörderst mit den Obersätzen zu gewährleisten. Für die Innere Sicherheit muß man täglich im Einzelfall antreten. Sie erfordert zu ihrer Verteidigung unentwegt Entscheidungen und Vollzug. Das setzt gerade auch im Bereich des Mißbrauchs des Ausländerrechts immer wieder voraus, daß wir die notwendigen Entscheidungen treffen, auch um ihrer Präventionswirkung willen; Beispiele:

Wenn innerhalb weniger Monate die Zahl der Asylbewerber aus Togo anschwillt, weil eine verbrecherische Gang es geschafft hat, eine Rechtsnische auszukundschaften, dann muß es ein Visum für Togo geben. - Im nächsten halben Jahr kam nur noch einer. Das ist ein Erfolg.

(Beifall)

Als Sudanesen zu uns ins Land gebracht wurden, um den Markt daraufhin abzuchecken, was er denn wohl hergebe, mußten sie zurückgeführt werden, um beim ersten Fall klarzumachen, daß es den Markt nicht gibt.

(Beifall)

Wenn 2 000 Minderjährige über unsere Flughäfen zu uns ins Land gebracht werden, deren Betreuung uns anschließend 6 000 bis 8 000 DM pro Monat kostet, dann mußte es eine Visumpflicht für diese Minderjährigen geben, damit der Menschenhandel von Schleppern und Schleusern mit Kindern aufhört, und er hat aufgehört.

(Beifall)

Wenn die PKK glaubte, sie könne in Deutschland Polizisten mit Benzin übergießen und Barrikaden auf Autobahnen errichten sowie die Dortmunder Innenstadt verwüsten, dann mußte die Antwort sein - siehe deutsch-türkischer Briefwechsel -: Ihr geht damit das Risiko ein - Asyl hin oder her -, an die Türkei zurücküberstellt zu werden - bei Erhalt aller rechtsstaatlichen Garantien, die wir nur geben können.

(Beifall)

Als Anfang dieses Jahres und in den beiden letzten vergangenen Jahren die Zahl der irakischen Asylbewerber über unsere westlichen Grenzen sprunghaft zunahm, mußten wir nicht nur unsere Grenze dagegen sichern, sondern auch unsere Freunde, unsere Partner in Europa bitten, gleiches zu tun. Natürlich ist das nicht immer nur in allergrößter Ruhe möglich, wenn Interessen einmal 223so weit auseinandergehen. Aber auch unser Land hat Sicherheitsinteressen, und diese Regierung macht sie geltend.

(Beifall)

Wenn, wie vor einigen Wochen geschehen, 123 irakische Kurden zum Urlaub ins Verfolgerland zurückfahren und anschließend an der Grenze mit dem Einreise-Stempel auffallen, dann wird allen 123 das Asyl entzogen;

(Beifall)

denn wer im Verfolgerland Urlaub macht, der braucht nicht Asyl in Deutschland.

Wenn vor einigen Tagen durch die Zeitungen ging, daß vier Bundesgrenzschutzbeamte, die einen kriminellen Ghanaer nach Accra zurückgeführt haben, durch ein sehr genaues Zusammenspiel von Connections hier und dort, in Ghana, miserabel behandelt worden sind, dann habe ich nach Aufklärung des Sachverhalts, die ergab, daß ihnen nichts vorzuwerfen ist, ihnen als Dienstherr ganz ausdrücklich für ihre treue Pflichterfüllung gedankt.

(Beifall)

Meine Freunde, dieses Netz können wir durch eine begreifliche, nachvollziehbare, glaubwürdige Politik ständig tragfähiger machen. Fragen der inneren Sicherheit stellen für unsere kommende EU- und Schengen-Präsidentschaft deshalb auch den für das zusammenwachsende Europa neben Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik besonders wichtigen dritten Pfeiler dar. Denn wenn unsere Mitbürger erkennen, daß das geeinte Europa nicht etwa weniger, sondern mehr Sicherheit für alle bedeuten kann, dann wird der europäische Gedanke zusätzliche Akzeptanz gewinnen.

(Beifall)

Die etwa zu einem Drittel gelungene Rückführung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge ist ein Zeichen dafür, was entschlossene Politik bewirken kann. Was ist nicht weltweit die Gefährdung des Dayton-Friedens beschrieben worden, falls Deutschland schrittweise die Bürgerkriegsflüchtlinge zurückführte! Nichts davon ist geschehen. Es war auch nie zu besorgen, denn Hauruck ist nicht unsere Methode im Umgang mit Menschen. Aber eine klare Politik mit Augenmaß und Stehvermögen wirkt eben auch bei den Betroffenen und im Ausland. Das Problem sollte 1998 weitgehend gelöst werden können.

(Beifall)

Deshalb sei Serbien von dieser Stelle aus erneut gewarnt. Wenn es seine Kosovo-Politik nicht mäßigte und neue Wanderungsbewegungen nach Westeuropa provozierte, nähmen wir das nicht noch einmal nach der Art hin, wie es an Entschiedenheit der Völkerfamilie im Falle Bosniens zunächst gefehlt hatte.

In der Ausländerpolitik liegt ein politisches Problemfeld, auf dem wir die Linie von der Bewahrung der Inneren Sicherheit auf die dauerhafte Gewährleistung des inneren Friedens verlängern müssen. Nichts wird dafür so wichtig sein wie das Zusammenleben der Deutschen mit über sieben Millionen Ausländern. Diese gewaltige, von allen anständigen Menschen in Deutschland akzeptierte Integrationsaufgabe ist nur lösbar, wenn sie sich nicht auf immer größere Zahlen von Betroffenen und vermehrte Fremdheit von Menschen aus allen Weltgegenden erstrecken muß.

(Beifall)

Wir werden den Berechtigten natürlich weiter Asyl gewähren, aber den unerwünschten Zuzug von Ausländern immer wirksamer eindämmen.

(Beifall)

In vielfältiger Hinsicht gibt es überdies den kriminalpolitischen Zusammenhang zwischen illegalem Zuzug und noch nicht hinreichend gelöster Integrationsaufgabe, sowohl im Bereich der

allgemeinen wie der organisierten Kriminalität, und bei letzterer in erschreckender Weise. Aber noch entscheidender als Kriminalitätsbekämpfung ist, daß sich in unserem Lande Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander aufstellen, sondern in wachsendem Einvernehmen miteinander leben. Das bieten wir den Ausländern in Deutschland seit Jahrzehnten mit dem großzügigsten Ausländerrecht der Welt erfolgreich an; aber nicht, weil wir uns als Einwanderungsland oder als multikulturelle Gesellschaft definierten.

(Beifall)

Das sind wir nicht, und mit der Union werden wir das auch nicht.

(Beifall)

Deshalb gibt es mit uns auch kein Einwanderungsgesetz.

Vermeiden wir die aufgemöbelten Gemeinplätze und seien wir in der Innenpolitik immer realitätsbewußt, ruhig und klar. Illusionen erleichtern dieses schwierige Geschäft ganz bestimmt nicht.

Das heißt auch: Wer auf die dauerhafte Integration von Millionen Ausländern in unser Land und Leben setzt, muß Einbürgerung als Schlußstein eines solchen Vorgangs selbstverständlich ermöglichen, wie wir es seit langem und großzügig tun. Ebenso klar muß aber sein: Es gibt keinerlei Notwendigkeit dafür, die heute vorhandenen Ausnahmen für doppelte Staatsangehörigkeit zum Regelfall zu machen, für wen auch immer; Schluß mit der Debatte um mehr doppelte Staatsangehörigkeit!

(Beifall)

Auch hier ist Verlaß auf die CDU, wie es im Zukunftsprogramm klar ausgedrückt ist.

Gleiches gilt für die Aussiedlerfrage. Wir haben das Tor für unsere von der Geschichte leidgeprüften Landsleute in Osteuropa offengehalten, und wir werden das weiterhin tun. Lafontaines jammervolle Neidkampagne ist zusammengebrochen, sollte aber nicht vergessen werden; denn die Methode begegnet uns überall in der Politik der Sozialdemokraten wieder.

Gleichzeitig ist es uns jedoch gelungen, durch vielfältige Maßnahmen im Inland und in den Herkunftsregionen Hilfe zu leisten, Mißbrauch zu stoppen, sprachliche Integrationsbemühungen zu verstärken und die Zahl der Zuzüge wesentlich zu vermindern, ohne die menschliche Solidarität mit unseren Landsleuten zu verletzen – wieder ein Beispiel für erfolgreiche Politik.

(Beifall)

Meine Freunde, reden wir in der Politik niemals in Phrasen daher! Ich bin davon überzeugt, daß die Menschen die Sprechblasen leid sind, mit denen sie oft gefüttert werden. Handeln wir als Gesetzgeber, als Regierung! Und wir tun es und treten den Beweis in Bereichen an, in denen man die Dinge besonders gut messen kann, zum Beispiel auch dort, wo es bei chronisch schmalen Kassen auf allen Seiten ums Geldausgeben geht. In den letzten fünf Jahren sind die Aufwendungen für das Bundeskriminalamt um 20 % und für den Bundesgrenzschutz um 50 % gestiegen. Innere Sicherheit kann man nicht zum Nulltarif haben. Wer neuen Gefährdungen nicht am Anfang entgegentritt, wird die Säumnis später dreifach und mit mehr als mit Geld bezahlen.

(Beifall)

Deshalb wird die innere Sicherheit auch in der kommenden Legislaturperiode wieder einen finanziellen Schwerpunkt unserer Regierungsarbeit darstellen. Nichts ist so überzeugend wie die schlichte Wahrheit: Der Bundesgrenzschutz kann heute rund 10 000 uniformierte Mitarbeiter mehr einsetzen als 1992. 3 236 neue Stellen stehen neu im Haushalt, alle vorhandenen sind besetzt. So handelt die Union auch einheitlich in den Bundesländern, in denen sie als Bonner Koalition die Regierungsverantwortung trägt. In den Haushalten Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens haben seit 1993 zusätzlich 3 110 Polizeiplanstellen Platz gefunden.

(Zustimmung)

In den von der SPD geführten Ländern Niedersachsen, Hamburg, Saarland, Hessen und Schleswig-Holstein waren es 1083 Stellen weniger.

(Zuruf: Pfui!)

Mehr Sicherheit à la Schröder mit weniger Polizei – absurd!

(Beifall)

Messen wir diese Sprücheklopfer an dem, was sie in ihrer eigenen heutigen Verantwortung unzureichend getan haben!

Dann werden wir schnell erkennen: Das ist der Unterschied zwischen einer von Helmut Kohl und Gerhard Schröder geführten Regierung. Warum sollte ein in dem Lande, das er mit absoluter Mehrheit regiert – vom Saarland ganz zu schweigen –, wenig erfolgreicher Ministerpräsident im Verein mit den grünen Illusionisten als Bundeskanzler erfolgreicher sein? Das größte Sicherheitsrisiko Deutschlands bestünde in einer grün-roten Bundesregierung. Dagegen rufen wir die Wähler auf.

(Beifall)

Meine Freunde! „Praxis“ ist auch der Grund, weshalb ich mit der „Aktion Sicherheitsnetz“ angetreten bin: daß wir die Debatte ein Stück vom Kopf auf die Füße stellen. Den Meisterbrief in der inneren Sicherheit erhält nicht, wer die schrägsten Interviews gibt, sondern wer die wenigsten Straftaten im Lande hat und die meisten Straftäter fängt, wirksam vorbeugt und aufklärt. Wenn die norddeutschen SPD-Länder die Sicherheitsleistungen der süddeutschen CDU/CSU-Länder erbringen, dann ist ein wesentlicher Auftrag erfüllt. Leider sind sie davon weit entfernt, und wir rufen den Wählern zu: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

(Beifall)

Es ist offenkundig, meine Freunde, daß unsere Mitbürger die Leistungen der Union für die Innere Sicherheit auch erkennen. Es gibt keinen Bereich in der Demoskopie, in dem der Kompetenzvorsprung der Union vor den grün-roten Herausforderern so klar ist wie im Bereich der Inneren Sicherheit.

An dieser Stelle muß ein Kerngedanke unserer Arbeit hinzugefügt werden. Es wirkt nur ein integrales Konzept, das nicht auf einen Königsweg setzt, sondern auf hundert Mosaiksteine, die richtig zusammengefügt und langfristig zusammengehalten werden müssen. An diesem Mosaik haben wir unermüdlich gebaut.

Aber unverzichtbar ist der Hinweis, daß alle diese gesetzgeberischen, administrativen, wissenschaftlichen, fiskalischen, justitiellen, polizeilichen oder persönlichen Anstrengungen nicht ersetzen können, daß die Gesellschaft im Ganzen begreift: Die Gewährleistung der inneren Sicherheit setzt eine positive geistige Einstellung zur Bewahrung und Achtung des Rechts voraus, zu zeitlosen Wertbegriffen und damit zur Unentbehrlichkeit und Unersetzlichkeit der Erziehung junger Menschen in Familien, Schulen und vielerlei Einrichtungen.

Wer das geltende Recht beliebig macht, wer festigende Bindungen und Werte geringschätzt, wer täglich Brutalität als Unterhaltung auf seinem Sender abfeuert, der soll nicht glauben, daß Polizei und Strafrichter am Schluß der Kette das Problem lösen können.

(Beifall)

Weil wir um diese geistigen Fragen immer gewußt haben, galt unser Widerstand der linken Gesellschaftspolitik in drei vergangenen Jahrzehnten, ohne daß wir alle ihre Folgen hätten aufhalten können. Das gräßliche Zitat Lafontaines beweist immer wieder, was ich meine: „Pflichtbewußtsein ... als Sekundärtugend, mit der man auch ein KZ betreiben könne.“ – Wer so etwas sagt, ist nicht geeignet, unser Land zu regieren.

(Beifall)

Jetzt wird der Rückenwind hinter uns zunehmend stärker in unserem Volk. Auch das macht die Bewältigung der langfristigen Probleme chancenreicher. Die meisten Menschen haben Sehnsucht nach Bindungen und Geltung beständiger Werte. Wir wollen ihnen bei der Erfüllung dieser Hoffnungen durch unsere Politik helfen. Wir kreischen nicht, sondern wir schlagen im Gegenteil alle Hetzer politisch, mit unseren praktischen Erfolgen, stets nach rechts und links gleichermaßen.

Was für eine absurde Vorstellung, daß CDU und CSU als die Erbauer und stärksten Garanten unseres Rechtsstaats ihre Stimmlage jeweils danach richten müßten, ob Extremisten in einen Landtag kommen oder nicht. Jeden Tag Kampf gegen alle Extremisten in der Praxis, eiserne Geltung des Grundsatzes ihrer politischen Unberührbarkeit – das bleibt unser Rezept, bewährt in 50 Jahren stabilem Staat, und niemals so beispiellose Blindheit aus Machthunger und kleinkarierter Abneigung wie jetzt in Sachsen-Anhalt, wo die linken Extremisten hoffähig gemacht werden sollen, um wieder einmal das immerwährende Schisma im linken Lager zuzukleistern und zu überwinden.

(Beifall)

Wenn die Bürger die Anstrengungen ihres Staates für ihren Schutz erkennen und akzeptieren, dann sind die rechten Extremisten machtlos, die allein mit dem Mißbrauch dieses Themas ihr trübes Süsschen kochen wollen. Mit einer entschlossenen Innenpolitik können wir entscheidend zur Beständigkeit unseres demokratischen Staates beitragen und alle Extremisten schlagen. Als Kraft aus der Mitte – immer als Kraft!

(Anhaltender Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Ihnen, lieber Manfred Kanther, für diese große Rede. Sie selbst haben davon gesprochen, daß eine Politik für die Sicherheit in

unserem Land der Aufgabe gleichkommt, dicke Bretter zu bohren. Sie haben sich dieser Mühe in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg unterzogen. Die innere Sicherheit liegt bei Ihnen in guten Händen. Wir sind stolz auf diesen Innenminister, wir sind stolz auf Manfred Kanther. – Vielen Dank.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bevor wir mit der Aussprache beginnen, darf ich zunächst darauf hinweisen, daß wir eben festgelegt haben, daß der Parteitagsabend nicht – wie ausgedrückt - um 19 Uhr, sondern erst um 20 Uhr beginnt, weil wir dann Gelegenheit haben, ein wenig von der Zeit einzuholen.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und darf zunächst den Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Ingmar Weitemeier, bitten, der heute nachmittag als Gast zu uns eingeladen wurde und als kompetenter Kommentator dieses Themas zu uns sprechen soll - Herr Weitemeier, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Ingmar Weitemeier: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Durch die Ausführungen von Bundesinnenminister Kanther ist uns sehr deutlich vor Augen geführt worden, welche zentrale Bedeutung das Thema innere Sicherheit für uns alle haben muß. Als Leiter eines Landeskriminalamtes, das Zentralstellenfunktion in der Kriminalitätsbekämpfung eines Landes innehat, möchte ich dies an Hand von drei Aspekten unterstreichen.

Zunächst zur Kriminalitätsentwicklung: Es ist richtig, daß die Kriminalität in den letzten Jahren überwiegend stagniert - allerdings auf sehr hohem Niveau. Betrachtet man die Kriminalitätsentwicklung allerdings über einen Zeitraum von zehn Jahren, so ist festzustellen, daß die registrierten Straftaten von 1986 bis 1996 um mehr als 20 Prozent gestiegen sind, jedoch - und das will ich hier auch sagen - sind die Aufklärungsquoten, die die Polizei erreicht hat, ständig angestiegen.

Für das Handeln der Polizei sind allerdings nicht nur ausschließlich registrierte Straftaten maßgeblich. Entscheidungen werden auch vom subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wesentlich beeinflusst. Dieses subjektive Sicherheitsgefühl wird wesentlich von der Stimmungslage innerhalb der Bevölkerung, vom persönlichen Umfeld und nicht zuletzt auch von den Medien durch zum Teil reißerische Berichterstattung mit Blick auf Auflagen und Quoten bestimmt. Für die Polizei gilt es, auch in diesem Sinne die Ängste und Sorgen der Bürger ernst zu nehmen. Für mich als Polizeipraktiker ist es vor dem Hintergrund, daß eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern befürchtet, Opfer eines Verbrechens zu werden, überhaupt nicht verwunderlich, daß die Bürgerinnen und Bürger in ihrer großen Mehrheit so wichtige kriminalpolitische Maßnahmen wie die akustische Wohnraumüberwachung unterstützen und sich über 60 Prozent der Bevölkerung für eine visuelle Überwachung von Straftäterwohnungen aussprechen, obwohl eine interessierte Medienlandschaft und Politiker anderer Parteien in der Bevölkerung diffuse Ängste vor einem Machtmißbrauch durch die Strafverfolgungsbehörden schüren. Aus polizeilicher Sicht ist die Erweiterung der gesetzlichen Grundlage um visuelle Überwachung von Gangsterwohnungen zur Schaffung einer Bandbreite von Eingriffs-

möglichkeiten ein weiteres notwendiges Mittel zur effektiven Bekämpfung der organisierten Kriminalität. In diesem Zusammenhang möchte ich den Wunsch und die Hoffnung von Polizeibeamten und Bürgern ansprechen, daß es nicht wieder ein unsäglich langes Gezerre um eine Gesetzesänderung zugunsten der Sicherheit der Bürger, wie wir es bei der akustischen Wohnraumüberwachung erlebt haben, gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Freiheit ist nur durch Sicherheit möglich. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eines deutlich machen: Eine angemessene Steigerung des Personalbestandes der Polizei ist wünschenswert. Bei der Verteilung dieses Personals sind die politisch Verantwortlichen gefordert, die richtige Mischung von polizeilicher Präsenz an der richtigen Stelle und zur richtigen Zeit und von intelligenter polizeilicher Ermittlungsarbeit zu finden, um die Kriminalität nachhaltig und spürbar zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, ich möchte kurz zwei unterschiedliche Kriminalitätsbereiche, nämlich die Massenkriminalität und die Organisierte Kriminalität, beleuchten. Die präventiven Überlegungen lasse ich trotz ihrer Wichtigkeit zunächst einmal außen vor.

Die Delikte der Massenkriminalität wie zum Beispiel Wohnungseinbrüche und Kraftfahrzeugaufbrüche sowie Kraftfahrzeugdiebstähle stellen eine besondere Herausforderung für die Polizei dar, weil diese die objektive und subjektive Lebensqualität unserer Bürger und Familien erheblich beeinträchtigen. Trotz der enormen Belastungen, der sich die Polizei gerade in diesem Bereich ausgesetzt sieht, darf sie sich nicht auf eine verwaltende Tätigkeit und resignative Haltung zurückziehen. Die Sicherung der Lebensqualität des Einzelnen und die Achtung des Rechts halte ich für wesentliche Ziele polizeilichen Handelns, denen durch Konsequenz und Engagement Geltung verschafft werden muß.

Was ist zu tun? Grundsätzlich ist festzustellen: Aus kriminalistisch-kriminologischen Erfahrungen ist einer Entkriminalisierung von bestimmten Deliktsbereichen wie zum Beispiel des Ladendiebstahls eine klare Absage zu erteilen.

(Beifall)

Die Polizei selbst hat darauf zu achten, daß die vorhandenen Ressourcen effizient genutzt werden. Gefordert sind Ideenreichtum und Mut zur Veränderung. Klassische polizeiliche handwerkliche Tätigkeiten, wie zum Beispiel akribische Tatortarbeiten, dürfen keineswegs vernachlässigt werden. Die Politik muß in diesem Zusammenhang mit der Polizei neue Möglichkeiten zur Kriminalitätsverfolgung eröffnen, wie zum Beispiel die DNA-Analyse. Die DNA-Analyse und die DNA-Datei, die einen Quantensprung in der Kriminalistik darstellen, der nur mit der Entwicklung der Daktyloskopie vergleichbar ist, dürfen nicht nur auf wenige herausragende Delikte wie Mord und Sexualstraftaten beschränkt bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Gerade im Hinblick auf die Bekämpfung der Massendelikte kann dieses einen erheblichen Sicherheitsgewinn darstellen. Denn nur jeder vierte Wohnungsdiebstahl und jeder fünfte Diebstahl aus Firmen und Büros, die überwiegend gewerbsmäßig von Banden begangen

werden, sind derzeit aufzuklären. In diesem Zusammenhang gilt mein besonderer Dank Bundesinnenminister Kanther für die rasche und von der Praxis dringend geforderte Einrichtung der DNA-Datei, verbunden mit der Zuversicht, daß auch andere politische Entscheidungsträger die Anwendungsbreite der DNA-Datei endlich positiv berücksichtigen.

(Vereinzelt Beifall)

Besondere Erscheinungsformen der Kriminalität bis hin zur organisierten Kriminalität verlangen polizeiliches Spezialwissen und den Einsatz von Spezialisten. Dem sollte politisch mehr Beachtung geschenkt werden, um eine Erhöhung der Aufklärungsquote für die Zukunft sicherzustellen. Der aktuelle politische Trend, den Polizeibeamten in Uniform als sogenannten Allround-Polizisten einzusetzen, erweist sich als kontraproduktiv.

Der Täterkreis der Alltags- und Massenkriminalität wird maßgeblich durch Kinder, Jugendliche und Heranwachsende bestimmt. Das gilt insbesondere für einfache Eigentumsdelikte. Neben einer stärkeren Einbindung in besondere Präventionskonzepte ist die Schaffung von Organisationseinheiten, die sich ausschließlich mit der Bekämpfung der Jugendkriminalität befassen, zwingend erforderlich. Dabei müssen Jugend- und Sozialarbeit enger an die Polizei angebunden werden. So ist es zum Beispiel nicht hinnehmbar, daß sich die Jugendämter erst Wochen oder Monate nach einer Straftat um die jungen Menschen kümmern. Besonderes Augenmerk muß in diesem Zusammenhang den jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern zukommen. Für die Polizeibeamten, die sich insbesondere mit der Bekämpfung der Jugendkriminalität auseinandersetzen, fordere ich angemessene staatliche Reaktionen. Welche Frustrationen erleiden engagierte Polizeibeamte? Jugendliche Täter werden nach der ersten Tat festgenommen, vernommen und müssen ohne spürbare Sanktionen zunächst wieder auf freien Fuß entlassen werden. Dieses wiederholt sich beim zweiten, dritten und vierten Delikt mitunter bis hin zu mehreren hundert Delikten, ohne daß auf die Jugendlichen mit entsprechenden staatlichen Sanktionen reagiert wurde. Polizeiliches Handeln macht daher nur Sinn, wenn Normverstöße konsequent verfolgt und justitiell schneller sanktioniert werden.

Nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige wenige Aspekte der organisierten Kriminalität aufzeigen. Die typischen Erscheinungsformen dieses Kriminalitätsbereiches möchte ich an einem kurzen Beispiel deutlich machen. Es handelt sich um einen Fall, den wir in Mecklenburg-Vorpommern derzeit behandeln. Das Landeskriminalamt ermittelt seit 1996 gegen eine Tätergruppierung von über 20 Russen, Polen und Deutschen, die hochwertige Fahrzeuge professionell entwenden und zum Teil über westeuropäische Staaten im Ostseeraum nach Rußland schaffen. Dabei werden die Fahrzeugdaten sowie die dazugehörigen Papiere mit großem Aufwand und entdeckungssicher gefälscht. Die durch den Absatz erlangten Gelder werden auch dafür verwendet, in Deutschland hochwertige Fahrzeuge legal zu erwerben und legal auszuführen. Dieser Gruppierung konnten bisher 45 solcher Diebstähle mit einer Schadenshöhe, die mehrere Millionen DM überschreitet, zugeordnet werden. Solche Strukturen – und das ist hier die besondere Problematik – können natürlich auch für die Begehung anderer, international organisierter Straftaten, wie zum Beispiel Schleusungskriminalität und Rauschgiftschmuggel, genutzt werden.

Schwere, insbesondere organisierte Kriminalität erfordert auf Grund des arbeitsteiligen Vorgehens intensive Kommunikation der Täter. Neue Probleme der Überwachung der Telefon- und Datenkommunikation ergeben sich aus der Nutzung von Kryptierungsverfahren, von Satellitentelefonen und des Internet. Hier besteht aus unserer Sicht nach wie vor gesetzgeberischer und exekutiver Handlungsbedarf. Es kann nicht akzeptiert werden, daß zukünftig Tätergruppen im Internet über kryptierte Nachrichten weltweit kriminelle Verfahrensweisen absprechen – und die Sicherheitsbehörden hilflos zusehen.

(Beifall)

Deshalb muß diese Frage politisch weiter diskutiert und einer vertretbaren Lösung zugeführt werden.

Ich freue mich daher, daß – nachdem bereits Bundesinnenminister Kanther dieses Problem aufgegriffen hatte – nunmehr auch der G-8-Gipfel in Birmingham am letzten Wochenende entsprechende Maßnahmen veranlaßt hat.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Kriminalitätsbekämpfung im organisierten Bereich internationaler polizeilicher Zusammenarbeit bedarf. Die politischen Veränderungen in Europa und die internationale Kriminalität erfordern die effiziente Zusammenarbeit in Form des Direktverkehrs zwischen Polizeien verschiedener Staaten und die Bildung staatenübergreifender Ermittlungsgruppen. Auch zukünftig wird – so sehe ich es jedenfalls – nicht nur ausschließlich mit gemeinsamen Ermittlungsgruppen von Landes- und Bundesbehörden zu arbeiten sein. Vielmehr wird – davon gehe ich aus – in den nächsten Jahren eine Überprüfung der Zuständigkeiten der Behörden, die die innere Sicherheit gewährleisten sollen, vorgenommen werden müssen.

Lassen Sie mich zum Schluß zwei Thesen aufstellen.

Die erste These: Verbrechen darf sich nicht lohnen. – Dieser Forderung ist durch schnelles und effizientes Handeln sowie konsequente Anwendung rechtlicher Möglichkeiten Rechnung zu tragen, um das Entdeckungsrisiko für Verbrecher zu maximieren. Zu fordern ist jedoch nachdrücklich, daß Tätern kriminell erlangtes Vermögen nachhaltig und spürbar entzogen wird. Nur wenn es gelingt, Tätern Erlöse zu entziehen, wird der Anreiz für die Begehung von Straftaten deutlich zurückgehen. Es muß daher auch in Deutschland rechtlich abgesichert werden, daß Verbrecher nachzuweisen haben, auf welchem Wege sie ihr Vermögen erlangt haben. Dies dürfte auch zu erheblichen Entlastungen staatlicher Haushalte führen, wie die USA und andere Demokratien beweisen. Der Entzug von Verbrechensgewinnen zeigt, daß sich gesetzestreu Verhalten lohnt und das Vertrauen in den Rechtsstaat gestärkt wird.

Eine zweite These: Vertrauen in die Polizei heißt Vertrauen in den Rechtsstaat. – Es ist richtig: Die Polizei stellt immer wieder Forderungen nach Erweiterung ihres Handlungsinstrumentariums. Dies, meine Damen und Herren, resultiert nicht aus dem Wunsch nach Machtzuwachs an sich, sondern aus dem zwingenden Bedürfnis, den Herausforderungen internationaler Schwerstkriminalität und daraus resultierenden Rechtsverletzungen angemessen und dauerhaft wirksam zu begegnen. Ebendies ist praktischer Bürgerschutz. Nur ein Strauß von Eingriffsmöglichkeiten für die Polizei gewährleistet den erfolgreichen Einsatz.

Meine Damen und Herren, es trifft schwer, wenn bei Gesetzesänderungen zunächst vorrangig über den vermeintlichen Mißbrauch durch die Polizei diskutiert wird und nicht über die schädlichen Folgen des Verbrechen für Bürger und Staat.

(Beifall)

Wenn der Polizei aus grundsätzlichen, zum Beispiel ideologischen Gründen mißtraut wird, dann muß man sich vorhalten lassen, daß dem Rechtsstaat insgesamt mißtraut wird. Derjenige, der dieses tut, diskriminiert nicht nur die Polizeibeamten, die ihre tägliche Pflicht für uns alle erfüllen, sondern er diskreditiert auch unser Gemeinwesen. – Danke schön.

(Beifall)

Christoph Böhr, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Weitemeier, für diese Rede, vor allem auch für die Fülle der aus dem praktischen Schutz unserer Sicherheit erwachsenden Hinweise. – Ich darf ohne Verzögerung überleiten zu unserem nächsten Gast. Ich begrüße Herrn Ralf Borttscheller, den Senator für Inneres der Freien und Hansestadt Bremen. – Bitte, Herr Borttscheller, Sie haben das Wort.

Ralf Borttscheller: Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ob die Menschen Vertrauen in die Zukunft fassen, hängt neben der wirtschaftlichen Entwicklung auch entscheidend davon ab, ob sie dem Staat zutrauen, daß er seine Ordnungsfunktion wahrnimmt. Die Innere Sicherheit ist heute ein wesentlicher Standortfaktor. Für die Durchsetzung von Recht und Ordnung zu sorgen ist deshalb eine der vornehmsten Aufgaben des Staates. Wir müssen uns immer wieder vergegenwärtigen, daß die Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols und die allgemeine Anerkennung des Rechts gerade für die Schwachen in unserer Gesellschaft einen unentbehrlichen Schutz darstellen. Innenpolitik, die die Handschrift der CDU trägt, läßt deshalb auch keine Unklarheiten darüber aufkommen, daß polizeiliches Einschreiten gegen politisch motivierte Gewalt ebenso ernsthaft zu erfolgen hat wie das Einschreiten gegen randalierende Fußballrowdies.

Wir haben deshalb von Beginn der Regierungsbeteiligung der CDU im Lande Bremen an Schluß gemacht mit der unseligen bremischen Tradition der Krawalle zu Silvester und mit anderen gewalttätigen Ausschreitungen. Wir haben in Bremen gar nicht erst Chaostage zugelassen, als im Sommer 1996 von Hannover 1000 Punker nach Bremen zogen. Die große Mehrheit der Bevölkerung erwartet, daß die Polizei das Gewaltmonopol des Staates wahrt.

(Beifall)

Die große Mehrheit der Bevölkerung erwartet auch, daß die Polizei angemessen einschreitet und daß sich die verantwortlichen Politiker dann schützend vor die Polizei stellen und nicht windelweich vor linken Protestierern in die Knie gehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Zustimmung der Bevölkerung muß uns wichtiger sein als der Beifall des Zeitgeistes. Politiker und Politik werden an ihren Taten und an den konkreten Ergebnissen ihrer Politik gemessen. Deswegen haben wir in Bremen trotz Haushaltsnotstand und im Gegensatz zu Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg festgelegt, keine Einsparungen beim Polizeivollzugsdienst vorzunehmen. Deswegen bekämpfen wir die Drogenkriminalität in Bremen mit aller Schärfe. Es gibt mit der CDU auch keine Stadtviertel,

in die sich rechtschaffende Bürger nicht mehr hineintrauen – wie in das Schanzenviertel in Hamburg. Deshalb wird es mit der CDU in Bremen auch keine Fixerstuben geben,

(Beifall)

und wir werden auch nicht der staatlichen Abgabe von Heroin das Wort reden. Deshalb kämpfen wir gegen die Verwahrlosung unserer Städte. Deshalb bekämpfen wir den Farbvandalismus mit einer Soko der Polizei, und deshalb setzen wir Millionenbeträge ein, um unsere Stadt lebenswerter und attraktiver zu machen.

Deshalb ist es für uns eine Selbstverständlichkeit, daß rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, bei denen keine Abschiebungshindernisse vorliegen, auch die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich wieder verlassen.

(teilweise Beifall)

Nur wenn wir dies in den Bundesländern konsequent durchsetzen, bewahren wir ein humanes Asylrecht, das die wirklich politisch Verfolgten wirksam schützt.

Meine Damen und Herren, natürlich können wir angesichts des bremischen Haushaltsnotstandes keinen warmen Geldregen über unsere Polizei niedergehen lassen; natürlich gibt es immer wieder schmerzliche Sparrunden. Aber woran liegt es denn, daß die Gesamtkriminalität im Lande Bremen im vergangenen Jahr – erstmals seit 1992 – wieder unter die magische Grenze von 100 000 Straftaten gesunken ist? Die Stadt Bremen liegt damit in der Kriminalitätsbelastung unter anderem hinter Hannover, Hamburg und Frankfurt am Main. Woran liegt es denn, daß die Aufklärungsquote den höchsten Stand seit 26 Jahren erreicht hat? – Daran, daß wir eine motivierte Polizei haben, die weiß, daß sie ein hohes Ansehen in der Bevölkerung genießt, und die ebenfalls weiß, daß ihr Innenminister und die ihn tragende Partei hinter ihr stehen, wenn es gilt, schwierige Aufgaben zu meistern.

(Beifall)

Rotgrüne Politik verrät gerade in der Innenpolitik die Interessen der großen Mehrheit der Bürger. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit unserer Innenpolitik auf große Zustimmung in der Bevölkerung treffen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger weiß, wofür die CDU steht, nämlich dafür, daß wir ihre Kinder wirksam vor den kriminellen Drogenhändlern schützen; daß wir nicht über die Ursachen von Kriminalität schwadronieren, sondern sie entschieden und wirksam bekämpfen; daß wir den rechtstreuen Ausländern unsere Gastfreundschaft gewähren oder ihnen sogar anbieten, Bürger unseres Staates zu werden. Die Bürger wissen aber auch, daß wir alles daransetzen, den Zuzug nach Deutschland in verträglichen Grenzen zu halten, und dem Mißbrauch unserer Gastfreundschaft wirksam entgegenzutreten. Probleme sind noch nie durch Verschweigen gelöst worden. Das gilt auch für die Ausländerkriminalität.

(teilweise Beifall)

Meine Damen und Herren, die CDU steht für eine zukunftsfähige Politik. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir auch im September wieder den Auftrag erhalten, für unser Land als Regierungspartei weiterzuarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit ist die Debatte zu Tagesordnungspunkt 14 beendet. Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUßWORT DES VORSITZENDEN DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION IN BAYERN,
BUNDESMINISTER DR. THEO WAIGEL

(Beifall)

Wir erwarten den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, unseren Freund Dr. Theo Waigel.

(Dr. Theo Waigel betritt den Saal –
die Delegierten erheben sich – Beifall)

Liebe Freunde, jetzt noch einmal ganz offiziell: Wir freuen uns, daß zu uns spricht der Vorsitzende unserer Schwesterpartei, der Vorsitzende der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Bundesminister Dr. Theo Waigel.

(Beifall)

Es war gedacht, daß du, lieber Theo, nach dem Beifall das Wort ergreifst. Wir haben unseren Zeitplan minutiös von heute vormittag bis jetzt eingehalten. Jetzt sind wir gespannt auf deine Ausführungen.

Dr. Theo Waigel, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Lieber Bernd Neumann! Herr Bundeskanzler! Lieber Wolfgang Schäuble! Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als erstes ein „Grüß Gott!“, als zweites ein „Auf geht´s!“ und als drittes ein „Pack mer´s miteinander!“.

(Beifall)

Ich gratuliere Helmut Kohl zu seiner großartigen Rede, zu der kraftvollen Führung als Gestalter mit Visionen, als verlässlichen Partner und Freund der CSU. Ich rufe ihm zu: Glück auf! Alles Gute! Nach diesem Tag geht es ganz gewaltig aufwärts; davon bin ich überzeugt.

(Beifall)

Meinen herzlichen Dank richte ich auch an Wolfgang Schäuble, an die Kollegen im Kabinett und in der Fraktion für die vertrauensvolle und bewährte Zusammenarbeit. Peter Hintze hat es richtig plakatiert: Das ist unser Aufschwung, meine lieben Freunde. Es wäre schon der Gipfel der Unverschämtheit, wenn die SPD, die alles darangesetzt hat, diesen Aufschwung zu verhindern, ihn jetzt als ihren Erfolg feiern könnte. Diese Konjunkturlüge machen wir nicht mit. Mit dem Aufschwung kommt die Wende auch am Arbeitsmarkt.

(Beifall)

Das ist ein Signal für die politische Stimmung der Union.

Die CSU, lieber Helmut Kohl, ist wieder bereit, einen überdurchschnittlichen Beitrag zum Gesamtergebnis zu leisten.

(Beifall)

Du weißt und ihr wißt es auch: Die CSU ist als Partner verlässlich, liebenswert und kampfbereit.

(Beifall)

Verlässlichkeit bedeutet aber nicht falsche Nachgiebigkeit, sondern das Vertreten eigener Positionen und Interessen zur rechten Zeit. Wie sagte einmal ein Polizeipräsident von München? – Liberal san mer scho, aber net bläd, gell? Das heißt also: Wir kämpfen schon für die richtige Sache.

Meine lieben Freunde, die CSU steht voll hinter Kanzler Helmut Kohl.

(Beifall)

Der große Pole und Freund der Deutschen, Professor Bartoszewski, früher Botschafter, Außenminister, jetzt Senator, ein Mann, der viele Jahre seines Lebens unter den Nazis im Gefängnis und im Untergrund leben mußte, ein Mann, den die Kommunisten dann wieder einsperrten, der insgesamt sieben Mal verhaftet wurde und ins Gefängnis geworfen wurde, hat ein Büchlein geschrieben, das ganz einfach mit dem Satz überschrieben ist: Es lohnt sich, anständig zu sein.

Wir wollen einen Bundeskanzler, der einen klaren politischen Lebensweg aufweisen kann; wir wollen einen Bundeskanzler, der ehrlich und offen den Weg Deutschlands in das nächste Jahrhundert aufzeigt; wir wollen einen Bundeskanzler, der notwendige Reformen anpackt, durchsetzt und fortsetzt und sie nicht verhindert; wir wollen einen Bundeskanzler, der für Frieden in Europa und damit für die größte Sehnsucht der Menschen steht, und wir wollen einen Bundeskanzler, der Achtung in der Welt genießt und der das Ansehen Deutschlands in der Welt wie kein zweiter vor ihm gemehrt hat. Das ist Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir wollen keinen Bundeskanzler, der früher gegen und jetzt für die Soziale Marktwirtschaft ist. Wir wollen keinen Bundeskanzler, der früher gegen und jetzt für die NATO ist. Wir wollen keinen Bundeskanzler, der im Bundesrat gegen die deutsche Währungsunion gestimmt hat und jetzt den Menschen in Ostdeutschland sagt, es müsse mehr für sie getan werden. Wir wollen keinen Bundeskanzler, der die Bürger zunächst gegen Europa aufwiegelt, der hofft, damit Stimmen zu gewinnen, und der damit wider besseres Wissen, wie ich meine, ein gefährliches Spiel betreibt. Wir wollen keinen Bundeskanzler, dessen einziger Freund in der Welt bisher Fidel Castro gewesen ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir wollen auch keinen Bundeskanzler, der in Niedersachsen abgewirtschaftet hat und dem wir schon deswegen Deutschland nicht anvertrauen, der verbal für eine vernünftige Wirtschaftspolitik und Modernisierung eintritt, jetzt aber verspricht, alles, was wir unter großen Mühen und Schwierigkeiten auch an Unpopulärem in den letzten Jahren angepackt haben, wieder zurückzunehmen. Nein, meine Damen und Herren, wer so agiert, ist unglaubwürdig, handelt unanständig und belügt die Menschen. Meine Damen und Herren, das wird man den Menschen auch sagen müssen.

(Beifall)

Liebe Bremer Freunde, vor 640 Jahren trat die Stadt Bremen der Hanse bei. Das war die Öffnung gegenüber den internationalen Märkten. Diese Offenheit, zu der sich damals die Hansestädte bekannten, brauchen wir heute, um bei der Globalisierung der Welt zu bestehen. Bremen weiß aus seiner Geschichte: Wer sich abschotten will, verliert den Anschluß. Nur wer sich mutig dem Wettbewerb stellt, gewinnt Wohlstand und Zukunftsfähigkeit. Bremens Entwicklung beweist: An manchmal unbequemen Strukturreformen und Umstrukturierungen führt kein Weg vorbei.

Ich habe gelesen, daß Herr Hennemann, der ja eine „großartige Leistung“ auf seinem Gebiet geboten hat, sich wieder als Delegierter der SPD beworben haben soll. Das wäre doch eigentlich dann ein Schattenminister für Schröder, um wirklich die ganze Inkompetenz der SPD in diesen Fragen darzustellen.

(Beifall)

Rot-grüne Landesregierungen – das zeigt die Bilanz – verhindern Arbeitsplätze, statt neue zu schaffen. Deshalb an dieser Stelle meine guten Wünsche für Hartmut Perschau und Bernd Neumann für Bremen.

Meine lieben Freunde, wir haben allen Grund zum Optimismus. Niemand kann leugnen: Der Aufschwung ist da. Wir haben im April den größten monatlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen seit 1990 zu verzeichnen. Die Arbeitslosenzahl ist um 203 000 zurückgegangen. Im Westen wurden 63 000 weniger Arbeitslose als vor einem Jahr registriert. Der Anstieg der offenen Stellen gegenüber dem April 1997 beträgt 52 000. Die Industrie plant wieder Neueinstellungen. 60 000 Arbeitsplätze sollen allein im Bereich von Elektro-, Automobil- und Maschinenbau geschaffen werden. Deutschland hat Weltmarktanteile zurückgewonnen. Unser Exportüberschuß in 1997 betrug 122 Milliarden DM. Allein im Handel mit Mittel- und Osteuropa betrug er 17 Milliarden DM. Die Zahl der Biotechnikunternehmen hat sich in den vergangenen drei Jahren vervierfacht. In der Patentstatistik sind wir wieder Spitze. Wir haben die Sozialversicherungen stabilisiert. Dies war für Norbert Blüm und Horst Seehofer, wie ich meine, ein schwieriges Unterfangen. Die Ausgaben der Krankenversicherung sind rückläufig, die Ausgaben der Sozialhilfe dank Pflegeversicherung und Sozialhilfereform ebenfalls. Die Erhöhung des Bundeszuschusses deckt versicherungsfremde Leistungen der Rentenversicherung ab.

Wer das alles wieder zurücknehmen will, wie die SPD angekündigt hat, muß den Arbeitnehmern sagen, daß damit die Beiträge wieder auf ein Rekordniveau ansteigen. Das kann doch nicht der Weg sein, um Wettbewerbsanteile und Wettbewerbsfähigkeit in der Welt sicherzustellen.

Wir haben einen neuen Schwung bei den Existenzgründungen zu verzeichnen. Der Zuwachs der Zahl der Betriebe betrug im Jahre 1997 90 000. Die Rahmenbedingungen sind gut.

Ein Wort zur Preisstabilität. Noch nie hatten wir in Deutschland und in Europa eine so niedrige Inflationsrate. Wir haben seit zwei Jahren nahezu stabile Wechselkurse. Die Unternehmenserträge sind deutlich gestiegen. Die Sachkapitalrendite liegt wieder über der Rendite reiner Finanzanlagen. Meine Damen und Herren, das ist auch Ergebnis unserer Politik. Ich verweise Sie auf unsere Steuerpolitik: Wegfall der Vermögensteuer, Wegfall der Gewerbesteuer.

Es lohnt sich wieder mehr, das Geld in einen Betrieb zu stecken und damit Arbeitsplätze zu schaffen, als es risikolos Finanzanlagen zuzuführen.

(Beifall)

Das haben wir erreicht. Das ist die Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir haben eine Exportnachfrage auf hohem Niveau. In den ersten drei Monaten dieses Jahres lag aber auch die inländische Investitionsgüternachfrage um 15 Prozent über den Werten des letzten Quartals des Vorjahres. Die Konjunkturbelebung greift somit auch auf die Binnen- nachfrage über. Niemand bestreitet, daß wir trotz der Asien-Krise in diesem Jahr zwischen 2,5 und 3 Prozent reales Wachstum erreichen werden.

Meine Damen und Herren, ich bin dankbar, daß Helmut Kohl es heute angekündigt hat: Wir werden am Tag nach der gewonnenen Wahl unser Steuerreformkonzept, das beste von allen, wieder einbringen, um spätestens zum 1. Januar 2000 die Rahmenbedingungen in der Steuerpolitik für neue Investitionen zu schaffen.

(Lebhafter Beifall)

Es hieß beim Skilanglauf einmal: Wo ist Behle? Wo war eigentlich Schröder im Vermittlungsausschuß bei den zwei Vermittlungsverfahren? Derweil lief er durch das Land und ließ sich als Krösus feiern. Dort aber, wo über die Arbeitsplätze in Niedersachsen und ganz Deutschland entschieden wurde, war er nicht anwesend. Dort hätte er die Modernität seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen unter Beweis stellen können. Er war bei der entscheidenden Weichenstellung für die deutschen Arbeitnehmer nicht vertreten. Es ist seine Verantwortung, daß die Steuerreform ein bis zwei Jahre später kommt, als sie – im Interesse der Arbeitnehmer und im Interesse der Arbeitslosen – hätte kommen können.

(Beifall)

Was ist heute sozial? Ich behaupte: Sozial ist, was Arbeit schafft.

(Beifall)

In Deutschland gibt es 184 Arbeitsamtsbezirke. 23 Bezirke mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit im Westen liegen in Bayern und Baden-Württemberg. Die 15 schlechtesten Bezirke im Westen liegen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Meine Damen und Herren, das fordert dazu auf, darüber nachzudenken. Von den Ministerpräsidenten in den Westländern mit den schlechtesten Arbeitslosenzahlen lassen wir uns im Bund doch nicht beschimpfen, daß wir nicht genügend getan hätten, wenn sie bei entscheidenden Reformen nicht dabei gewesen sind.

(Lebhafter Beifall)

Nun zur Solidarität mit den neuen Ländern. Ich bin Herrn Ministerpräsidenten Biedenkopf dankbar, daß er den Sachverhalt heute schon in einer exzellenten Weise dargestellt hat. In der Politik kann man manches verzeihen, und man muß es auch tun. Eines aber verzeihe ich Gerhard Schröder nicht. Ich verzeihe ihm nicht, daß er 1990 gegen die deutsche Währungs-

union gestimmt hat und damals durch die Städte und Dörfer ging und sagte: Dieser Kindergarten kann nicht gebaut werden, jene Schule kann nicht erweitert werden, diese Straße kann nicht verbreitert werden, weil ich das Geld über den Fonds Deutsche Einheit für die Wiedervereinigung an Waigel abliefern muß. –

Sich dann heute hinzustellen und zu den Menschen in Ostdeutschland zu sagen: „Für euch wird zu wenig getan, die Politik war falsch“, das ist bodenlos unverschämt, und das lassen wir ihm nicht durchgehen.

(Lebhafter Beifall)

Meine lieben Freunde, der amerikanische Präsident Bill Clinton würdigte während seines Deutschlandbesuches in der letzten Woche die Leistungen Helmut Kohls und der Koalition der Mitte. Er sagte wörtlich: „Dieser wunderbare Augenblick in der Geschichte war nicht einfach da. Er wurde geschaffen, größtenteils dank der Vision und der entschlossenen Führungsrolle Deutschlands und seines gesamtdeutschen Bundeskanzlers seit neun Jahren.“ Ein großartiges Wort des amerikanischen Präsidenten an das deutsche Volk und an unseren Bundeskanzler.

(Beifall)

Wenn man einmal vergleicht, meine Damen und Herren, Clinton 1998 in Potsdam, Harry Truman 1945, welche Welten dazwischenliegen, was aus Deutschland geworden ist und was vor allen Dingen in diesem Jahrzehnt geschaffen wurde, dann lassen Sie mich das neben vielen anderen mit drei Namen verbinden: Konrad Adenauer, der die Grundlagen schuf und uns die Ehre zurückgab, der junge Franz Josef Strauß, der die deutsche Frage immer offenhielt und dafür zum Bundesverfassungsgericht ging, und Helmut Kohl, der die deutsche Einheit schuf und Europa voranbringt. Das sind drei große Namen neben vielen anderen.

(Beifall)

Das Projekt Europa ist unsere Antwort auf die Globalisierung. Europa wird zu einer zukunfts-fähigen Stabilitätsgemeinschaft zusammenwachsen. Der Euro kommt am 1. Januar 1999 mit elf Teilnehmerländern. Daraus entsteht ein fest verbundener Heimatmarkt. Niemand hat diesen Prozeß so gestaltet wie CDU und CSU. Und CDU und CSU treten hier auch ein für die deutschen Interessen, die deutsche Stabilitätskultur als Leitlinie, daß 14 andere Länder in Europa und darüber hinaus auch die, die später teilnehmen wollen, die deutsche Stabilitätsphilosophie akzeptieren, ihre Politiken ändern, ihre Gesetze ändern und letztlich bereit sind, die künftige europäische Geld- und Währungspolitik von Frankfurt am Main aus gestalten zu lassen. Meine Damen und Herren, das ist für die anderen, so behaupte ich, mindestens das gleiche Opfer, wie es die Deutschen erbringen: Harte Eintrittskriterien, der von uns initiierte und durchgesetzte Stabilitätmarkt, die Stabilitätserklärung vom 1. Mai, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, bewährte Währungshüter im Direktorium, und jetzt, nachdem sich der Schlachtenlärm etwas gelegt hat, eine sehr ruhige Betrachtung dessen, was wir auch vor einigen Wochen in Brüssel entschieden haben, und mit Duisenberg und Issing sind neben den anderen zwei hervorragende Männer der Stabilität, Wissenschaftler und Praktiker, ernannt worden.

Was hat man uns in den letzten Jahren nicht alles vorausgesagt, was sich kurz vor der Entscheidung auf den Finanzmärkten, auf den Devisenmärkten ergeben könnte. Was ist eingetreten? Die D-Mark ist stärker geworden, die anderen europäischen Währungen sind nicht schwächer geworden, und eine ganz ruhige, gelassene Reaktion der Märkte, die das schon vorweggenommen haben und die dem Euro das gleiche Vertrauen entgegenbringen wie unserer starken D-Mark, was für uns ganz wichtig ist, weil wir immer versprochen haben: Der Euro wird so stabil sein wie die D-Mark. Natürlich kann man sagen, es gilt, die Menschen zu überzeugen und nicht nur die Märkte. Natürlich stehen die Menschen im Vordergrund. Aber wie würden die Menschen reagieren, wenn sich die Märkte anders geäußert hätten?

Meine Damen und Herren, ich bin darauf auch ein bißchen stolz. Was ist mir nicht alles im letzten und vorletzten Jahr vorgeworfen worden, die Löcher-Diskussion, der Finanzminister mußte sozusagen für alles herhalten, was in dieser Republik stattfand. Dann hat man mir gesagt, ehrliche 3,2 seien besser als getrickste 3,0. Jetzt kann ich sagen, ehrliche 2,7 sind besser als ehrliche 3,2. Das kann überhaupt niemand bestreiten.

(Beifall)

Wir werden auch künftig deutsche Interessen im europäischen Bereich vertreten. Ich behaupte, das, was wir hier anpacken und durchsetzen, liegt im ureigensten nationalen, deutschen Interesse. Dazu gehört auch, daß wir die deutsche Landwirtschaft und die deutschen Bauern bei der Agenda 2000 nicht opfern werden. Dazu gehört auch, daß die regionale Strukturpolitik auch künftig in Deutschland möglich sein muß. Und dazu gehört auch, meine lieben Freunde, und da bin ich überhaupt kein Antieuropäer, wenn ich sage, es kann nicht auf die Dauer so sein, daß Deutschland 60 Prozent der Nettozahlungen bestreitet. Nein, ich bin für einen gerechten und fairen Ausgleich, von dem alle profitieren, wo es aber nicht auf die Dauer im Interesse Europas sein kann und auch von uns nicht akzeptierbar ist, daß die Nettoszahlerbilanz so aussieht. Das werden wir auch durchsetzen.

(Beifall)

Europa, davon bin ich überzeugt, ist die beste Zukunftspolitik für die junge Generation. Das Europa des Jahres 1998 ist eine Zone des Friedens, der Wirtschaftskraft und der Dynamik. Dieses Europa ist aber auch umgeben von strukturellen Umbrüchen. Jede Destabilisierung Osteuropas würde zunächst Deutschland treffen. Warschau und Prag liegen weit näher an München und Berlin als an Paris und Rom. Insofern müssen wir an einer Stabilisierung Europas ein ganz besonderes Interesse haben.

Wir entwickeln dieses Projekt Europa und auch den Euro nicht, wie in der Vergangenheit manchmal Währungsoperationen erfolgt sind, aus einer Katastrophe oder aus einem Schicksal heraus wie 1923 oder 1948. Nein, wir gehen konsequent zehn Jahre vorbereitet an dieses große Projekt, von dem wir wissen, es ist notwendig für das nächste Jahrhundert, um Deutschlands Stellung in Europa und in der Welt zu gewährleisten. Der Euro wird eine Weltwährung sein. Europa wird damit zum Handelnden und nicht zum Objekt der Geschichte. Gab es vor zehn Jahren noch eine bipolare Welt, auf der einen Seite NATO und Washington, auf der anderen Seite Warschauer Pakt und Moskau, so gibt es heute die zwei Kraftzentren Vereinigte Staaten und Europa, und ich frage mich manchmal: Wer wollte eigentlich noch einmal zurück in das Jahr 1918 oder 1948?

Der Gründer der CSU, Josef Müller, im Widerstand erprobt – bei 15 Verhören durch die Gestapo hat er nicht einen einzigen Freund preisgegeben –, sagte 1946:

Eine europäische Währung ist der beste Schutz, um die unsäglichen Entwicklungen der Vergangenheit in Europa für alle Zeit zu verhindern.

(Beifall)

Wenn es einen gibt, der das Recht hätte, eurokritisch zu sein, dann wäre ich es. Wenn ich von Konferenz zu Konferenz gehe – ich nenne als Beispiel den Ecofin; dankenswerterweise sind wir vom Weltgipfel entlastet worden; das machen die Chefs jetzt selbst –, wenn ich mich sehr stark ärgere und daher manchmal geneigt bin, recht kritische Töne über Europa anzustimmen, und wenn ich überlege, was die Alternative wäre, dann weiß ich: Wenn diese Politik scheitern würde, müßten wir morgen wieder von vorn anfangen und die Scherben kitteln. Darum laßt uns von vornherein alles tun, daß keine Scherben entstehen und daß sich das Projekt Europa so weiterentwickelt, wie wir es angelegt haben und wie es im nächsten Jahrhundert für die Deutschen richtig und vernünftig ist!

(Beifall)

Manchmal schadet es ja gar nicht, wenn man in seiner eigenen Familie nachfragt: Ist diese Politik richtig oder nicht? Ich weiß, daß meine erwachsenen Kinder leidenschaftlich für Europa sind. Ich nehme ganz sicher an, daß mein um 13 Jahre älterer Bruder, der mit 18 Jahren in Lothringen gefallen ist, dafür wäre. Genauso dafür wäre mein Vater, der beide Weltkriege mitgemacht hat und der in den Vogesen, an der Somme und an anderer Stelle gegen Frankreich kämpfen mußte. Darum schauen wir nicht in die Vergangenheit! Europa ist unser großes Projekt für die Zukunft. Dieses Projekt ist mit CDU und CSU verbunden. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

In einem Punkt hat der SPD-Kanzlerkandidat allerdings recht, nämlich mit dem Satz: Jede Politik muß sich an ihren Ergebnissen messen lassen. In der Bibel ist das etwas besser formuliert: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

(Heiterkeit)

Zum Beispiel: Seine Wahlversprechen hinterlassen einen ungedeckten Scheck von 50 Milliarden DM. In seinem Land besteht die zweithöchste Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit im Westen, bezeichnenderweise hinter dem Saarland. Sein Land hat die wenigsten Lehrstellen unter den westlichen Flächenländern. Im Vergleich zu Bayern hat sein Land 20 Prozent weniger Selbständige und 10 Prozent weniger Beschäftigte. In seinem Land gibt es 60 Prozent weniger Patente als in Bayern oder Baden-Württemberg. Die Landesschulden betragen pro Einwohner 8.000 DM. Aber trotzdem hat er die Preussag Stahl verstaatlicht. Wir sind doch um jeden Investor in Deutschland – ob in West oder Ost – dankbar. Wieso gibt es denn eigentlich eine Angst vor einem österreichischen Investor? Muß man denn fürchten, daß dieser irgendwo in Niedersachsen Schaden anrichten könnte? Das ist eine völlig verstaubte, verkalkte und veraltete Wirtschaftspolitik des Herrn Schröder.

(Beifall)

Dem Herrn Vorstandsvorsitzenden von Porsche empfehle ich, daß er während eines Besuchs seines Lieblingssozis in Niedersachsen mit dem Porsche im Schneckentempo durchs Land fährt, um das Schneckentempo der wirtschaftlichen Dynamik dort richtig analysieren zu können.

(Beifall)

Jeder Bürger muß wissen, was auf ihn zukommt. Jeder Autofahrer muß wissen: Rot-Grün bedeutet eine Blockade des Autobahnbaus und eine drastische Benzinpreiserhöhung. Die Familien müssen wissen: Rot-Grün bedeutet die Abschaffung des Ehegattensplittings. Das wäre schlichtweg verfassungswidrig und vor allen Dingen für die Frauen eine Zumutung, die mehrere Kinder großgezogen haben. Die Sparer müssen wissen: Rot-Grün bedeutet eine Lockerung der Geldpolitik, was eine Gefährdung der Preisstabilität wäre. Die Arbeitssuchenden müssen wissen: Rot-Grün bedeutet eine Vertreibung der Arbeitsplätze ins Ausland. Wer gegen Eurofighter, gegen den Transrapid, gegen Kerntechnik, gegen Wehrtechnik und gegen Raumfahrttechnik ist, kann nicht für moderne Arbeitsplätze in Deutschland eintreten. Wir sind die Partei der Modernität in der Wirtschaftspolitik.

(Beifall)

Der Arbeitnehmer muß damit rechnen, daß seine Beiträge zu den Sozialversicherungen steigen, wenn die Rentenreform und die Gesundheitsreform zurückgenommen werden. Irgendwann – ich nehme an, Norbert Blüm hat diesen Punkt schon problematisiert – wollen wir wissen, wie es mit der Rente aussieht. Stimmt das, was Herr Riester sagt? Stimmt das, was Herr Lafontaine sagt? Stimmt das, was Herr Dreßler sagt? In diesem Punkt herrscht jedenfalls ein großes Durcheinander.

Schröder ist ein gnadenloser Opportunist. Er gibt vor, Asylmißbrauch zu verhindern; er hat aber im Bundesrat gegen die Asylrechtsnovelle gestimmt. Er gibt vor, Sozialhilfemißbrauch zu beenden; er hat aber im Bundesrat gegen die Sozialhilfenovelle gestimmt. Er verspricht eine Modernisierung Deutschlands; er hat aber im Bundesrat das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung blockiert. Eine solche liederliche Politik können wir nicht gebrauchen. Wir brauchen in der Politik Frauen und Männer, die verlässlich handeln.

(Beifall)

In welchem Bereich setzen die Bürger in Deutschland ganz besonders auf uns? In dem Bereich, den vorhin Bundesinnenminister Kanther bereits angesprochen hat. Der Rechtsstaat muß ein starker Staat sein. Die Bürger erwarten von ihm Schutz ihrer Freiheit, ihrer Unversehrtheit und ihres Eigentums. Die Menschen erwarten von uns null Toleranz gegen die Mißachtung des Rechts. Wer auf der Straße Bürger anpöbelt, der muß des Platzes verwiesen – wer randaliert und andere bedroht, muß festgenommen und in Haft gehalten und bei Verdacht in Gewahrsam genommen werden. Wer sein Verhalten nicht ändert, dem muß ein Aufenthaltsverbot für einen Platz und für eine Stadt erteilt werden, damit endlich dieser Spuk von randalierenden Banden aufhört, die wir leider im Osten wie im Westen immer wieder vorfinden.

(Beifall)

Ich komme zu einem bedrückenden Thema. Alle paar Tage erfährt man am Abend im Fernsehen, daß unschuldige Kinder mißbraucht und ermordet werden. Ich sehe schon die Not-

wendigkeit, auch dem Täter gerecht zu werden. Das gehört zu einem Rechtsstaat. Aber es gibt Grenzen. Die Mütter und Väter, nicht nur die der Opfer, verlangen von uns, daß der Täterschutz nicht über dem Opferschutz steht. Der Resozialisierungsanspruch der Täter darf nicht über den Schutz der unschuldigen Opfer gestellt werden. Darauf haben wir eine Antwort gegeben.

(Beifall)

Ich bin überzeugt: Wir überzeugen den Wähler mit einem klaren Ja zur Inneren Sicherheit, zu gerechten Strafen und zu kurzen Verfahren und mit einem klaren Nein zu täterfreundlichen Strafverfahren, zu laschem Strafvollzug und zur Drogenfreigabe. Rot-Grün kann mit der Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe, mit staatlicher Heroinabgabe und mit der Zerrüttung des Rechtsbewußtseins durch Entkriminalisierung keine Sicherheit schaffen. Davon müssen wir die Menschen überzeugen.

Ein klares und offenes Wort zur Ausländerpolitik. Deutschland ist und bleibt ein ausländerfreundliches Land.

Kein Land auf dieser Welt hat in den letzten Jahren so viel für Flüchtlinge, für Ausländer getan wie Deutschland. Nur wir handeln richtig und verantwortungsbewußt, wenn straffällig gewordene Ausländer ausgewiesen werden. Meine Damen und Herren, der Gast hat das Gastrecht. Wenn sich der Gast aber nicht ans Gastrecht hält, hat er sein Gastrecht verwirkt und muß wieder dorthin zurück, wo er hergekommen ist. Eine andere Alternative gibt es nicht.

(Beifall)

Wir handeln verantwortungsbewußt, wenn wir gegen weiteren Zuzug vorgehen und die Zahl der Asylbewerber weiter senken wollen. Es ist auch richtig, wenn unrechtmäßig hier lebende Ausländer geringere Sozialleistungen erhalten, wenn ein entsprechender Datenabgleich zwischen Ausländer- und Sozialämtern stattfindet und wenn wir den Export von Sozialleistungen, z.B. Kindergeld, in Nicht-EU-Länder verhindern. Es ist auch richtig, wenn wir die Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Heimat wollen, damit sie dort aufbauen. Der Aufbau in Bosnien und Herzegowina kann nicht nur von den deutschen Soldaten und von den UNO-Hilfsorganisationen, sondern muß von den Menschen, die von dort kommen und auch wieder dorthin zurückkehren müssen, geleistet werden.

(Beifall)

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist Ausdruck der Zugehörigkeit zum Staatsvolk und zur Schicksalsgemeinschaft der Nation. Sie ist kein Spielball des Zeitgeistes. Wer dies vergißt und doppelte Staatsangehörigkeit oder Verleihung unseres Passes durch Geburt fordert, braucht sich über das Anwachsen der Zahl von Rechtsextremisten nicht zu wundern.

Meine Damen und Herren, es muß jedem Ausländer, der bei uns eine geraume Zeit lebt, sich integriert, sich an das deutsche Recht hält, hier arbeitet, möglich sein, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Da sollten wir großzügig sein. Aber irgendwann muß man sich nach unseren Grundsätzen entscheiden, ob man Deutscher werden will oder Angehöriger der

früheren Nation bleiben möchte. Beides geht nach meiner und unserer Vorstellung nicht. Auch darüber sollten wir keine Unklarheit aufkommen lassen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir sollten natürlich das Warnsignal Sachsen-Anhalt, daß die Hälfte der Jungwähler radikal gewählt hat – 30 Prozent DVU und 17 Prozent PDS –, sehr ernst nehmen. Es ist ein großer Unterschied: Wir kämpfen gegen diese Parteien mit allen demokratischen Möglichkeiten; aber wir kämpfen um jeden Menschen, der sie gewählt hat, um ihn wieder für uns und für die Demokratie zu gewinnen.

Die Lehre aus der Geschichte zeigt, daß sich Links- und Rechtsextremisten gegenseitig fördern. Wenn man auf einem Auge blind ist, dann darf man sich nicht wundern, wenn auf der anderen Seite eine neue Kraft entsteht. Wir sind von Höppner & Co. nun seit mehr als vier Jahren systematisch angelogen worden. Meine Damen und Herren, Sie und wir sind jedenfalls nicht bereit, gemeinsam mit den Kommunisten, gemeinsam mit der PDS, gegen Frey und Konsorten loszugehen. Ich halte Frey & Co. für selten widerlich. Nur, meine Damen und Herren, man kann jemanden, der so politisch ist, nicht bekämpfen, indem man den IM Gysi an die Spitze setzt und mit ihm gemeinsam gegen die anderen Front macht.

(Lebhafter Beifall)

Der Philosoph und Theologe Josef Bernhard, der 1935 auf dem Parteitag der NSDAP von Rosenberg wegen seines Werkes frontal angegriffen wurde und deswegen bittere zehn Jahre erlebte, hat 1949 in einer Enquete der UNO zum Thema „Philosophischer Aspekt der demokratischen Krisis“ von der tragischen Selbstbedrohtheit der modernen Demokratien gesprochen. Er schrieb davon, daß die Freiheit als Lebensprinzip der Demokratie die wechselseitige Unterstützung der Ordnung, die die Menschen trägt, und der Menschen braucht, die ja zur Ordnung sagen. Er verglich die Demokratie mit dem Körper:

Der Organismus kann durch Wirkstoffe und Bakterien positiv angeregt, aber auch geschädigt und getötet werden. Der Lebenshaushalt der Demokratie verlangt nach erregenden Energien von Gegensätzen, soweit sie mit Wesen und Begriff der Demokratie vereinbar sind. Aber Toleranz gegen Wirkstoffe, die Krankheiten oder den Tod herbeiführen, ist lebensgefährlich, dumm und unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, wir müssen alles daransetzen, daß die beiden Richtungen, die politisch so widerlich sind, nach dem 27. September aus dem deutschen politischen Leben verschwinden. Das ist unsere Aufgabe, das ist unser Ziel.

(Beifall)

Die Namen Auschwitz, Sachsenhausen, Buchenwald, Theresienstadt, Bergen-Belsen, Dachau und andere dürfen wir nie vergessen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, was in Bautzen, Hoheneck, an der Mauer und an anderer Stelle geschah. Darum bin ich anderer Meinung als der Altbundespräsident Herr von Weizsäcker. Ich bin der Meinung: Nie wieder dürfen Kommunisten oder Rechtsradikale in Deutschland etwas zu sagen haben.

(Beifall)

Der Satz eines Demokraten in diesem Jahrhundert, der mir ständig in Erinnerung bleiben wird, ist der Satz von Otto Wels, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Reichstag 1933, als er den braunen Horden entgegenrief:

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.

Ich hätte mir gewünscht, daß sich ein Mann wie Höppner mehr an Otto Wels und nicht an Otto Grotewohl orientiert, wenn es darum geht, die Feinde der Demokratie zu bekämpfen.

(Beifall)

Machen wir uns nichts vor: Die politische Langzeitstrategie Lafontaines ist die Bildung einer tiefroten Volksfront. Jeder Bürger muß wissen: Wenn die nach der Bundestagswahl eine Stimme Mehrheit haben, dann werden sie einen Bundeskanzler auch mit den Stimmen der PDS wählen lassen. Das, meine Damen und Herren, ist es, was mehr bewegt als alle Fragen um die Ökonomie, um Mark oder Pfennig.

Meine lieben Freunde, es sind 133 Tage bis zum 27. September. Was wir brauchen und was wir anpacken ist eine harte und polarisierende Auseinandersetzung, den politischen Gegner stellen, Bürger, Wählerinnen und Wähler überzeugen. Wahlen werden im Kampf gewonnen. CDU und CSU waren immer am besten, wenn sie sich als politische Kampfgemeinschaft präsentiert haben.

(Zustimmung)

CDU und CSU setzen auf Zukunftspolitik mit positiven Zielen: ein Ja zur Nato, zur Bundeswehr und zum Wehrdienst! Es ist schon ein starkes Stück, wenn SPD und PDS in Frankfurt an der Oder der Bundeswehr das Gelöbnis versagen, wo doch die Bundeswehr voriges Jahr eine so großartige Rolle gespielt hat.

(Beifall)

Wir sagen ja zur Technik, zur Forschung, zu Innovationen. Wir sagen ja zur Freundschaft der Generationen und zu einer stabilen sozialen Sicherung. Wir sagen ja zur Familie und zum Leben mit Kindern. Wir sagen ja zur Heimat und zur Identität, zu den Interessen der Bauern und der Vertriebenen. Wir sagen ja zur Nation als Schicksalsgemeinschaft in einem europäischen Staatenverbund.

Niemand vertritt die Jugend so wie wir. Hochschulreform, Bildungsreform, Lernen im Ausland, Existenzgründungen, junge Ingenieure, Techniker, Facharbeiter, Auszubildende, junge Frauen, Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung, all das ist unser Programm.

Meine lieben Freunde, es hat immer wieder einmal sozialdemokratische Mehrheiten gegeben, auch im Bundesrat. In den 50er Jahren, bei den entscheidenden Fragen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, hatte die SPD zeitweilig eine Mehrheit im Bundesrat. Aber Männer der SPD wie Kaisen oder Brauer oder auch Zinn oder auch Kopf haben es abgelehnt, sich zu Befehlsempfängern der Baracke zu machen. Unter Lafontaine ist zum erstenmal eine Parteistrategie bewußt gegen das Gemeinwohl eingesetzt worden, um an die Macht zu kommen, und das werden wir durchkreuzen.

(Beifall)

Was die SPD betreibt, ist eine Blockade gegen Deutschland. Sie wirft uns vor, es gebe Stillstand. Sie hat in einigen Fragen die Blockade herbeigeführt. Die Sabotage des Bündnisses für Arbeit - eine Unverfrorenheit sowohl des DGB wie auch der SPD.

Übrigens, vor der Kampagne des DGB ist mir nicht angst. Es ist zwar eine Unverschämtheit, die viel Geld kostet, das sie vernünftiger für ihre Angestellten und Arbeiter im eigenen Betrieb einsetzen würden, wo sie ja nicht so toll mit ihren Leuten umgehen;

(Beifall)

aber immer, wenn die das in den 50er Jahren propagiert haben, haben anschließend CDU und CSU mehr Stimmen bekommen als in der Bundestagswahl zuvor. Laßt uns das wieder herbeiführen!

(Beifall)

Sie betreiben eine Politik gegen Innovationen und Arbeitsplätze. Die Landtagswahl in Niedersachsen ist als Kandidatenspektakel mißbraucht worden. Das SPD-Programm: Unverbindlichkeiten, verschleiern und weglassen. Dann Treueschwüre zur Demokratie – und der Pakt mit den Erben von SED und Stasi.

Meine lieben Freunde, Arnulf Baring hat in einem Buch die Frage gestellt: Scheitert Deutschland? Ich sage ein klares Nein, wenn CDU und CSU, wenn Helmut Kohl und wir alle für Deutschlands Zukunft kämpfen. Aber das Florett allein wird nicht mehr genügen; in der Zeit sind auch schwere Säbel gefragt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde der CDU, es geht um unsere Heimat, es geht um unser Vaterland Deutschland, es geht um unsere Zukunft in Europa und in der Welt, und es geht um die Menschen in Deutschland. Dafür lohnt es sich gemeinsam mit Helmut Kohl, mit CDU und CSU zu kämpfen. Glückauf für die Zukunft!

(Anhaltender lebhafter Beifall - die Delegierten erheben sich)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Lieber Theo Waigel, der Bundesparteitag der CDU dankt Dir für Deine kämpferische Rede, aber an dieser Stelle insbesondere auch für Deine stete Verlässlichkeit und Kameradschaft gegenüber der CDU.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade Theo Waigel ist Garant dafür, daß der Zusammenhalt zwischen CDU und CSU auch bei manchmal schwierigen Fragen niemals ernsthaft in Gefahr gerät. Auch dafür, lieber Theo Waigel, herzlichen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, heute hat Helmut Kohl mit seiner großartigen Rede am Vormittag den ersten wichtigen Markstein für den Wahlsieg am 27. September gesetzt. Lieber Vorsitzender der CSU und lieber Generalsekretär Bernd Protzner, wir gehen davon aus, daß Ihr, die CSU, am 13. September den zweiten wichtigen Markstein setzt und uns damit eine Maßvorlage für die Wahl am 27. September und den Sieg der CDU/CSU gibt.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere offizielle Tagesordnung ist für den heutigen Tag beendet. Es war sicherlich ein großartiger Tag, und damit haben wir eine hervorragende Überleitung zu dem sogenannten Bremen-Abend, zu dem ich Sie noch einmal sehr herzlich einlade. Er beginnt offiziell um 19.45 Uhr in der Halle 6, hier in der Stadthalle. Wenn Sie den Haupteingang verlassen haben, gehen Sie bitte nach rechts und folgen dem Gebäudetrakt bis zu der am Ende befindlichen Halle 6.

Sie können Ihre Parteitagsunterlagen auf den Tischen liegen lassen; bitte nehmen Sie jedoch alle Ihre persönlichen Unterlagen und Ihre Stimmzettelblocks mit. Der Reinigungsdienst wird alle Gegenstände, die sich auf dem Fußboden befinden, entfernen.

Ich darf Ihnen dann mitteilen, daß der Parteitag morgen früh pünktlich wieder beginnt, allerdings um 9.30 Uhr, damit kräftig gefeiert werden kann. Ich wünsche uns und Ihnen allen einen unterhaltsamen Abend und schließe hiermit die Sitzung.

(Beifall)

(Schluß: 19.09 Uhr)

Dienstag, 19. Mai 1998
Dritte Plenarsitzung
Beginn: 9.38 Uhr

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen in den Beratungen fortfahren. Zu Beginn der jetzigen Sitzung möchte ich gern Geburtstagsgrüße übermitteln.

Die Kollegin Heiming, Bürgermeisterin von Essen, feiert heute ihren Geburtstag, einer unserer Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, der Kollege Alber, ebenfalls. Herzliche Glückwünsche Ihnen beiden!

(Beifall)

Darüber hinaus möchte ich mich herzlich beim gastgebenden Landesverband Bremen für den gestrigen Abend bedanken. Er hat uns allen viel Freude gemacht.

(Beifall)

Ich höre gerade, daß auch der Kreisgeschäftsführer des Kreisverbandes Rottweil heute Geburtstag hat. Auch ihm gelten unsere guten Wünsche.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich erteile hierzu Herrn Günther Feldhaus das Wort. Bitte sehr.

Günther Feldhaus, Mandatsprüfungskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat gestern die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir konnten dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Gemäß § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren gestern von den 1 001 stimmberechtigten Delegierten des CDU-Parteitages 964 anwesend. – Frau Präsidentin, ich stelle fest: Der 10. Parteitag ist beschlußfähig.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Feldhaus. – Meine Damen und Herren! Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER SONSTIGE ANTRÄGE

Die Anträge liegen Ihnen vor, einschließlich der Anmerkungen der Antragskommission.

Ich rufe den Antrag 1 auf Seite 1 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Ich lasse abstimmen. Wer für die Annahme des Antrags der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Ich sehe niemanden. – Enthaltungen? – Auch niemand, dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 2 auf Seite 1 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt ebenfalls die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für den vorgeschlagenen Weg ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 3 auf Seite 2 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. – Enthaltungen? – Dann ist auch hier einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 4 auf Seite 3 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Eine Gegenstimme. – Enthaltungen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge 5 auf den Seiten 3 ff. und 9 auf den Seiten 10 ff. der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, beide Anträge gemeinsam zu behandeln.

Es wird die Annahme beider Anträge in der Fassung der Antragskommission vorgeschlagen. Es liegt mir eine Wortmeldung des Delegierten Albert Rathjen vor. Bitte schön, Herr Rathjen.

Albert Rathjen: Frau Tagungspräsidentin! Herr Bundeskanzler! Liebe Unionsfreundinnen und Unionsfreunde! Wir waren nicht ganz sicher, wie die Antragskommission mit unserem Antrag verfahren wollte. Die Tatsache, daß Sie die Annahme des Antrages empfohlen haben, erfüllt uns mit Freude, und wir schließen uns dem an. Ich bitte darum, auch diesem Antrag zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Ich lasse abstimmen. Wer für die Annahme der Anträge in der Antragskommissionsform ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 6 auf Seite 9 der Antragsbroschüre auf. Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor. Dann lasse ich in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Ich sehe keine Gegenstimme. – Enthaltungen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 7 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für die Annahme ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 8 auf den Seiten 9 ff. der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrages. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 10 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesfachausschuß Bildung, Forschung und Kultur. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 11 auf Seite 16 auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. Enthaltungen? – Auch niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 12 auf Seite 17 auf. Hier wird Annahme in der Fassung der Antragskommission empfohlen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? – Niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 13 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. Enthaltungen? – Auch niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 14 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Niemand. Enthaltungen? – Niemand. Dann ist auch hier so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 15 auf Seite 25 auf. Die Empfehlung lautet: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Niemand. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 16 in der Sammlung der Initiativanträge auf, die Ihnen heute morgen auf den Tisch gelegt worden sind. Die Antragskommission hat den Antrag noch einmal neu beraten und empfiehlt die Annahme des Antrages in der jetzt ausgedruckten Fassung. Eine Wortmeldung liegt mir bisher dazu nicht vor. Möchte jemand dazu sprechen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer für die Annahme in der geänderten Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Ich sehe keine Gegenstimme. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 17 in der Sammlung der Initiativanträge auf. Ich erteile dazu das Wort Herrn Ministerpräsidenten Seite aus Mecklenburg-Vorpommern. – Bitte schön.

Dr. Berndt Seite: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Wir brauchen klare Verhältnisse in Deutschland. Seit der Wahl in Sachsen-Anhalt fragen wir die Sozialdemokraten, ob sie das zweite Mal nach 1945 Bündnisse mit Kommunisten eingehen wollen oder ob sie in der Gemeinschaft der Demokraten bleiben.

(Beifall)

Deshalb fragen wir die Sozialdemokraten mit unserem Antrag 17, ob sie bei uns in der Gemeinschaft der Demokraten bleiben wollen und Rechts- und Linksextremismus bekämpfen wollen oder ob sie mit Extremisten neue Bündnisse eingehen wollen.

Unser Antrag lautet:

1. Die großen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert können nur die demokratischen Parteien bewältigen. Radikale Kräfte von links und rechts sind eine Gefahr für eine erfolgreiche Beantwortung der Zukunftsfragen.
2. Die CDU Deutschlands lehnt die Bildung von Regierungen durch direkte oder indirekte Mithilfe von links- und rechtsradikalen Parteien ab.
3. Die CDU Deutschlands fordert die SPD auf, einen gleichlautenden Beschluß unverzüglich zu fassen, um noch vor der Bundestagswahl für alle sichtbar Klarheit zu schaffen.

(Beifall)

4. Die CDU stellt eindeutig klar, daß die PDS als Nachfolgeorganisation der SED nach wie vor nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht.

(Beifall)

Ich bitte Sie eindringlich, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Seite. – Als nächster hat Roland Koch das Wort.

Roland Koch: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir Hessen sind froh, daß der Bundesvorstand diesen Antrag, der ursprünglich als Initiativantrag der Hessen eingebracht werden sollte, übernommen hat, weil das die Einigkeit in dieser Frage zeigt.

Ich habe mich unter anderem auch deshalb zu Wort gemeldet, weil ich mich heute morgen zugegebenermaßen über eine Aussage im Fernsehen ein wenig geärgert habe, als die Frage gestellt wurde, ob wir mit unserer „Unterstellung“, daß SPD und PDS zusammenarbeiten, eine ehrliche Politik machen oder nicht. Ich weiß inzwischen, daß Heiner Geißler mitgeteilt hat, daß dies nicht stimme, wie es dort zitiert wurde. Deshalb komme ich darauf nicht zurück.

Ich lege aber Wert auf die Sache an sich, da auch wir Hessen in unserer Geschichte mit einem Mann namens Holger Börner eine ähnliche Erfahrung gemacht haben. Er kam ja vom rechten Flügel der Sozialdemokraten her und war im Jahre 1983 als Ministerpräsident von Hessen ein Mann, der eine Art Inkarnation der Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik war. Er hatte sich vor alle Bürger gestellt und gesagt: Mit mir gibt es keine Koalition mit den Grünen, da ich mich morgens noch naß rasieren können will. Wenn die mir begegnen, müßte man denen eigentlich mit der Dachlatte ein paar Argumente um die Ohren schlagen. Das war die Bewußtseinslage der Bürger vor der Landtagswahl 1983. Nach der Wahl gab es für die Sozialdemokraten keine Chance, die Regierung zu bilden, es sei denn, man vergäbe alles, was man bis zum vorhergehenden Tag gesagt hatte und ginge anschließend mit dem Turnschuhminister Joschka Fischer ins Bett. Begründet wurde das damit, daß die sozialdemokratischen Ideen erhalten bleiben müßten. Deshalb koalierte man halt mit den Grünen. Herr Börner sagte dann: Ich rasiere mich in Zukunft elektronisch und nicht mehr naß, damit ich es überlebe. Das muß für uns, meine Damen und Herren, eine Botschaft sein.

Ich behaupte, die Auseinandersetzung, die wir heute führen, dreht sich um die Frage, ob die Sozialdemokraten zum zweitenmal in ganz Deutschland bereit sind, sich unter Aufgabe von Prinzipien auf den Weg zu einem Linksbündnis zu machen und es mit wem auch immer zu schmieden, damit sie die Macht in diesem Lande erreichen können. Das dürfen wir ihnen nicht erlauben.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang nehme ich den Begriff der „ehrlichen Politik“ auf. Es ist unsere Aufgabe, aber auch die Aufgabe von Medien und von Bürgern in diesem Lande, in diesen vier Monaten bis zur Wahl darüber zu reden, ob die Sozialdemokraten bereit sind, sich so fest und unverrückbar zu binden, daß sich alle Bürger darauf verlassen können.

Warum gibt Herr Schröder Ratschläge an seine sachsen-anhaltinischen Freunde, aber keine Ratschläge an den Bundesvorstand der SPD? Warum nimmt er billigend in Kauf, daß alle sagen: In Mecklenburg-Vorpommern darf bis zum 27. September, 6 Uhr abends, nicht darüber geredet, wohl aber am 28. September, morgens um 9 Uhr, die sozialistische Einheitsehe mit der PDS begonnen werden. Damit müssen wir die SPD konfrontieren, und wir dürfen nicht zulassen, daß sie dieser Frage ausweicht.

(Beifall)

Die Frage ist – und zwar nicht nur dort, sondern anschließend auch in Thüringen –, ob Herr Dewes, der lediglich der Beauftragte von Oskar Lafontaine in Thüringen ist, am 28. September sagen wird: Jetzt endlich habe ich die Chance, Ministerpräsident von Thüringen zu werden – was ich doch schon so lange will –, mit den Stimmen der PDS. Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen – wer glaubt denn, daß deren Vertreter nicht auch in der Bundestagsfraktion der SPD vorkommen? Uns wird unterstellt, man dürfe das, was in den neuen Bundesländern vor sich gehe, nicht so ernst nehmen. Dies ist der bewußte Angriff derer, die in der Bundesführung der SPD sitzen – über diesen Umweg und mittels dieser Tarnung –, und der Versuch, dauerhaft ein sozialistisches Bündnis für Deutschland zu schmieden. Das muß jeder wissen, der jetzt in eine Wahlauseinandersetzung geht.

(Beifall)

Deshalb müssen wir ernst damit machen, von der SPD zu verlangen, daß sie klar sagen muß, wo sie steht. Sie kann nicht sagen, das sei Sache der Länder. Es ist Sache des Bundes. Wenn die Sozialdemokraten keinen Beschluß dieser Art fassen, dann haben wir sehr wohl das Recht, im Blick auf „ehrliche Politik“ zu sagen: Traut diesen Leuten nicht! Wer um die Mitte kämpfen will und mit der PDS liebäugelt, der hat seine Glaubwürdigkeit in Deutschland verloren und darf in diesem Land nicht in Verantwortung kommen. – Das ist die Botschaft.

(Beifall)

Irmgard Kawatzki, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben die Begründungen der beiden Delegierten gehört. Ich komme zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

(Beifall)

Wir kommen zu Antrag A 18. Ich erteile hierzu das Wort Christian Wulff.

Christian Wulff: Sehr verehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag deshalb gestellt, damit es kurzfristig zur Gründung einer „Deutschen Stiftung Zukunftschance Jugend“ kommt. Trotz aller Probleme in unserem Land räumen viele ein, daß es den Menschen in Deutschland eigentlich recht ordentlich geht, weil sie in Frieden, Freiheit und relativ großem Wohlstand leben.

Aber immer mehr Bürgerinnen und Bürger stellen kritisch die Frage: Was wird beim Übergang in das Berufsleben aus unseren Kindern; wie ist es um die soziale, politische und berufliche Integration in die Gesellschaft bestellt? Das betrifft insbesondere die neuen Länder, wo in Sachsen Anhalt 30 Prozent der jungen Leute die DVU gewählt haben, was man ja als einen Hilferuf verstehen muß. Aber auch in anderen Bundesländern sehen wir, daß es zu Problemen kommt.

Wir stellen uns vor, daß eine solche „Deutsche Stiftung Zukunftschance Jugend“ sich dem Thema der jungen Generation ähnlich annehmen könnte, wie dies bei Umweltprojekten die „Deutsche Stiftung Umwelt“ tut. Wir stellen uns Kampagnen für die Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen vor. Wir stellen uns unterschiedlichste Aktivitäten vor, die privates Kapital mobilisieren, und möchten damit ein Zeichen setzen, daß diese Gesellschaft, die Bundesrepublik Deutschland, ihre Verantwortung für die junge Generation erkennt und hier einen besonderen Akzent setzt.

Ich freue mich, daß die Antragskommission Annahme empfohlen hat.

(Beifall)

Irmgard Kawatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christian Wulff. – Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor. Herr Karl-Heinz Daehre, Sachsen-Anhalt.

Dr. Karl-Heinz Daehre: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte es ganz kurz machen: Ich bin Christian Wulff ausgesprochen dankbar für die Einbringung dieses Antrages. Wir haben es in Sachsen-Anhalt erlebt, wie die Jugend wählt: Sie wählt radikal.

Ich denke, die Gründung einer solchen Stiftung ist mehr als ein Zeichen. Ich freue mich ganz besonders darüber, daß die Niedersachsen erklärt haben, als Sitz dieser Stiftung eine Stadt in Ostdeutschland vorzuschlagen. Das zeigt, daß die Union Deutschlands die Partei der Einheit ist. Daß man das erlebt, ist nicht selbstverständlich. Noch einmal herzlichen Dank für die Einbringung dieses Antrages.

Ich darf noch hinzufügen: Uns würde es natürlich ganz besonders freuen, wenn der Sitz nach Magdeburg geht.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Meine Damen und Herren, ich lasse abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Der Antrag A 19 ist zurückgezogen worden. Damit sind wir mit der Beratung der Anträge durch. Ich möchte mich bei Ihnen herzlich bedanken für die zügige und konstruktive Zusammenarbeit. – Ich übergebe den Vorsitz jetzt an meinen Kollegen Pöttering.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde!
Wir kommen zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE IN DER
EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Ich erteile unserem Freund Prof. Dr. Günter Rinsche das Wort. – Bitte schön, Günter Rinsche.

Prof. Dr. Günter Rinsche: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Am 2. Mai 1998 gab das Europäische Parlament mit 467 Jastimmen seine Zustimmung zur Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. Zuvor hatte der EP-Ausschuß für Wirtschaft und Währung unter der kompetenten Leitung eines deutschen Christdemokraten in jahrelanger Arbeit maßgeblich an der Analyse der Probleme und Gestaltung der Geldpolitik mitgearbeitet. Dabei kam es in der Schlußphase der Beratungen zu aufschlußreichen und beachtungswerten Kontroversen mit der linken Seite des Europäischen Parlaments. Als Beispiele können hier genannt werden: die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und der Stabilitätspakt. Die vertraglich festgelegte Unabhängigkeit der EZB wurde von einigen Sozialisten moniert. Man nahm Anstoß daran, daß die EZB keinerlei Einfluß anderer Institutionen der EU ausgesetzt werden darf, und man forderte unter dem Schlagwort „demokratische Kontrolle“ eine größere Einwirkungsmöglichkeit des Parlaments auf die EZB. Wir haben diese Tendenzen zu einem sozialistischen Dirigismus erfolgreich bekämpft und beseitigt.

Beim – von Helmut Kohl und Theo Waigel initiierten – Stabilitätspakt geht es um die nachhaltige und dauerhafte Sicherung der Geldstabilität.

In diesem Sinne haben deutsche Christdemokraten im Ausschuß für Wirtschaft und Währung den Antrag gestellt, daß der Stabilitätspakt schon in diesem Jahr zur Anwendung kommen soll. Die sozialistische Fraktion und mit ihr die anderen Parteien der Linken stimmten gegen diesen Antrag, der dann mit den Stimmen der EVP, der Liberalen und der Gaullisten mit Mehrheit verabschiedet wurde.

Beispiele dieser Art beweisen, daß die von unseren Bürgern mit Recht geforderte Geldwertstabilität durch unsere Politik besser garantiert werden kann als durch die unserer politischen Gegner.

(teilweise Beifall)

Wenn deutsche Kommentatoren den SPD-Kanzlerkandidaten als „Euro-Zauderer“ und als europäischen Opportunisten bezeichnen, so zeigt dies die dazugehörige Seite der Realität. Wilhelm Busch hat die Opportunisten einmal als die „Jenachdemer“ bezeichnet. Mit solchen je nach Stimmungslage handelnden „Jenachdemern“ kann man keinen Staat machen und schon gar nicht die Zukunft der Europäer sichern.

Wenn wir jetzt die Grundlagen für ein menschenwürdiges Leben der Europäer im 21. Jahrhundert schaffen wollen, dann brauchen wir keine „Euro-Zauderer“ und „Jenachdemer“, dann brauchen wir europäische Staatsmänner, dann brauchen wir unseren Bundeskanzler Helmut Kohl,

(teilweise Beifall)

der weit über unsere Partei hinaus in ganz Europa als „europapolitisch unverzichtbar“ gilt.

(Beifall)

Meine Freunde, die Deutschen wählen am 27. September nicht nur ihren Bundeskanzler, sondern auch den Präsidenten des Europäischen Rates, der im ersten Halbjahr 1999 einen ganz entscheidenden Abschnitt der deutschen und der europäischen Politik zu gestalten haben wird. Eine der wichtigen Fragen der kommenden Wochen wird deshalb lauten: Wer kann deutsche Interessen in Europa bestmöglich vertreten und gleichzeitig die europäische Integration so voranbringen, daß Europa im Zeitalter der Globalisierung gut bestehen kann und die Weichen für das 21. Jahrhundert richtig und rechtzeitig gestellt werden? Dies gilt insbesondere für die Beratung und Beschlußfassung der „Agenda 2000“, durch die die Zukunft Europas und Deutschlands entscheidend beeinflußt wird.

Am 4. Mai 1998 bewertete unser Bundespräsident Roman Herzog die Ergebnisse des Europäischen Rates mit folgenden Worten:

Ein neues Europa entsteht. Es ist ein Europa, in dem wir Deutsche von Partnern und Freunden umgeben sind. Zu dieser Entwicklung haben viele beigetragen, denen ich heute meinen Dank aussprechen möchte – nicht zuletzt aber auch dem Bundeskanzler, der das Ziel gegen alle Zweifler nie aus den Augen verloren hat und bis in die letzten Stunden Steine aus dem Weg geräumt hat.

Meine Freunde, diesem Dank schließt sich die große Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments vollinhaltlich an. Der realistische und geschichtsgestaltende Optimismus unseres Bundeskanzlers Helmut Kohl entspricht dem aufmunternden Wort des Dichters Johann Wolfgang von Goethe: „Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen.“

(teilweise Beifall)

Wenn die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Währung ohne Übertreibung als eine historische Entscheidung bezeichnet worden ist, so wird diese Bewertung künftig in ähnlicher Weise auch für die Erweiterung der Europäischen Union um die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas Geltung haben. Diese Erweiterung wird nicht von vornherein ungeteilte Zustimmung finden und wird somit Begründungsargumentationen erforderlich machen.

Manche Fehleinschätzungen der europäischen Integration im allgemeinen und der EU-Erweiterung im besonderen sind auf die Unterbewertung der europapolitischen Errungenschaften, den Irrtum des Nullsummenspiels und auf eine Kurzfristorientierung der politischen Erwartungen zurückzuführen. Die immer unvollkommene Gegenwart kann man nur dann richtig und gerecht beurteilen, wenn man sie in Verbindung mit ihren geschichtlichen Ursprüngen betrachtet. Wenn es eben richtig ist, daß Herkunftsbewußtsein die Zukunftsorientierung erleichtert, dann ist es auch wichtig, die Errungenschaften der europäischen Einigung mit den Realitäten der Vergangenheit und nicht mit einem idealisierten Nirvanaland zu vergleichen.

Problematisch und realitätsfern ist auch das Denken im Nullsummenspiel. Das Nullsummenspiel geht von der Annahme aus, daß das, was der eine bekommt, einem anderen genommen werden muß. Hierin wurzelt übrigens die Neidphilosophie des Sozialismus, der die Kraft des Wachstums nicht versteht oder auch nicht verstehen will.

(teilweise Beifall)

Gäbe es kein Wachstum durch Kreativität, Arbeitsteilung, Zusammenarbeit und Integration, das heißt, bliebe die Summe des Verfügbaren immer konstant, dann befänden wir uns alle noch in der Steinzeit. Die Menschheitsgeschichte hat die Annahmen des Nullsummenspiels widerlegt. Aber der Irrtum des Nullsummenspiels erzeugt Besitzstandsängste, erschwert zukunftsorientierte Entscheidungen und führt auch zu einem Mangel an politischen und sozial-ökonomischen Investitionen der Zukunftssicherung. Hier liegt auch eine Problematik der Euro-Skepsis, die man als problemsüchtig und chancenblind charakterisieren kann.

Schließlich wird eine Politik für die lebenswerte Zukunft der Europäer auch durch eine „Gegenwartsbesessenheit“ und „Eintagsfliegenmentalität“ behindert. Eine Kurzfristorientierung, die Saat und Ernte auf einen Zeitpunkt zusammenlegen will, verkennt die Notwendigkeit der Reifezeit und die Bedingungen erfolgreicher Investitionen in Politik und Wirtschaft. Europäische Integration, EU-Erweiterung, aber auch die globale Zusammenarbeit sind Investitionen für die Zukunftssicherung der Europäer. Die erwünschten und zu erwartenden Ergebnisse sind Frieden und Freiheit, Stabilität und Sicherheit, sozial-ökonomisches Wachstum als Grundlage der sozialen Sicherheit sowie die Erweiterung der Lebenschancen.

Auf die sozial-ökonomischen Chancen von Erweiterung und Integration von Wirtschaftsgebieten hat schon Adam Smith vor mehr als 200 Jahren hingewiesen. In seiner großen Untersuchung über die „Ursachen des Wohlstands der Nationen“ schrieb er:

Ein wohlhabender Mann ist wahrscheinlich ein besserer Kunde für die arbeitenden Leute in seiner Nachbarschaft als ein ärmerer, genau das gleiche gilt für ein reiches Land.

Heute verweisen Wirtschaftskenner auf das riesige Marktpotential, das ein Wachstum mit Vorteilen für alle bewirken kann. Der amerikanische Ökonom Lester Thurow stellt fest: „Niemand in der Welt kann wie Europa einen Wirtschaftsraum schaffen, der Hunderte von Millionen gut ausgebildeter Menschen umfaßt.“

Nach Auffassung deutscher Wirtschaftswissenschaftler könnte der Handel zu beiderseitigem Vorteil beachtlich intensiviert werden, wenn Assoziierungsländer zu Mitgliedsländern der EU werden würden. Dies zeigt auch die neuere Entwicklung im Außenhandel. Der Außenhandelsumsatz mit dieser Region stieg allein 1997 um 25 Prozent auf 167 Milliarden DM. Auch das schafft Arbeitsplätze. Es bestätigt sich auch hier das bekannte Wort: Es ist besser, gemeinsam einen größeren Kuchen zu backen, als sich um die Krümel zu streiten.

Noch wichtiger aber als das sozial-ökonomische Wachstum ist die stabilitätspolitische Bedeutung der Assoziierung und Erweiterung. Wir wissen um die Bedeutung des Wortes, das der römische Dichter Horaz vor 2000 Jahren sprach: „Wenn das Haus des Nachbarn brennt, geht es um deine eigene Sache.“

Abschließend möchte ich noch auf eine aktuelle Frage zu sprechen kommen, die unser aller Interesse finden sollte. In diesen Tagen und Wochen bewegt das Tabakwerbeverbot der Europäischen Union die öffentliche Diskussion in Deutschland und Europa. Es ist hier nicht der Ort, die Problematik detailliert darzustellen. Die Befürworter verweisen auf das Gebot des Gesundheitsschutzes; die Gegner haben ihre entsprechenden Gegenargumente.

Sie halten es zudem für absurd und widersinnig, wenn die Europäische Union die Tabakwerbung verbietet, gleichzeitig aber den Tabakanbau mit jährlich 1,9 Milliarden DM subventioniert. Vor allem aber bezweifeln sie die Rechtsgrundlagen für ein europäisches Tabakwerbeverbot und betrachten es darüber hinaus als eklatanten Verstoß gegen das Prinzip der Subsidiarität.

Dem Problem kommt deshalb über die konkrete Sachfrage hinaus eine grundsätzliche Bedeutung zu, weil viele gutgemeinte politische Entscheidungen unter die Rubrik fallen: Gutgemeint ist das Gegenteil von gut. Ihm kommt aber auch deshalb eine grundsätzliche Bedeutung zu, weil unsere Aufmerksamkeit dann verlangt ist, wenn positiv besetzte Begriffe wie Gesundheitsschutz, Verbraucherschutz und Umweltschutz dazu mißbraucht werden, um unsere Wirtschafts- und Sozialordnung durch übertriebenen Dirigismus, Regulierungssucht und unnötige Zentralisierung von innen heraus zu unterminieren. Auf seiten der Altsozialisten und der Neoidologen im Europäischen Parlament gibt es Strategen, die positive Begriffe als Trojanische Pferde einsetzen, um ihre Vorstellungen vom zentralisierten Europa Schritt für Schritt zu verwirklichen. Mit dem Hinweis auf Gesundheitsgefährdung kann die Werbung für zahlreiche andere Produkte ebenso verboten werden. Zentrale Bürokratie würde dann die Bürger gängeln und bevormunden. Die sachlich nicht begründbaren Eingriffe in die Freiheit des wirtschaftenden Menschen führen zu einer schleichenden Auszehrung unserer Wirtschaftsordnung, zur Zentralisierung und Bürokratisierung. Wir kämpfen gegen die freiheitsgefährdenden, verummten Ideologien. Für uns soll auch in der Europäischen Union das „Prinzip der Freiheit als Mensch“ gelten, das der deutsche Philosoph Immanuel Kant im Jahre 1793 in die Worte faßte - ich zitiere wörtlich -:

Niemand kann mich zwingen, auf seine Art

– wie er sich das Wohlbefinden anderer Menschen denkt –

glücklich zu sein, sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit anderer nicht Abbruch tut.

Meine Freunde, am Ende des 20. Jahrhunderts, das die Diktatur und den Zusammenbruch des totalitären Sozialismus erlebt hat, entstehen neue und subtile Gefährdungen durch verummte Ideologien. Die Wirkungskette dieser Aktivitäten sind schnell mit folgenden Begriffen zusammenzufassen: Regulieren, Zentralisieren, Strangulieren und über die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit dann lauthals Lamentieren. Wir wollen und sollten diesen Anfängen wehren.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir werden die Herausforderungen in Deutschland und Europa mit dem gleichen realistischen Optimismus meistern, der dem Werk Konrad Adenauers zugrunde lag und der heute in faszinierender Weise durch unseren Bundeskanzler Helmut Kohl praktiziert wird. Deutschland ist unser Vaterland. Europa ist unsere Zukunft. Es lohnt sich, dafür zu arbeiten.

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Günter Rinsche, für diese Rede. Ich sage Ihnen insbesondere ein herzliches Wort des Dankes für Ihre Arbeit im

Europäischen Parlament und für die vielen, vielen Veranstaltungen, die die Europaabgeordneten der CDU und CSU für die gemeinsame europäische Währung in allen Bundesländern in den letzten Wochen und Monaten durchgeführt haben. Günter Rinsche, Sie sind der Vorsitzende einer Gruppe von 47 Abgeordneten der CDU und CSU, der stärksten Gruppe in der EVP-Fraktion, die 186 Abgeordnete hat. Damit tragen Sie eine große Verantwortung. Wir wünschen den Kolleginnen und Kollegen von der CDU und CSU in der EVP-Fraktion weiter viel Erfolg bei der Einigung unseres Kontinents.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe nun TAGES-ORDNUNGSPUNKT 17 auf:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM
DEUTSCHEN BUNDESTAG, DR. WOLFGANG SCHÄUBLE,
UND
EINFÜHRUNG IN DEN ENTWURF FÜR DAS ZUKUNFTSPROGRAMM
DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich erteile Wolfgang Schäuble das Wort.

Dr. Wolfgang Schäuble (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Dies ist der letzte Rechenschaftsbericht, den ich Ihnen in dieser Wahlperiode für die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU zu geben habe. Es war eine erfolgreiche Legislaturperiode – so wie wir seit 16 Jahren erfolgreich die Geschicke unseres Landes bestimmen.

Wir haben in dieser Legislaturperiode unser Programm für Wachstum und Beschäftigung umgesetzt. Wir haben damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in dem weltweiten Ringen um Investitionen und Arbeitsplätze nachhaltig gestärkt. Mehr Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft, mehr Eigenverantwortung und Subsidiarität, weniger staatliche Eingriffe und Bürokratie – das waren die Grundsätze, von denen wir uns haben leiten lassen. Wir haben die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das Schlechtwettergeld neu geregelt. Wir haben das Arbeitsrecht modernisiert und Einstellungshemmnisse beseitigt. Wir haben das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium erweitert und die Möglichkeiten zur Hilfe für Arbeit im Rahmen der Sozialhilfe ausgebaut.

Wir haben die Substanzsteuern beseitigt, und wir haben die Wettbewerbschancen gerade der mittelständischen Wirtschaft verbessert. Wir haben privatisiert und dereguliert, damit neue Märkte erschlossen und die Weichen für eine preiswertere Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen gestellt. Wir haben den Aufbau Ost entscheidend vorangebracht und den Umbau unseres Sozialstaates mit Rentenreform und Gesundheitsreform eingeleitet. Wir haben notwendige Antworten auf die Herausforderung des Rechtsstaates durch das Verbrechen gegeben, den Umweltschutz Schritt für Schritt vorangebracht und den Prozeß der europäischen Einigung mit dem Amsterdamer Vertrag und der Währungsunion kraftvoll vorangetrieben. Deutschland wird seiner Verantwortung

für Frieden und Stabilität in der Welt gerecht, nicht zuletzt durch den Einsatz unserer Soldaten in Bosnien.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben unserer Leistungsbilanz ein wichtiges Kapitel hinzugefügt. 16 Jahre erfolgreiche Politik für Deutschland und Europa: 1982 sind wir angetreten, um unser Land aus der Krise zu befreien, in die es die SPD gesteuert hatte. 1990 haben wir die deutsche Einheit herbeigeführt und die Grundlagen für das Aufbauwerk im Osten geschaffen. 1998 treten wir an, um angesichts neuer, weitreichender Herausforderungen Deutschland den Weg in das 21. Jahrhundert zu bereiten. 16 erfolgreiche Jahre unter der Führung unseres Vorsitzenden, unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands dankt Helmut Kohl für diese gewaltige Leistung.

(Beifall)

Liebe Freunde, nicht einmal die Opposition bestreitet, daß es 16 gute Jahre waren. Das ehrt die Opposition immerhin, aber wählen muß man sie ja deshalb noch lange nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Auch wir, liebe Freunde, werden nicht wegen unserer Leistungen in der Vergangenheit gewählt werden. Am 27. September stimmen die Wählerinnen und Wähler über die Zukunft ab. Die Bundestagswahl wird sich an der Frage entscheiden, wer die klarere Vorstellung, das bessere Konzept, den verlässlicheren Politikentwurf besitzt, um unser Land in schwieriger Zeit in eine gute Zukunft zu führen.

Die Sozialdemokraten – das ist offensichtlich – besitzen kein solches Konzept. Sie finden keine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft. Wenn ihnen Antworten abverlangt werden, dann zeigen sie sich entweder unfähig, Antworten zu geben, oder sie sind zerstritten. Sobald es konkret wird, sobald es zum Schwur kommt, ist es mit dem Burgfrieden bei der SPD vorbei. Ob Steuersenkungen oder Rentenreform, ob wirkungsvollere Verbrechensbekämpfung oder Euro-Einführung, sofort beginnt der Streit: die einen dafür, die anderen dagegen.

Schröder, so haben manche gesagt und geschrieben, passe nicht zur SPD. Das, liebe Freunde, ist falsch, das Gegenteil ist richtig: Er paßt ausgezeichnet zu dieser Partei – immer sowohl dafür als auch dagegen.

(Beifall)

Die „Süddeutsche Zeitung“ – ich mache keine Werbung, aber das ist die Belegstelle; man muß ja genau sein – hat vor der Niedersachsenwahl 50 Gründe aufgezählt, die für Schröder als Kanzlerkandidaten sprechen. Grund Nr. 25: Schröder ist für den Euro. Grund Nr. 26: Schröder ist gegen den Euro.

(Heiterkeit)

Grund Nr. 27: Schröder ist für den Lauschangriff. Grund Nr. 28: Schröder ist gegen den Lauschangriff.

(Heiterkeit und Beifall)

Klatschen Sie nicht zu früh, man könnte die Liste beliebig fortsetzen: für und gegen eine Ausbildungsabgabe, für und gegen verschärfte Zumutbarkeit in der Arbeitslosenversicherung, für und gegen die Absenkung des Spitzensteuersatzes, für und gegen Rentenreform, für und gegen deutsche Einheit, für und gegen, für und gegen.

Die Absicht, die die SPD verfolgt, ist klar. Sie versucht, möglichst wenig Angriffspunkte für die sachliche Auseinandersetzung zu bieten. Die Genossen glauben, ihre Wahlchancen zu optimieren, indem sie eine Art Medieninszenierung machen, die irgendwie modern wirken soll, ohne konkret zu werden, ohne daher bei irgend jemandem anzustoßen oder gar irgend jemandem wehezutun. Dem Thema Wandel oder Veränderung versuchen sie gerecht zu werden, indem sie ein Porträtfoto plakatieren und daneben einen roten Farbklecks. Das ist Zukunft. Und dann muß alles noch richtig ausgeleuchtet werden, und die Musik muß stimmen. Dabei haben Sie sich allerdings fast vergriffen. Erst wollten sie die Titelmelodie aus „Air Force One“ spielen, bis jemandem eingefallen ist, daß Schröder ja gar nicht amerikanischer Präsident werden kann. Und der ist übrigens auch für Helmut Kohl.

(Heiterkeit und Beifall)

In den Redaktionen der großen Zeitungen in Deutschland wird seit dem Parteitag, den sie da in Leipzig hatten, überlegt, ob man zu Schröders Veranstaltungen überhaupt noch die politischen Redakteure schicken soll oder nicht lieber die Theaterkritiker.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber nachdem er jetzt schon in Seifenopern im Vormittagsprogramm im Fernsehen zu sehen ist, wollen die Theaterkritiker mangels Seriosität auch nicht mehr hin.

(Heiterkeit und Beifall)

Man sehe sich das Programm der SPD an: Auf ihrem Parteitag haben sie es in eineinhalb Minuten beraten und verabschiedet. Das ist doch beachtlich. Das ist übrigens exakt die Dauer eines Spots in den Fernsehnachrichtensendungen. Länger kann Schröder sowieso nicht argumentieren, mehr Inhalt hat er nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie versuchen alles offen und unklar zu halten einschließlich der Koalitionsfrage. Dabei steht doch fest, daß es nach dem 27. September nur zwei Möglichkeiten gibt: Entweder hat die Koalition unter Führung von Union und Helmut Kohl wieder die Mehrheit – am liebsten, Helmut, eine große Mehrheit, aber notfalls nehmen wir auch eine kleine Mehrheit; eine kleine Mehrheit ist immer noch besser als eine klare Niederlage –

(Beifall)

oder Rot-Grün mit und ohne PDS hat die Mehrheit, und dann werden sie mit und ohne PDS regieren. Wie war das denn 1994 in Sachsen-Anhalt? Ich gebe zu, ich war einer von denen, die im Juni 1994 vor der Wahl in Sachsen-Anhalt geglaubt haben, die Sozialdemokraten würden nicht vier Jahre nach der Einheit gemeinsame Sache mit den Kommunisten machen. Ich sage Ihnen, ich glaube denen kein Wort mehr.

(Beifall)

Die haben uns vor jeder Wahl angelogen. Ich behaupte, wenn bei der Bundestagswahl 1994 die Koalition nicht ihre knappe Mehrheit errungen hätte, sondern SPD, Grüne und PDS hätten die Mehrheit im Bundestag gehabt, dann hätten wir schon 1994 einen Kanzler in Deutschland bekommen, der mit den Stimmen der PDS gewählt worden wäre. Und genau das müssen wir 1998 verhindern, liebe Freunde.

(Beifall)

Hier geht es um mehr als um das Schicksal eines Bundeslandes im Osten Deutschlands. Das ist ja schon schlimm genug. Es geht auch nicht nur um Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, wo die SPD dasselbe vorhat, es geht in Wahrheit um die Einheit Deutschlands. Denn das, was die SPD da macht, das treibt Ost und West in Deutschland wieder auseinander

(Beifall)

Es geht um das Schicksal unseres Landes. Über 40 Jahre wurden die Menschen im Osten unseres Vaterlandes unterdrückt. Das ist doch wohl wahr. In einer friedlichen Revolution haben sich die Menschen in ihrer großen Mehrheit von dieser Unterdrückung befreit. Warum in aller Welt soll acht Jahre danach die SED unter neuem Namen wieder Einfluß auf Regierungshandeln in Deutschland gewinnen?

(Beifall)

Und Schröder? Er habe abgeraten, wird gesagt. Ja, heißt das, er ist zu schwach, um sich in seiner Partei durchzusetzen? Und sein Müntefering – wenn es um den Humor geht, ist das so eine Art Harald Schmidt in der SPD –, der empfiehlt doch das PDS-Modell schon für Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Die SPD und Schröder machen es wie die Indianer: Wenn die irgendwo auf vorgeschobenen Beobachtungsposten lagen – das habe ich noch bei Karl May gelesen –, dann sind sie immer im Rückwärtsrutschen wieder aus dem Gebüsch hinaus und haben die Spuren verwischt. Genau das macht Schröder: um keinen Preis erkennen lassen, was man eigentlich will.

(Beifall)

Und so kommt die demokratische Auseinandersetzung auf den Hund; denn die lebt doch von klaren Alternativen, vom Wettstreit in der Sache. Und die politische Moral leidet gleich mit; denn die lebt vom ehrlichen Flaggezeigen, von Berechenbarkeit und Verantwortlichkeit. So aber wie die Sozialdemokraten und Schröder pöppelt man Protestverhalten und politischen Radikalismus. Wer darüber dann hinterher Krokodilstränen vergießt, den nenne ich einen Heuchler.

(Beifall)

Unsere Antwort auf den Waschmittel-Wahlkampf der SPD muß sein: Es geht nicht um die gefälligere Inszenierung. Es geht um Inhalte und um die Substanz der Politik. Wir müssen den Wandel gestalten. Das ist anstrengend. Die Demagogen lügen immer die einfache Welt vor und suggerieren die scheinbar einfachen Lösungen. Aber das ist unehrlich. Wir halten dagegen: Die Welt verändert sich. Das schafft Anpassungsdruck. Alles hängt in der globalisierten Welt mit allem zusammen. Die Zusammenhänge sind kompliziert. Man kann den Problemen

nicht ausweichen. Aber wir können uns, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen, eine gute Zukunft für uns und unsere Kinder erschließen.

Unseren Weg und unsere Ziele haben wir in unserem Zukunftsprogramm zusammengefaßt, das Ihnen der Bundesvorstand zur Abstimmung vorlegt. Mark Twain hat einmal gesagt: Vorhersagen sind immer schwierig, insbesondere in bezug auf die Zukunft. Wir wissen auch nicht in allen Einzelheiten, wie die Welt in 10 oder 15 Jahren aussehen wird. Was wir aber in unserem Programm versucht haben, das ist, ein ehrliches Bild von der Gegenwart und von der vorhersehbaren Zukunft zu zeichnen, ein Bild, so wie es die Menschen empfinden, mit all den ungeheuren Veränderungen, die stattfinden, mit all den Chancen, mit all der der Faszination, aber auch mit den Ängsten und Besorgnissen, die das alles bei vielen Menschen auslöst.

Aber nicht nur für junge Menschen haben das Offene an unserer Welt und in unserer Zeit und das Tempo der Veränderungen vor allem Begeisterndes und Faszinierendes. Angst vor der Zukunft ist immer ein schlechter Ratgeber. Herausforderungen annehmen, Chancen nutzen, Zukunft gestalten, ins Offene schreiten – keine Generation vor uns hat jemals so großartige Perspektiven für Handeln und Verantwortung vorgefunden.

Wie wird die Gesellschaft, wie wird die Zukunft nach der Jahrhundertwende aussehen? Wir werden in einer Gesellschaft leben mit sehr viel mehr alten und vergleichsweise viel weniger jungen Menschen. Unser Zusammenleben wird vielfältiger, abwechslungsreicher sein: differenziertere Erwerbsbiographien, flexiblere Arbeits- und Lebensarbeitszeiten, mehr berufliche Mobilität – was ein höheres Maß an Qualifikation und Weiterbildung voraussetzt –, mehr Eigenverantwortung und Selbständigkeit als heute, ein differenzierteres Verhältnis von Familienleben und Berufsleben, Ruhestand und Alter als eigenständiger Lebensphase mit ganz neuen Möglichkeiten.

Natürlich wird eine solche Entwicklung nicht konfliktfrei verlaufen. Eine der ganz großen Fragen wird sein, ob sich unsere Gesellschaft eher in eine individualistische oder eher in eine solidarische Richtung entwickelt. Wird sich unsere Gesellschaft womöglich in Arbeitsplatzbesitzer und Nicht-Arbeitsplatzbesitzer spalten, oder werden uns solidarische Lösungen für das Beschäftigungsproblem gelingen? Wie wird sich in einer Gesellschaft mit immer individuelleren Lebensentwürfen das Verhältnis von Eigenverantwortung zu sozialer Absicherung entwickeln müssen? Wie können wir angesichts des rasanten Wandels den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Ausgleich garantieren? Wie bewahren wir Frieden und Freiheit nach innen und außen? Wie erhalten wir die Schöpfung für die, die nach uns kommen?

Wir sind überzeugt, auf diese Fragen die richtigen Antworten geben zu können. Wir sind bereit, das Tor zur Zukunft mutig aufzustoßen. Die CDU hat eine Vision für Deutschland, eine Vorstellung, welcher Weg unsere Menschen in eine gute Zukunft führt. Wir haben eine Vorstellung davon, wie wir in der Welt von morgen für Arbeit, für Wohlstand, für Sicherheit, für Frieden und Freiheit sorgen. Und wir verwirklichen diese Vorstellung Schritt für Schritt.

Unser Weg ist richtig, denn wir sind damit erfolgreich: Der Aufschwung kommt. Deutschland wird in diesem Jahr unter den westlichen Industriestaaten eine der höchsten Wachstumsraten erzielen - das bei völliger Preisstabilität und historisch niedrigen Zinsen. Der Export brummt mit zweistelligen Zuwachsraten. Auch die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern steigt.

Der Maschinenbau zum Beispiel meldete für den März 25 Prozent plus bei den Inlandsaufträgen. Das alles scheint mir weniger ein Zeichen extremer Standortchwäche zu sein wie auch die Tatsache, daß mehr und mehr Unternehmen, die Deutschland vor Jahr und Tag den Rücken kehrten, ihre Produktion wieder aus dem Ausland zurückverlagern. Übrigens kommen sie eher nach Baden-Württemberg oder Bayern als nach Niedersachsen oder an die Saar.

(Beifall)

Und was ich besonders ermutigend finde: Auch wichtige Branchen in den neuen Bundesländern wachsen mit zum Teil zweistelligen Zuwachsraten.

Die beste Nachricht ist, daß der Aufschwung endlich auch den Arbeitsmarkt erreicht hat, auch den Arbeitsmarkt im Osten. 200.000 Arbeitslose weniger im April in ganz Deutschland, der stärkste Rückgang seit der Wiedervereinigung. 470.000 offene Stellen, fast 30 Prozent mehr als im Vorjahr und mit einer besonders kräftigen Zunahme in den neuen Ländern.

Daß der Aufschwung kommt, haben inzwischen auch die Sozialdemokraten gemerkt. Schon vor drei Wochen stand das in einer Anzeige von Schröder zu lesen. Sie sind freilich der Meinung, der Aufschwung finde statt, weil die Menschen damit rechnen, daß die SPD im September die Wahl gewinnt. Aber damit kriegt Schröder noch nicht einmal in seiner Seifenoper einen Lacherfolg. Die Sozialdemokraten haben doch alles getan, um den Aufschwung aus kleinlichen parteitaktischen Motiven zu verhindern

(Beifall)

Nein, liebe Freunde, der Aufschwung kommt, weil wir die richtigen Entscheidungen gegen die rotgrünen Blockierer durchgesetzt haben und weil die Menschen begriffen haben, daß Anstrengungen und Veränderungsbereitschaft der bessere Weg für eine gute Zukunft sind.

Trotz aller Erfolge gilt: Wir weichen der Realität und der Kompliziertheit der Zusammenhänge nicht aus und reden nicht darüber hinweg. Das ist das Anstrengende in unserem Programm. Die Menschen in unserem Land sind sich über die Realitäten durchaus im klaren. Sie wissen, daß der ewige Friede nicht ausgebrochen ist; sie wissen, daß wir nicht im Schlaraffenland leben. Die Menschen wissen auch: Die Veränderungen sind unvermeidlich. Es hat keinen Zweck, sich nach einer falschen Sicherheit zu sehnen, die nur rückwärts gewandt ist, aber nicht hilft, die Zukunft zu gewinnen. Wer behauptet, das Rad zurückdrehen zu können, wie das die Sozialdemokraten tun, der streut den Menschen Sand in die Augen; der betrügt sie um ihre Zukunft.

(Beifall)

In einer solchen Zeit vielfältigen Wandels wächst das Bedürfnis nach Orientierung. Orientierung kann es nur auf der Grundlage eines allgemeinverbindlichen Kanons grundlegender Werte und Ziele geben. Dieser Wertekonsens muß in einer freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft immer neu bekräftigt werden. Wir wollen eine Gesellschaft des sozialen Miteinanders, nicht des egozentrischen Nebeneinanders. Nicht Selbstverwirklichung um jeden Preis, nicht schrankenloser Individualismus sind das Maß. Entscheidend sind die gemein-

schaftsstiftenden und gemeinschaftserhaltenden Werte wie Verantwortungsbereitschaft, Gemeinsinn, Nächstenliebe. Ohne sie verkommt jede Freiheit.

(Beifall)

Wer bereit ist, diese Werthaltungen vorzuleben, wer bereit ist, Verantwortung für andere zu übernehmen, den wollen wir ermutigen und unterstützen. Viele Menschen, gerade auch junge Menschen, sind bereit zu helfen, sind bereit, mitzumachen und sich zu engagieren. Wir wollen dazu Anstöße geben, ihnen Ziele zeigen, die den Einsatz lohnen. Wir wollen die dynamischen Kräfte in unserer Gesellschaft stärken. Nur mit Leistungsbereitschaft, mit Fleiß und Disziplin – die andere als „Sekundärtugenden“ verspottet haben – ist Deutschlands Wohlstand geschaffen worden. Nur mit diesen Tugenden werden wir diesen Wohlstand auch in der Zukunft erhalten können.

(Beifall)

Die Tugenden und Werte müssen immer auch vermittelt werden. Das heißt: Erziehung, die in der Schule nicht zu kurz kommen darf. Werte als Grundlage für das Zusammenleben mit anderen, Freiheit und Rücksichtnahme, Solidarität zwischen den Generationen – das heißt zuerst und vor allem Familie, die auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen die Lebensgemeinschaft der Zukunft bleibt.

(Beifall)

Politik kann den Menschen die Verantwortung für sich und für den Nächsten nicht abnehmen; aber sie kann für Freiheit, für soziale Gerechtigkeit, für Zuwendung Weichen stellen.

Gemeinsame Werte sind für uns Christliche Demokraten der Kompaß, mit dem wir in einer Zeit der Umbrüche und Veränderungen Kurs halten können. Auch in unserer sich so rasch wandelnden Welt kann es gelingen, unsere Zukunft im Einklang mit unseren Leitbildern, mit unseren Werten und Überzeugungen zu formen. Weil unser Fundament fest ist, sind wir offen für die Zukunft. Und so, liebe Freunde, gilt unser Ziel: die modernste Gesellschaft Europas.

Wirtschaftliches Wachstum und in der Folge mehr Beschäftigung hat für unsere Politik Vorrang. Mehr Wachstum erreichen wir in einer globalisierten Wirtschaft nur, wenn wir international wettbewerbsfähig bleiben. Deshalb steht Wettbewerbsfähigkeit am Anfang unseres Programms.

Wer heute im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte die Nase vorn behalten will, der muß Investoren – inländischen wie ausländischen – attraktive Bedingungen anbieten können. Das ist nun einmal so. Und dazu gehören zunächst und vor allem die steuerlichen Rahmenbedingungen. Deshalb haben wir die investitionsfeindlichen Substanzsteuern beseitigt, und deshalb ist die linke Blockade der Reform von Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer verantwortungslos und schädlich für unser Land.

(Beifall)

Steuersätze senken, Ausnahmen beseitigen, das Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern korrigieren und eine Nettoentlastung von 30 Milliarden DM – das war, das ist und das bleibt das Ziel der Steuerpolitik der Koalition.

15 Prozent Eingangsteuersatz und 39 Prozent Spitzensteuersatz: Unser Steuerkonzept ist konkurrenzlos richtig. Wir stellen es mit der Bundestagswahl am 27. September zur Abstimmung.

(Beifall)

Unsere Wähler sollen wissen: Mit ihrer Stimme für die Union stimmen sie am 27. September zugleich für die große Steuerreform, für niedrigere Steuern, für ein gerechteres Steuersystem.

Die SPD hat dem nichts entgegenzusetzen. Der von ihr vorgeschlagene Eingangssteuersatz von 20 Prozent ist zu hoch; denn so entsteht nicht genügend Anreiz, sich bezahlte Arbeit zu suchen. Und beim Spitzensteuersatz weiß längst kein Mensch mehr, was die SPD nun eigentlich will – jeder Tag ein anderer Satz. Herr Clement in Nordrhein-Westfalen hat es fertiggebracht, in einer einzigen Woche drei verschiedene Sätze vorzuschlagen, mal 43 Prozent, mal 45 Prozent, mal 49 Prozent. Liebe Freunde, sicher ist nur eines: So gewinnt die SPD keine Kompetenz und kein Vertrauen – beim Wähler nicht und bei den Investoren schon gar nicht.

(Beifall)

Wettbewerbsfähigkeit ist nicht nur eine Frage des Steuerrechts. Wenn wir uns im Wettbewerb um Innovation und technologische Spitzenleistungen weiter behaupten wollen, dann müssen wir auf die Qualifikation unserer Arbeitskräfte in Deutschland setzen – auf die des Facharbeiters ebenso wie auf die des Diplom-Ingenieurs. Das setzt zum Beispiel voraus, daß wir die duale Berufsausbildung, um die uns doch die ganze Welt beneidet, leistungsfähig halten. Deshalb lehnen wir Ausbildungsplatzabgaben und Verstaatlichung ab.

(Beifall)

Wir haben doch eher zuviel Abgaben und Bürokratie in Deutschland. Deshalb taugen die Denkansätze der Linken, die immer noch mehr Bürokratie und noch mehr Abgaben wollen, nicht.

(Beifall)

Anpassungsfähigkeit heißt auch, rechtzeitig modernisierte Berufsbilder zu entwickeln, die der geänderten Nachfrage insbesondere nach hochqualifizierten Dienstleistungen Rechnung tragen.

Unsere Hochschulen dürfen in Forschung und Lehre denen anderer Länder in nichts nachstehen. Erreichen können wir dies nur, wenn wir durch mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen für mehr Effizienz und Leistungsorientierung sorgen. Schon wieder müssen wir in der kommenden Woche den Einspruch der linken Bundesratsmehrheit gegen die Reform des Hochschulrahmengesetzes mit der Kanzlermehrheit zurückweisen. Aber wir werden es, wie jedes Mal in dieser Legislaturperiode, schaffen.

(Beifall)

Es ist schon einige Zeit her, liebe Freunde, aber unser Bildungssystem galt einmal weltweit als vorbildlich. Dem Reformeifer linker Bildungsideologen haben wir es zu verdanken, daß das heute nur noch eingeschränkt gilt. Damit muß endlich Schluß sein.

(Beifall)

Die Defizite unseres Bildungswesens dürfen nicht länger die Berufs- und Lebenschancen junger Menschen schmälern.

Die Förderung von Schlüsseltechnologien behält für uns Vorrang. Informations- und Kommunikationstechnologie, moderne Umwelt- und Verkehrstechnik, Biotechnik – das sind die Grundlagen für zukünftiges Wachstum und neue Beschäftigungschancen. Weil das so ist, können wir uns die rot-grüne Technikverweigerung nicht leisten. Aufgeschlossenheit, Phantasie, Erfindungsreichtum – das ist es, was wir brauchen, um uns in der Welt von morgen behaupten zu können. Wir brauchen Existenzgründer mit Wagemut und Ideen für neue Märkte und neue Arbeitsplätze. Deshalb brauchen wir den Mittelstand,

(Zustimmung)

auch in einer Zeit, in der Fusionen von sogenannten global players Schlagzeilen machen. Übrigens, täuschen wir uns nicht: Wenn die Menschen lesen, daß Daimler und Chrysler fusionieren – wobei noch der badische Teil des Firmennamens von Daimler Benz auf der Strecke bleibt, was für die Badener besonders schmerzlich ist, nicht wahr, Herr Ministerpräsident –,

(Zustimmung)

dann finden die Menschen, das ist ein toller Triumph der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie. Aber die Menschen fragen sich auch: Was bedeutet das alles? Was steckt dahinter? Wieviel Handlungs- und Gestaltungsspielraum bleibt dann noch für nationale Politik, wenn sich die global players weltweit zusammenschließen? – Gerade deswegen müssen wir darauf Antwort geben.

Ich sage: Auch in einer solchen Zeit bleibt ein breit gefächerter Mittelstand Rückgrat und Motor wirtschaftlicher Dynamik.

(Beifall)

Wenn sich der Wettbewerb in der globalisierten Wirtschaft nicht selbst zerstören soll, dann muß Raum für viele kleine und mittlere Unternehmen in Handwerk, Handel, Dienstleistungen aller Art bleiben. Ihnen vor allem gilt unsere Politik von Steuersenkungen, Begrenzung von Lohn- und Lohnzusatzkosten, Deregulierungen im Arbeitsrecht und Bürokratieabbau. Wer mehr Arbeitsplätze will, liebe Freunde, braucht mehr Arbeitgeber. Anders geht es nicht.

(Beifall)

Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist auf eine moderne Verkehrsinfrastruktur entscheidend angewiesen. Das ist ja klar: Wenn wir höhere Lohn- und Lohnzusatzkosten haben, dann müssen wir besser sein. Dazu brauchen wir eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Gerade für den Standort Deutschland, mitten in Europa gelegen, ist die Qualität und Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems von vitaler Bedeutung. Deswegen Bahn- und Postreform. Das ist den Menschen nicht leichtgefallen. Wir haben die großen Leistungen der Mitarbeiter von Bahn und Post nicht geringgeschätzt. Trotzdem mußten im Interesse unserer Zukunftschancen die Bahn- und die Postreform sein. Deswegen Deregulierung

der Energiemärkte! Wir kommen voran. In den jungen Bundesländern, in denen bis 1989 doch mehr abgehört als telefoniert wurde, haben wir inzwischen das modernste Telefonnetz Europas.

(Beifall)

In Deutschland haben wir die meisten ISDN-Anschlüsse weltweit. Aber wenn wir mit der Magnetschwebbahntechnik neue Märkte erschließen wollen, dann müssen wir den Transrapid eben auch in Deutschland bauen - und nicht wie Rot-Grün blockieren wollen.

(Beifall)

Ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil für Deutschland ist das insgesamt – bei uns besser als in anderen Ländern – ausgewogene Verhältnis zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichem Raum. Das ist für die regionale Wirtschaftskraft ebenso wichtig wie für die Wohnqualität in Stadt und Land. Ohne eine lebensfähige Landwirtschaft ist diese ausgewogene Struktur nicht zu erhalten. Das ist nicht das schlechteste Argument, warum wir unsere Landwirtschaft auch in Zukunft weiter nach Kräften fördern werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, Umweltschutz und Energieeinsparung bleiben für uns auf der Tagesordnung, auch wenn die Grünen dazu dummes Zeug reden. Die wollen jetzt eine stinknormale Partei werden, aber mir liegt die Betonung inzwischen ein bißchen zu arg auf der ersten Silbe.

(Beifall)

Wer Umwelt gegen Arbeitsplätze ausspielt, der hat – so steht es in unserem Programm-entwurf – schon verspielt. Deshalb ist die Aufgabe nicht im nationalen Alleingang zu lösen, sondern nur im europäischen Rahmen; aber da muß sie dann auch gelöst werden.

(Beifall)

Wettbewerbsfähig kann im übrigen nur sein, wer es vermag, sich veränderten Bedingungen frühzeitig und flexibel anzupassen. Dazu sind kleine Einheiten in Wirtschaft und Gesellschaft besser imstande als bürokratische Großorganisationen. Gerade in einer so kompliziert gewordenen Welt mit so vielschichtigen und differenzierten Problemlagen finden kleine Einheiten, die unmittelbar Kontakt haben, leichter die angemessenen Lösungen. Große Bürokratien sind selten kreativ, und sie sind nur mühsam für Probleme und für Problemlösungen verantwortlich zu machen, haben meist auch nicht den notwendigen unmittelbaren Zugriff.

Der bürokratische Zentralismus hat sich überlebt. Das gilt auf allen Ebenen von Staat, Wirtschaft und Verbänden, auf nationalstaatlicher Ebene genauso wie auf europäischer Ebene. Die Zukunft gehört den dezentralen Lösungen. Deshalb wollen wir die Kompetenzen der unteren Einheiten stärken und ihnen mehr Verantwortung übertragen. Das entspricht dem Subsidiaritätsgedanken.

(Beifall)

Wir haben Vertrauen in die Menschen, nicht in die Apparate. Wir setzen auf Deregulierung und Entbürokratisierung, auf Eigenverantwortung, auf Wettbewerb, auf Regionalisierung von Zuständigkeit und Verantwortung.

Deshalb ist es nur konsequent, wenn wir uns in unserem Programm als eine der Schlüsselaufgaben für die nächste Legislaturperiode eine grundlegende Reform unseres föderalen Systems vorgenommen haben. Unsere föderale Ordnung hat sich in fünf Jahrzehnten hervorragend bewährt. Gerade in einem Europa, das sich stärker auf die Ebene der Regionen als auf die der Nationalstaaten stützen soll, das stärker dezentral gegliedert sein muß, könnte unsere föderale Ordnung so etwas wie ein staatsrechtlicher Exportschlager werden. Dennoch besteht Reformbedarf.

Wettbewerb stärkt Verantwortlichkeit, und Verantwortlichkeit ist ein Grundprinzip für jede funktionierende Demokratie. Heute sind die Verantwortlichkeiten der einzelnen Länder untereinander und im Verhältnis zum Bund oft zu wenig klar unterscheidbar. Im Zweifel versteckt sich der eine hinter dem anderen. Die Kultusministerkonferenz ist dafür ein wunderbares Beispiel.

(Beifall)

Also brauchen wir mehr Möglichkeiten zu eigenverantwortlicher Gestaltung, was die Kompetenzen angeht ebenso wie im Hinblick auf die finanziellen Mittel. Für den Bürger muß der Zusammenhang zwischen Steuerlast und staatlicher Aufgabenerfüllung wieder deutlicher sichtbar werden. Nur wenn dieser Zusammenhang leichter erkennbar ist, hat die Öffentlichkeit ausreichend Kontrolle über die zweckmäßige und sparsame Verwendung öffentlicher Mittel.

Nur so wird es übrigens bei Landtagswahlen auch nicht mehr möglich sein, daß einer mit der schlechtesten Leistungsbilanz wie Schröder in Niedersachsen in seiner Landtagswahl davon total ablenken kann. Das ist ja gegen das demokratische Prinzip.

(Beifall)

Und es ist doch nicht in Ordnung, daß bei der Wahl in Sachsen-Anhalt die Frage, warum Sachsen-Anhalt unter dem PDS-Tolerierungsmodell mit diesem Herrn Höppner in diesen vier Jahren eine viel schlechtere Entwicklung als in den vier Jahren zuvor genommen hat, keine Rolle gespielt hat und daß es den Linken gelungen ist, für alle Probleme die Verantwortung nach Bonn zu schieben. Nein, jeder muß für das, wofür er zuständig ist, auch die Verantwortung tragen, sonst funktioniert die Demokratie nicht.

(Beifall)

So, wie der Länderfinanzausgleich gegenwärtig ausgestaltet ist, bestraft er im Ergebnis Länder, die erfolgreich Ansiedlungspolitik betreiben, und solche, die ihre Mittel sparsam einsetzen. Denn die dadurch erzielten Überschüsse werden fast vollständig umverteilt. Wer nichts tut, profitiert von den anderen. Eine sparsame Haushaltspolitik und eine ansiedlungsorientierte Wirtschaftspolitik muß sich aber für das jeweilige Land zukünftig wieder mehr ohnen – ohne daß der Länderfinanzausgleich deshalb seinen guten Sinn verlieren muß, was den Ausgleich von Strukturnachteilen zwischen den Ländern anbetrifft.

Eine föderale Ordnung soll Vielfalt und Unterschiedlichkeit zur Geltung bringen. In einer föderalen Ordnung kann es deshalb niemals um die Gleichheit aller Lebensverhältnisse gehen, sondern immer nur um Gleichwertigkeit und Chancengerechtigkeit.

(Zustimmung)

Ein gewisses Maß an Ungleichheit ist unvermeidbar. Wenn man genau darüber nachdenkt, ist es sogar erwünscht. Es kommt nur darauf an, diese Ungleichheit für mehr gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik fruchtbar zu machen. Wettbewerb belebt das Geschäft.

(Beifall)

Wir finden uns, liebe Freunde, mit der hohen Arbeitslosigkeit nicht ab. Arbeit, das ist für die Menschen mehr als nur Broterwerb. Arbeit bedeutet soziale Kontakte, soziale Anerkennung, ist Quelle von Selbstwertgefühl. Wenn arbeitswillige Menschen keine Arbeitsgelegenheit finden, wenn sie glauben müssen, nicht gebraucht zu werden, abgekoppelt zu sein von der Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung und von Kommunikation, dann ist das heute in Deutschland die größte soziale Ungerechtigkeit. Deshalb steht für uns Arbeitslosigkeit im Zentrum der sozialen Frage, oder, wie die Freunde von der CDA gesagt haben: Es ist sozial, was Beschäftigung schafft.

(Beifall)

Es ist ja nicht wahr, daß uns die Arbeit ausgeht. Arbeit ist in Deutschland vorhanden. Den Arbeitsämtern sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres über 1,2 Millionen offene Stellen neu gemeldet worden. Trotz 4,4 Millionen Arbeitslosen können die Arbeitsämter noch immer 470 000 offene Stellen anbieten. Da fragt sich der Bürger natürlich: Warum werden sie nicht und nicht viel schneller besetzt? Und warum können wir ohne ausländische Helfer kaum noch die Ernte einbringen und unsere Hotels und Gaststätten ohne ausländische Unternehmer und Mitarbeiter nicht betreiben?

Das, liebe Freunde, hat viel mit mangelnder Qualifikation und mangelnder Flexibilität zu tun. Es hat auch mit Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Arbeit ist in Deutschland genug vorhanden, aber Nachfrage nicht zu den Bedingungen, zu denen Arbeit bei uns zu regulären Preisen angeboten wird. Arbeit muß bezahlbar bleiben.

(Beifall)

Deshalb ist die moderate Lohnpolitik, die die Tarifpartner seit geraumer Zeit verfolgen, alternativlos richtig. Wer jetzt – wie Lafontaine – glaubt, das Ende der Bescheidenheit fordern zu müssen und einläuten zu können – oder wie die gedankenlosen Parolen lauten –, der veründigt sich an den Arbeitssuchenden in unserem Land.

(Beifall)

Ich glaube, wir müssen nicht das Ende der Bescheidenheit, sondern eher das Ende sozialistischer Großmannssucht verkünden.

Wir haben in Deutschland ein großes, ein nicht ausgeschöpftes Potential an Arbeit, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Wir werden dieses Potential – es handelt sich nach

Schätzungen ja immerhin um bis zu fünf Millionen Arbeitsplätze – nur mit mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, auch in der Entgeltstruktur, erschließen können. Das fordert die Tarifpartner, und wir haben die Rahmenbedingungen verbessert – im Arbeitsrecht wie bei den Lohnzusatzkosten. Die Krankenkassenbeiträge steigen nicht mehr, und die Renten bleiben sicher – bei wirtschaftlich verkräftbarer Beitragsbelastung. Die SPD will das alles rückgängig machen. Das ist übrigens das einzige Konkrete ihrer Aussagen: Vorwärts, Genossen, es geht zurück!

(Beifall)

Wenn in bestimmten Bereichen Löhne, die im Ergebnis über unserem Sozialhilfeniveau liegen, nicht gezahlt werden können – das ist z.B. in der Landwirtschaft so –, dann brauchen wir eine bessere Verzahnung von Arbeitseinkommen mit staatlichen Leistungen wie Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, eine Art Kombilohn.

(Beifall)

Unser Problem ist weniger, daß die Menschen nicht auch auf einfachen Arbeitsplätzen arbeiten wollen. Unser Problem ist: Es lohnt sich einfach zuwenig. Deshalb müssen wir unsere staatlichen Leistungen so gestalten, daß jeder, der arbeitet, mehr verdient, als wenn er nicht arbeitet.

(Beifall)

Aber natürlich muß umgekehrt dann auch weniger bekommen, wer zumutbare Arbeit verweigert. Deshalb sollte die SPD die Sozialhilfereform nicht länger im Bundesrat blockieren.

(Beifall)

Wir wollen – wir müssen – in den neuen Ländern mehr Beschäftigung erreichen. Die Voraussetzungen dafür sind gut, der dramatische Beschäftigungsabbau ist überwunden. Es geht aufwärts, langsam zwar, aber stetig. Die Menschen in den neuen Ländern mußten dafür einen Anpassungsprozeß bewältigen, der seinesgleichen sucht, der ihre Belastbarkeit auf die denkbar härteste Probe gestellt hat. Nur jeder vierte Arbeitnehmer im Osten ist heute noch auf seinem alten Arbeitsplatz beschäftigt. Können wir im Westen uns überhaupt vorstellen, was das bedeutet, liebe Freunde?

Die Menschen in den neuen Ländern haben sich durch die vielen Umbrüche und Veränderungen nicht entmutigen lassen. Sie haben Großes geleistet in den Jahren seit der Wiedervereinigung. Ich finde, wir können stolz auf sie sein, und wir im Westen sollten ihrer Leistung jeden Respekt zollen.

(Beifall)

Ich sage ganz einfach: Ein Land, das solche Menschen hat, hat Zukunft.

(Vereinzelt Beifall)

Wir im Westen haben solidarisch geholfen beim Aufbau Ost. Für die meisten von uns war das selbstverständlich, ein Gebot nationaler Solidarität – so wie die Soldaten unserer Bundeswehr

im vergangenen Sommer im Oderbruch auf großartige Weise Solidarität bewiesen haben. Wir lassen uns in dieser Solidarität auch nicht irremachen, schon gar nicht von ein paar Stadtverordneten von SPD und PDS, die ihren Helfern noch nicht einmal eine Gelöbnisfeier ausrichten wollten.

(Beifall)

Das Gefühl für nationale Solidariät, für nationalen Zusammenhalt, liebe Freunde, das ist uns Deutschen auch nach Jahrzehnten der Teilung nicht verlorengegangen. Das haben wir am Tag der Maueröffnung ebenso gespürt wie am 3. Oktober 1990. Die gemeinsame nationale Identität war stärker als alle Ideologie. Auch die sowjetische Vormacht hat das am Schluß einsehen müssen. Nationale Identität aber – das müssen wir, so glaube ich, auch für die Zukunft beherzigen –, gemeinsame nationale Identität kann sich nicht nur auf kritische Distanz gründen, auf kritische Distanz zur eigenen Geschichte, so notwendig kritische Distanz gerade angesichts der jüngeren deutschen Geschichte auch ist. Gerade eine freiheitliche Demokratie ist auf Identifikation, ist auf den Patriotismus, auf die Vaterlandsliebe ihrer Bürger angewiesen. Auch am Ende dieses Jahrhunderts bleibt mir unerfindlich, warum ein Deutscher sein Vaterland nicht genauso lieben soll wie ein Franzose oder ein Italiener.

(Starker Beifall)

Die SPD, liebe Freunde, ist zu alledem unfähig. Die SPD hat zu keinem Zeitpunkt Solidarität mit unseren Landsleuten im Osten aufgebracht. Sie hat die Menschen immer nur auseinandergetrieben. Durch die Zusammenarbeit mit der PDS wird das noch schlimmer, wie Heinrich August Winkler, Sozialdemokrat und Historiker, der sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung besonders beschäftigt, am Samstag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben hat:

Ein neuer Sonderweg, der ins Abseits führt und dazu beiträgt, die Spaltung Deutschlands in zwei politische Kulturen zu vertiefen.

Und weiter:

Die PDS ist der Gralshüter staatssozialistischer Traditionen. Jedes Bündnis mit ihr ist ein Anschlag auf die Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Erneuerungswillens.

(Beifall)

Liebe Freunde! Wenn das ein sozialdemokratischer Historiker schreibt, der sein wissenschaftliches Leben im wesentlichen der Geschichte der Arbeiterbewegung widmet, dann, finde ich, sollte die SPD es ernst nehmen. Das ist nicht neue Mitte, das ist alte Linke.

(Beifall)

Dann betreiben sie die Spaltung auch noch in der umgekehrten Richtung: Schröder hat noch vor wenigen Tagen erklärt, es werde noch lange dauern, bis sich Ost und West – ich zitiere – „tatsächlich auf Augenhöhe begegnen, sozial, ökonomisch und menschlich“. Lassen wir einmal das Soziale und Ökonomische beiseite – was heißt es denn, sich menschlich auf

Augenhöhe zu begegnen, und wer ist denn da wohl wem überlegen? Das ist eine so erbärmliche Ausdrucksweise, perfide dazu, das verrät letztlich Menschenverachtung.

(Starker Beifall)

Liebe Freunde! Wir bleiben die Partei der Einheit. Wir haben Respekt vor unterschiedlichen Lebenswegen und Erfahrungen. Wir wissen, wieviel noch zu tun bleibt, und wir sind auch stolz auf das, was die Menschen in Ost und West vor und nach der Wende an Einheit in Frieden und Freiheit zustande gebracht haben.

Deutschland liegt nicht mehr zweigeteilt im Schatten des Eisernen Vorhangs. Das geeinte Deutschland liegt heute in der Mitte des sich vereinigenden Europas. Wir sind das Bindeglied zwischen Ost und West in Europa. Wir haben mehr Nachbarn als jedes andere Land in Europa. Wir sind daher von allem, was sich in Europa ereignet, im Guten wie im Schlechten, immer unmittelbar mitbetroffen, stärker betroffen als jeder unserer Nachbarn. Deshalb haben wir Deutsche ein überragendes Interesse an der Stabilität in Europa, Stabilität, wie sie sich nur aus europäischer Einigung und Integration ergeben kann. Deshalb ist der Fortgang der europäischen Einigung für uns die beste Zukunftsoption. Weil das so ist, weil wir wissen, daß wir mit unseren europäischen Nachbarn in einer Schicksals- und Verantwortungsgemeinschaft verbunden sind, war das Zustandekommen der Wirtschafts- und Währungsunion für uns von so entscheidender Bedeutung; denn die Währungsunion ist eine starke Klammer für das europäische Einigungswerk.

(Beifall)

In Brüssel, liebe Freunde, ist eine historische Entscheidung getroffen worden. Elf souveräne europäische Staaten haben sich aus freien Stücken auf eine gemeinsame Währung geeinigt. Diese gemeinsame Währung steht für Stabilität nach innen und gibt Europa mehr Gewicht nach außen. Der europäische Binnenmarkt wird mit dieser gemeinsamen Währung besser funktionieren, und deshalb wird der Euro dazu beitragen, daß wir mittelfristig mehr Arbeitsplätze und weniger Arbeitslosigkeit bekommen.

Es wird eine stabile Währung sein. Geldstabilität – das wissen wir – ist die wichtigste Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, denn Inflation bedeutet immer Ausbeutung der sozial Schwachen. Die Preissteigerungsraten bewegen sich heute überall in Europa bei einem historischen Tiefstand. Ich erinnere daran - das öffentliche Gedächtnis ist ja kurz -: Solange die SPD in diesem Land regiert hat, lagen die Inflationsraten zwischen 5 und 8 Prozent jährlich, heute liegen sie bei unter 1,5 Prozent.

(Beifall)

Das hindert die Sozialdemokraten nicht daran, weiter Ängste und Besorgnisse vor dem Euro zu schüren. Schröder hat den Euro in der für ihn offenbar typischen Weise als „kränkelnde Frühgeburt“ bezeichnet und das Gespenst steigender Arbeitslosigkeit an die Wand gemalt. Aber wer zu einem solchen Jahrhundertvorhaben keine klare Haltung bezieht und die Menschen nur ängstigt und verunsichert, der beweist letztlich, daß er nicht geeignet ist, Regierungsverantwortung für unser Land zu übernehmen.

(Beifall)

Politik, liebe Freunde, und das gilt in Europa, bei der europäischen Einigung in besonderer Weise, ist das geduldige Bohren dicker Bretter mit Leidenschaft und Augenmaß. Helmut Kohl handelt nach dieser Devise. Er hat mit seinem Ansehen und mit seiner Erfahrung dafür gesorgt und durchgesetzt, daß der Euro als starker Euro kommt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Bill Clinton, hat in der vergangenen Woche in seiner beeindruckenden Rede im Berliner Schauspielhaus die Vision und die entschlossene Führungsrolle von Bundeskanzler Helmut Kohl gewürdigt. Er hat, an Helmut Kohl gerichtet, erklärt: „Auch wenn viele Deutsche das Ergebnis noch nicht kennen und vielleicht noch nicht die Vorteile Ihres weitblickenden, mutigen Kurses spüren, stehen Sie ganz klar auf der richtigen Seite der Geschichte. Amerika honoriert Ihre Vision und Ihre Leistungen, und wir sind stolz darauf, Seite an Seite mit Ihnen in das neue Jahrtausend zu gehen.“ Liebe Freunde, dem habe ich nichts hinzuzufügen.

(Anhaltender Beifall)

Die gemeinsame europäische Währung, liebe Freunde, ist der bessere Weg, um Sicherheit, Wohlstand, Stabilität und soziale Gerechtigkeit in Europa zu gewährleisten. Deshalb bleibt die europäische Einigung unser Weg, um die Interessen des vereinten Deutschlands an der Schwelle zum kommenden Jahrhundert so gut wie irgend möglich wahrzunehmen. Mit Helmut Kohl können wir das besser als mit Herrn Schröder.

(Beifall)

Wenn wir uns Wohlstand und soziale Sicherheit in einer sich rasch verändernden Welt erhalten wollen, dann werden wir uns weiter anstrengen müssen. Veränderungen sind immer anstrengend. Anstrengung fällt uns nach Jahrzehnten der scheinbar mühelosen Zuwächse nicht leicht. Aber zur menschlichen Existenz gehört Anstrengung, und Stillstand bedeutet Rückschritt.

Es gilt aber auch das andere: Daß man Wandel mit Stabilität verbinden muß, damit der Wandel gelingen kann. Es gilt beides: Wandel und Vertrauen. Wer nur das eine hat und das andere nicht, wird beides nicht erreichen. Deswegen sind die Fragen der inneren Sicherheit so wichtig. Wer den Zusammenhang von Recht und Freiheit, von Stabilität und Toleranz nicht begreift, der wird keine Rahmenbedingungen für eine Zukunft von Menschenwürde, Offenheit und sozialer Gerechtigkeit schaffen. Ich glaube, daß die Union stärker als jede andere Kraft in Deutschland in der Lage ist, den Wandel zu gestalten und unser Land vorzubringen, weil wir beides verbinden: Reformbereitschaft und Verlässlichkeit. Beides zusammen verkörpern wir am besten in der Person von Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir lassen uns nicht in den Wettlauf darum drängen, wer die Ängste der Menschen am lautesten formulieren kann. Wir lassen uns keinen Wettbewerb in Verbalradikalismus aufdrängen. Das stärkt nur die Extremisten. Ängste ernst nehmen, ja. Aber wir müssen den Menschen auch die Ängste nehmen. Umgekehrt werden wir die Rolle des billigen Jakobsanderers überlassen. Mit uns ist es nicht so bequem, es war die letzten vier Jahre nicht immer bequem, auch nicht die letzten acht Jahre. Aber wir bieten den verlässlicheren Weg, den besseren Weg in die Zukunft.

Wir müssen die Menschen vom Wert der Toleranz, der Mäßigung überzeugen. Mäßigung auch im Sinne von Kompromiß und Konsens im politischen Meinungsstreit, im Ausgleich der Interessenstandpunkte. Integration zur Mitte – das ist entscheidend im Kampf gegen den Extremismus; niemals mit Extremisten gemeinsame Sache machen, egal ob von rechts oder von links.

(Beifall)

Die Rechtsextremen sind so schlimm wie die Linksextremen, und umgekehrt gilt das auch. Sie unterscheiden sich kaum, und wer anfängt, mit den einen gemeinsame Sache zu machen, der hat die Legitimation zur Bekämpfung der anderen schon verspielt. Mir bleibt völlig unverständlich, wie die Sozialdemokraten glauben konnten, man könne mit den Kommunisten von der PDS zusammenarbeiten, ohne dadurch den Rechtsextremismus zu fördern. Extreme verhalten sich – das wissen wir seit Weimar – wie kommunizierende Röhren. Es ist schon eine Unverfrorenheit sondergleichen, daß uns Herr Höppner in Sachsen-Anhalt einspannen wollte, um unter dem Alibi, die DVU bekämpfen zu wollen, in Wahrheit die PDS salonfähig zu machen.

(Beifall)

Gemeinsam mit der PDS die DVU bekämpfen - das hieße nun wirklich, den Bock zum Gärtner zu machen. Unsere Freunde in Sachsen-Anhalt haben darauf die einzig richtige Antwort gegeben.

(Beifall)

Noch einmal, liebe Freunde: Nur eine Volkspartei der Mitte, die zur Mitte hin integriert, die wirtschaftliche Effizienz mit sozialem Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit ökologischer Nachhaltigkeit, Freiheit mit Sicherheit, Toleranz mit Rechtsstaatlichkeit und nationale Solidarität mit europäischer Integration verbindet, hat die notwendige Kraft, um Zukunft zu gestalten. Deswegen ist die Union die bessere Partei für die Zukunft.

(Beifall)

Worum geht es bei der Bundestagswahl am 27. September? Es geht um die Frage, ob wir Deutschen die Herausforderungen annehmen, vor die wir gestellt sind, ob wir diese Herausforderungen meistern und uns damit eine gute Zukunft sichern oder ob wir den Herausforderungen auszuweichen versuchen, uns freiwillig auf den Weg in die Zweit- oder Drittklassigkeit begeben und die gestaltende Rolle anderen überlassen. Aufschwung oder Abstieg, Fortschritt oder Stagnation, Stabilität oder Unsicherheit, Weltoffenheit oder Isolation, Zukunftsfähigkeit oder Zukunftsverweigerung – das sind die klaren Alternativen am 27. September.

(Beifall)

Wenn man es beim Fahrradfahren – Scharping müßte das eigentlich wissen – bequem haben will, dann fährt man bergab. In diese Richtung geht es mit Rotgrün und PDS. Bei uns ist es anstrengender, bei uns muß man schon in die Pedale treten. Dafür geht es bergauf.

(Beifall)

Die CDU Deutschlands steht für Verlässlichkeit ebenso wie für Innovation, für Kompetenz ebenso wie für Kreativität. Wir sind die Partei der wirtschaftlichen Reformen. Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Wir sind die Partei der europäischen Integration. Die CDU ist die politische Kraft für Deutschlands Zukunft. Davon, liebe Freunde, werden wir die Wähler im Land überzeugen. Ich freue mich auf diesen Wahlkampf. Wir werden entschlossen, geschlossen und mutig die Kampagne mit Helmut Kohl an der Spitze führen. Mit Selbstbewußtsein für unsere Leistungen und Erfolge und im Wissen um unsere Aufgaben, im Vertrauen auf unsere Werte und mit der Kraft zur Zukunft, mit Herz und mit Verstand.

Die Botschaft von Bremen wird sein: Gemeinsam packen wir es, für Deutschland, für unser Vaterland, für unsere Zukunft im vereinten Europa.

(Langanhaltender starker Beifall - die Delegierten erheben sich)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, wir danken Ihnen für diese glänzende Rede. Sie war wie immer hervorragend: argumentativ, konkret, aussagekräftig. Ich glaube, daß ich es als Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung beurteilen kann und sagen darf: Wolfgang Schäuble hat in Bonn für die Union an der entscheidenden Scharnierstelle zwischen Regierung und Koalitionsfraktionen eine unverzichtbare Rolle. Herr Schäuble, es ist bewundernswert, wie Sie mit Energie, Umsicht und programmatischer Zielführung unseren „Laden“ in Bonn erfolgreich zusammenhalten. Dafür an dieser Stelle einmal herzlichen Dank.

(Beifall)

Lieber Herr Schäuble, dies möchte ich abschließend sagen: Ihr großes Ansehen und Ihre hohe Akzeptanz in Deutschland und bei den Deutschen sind für uns, sind für die CDU Deutschlands, ein entscheidender Garant für den Erfolg am 27. September. – Vielen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Ich rufe jetzt den TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DAS ZUKUNFTSPROGRAMM DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich eröffne die allgemeine Aussprache zu unserem Zukunftsprogramm. Ich darf Sie bitten, Wortmeldezettel hier oben einzureichen. Allerdings haben wir bereits zehn Wortmeldungen vorliegen. Es handelt sich um: Bundesminister Blüm, Harald Lastovka, Karsten Knolle, Bundesminister Wissmann, Ronald-Mike Neumeyer, Frau Thoben, Peter Jungen, Andreas Trautvetter, Dr. Peter Wagner und Renate Hellwig. - Das sagt eigentlich schon alles: Wir sollten allesamt generell die Zeit im Blick haben. Herr Bundesminister Blüm hat das Wort.

Dr. Norbert Blüm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich danke Dir, lieber Wolfgang, nicht nur für die Rede, sondern auch für Zusammenarbeit auf einer schweren Wegstrecke. Es hat manchmal geregnet und gestürmt. Ich danke Dir!

Ich möchte diesen Faden weiterspinnen. Wir leben in einer Zeit ungeheurer Beschleunigung. Wir leben in einer Zeit, in der uns Informationsfluten umspülen. Ich glaube, daß die Nachfrage

nach Orientierung nie so groß war wie heute. Deshalb müssen wir uns einer Politik entziehen, die jeden Tag etwas Neues erfindet. Man kann es ja nicht mehr aushalten: Kreativitätswettbewerbe ohne Verankerung in den Realitäten. Die Leute müssen ja verrückt werden. Wenn man nicht jeden Tag einen neuen Rentenvorschlag präsentiert, gilt man in Deutschland als dumm. Das muß die Leute verrückt machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe gelernt: Ausdauer ist eine wichtige Tugend. Wenn ich als Lehrling nicht das Feilen mit Ausdauer gelernt hätte, hätte ich das Amt des Arbeitsministers gar nicht überlebt. Was wir brauchen, ist in der Tat eine Besinnung auf die Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen. Meine lieben Freunde, ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, die mir und meinen Kindern alle Fragen abnimmt, wo immer andere zuständig sind. Wenn wir nicht achten, gilt für alles: Staat, Staat und noch einmal Staat. Das ist eine Gesellschaft, die das Erwachsenwerden verhindert.

Aber ich möchte auch nicht in einer Gesellschaft leben, in der jeder nur noch für sich da ist. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, wo man sich durch das Leben zappt wie durch das abendliche Fernsehprogramm, von einer Neuigkeit zur anderen, und nur dort verweilt, wo es interessant ist. Das ist nicht meine Gesellschaft. Denn nicht alle können zappen: Ich habe noch kein Kind gesehen, das sich selber wickeln kann. Auch die Alten und die Behinderten können sich nicht selbst versorgen. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der alles berechnet wird, in der nichts gemacht wird, was keinen Nutzen hat. Alles muß einen Zweck haben; selbst Lachen darf man nur, weil es gesund ist. Kinder gibt es nur, weil sie beim Staat abgerechnet werden können. – Ich muß sagen: Kinder sind eine Quelle von Glück und Freude.

(Beifall)

Ich glaube sogar, daß Glück nicht von Selbstversorgung abhängt, sondern davon, für andere dazusein.

Deshalb: Was hält die Gesellschaft zusammen, was ist der Kitt? – Ein Menschenbild, das sich sowohl von Individualismus wie auch von Kollektivismus unterscheidet. Eine Gesellschaft, die Solidarität – der Starke schützt den Schwachen - vergißt, betreibt einen Wandel zurück in die Barbarei. Nietzsche hat erklärt, die Starken müßten vor den Schwachen geschützt werden – ein Programm des Herrenmenschen, aus dem sich anschließend der Rassismus entwickelte. Nein, der Starke schützt den Schwachen. Wir sind wechselseitig verantwortlich.

Deshalb: Wir brauchen einen Sozialstaat, der solidarisch ist mit den Schwachen, in dem wir uns wechselseitig unterstützen und der sich nicht nur um die Bedürftigen kümmert, der nicht nur das Armenhaus, nicht nur die Bergwacht ist für all die, die klettern. In dem Sozialstaat, den ich verteidige, hat man es mit Gerechtigkeit, mit Leistungsgerechtigkeit zu tun. Deshalb muß der, der arbeitet und Beitrag zahlt, eine höhere Rente bekommen als der, der nicht arbeitet. Das gehört zu meinem Verständnis vom Sozialstaat.

(Beifall)

Ich will auch keinen Sozialstaat, der ständig Bedürfnisse prüft. Wenn ich eine Feuerversicherung abschlieÙe, fragt mich auch niemand, ob ich ein zweites oder drittes Haus habe, wenn das Haus abgebrannt ist. Es geht nur darum: Hast Du den Beitrag gezahlt? Diesen Sozialstaat – Barmherzigkeit und Gerechtigkeit – müssen die Christlichen Demokraten verteidigen.

Freilich: Wir müssen Anpassungen vornehmen, auch auf Grund von Demographie. Auch das ist ein Erfordernis der Gerechtigkeit. Wenn die Menschen älter werden, können das nicht nur die Jungen bezahlen. Das verlangt die Generationengerechtigkeit. Die SPD flüchtet, wenn sie die demographischen Belastungen erst ab 2016 berücksichtigen will – als würde sich die Demographie nach den Beschlüssen der SPD richten! Wer das Programm von Selbstverantwortung vertritt, als Ergänzung der solidarischen Absicherung, der muß auch dafür sorgen, daß möglichst alle Menschen die Chance dazu haben. Eine Verkäuferin mit 2 000 DM hat wenig Nachschub für private Vorsorge.

Deshalb sage ich: Wer für Selbstvorsorge als Ergänzung ist, der muß für Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand sein, der muß private Vorsorge auch bei denen fördern, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Sonst ist es pure Heuchelei, über Selbstvorsorge zu sprechen, wenn nicht auch Personen wie jene Verkäuferin dazu eine Chance bekommen.

(teilweise Beifall)

Im übrigen: Es wird immer nach Visionen gefragt. Ludwig Erhard hatte eine Vision, und Karl Marx hatte eine Vision. Sogar beide hatten die Vision einer klassenlosen Gesellschaft. Es war die gleiche Vision. Bei dem einen galt der Satz: „Keiner hat Eigentum“, bei dem anderen galt der Satz: Jeder hat Eigentum. Das letztere ist die Vision der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb bin ich für Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand. Das ist die Vision, aus einer Gesellschaft von Abhängigen eine Gesellschaft von Teilhabern, eine Gesellschaft von selbständigen Mitarbeitern zu machen. Selbständigkeit ist nicht nur eine wirtschaftliche Kategorie. Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand erleichtert auch die Lohnpolitik. Wenn sich die Arbeitnehmer bei den Löhnen zurückhalten, so daß Investitionen möglich werden, müssen sie an den Erträgen dieser Investitionen beteiligt werden. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit.

Wir sind also für einen Sozialstaat, der sowohl auf Freiheit und Selbstverantwortung als auch auf Solidarität und Mitverantwortung setzt.

Was entdecke ich dagegen bei der SPD? Sie hat inzwischen drei Vorschläge zur Rentenversicherung. Der eine lautet: Die Reformen werden zurückgenommen; es wird draufgesattelt. Das wird gleichzeitig mit dem Vorschlag verbunden, die Beiträge zu senken. Ich suche seit 16 Jahren nach dem Rezept, wie man mit weniger Geld mehr ausgeben kann. Laßt euch doch nicht auf den Arm nehmen! Reformen zurückzunehmen und Beiträge zu senken, das heißt, die Arbeitnehmer zu verarschen – ein anderes Wort habe ich dafür nicht. Wir wollen hier einmal Klartext reden.

(Beifall)

Dann gibt es den Riester-Vorschlag – er bewundert Dänemark –: 1000 DM für alle, steuerfinanziert – da müssen die Rentner wieder betteln, wie in der ehemaligen DDR, und bangen, ob die Kasse stimmt –, und 500 DM sollst du bekommen, wenn du bedürftig bist. Wenn du

also Geld zurückgelegt hast, wirst du bestraft. Der dritte Vorschlag ist von Schröder und besagt: halbe-halbe. Das heißt: Es soll zunächst einmal gar nichts passieren – das ist die erste Hälfte –, und später soll es eine Basissicherung geben - das ist die andere Hälfte. Das ist das Modell Walter Dreßler alias Rudolf Riemer: Von jedem ein bißchen. Das ist typisch Schröder. Dazu sage ich: Wer jetzt nicht handelt, der muß später fester zuschlagen. Es ist ein Betrug an den Jungen, was Herr Schröder vorschlägt.

(teilweise Beifall)

Erst soll gar nichts passieren, und später soll es nur eine Basissicherung geben. Dann würden 30 Jahre lang die Jungen die „alten“ Beiträge zahlen, um später nur eine Basissicherung zu bekommen. Herr Schröder betrügt die junge Generation mit diesem Vorschlag.

(Beifall)

Überhaupt muß ich feststellen: Der Schröder ist ein Künstler. Der redet dafür und dagegen; Wolfgang hat es schon gesagt. Ich nehme einmal die Verschärfung der Zumutbarkeit im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Das hat die SPD gerade im Bundestag abgelehnt. Der Schröder redet vor Arbeitgebern wie Henkel und bei der IG Metall wie Zwickel. Er ist ein Bauchredner der jeweiligen Mehrheit im Saal. So etwas kann man nicht mutige Politik nennen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, das große Problem heißt: Geht uns die Arbeit aus? Wenn sie uns ausgeht, dann bin ich für das Zwickel-Modell, dann bin ich für Verteilung, und dann bin ich auch für die Grundrente. Ich gehöre nicht zu dieser Denkschule. Aus meiner Sicht ist es eine Schule der Zivilisationsmüdigkeit, die es nur in einer Wohlstandsgesellschaft geben kann. Ich habe die Kinder in Kolumbien in Bergwerken arbeiten gesehen, in die du keinen Hund reinschickst. Ich habe sie in Indien in Höhlen Teppiche knüpfen gesehen. In einer Welt, in der Millionen von Kindern zur Arbeit gezwungen werden, in einer Welt, in der Millionen von Menschen verrecken, zu sagen: „Die Arbeit geht uns aus“, das ist der blanke Zynismus einer Wohlstandsgesellschaft. Die Arbeit ist nicht richtig verteilt; sie ist nicht richtig organisiert; sie ist zu teuer. Ich frage: Leben wir denn in einem Land, in dem alle Bedürfnisse befriedigt sind? Was ist denn das für eine Vorstellung? Gibt es nicht auch den Sektor Dienstleistung? Wolfgang hat es gesagt: Wir hätten 5 Millionen Arbeitsplätze mehr, wenn wir den Dienstleistungssektor der Vereinigten Staaten hätten. Wir hätten 2 Millionen Arbeitsplätze mehr, wenn wir die Arbeitszeitregelungen aus Holland hätten – und Holland liegt ja auch nicht auf einem anderen Stern.

Im Grunde geht es um einen Kulturkonflikt: Zivilisationsmüder Pessimismus oder Zuversicht. Zuversicht meine ich hier aber nicht als Zuversicht zu „Heiapoepia“. Es wird großer Anstrengungen bedürfen.

Ich höre immer wieder etwas vom „Reformstau“. Natürlich: Bei der Steuerreform gab es die Blockade. Aber ich kenne keine Legislaturperiode, in der soviel geschehen ist. Wer das bestreitet, muß in Grönland gewesen sein - auf dem Packeis ohne Funkverkehr. Und wer sagt, in den neuen Ländern hätte es keine Veränderungen gegeben, der sollte den Optiker wechseln. Auch ich sehe noch viele Probleme. Aber sieht man denn nicht, wie viele alte, schöne

Städte wieder zu neuer Vitalität erblühen? Ist Deutschland in West und Ost durch die Einheit nicht reicher geworden? Ist das kein Fortschritt? Ist die Freiheit kein Fortschritt?

(Beifall)

Wenn jemand sagt: „Es ist nichts geschehen“, dann erwidere ich ihm: Das größte Abrüstungsprojekt dieses Jahrhunderts war die deutsche Einheit.

Zur europäischen Einigung: Die Diskussion über das, was am 2. Mai abgelaufen ist, habe ich sowieso nicht verstanden. In 30 Jahren wird niemand mehr wissen, wer der erste Präsident der Europäischen Zentralbank gewesen ist. Wie lange seine Amtszeit war, ist ebenfalls nur etwas für Dissertationen. Aber noch in 100 Jahren wird man wissen: 2. Mai 1998 – von da an gab es kein Zurück mehr. Geld überwindet die Grenzen. Das ist mir zehnmal lieber, als wenn Waffen die Grenzen überwinden würden. Das ist tausend Jahre lang probiert worden. Diese Leistung ist mit der CDU und dem Namen Helmut Kohl verbunden. Dann hört doch auf, über den Duisenberg zu sprechen.

(Beifall)

Das ist so wichtig wie die dritte Stelle hinter dem Komma.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Proportionen wieder zurechtrücken. Eine anstrengende Zeit liegt vor uns. Es geht darum: Show gegen Sache. Einen wie weiten Weg hat die SPD zurückgelegt? Sie war doch eine Partei mit einer großen Tradition. SPD-Politiker haben sich auf Parteitag selbstquälerisch über die Weltverbesserung gestritten. Jetzt sind SPD-Parteitage nur noch eine selbstverliebte Showveranstaltung. Schröder sagt: Ich bin bereit. – Ja, zu allem ist er fähig, der Schröder. Dazu kann ich nur bemerken: Das Zeitalter der Schauspieler hat begonnen, hat Nietzsche gesagt. Schröder ist seine Vollendung.

Die SPD hat an dem Gebäude ihrer Wahlkampfzentrale einen großen Ballon angebracht. Er ist das treffende Symbol für den SPD-Wahlkampf. Vor kurzem gab es einen Sturm, der den Ballon heruntergeholt hat; der Ballon ist abgerissen. Dazu kann ich nur sagen: Bei Sturm reißt Schröder ab. Er ist der Erfinder des Ballon-Prinzips in der Politik: Heiße Luft gibt Auftrieb. Ja, ihr Lieben, wir müssen ihn doch einmal bei dem stellen, was er sagt. Das ist die Rolls-Royce-Kühlerfigur auf einem VW mit PDS-Bremssystem.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin auf folgendes sehr stolz: Wir in Nordrhein-Westfalen haben einmal eine geheime Wahl zum Oberbürgermeister in Düsseldorf abgelehnt, weil der Kandidat auch mit den Stimmen der Republikaner gewählt worden wäre. Eine solche Wahl haben wir um der demokratischen Kultur willen abgelehnt. Ich erinnere die SPD an ihre große Tradition, gegen den Kommunismus zu kämpfen. Sozialdemokraten sind in Bautzen eingesperrt und umgebracht worden, und die Enkel pousieren jetzt mit den Kerkermeistern von vorgestern.

(Beifall)

Ich bin in die Schule der IG Metall gegangen. Dazu bekenne ich mich. Otto Brenner war einer der großen Kämpfer gegen den Kommunismus; es gab damals eine klare Trennungslinie. In

dieser Tradition – Schorsch Leber, Otto Brenner – sind auch wir Schwarzen in der Gewerkschaftsbewegung erzogen worden. Das hat der freiheitlichen Gewerkschaftsbewegung gutgetan.

Ich fasse zusammen. Wir müssen die Ärmel aufkrepeln und einen Wahlkampf gegen alle Extreme führen. Es muß uns um die Mitte gehen. Ein wildgewordener Liberalismus – der Kapitalismus ist nicht der Erbe des Sozialismus – und der alte Kollektivismus, beide sind alte Hüte. Demgegenüber sind wir für eine soziale Marktwirtschaft in der Mitte. Unsere Partei ist für Wettbewerb, Leistung, Spaß, aber auch für Barmherzigkeit. Eine Gesellschaft ohne Erbarmen ist eine erbärmliche Gesellschaft.

(Beifall)

Das „C“ in unserem Parteinamen meint auch die Verpflichtung, für die Schwächeren einzutreten. Wer sind denn die, die ausschließlich stark sind? Gibt es denn nur Starke? Müssen wir nicht in einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Begabungen miteinander und füreinander leben? Aber es muß sich um eine solidarische, um eine freiheitliche Gesellschaft handeln. Deshalb sage ich: Laßt die SPD doch ruhig hoch zu Roß in den Wahlkampf ziehen.

Meine Oma hat schon immer gesagt: Hochmut kommt vor dem Fall. – Wir marschieren zu Fuß, aber sehr selbstbewußt und kampfesfreudig in diesen Wahlkampf.

(Lebhafter Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Blüm. Die Anspielung auf Herrn Duisenberg gibt sicher Gelegenheit zu sagen: für die Stabilität Wim Duisenberg und für die Solidität Norbert Blüm sozusagen als der Daniel Düsentrrieb der Bundesregierung und der CDU in Deutschland. – Jetzt hat der Oberbürgermeister von Stralsund, Harald Lastovka, das Wort.

Harald Lastovka: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Lieber Wolfgang Schäuble! Liebe Freunde! Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Bundesländern heißt auch, Maßnahmen umzusetzen, die nicht immer beliebt sind, zum Beispiel im Bereich der Altstadt-sanierung. Man hat mich gedrängt, Fördermittel und Haushaltsmittel für den Hochbau zur Verfügung zu stellen. Das geschah nach dem Motto, möglichst schnell Veränderungen zu schaffen. Es hieß: Dann sieht man etwas. Das wäre doch wunderschön. – Mit Rücken-deckung unserer CDU-Stadtratsfraktion habe ich das nicht getan. Wir haben in Straßen und in Kanäle investiert. Ich füge hinzu, daß die Kanäle und Rohrleitungen bei uns zum Teil 70 bis 100 Jahre alt sind. Wir haben dabei erkannt, daß nicht nur die Sozialisten uns 40 Jahre vernachlässigt haben. Davor gab es einen Weltkrieg, und wir hatten auch eine Rezession. Die Abwässer unserer Hafensinsel wurden einfach in unser Hafenbecken eingeleitet. Heute können wieder Baugenehmigungen für Projekte auf der Hafensinsel erteilt werden. Heute können wir aufbauen. Verantwortung tragen heißt auch, Druck auszuhalten und etwas durch zustehen. Herr Bundeskanzler, das haben wir von Ihnen gelernt. Wir werden uns auf unserem Wege nicht beirren lassen.

Bei Gesetzen sagt man: Du hast keinen Druck auszuhalten, wenn es um Gesetze geht; Du hast die Gesetze zu befolgen. – Trotzdem lastet das Gesetzeswerk manchmal schwer auf

unseren Schultern. Ich will nicht von den pffiffigen Rechtsanwälten reden, die Prozesse mit Rechtsmitteln über Jahre hinweg verschleppen und unsere jungen Betriebe, die noch nicht über die erforderliche Kapitaldecke verfügen, in große Probleme und Schwierigkeiten bringen, diese Zeit durchzustehen. Man müßte den Richtern eigentlich auf die Füße treten, damit sie in solchen Prozessen spätestens nach einem halben Jahr entscheiden.

Noch einmal zurück zum Gesetzeswerk ganz allgemein. Es ist in den alten Ländern der Bundesrepublik über 40 Jahre gewachsen. Für die nach einer friedlichen Revolution entstandenen neuen Bundesländer gibt es aber noch ganz kleine Probleme. Wir sollten sie in der nächsten Wahlperiode wieder verstärkt angehen.

Als ein Beispiel führe ich den Denkmalschutz an. Die obere Denkmalbehörde erarbeitete mit den Mitarbeitern eine Denkmalliste für unsere Stadt. Sie umfaßt 811 Denkmale. Angesichts dieser Zahl blieb uns erst einmal ein bißchen die Luft weg. Gott sei Dank gab es einen klugen Professor, der sagte: Herr Oberbürgermeister, stellen Sie sich vor, Sie seien ein Arzt, und die Denkmale seien Ihre Patienten. Sie können Ihre Patienten nicht wegschicken. – Wir haben uns aller Denkmale angenommen. Jetzt haben wir natürlich auch unsere Sorgenkinder. An über 250 Denkmalen haben wir die Arbeiten mittlerweile beendet. 100 Denkmale sind in Arbeit. Ganz, ganz wenige – es sind genau vier – sind gewissermaßen gestorben.

Lieber Norbert Blüm, unsere Städte werden Perlen in der Bundesrepublik Deutschland. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall)

Vor zwei Jahren ging es uns wirklich einmal ganz schlecht. Unsere Werft stand kurz vor dem Aus. Die Gelder für Investitionen waren weg. Ich werfe hier nur kurz ein: Hennemann (SPD). Wir waren sprachlos. Herr Bundeskanzler, damals sagten Sie: Habt Vertrauen! Diese Werft wird bestehen. – Wir hatten Vertrauen und wir haben Vertrauen. Auch dank des großen Einsatzes von Angela Merkel und Berndt Seite ist die zweite Privatisierung erfolgreich. Ich kann Ihnen berichten, daß die Auftragsbücher bis zum Jahre 2000 gefüllt sind.

(Beifall)

Die Einheit zu verwirklichen heißt auch teilen. Ein Projekt der Einheit ist unsere Marinetechnikschule. Dafür müssen in den alten Bundesländern neun Standorte geschlossen werden. Da ich als Oberbürgermeister weiß, welche wirtschaftliche Bedeutung und positiven Effekte diese Marineeinrichtung für Stralsund und die Region hat, kann ich wohl ermessen, welchen Verlust die Schließung eines Marinestandortes für die betreffende Gemeinde in den alten Bundesländern bedeutet, welches Verständnis den Bürgern und auch meinen Amtskollegen abverlangt wird, dieses durchzustehen. Dafür meine Hochachtung und gleichzeitig mein Dank hier auf diesem Parteitag!

(Beifall)

Das ist gemeint, wenn von der inneren Einheit der Deutschen gesprochen wird. Sie muß in den Köpfen und Herzen der Menschen wachsen, die miteinander leben und arbeiten. Dafür leistet die Bundeswehr mit unserem Minister Volker Rühle einen ganz besonderen Beitrag. Wir

sollten übrigens nicht immer nur von denen sprechen, die sich gegen Vereidigungen wehren. Es gibt genügend Städte, in denen Vereidigungen durchgeführt werden. Vor anderthalb Wochen haben wir in Stralsund eine Vereidigung in Würde und in feierlicher Form durchgeführt. Ich kann Ihnen sagen: Vorpommern und Stralsund stehen zu der Bundeswehr.

(Beifall)

Abschließend dies: Vorpommern und Stralsund sind gewissermaßen noch eine Zonenrandregion. Mit dem Bau der A 20 in dem erweiterten Europa liegen wir aber im Herzen von Europa. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs haben die alten Handelswege wieder an Bedeutung gewonnen. Genau wie die Rhein-Ruhr-Magistrale die Region wirtschaftlich gestärkt hat, werden die alten Verkehrswege – etwa die Königslinie, die von Skandinavien über Rügen, Berlin und Prag in den Süden führt – unsere Region stärken. Ein zweiter europäischer Verkehrsweg wird vom Baltikum über Petersburg, Rügen und Hamburg nach Rotterdam in den Westen führen. Stralsund liegt im Schnittpunkt dieser Verkehrswege. Dies eröffnet eine unglaubliche Chance für unsere Zukunft und für unser Land. Wir wollen uns in Verantwortung gemeinsam dieser schönen Aufgabe stellen. Herr Bundeskanzler, liebe Freunde, wir werden diese Wahl gewinnen.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Als nächster hat Herr Karsten Knolle aus Quedlinburg, Sachsen-Anhalt, das Wort.

Karsten Knolle: Liebe Freunde! Nach der Rede von Wolfgang Schäuble fällt es einem verdammt schwer, hier zu sprechen. Ich möchte mich zunächst ganz kurz vorstellen. Mein Name ist Karsten Knolle. Ich bin noch CDU-Landtagsabgeordneter aus dem wunderschönen Kreis Quedlinburg, Sachsen-Anhalt. Der Bundeskanzler war erfreulicherweise schon dreimal in Quedlinburg. Darüber haben wir uns natürlich kräftig gefreut.

Meine Damen und Herren, seit 1990 bin ich als Direktkandidat im Landtag von Sachsen-Anhalt. Am 26. April geriet auch ich – wie andere – als Direktkandidat in den sogenannten roten Strudel. Die Landesliste zog nicht. Zu meiner Person sei im übrigen noch gesagt, daß ich derjenige bin, der zusammen mit einem anderen Kollegen mit Unterstützung der damaligen CDU-Landesregierung von Sachsen-Anhalt 1992 42 Kinder aus Sarajevo herausgeholt hat, die im vorigen Jahr von der rot-grünen Landesregierung gnadenlos wieder abgeschoben wurden.

Nach der für uns schlimmen Landtagswahl in Sachsen-Anhalt bekam ich unendlich viele Anrufe aus Ost- und Westdeutschland. Der Tenor war: Es ist eine Katastrophe, daß in einem Bundesland wie Sachsen-Anhalt rund 33 Prozent Extremisten im Landtag vertreten sind. 33 Prozent! Was mir sehr viel Kopfschmerzen bereitet: Bei den Anrufen hieß es auch: So haben wir uns die deutsche Einheit nicht vorgestellt, nicht vorstellen wollen, daß Rechtsextremisten und Kommunisten an der Gestaltung Deutschlands mitmischen können, und dies mit Hilfe der von Stasi- und PDS-Sympathisanten unterwanderten SPD Sachsen-Anhalts. Hier kann man nur sagen, wer uns Demokraten verraten hat, daß sind die Sozialdemokraten.

Lieber Herr Hintze, die CDU hat in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl rund 26 Prozent Stammwähler. Alle anderen sind mit Stimmzettel gegen uns eingestellt. Die Roten müssen wir

nun an ihrem Nerv treffen. Schlagen Sie auf die Roten kräftig ein, versuchen Sie damit, in Westdeutschland jede Menge Prozentpunkte zu holen, und die Wahlen gehen zu unseren Gunsten aus.

Übrigens haben wir in Sachsen-Anhalt etwas vergessen zu feiern, nämlich, daß wir es geschafft haben, die Grünen aus dem Landtag hinauszuerwerfen.

(Beifall)

Lieber Herr Hintze, der Autoaufkleber „Wir lassen uns nicht anzapfen – nein zu Rot-Grün“ wurde von mir im Landtagswahlkampf überall verteilt und wurde mir überall aus der Hand gerissen. Das war ein guter Aufhänger gegen die Grünen. Hoffentlich fliegen die Grünen auch aus dem Deutschen Bundestag raus.

(Beifall)

Herr Biedenkopf schwärmte gestern von den großartigen Leistungen Ostdeutschlands. Das ist okay. Aber manchmal hat man den Eindruck, als ob wir in den neuen Ländern seliggesprochen werden.

Man hat den Eindruck, als ob über Ostdeutschland mit der deutschen Einheit etwas Schlimmes gekommen ist, der Einheit in Frieden und Freiheit. Nein, es war ein Glücksfall, daß die Einheit in Frieden und Freiheit erfolgt ist. Ich höre noch die Rufe in Leipzig und Dresden nach der Einheit. Die Bundesrepublik alt ist dem Rufe nach der Einheit nachgekommen. 1,5 Billionen Mark wurden bisher in die neuen Länder investiert. Überall sind blühende Landschaften entstanden.

Ich bin enttäuscht, daß die Mehrheit der Bürger des Landes Sachsen-Anhalt mit dem Stimmzettel in sozialistisches und extremistisches Denken zurückgefallen ist, sich aus dem Fortschritt abgemeldet hat. Wir müssen nun um diese Wähler kämpfen. Wir brauchen ihre Stimmen, aber man muß ihnen auch einmal die Wahrheit sagen. Seien wir aber nicht blind und naiv. Die postkommunistischen Strukturen sind stärker als wir ahnten. Diese postkommunistischen Strukturen im öffentlichen Dienst bei SPD und PDS wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen, wollen den Sozialismus auf D-Mark-Basis errichten. Dazu sagen wir von der CDU ganz klar nein. Wir von der CDU haben den Vorwärtsgang im Getriebe eingelegt und lassen es nicht zu, daß SPD und PDS den Rückwärtsgang einlegen wollen. Wir werden es nicht zulassen – ich zitiere den ersten Bundesvorsitzenden der SPD, Kurt Schumacher –, daß „die rotlackierten Faschisten“ der PDS heute mehr Macht als zu SED-Zeiten haben. Ich will nicht, daß die Postkommunisten in den neuen Ländern der von mir geliebten Bundesrepublik Schaden zufügen. 40 Jahre Kommunismus in der DDR heißt aber auch 40 Jahre Reparatur. Ich bin davon überzeugt, daß wir es schaffen werden, auch mit dem Zukunftsprogramm von Wolfgang Schäuble, das hervorragend war. Herr Bundeskanzler, machen Sie weiter so, kann ich von hier aus nur sagen. Wir werden einen harten Bundestagswahlkampf führen. Am 27. September geht es um unser Deutschland, unser Vaterland, unser geliebtes Europa. Packen wir es an! – Danke sehr.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Knolle. Wir freuen uns jetzt auf unseren Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann.

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, daß das von Wolfgang Schäuble vorgestellte Zukunftsprogramm in überzeugender Weise die Wege beschreibt, die wir in den kommenden Jahren gemeinsam gehen müssen. Ich glaube, wir sind uns alle darüber im klaren, das überragende Thema für die Union, aber auch für die Menschen in unserem Land sind Wirtschaft und Arbeitsplätze. Wir werden alles daransetzen müssen, unsere Führungskompetenz bei diesen Themen viel stärker, als es uns bisher teilweise gelungen ist, wieder ins öffentliche Bewußtsein zu bringen. Klar ist, der wirtschaftliche Aufschwung beginnt am Arbeitsmarkt zu greifen. Im April hatten wir seit der Wiedervereinigung den größten Rückgang der Arbeitslosenzahlen überhaupt, über 200 000. In Westdeutschland liegt seit Januar die Arbeitslosenzahl Monat für Monat mehr unter der Arbeitslosenzahl des Vorjahres, und in den neuen Bundesländern ist eine Trendwende im Sommer dieses Jahres auch am Arbeitsmarkt in Reichweite.

Die „Wirtschaftswoche“ hat am 7. Mai folgenden Titel gewählt: „Konjunktur freie Fahrt – die Stunde der Investoren“. Sie drückt damit die neugewonnene Zuversicht in weiten Bereichen der deutschen Wirtschaft aus. Die Wirtschaft investiert wieder im Inland und schafft schon in diesem Jahr neue Arbeitsplätze, in der Automobilindustrie im Januar und Februar 8 000 neue Arbeitsplätze. Der Maschinenbau wird in diesem Jahr über 20 000 neue Arbeitsplätze schaffen, Elektro- und Elektronikindustrie 25 000 bis 30 000 neue Stellen.

Auf diese Erfolge der Restrukturierung unserer Volkswirtschaft, aber auch des Modernisierungskurses der Bundesregierung, können wir stolz sein. Aber klar ist, wir können dabei nicht stehenbleiben. Wir müssen auch in diesen kommenden Monaten unseren Mitbürgern sagen, was die Voraussetzung dafür ist, daß die Zeichen am Arbeitsmarkt auch in den kommenden Jahren auf Grün stehen und wir noch erfolgreicher werden bei der Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Eines ist klar, in der Industrie, im verarbeitenden Gewerbe entstehen neue Arbeitsplätze nur in Betrieben mit hoher Wertschöpfung. Entscheidend ist die Innovationsfähigkeit, ist die technische Kompetenz. Entscheidend ist, daß nur der Erfolg hat, der die intelligenteren Produkte hat. Derjenige kann sich dann auch ein vergleichsweise hohes Lohn- und Sozialniveau leisten.

Liebe Freunde, vor einiger Zeit hat der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft gesagt: In der Welt des 21. Jahrhunderts, in globalisierten Märkten, da besiegen nicht die Großen die Kleinen, sondern da besiegen die Schnellen die Langsamen. Der, der schneller bei der technischen Entwicklung ist, der früher Produkte, die marktreif sind, umsetzt und damit am Markt aggressiv wirbt, hat Erfolg. Deswegen können wir es uns nicht erlauben, daß Innovationen verzögert werden. Wir werden im Sommer – Wolfgang Schäuble hat von diesem Thema zu Recht gesprochen – den Baubeginn des Transrapid haben. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, bei solchen und anderen Innovationen können wir uns einen Wackelkurs nicht leisten, Wackelkurs à la Schröder.

(Beifall)

Seit Jahren veranstaltet er um dieses Zukunftsthema einen wahren Eiertanz. Am 6. September 1995 hat Niedersachsen im Bundesrat die Transrapidgesetze über den Ausschub für Verkehr und Post abgelehnt. Am 8. Januar vergangenen Jahres hat Schröder dann die Versuchsstrecke in Lathen besucht, und so, wie er jedem sagt, was er gerne hören will, hat er dort gesagt: „Transrapid finde ich gut.“ – Am selben Tag können wir in einem Interview Schröders mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ lesen, man solle zwar die Exportchancen der neuen Bahntechnologie nutzen, aber keine eigene Strecke in Deutschland bauen.

Wer im Aufsichtsrat von Volkswagen sitzt, sollte nun wirklich wissen, daß man ein Auto nicht in die Welt exportieren kann, indem man im eigenen Land ein Fahrverbot ausspricht.

(Beifall)

Wer eine Bahntechnologie durchsetzen will, der muß sie im eigenen Land anwenden, wenn er auf dem Weltmarkt Erfolgchancen haben will. Das Programm Gerhard Schröders ist eine einzige Pirouette.

Wir brauchen in vielen Bereichen Pioniergeist und Innovationsbereitschaft. Wir können – etwa im Bereich der Logistik, der Telematik, der modernen Umwelt- und Verkehrstechnologien – auf die Fortschritte in Deutschland stolz sein. Ich will ein Beispiel nennen, das unsere Berliner Freunde besonders gut kennen: Wir haben in der Innenstadt von Berlin gegenwärtig 250 Großbaustellen. Hätten wir dort so gearbeitet wie an anderen Orten in der Welt, dann wären allein für den Baustofftransport 2000 Sattelschlepper zusätzlich in der Stadt unterwegs gewesen. Die Stadt wäre damit endgültig in einem Verkehrschaos erstickt.

Vor einigen Jahren haben sich in Berlin Planer, Kommunalpolitiker, Politiker des Bundes, Ingenieure und Logistiker zusammengesetzt und haben sich der Herausforderung gestellt, daß der gesamte Baustofftransport in die Innenstadt von Berlin ohne zusätzliche Umwelt- und Verkehrsbelastungen stattfindet. Das Ergebnis heute ist: Seit einem Jahr funktioniert der Transport auf die Minute genau. Der gesamte Baustofftransport in die Innenstadt von Berlin – das ist eine meisterhafte technische und logistische Leistung – findet ausschließlich mit der Bahn und mit dem Binnenschiff statt. Es gibt keine zusätzliche Belastung auf der Straße. Inzwischen wird dieses Logistik- und Verkehrsleitsystem in der ganzen Welt nachgefragt.

An einem solchen Beispiel kann man zeigen: Wir müssen den Grips, die Phantasie und den Innovationsgeist unserer Landsleute fordern. Wir müssen auch die Stadtväter und Stadtmütter dazu drängen, nicht alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, den Autofahrer mit Schikanen aus der Stadt zu treiben oder mit einem Benzinpreis von 5 DM das Autofahren unmöglich zu machen.

(Beifall)

Wir müssen den Innovationsgeist im Land nutzen, um mit modernen Verkehrsleit-, Logistik- und Umweltsystemen die besseren Lösungen für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft zu erreichen.

(Beifall)

Dabei ergeben sich riesige Herausforderungen. Gegenwärtig sind an Samstagen in deutschen Innenstädten bis zu 40 Prozent des Verkehrs parkplatzsuchender Verkehr. Im Güter-

verkehr gibt es noch 30 Prozent Leerverkehr. Wie anders als mit modernen Logistik- und Verkehrsleitsystemen wollen wir solche Umwelt- und Verkehrsherausforderungen meistern?

Oder denken Sie an das Automobil. Mobilität wird auch im 21. Jahrhundert ohne das Automobil nicht möglich sein, so sehr wir auch in den Nah- und Fernverkehr der Bahn investieren. Inzwischen ist aber ein Null-Emission-Auto in Reichweite. Ein großer Hersteller geht heute davon aus, daß ab dem Jahr 2005 eine solche intelligente Technologie auf der Basis der Brennstoffzelle verfügbar ist. Welche Chance für unser Land auf das 3-Liter-Auto, auf das 2-Liter-Auto und auf alternative Antriebe, die keine Emissionen mehr verursachen!

Welche Chance auch für den Globus! Gegenwärtig fahren in China 3 Millionen Privat-Pkws. Hätte China dieselbe Automobildichte wie Deutschland, wären dort über 500 Millionen Pkws unterwegs. Im Zukunftsprogramm wird besonders überzeugend dargelegt, daß wir die Menschen nicht herausfordern, um anschließend mit Verboten, mit Schikanen und mit Staatsinterventionen ihren Erfindungsgeist zu ersticken. Wir stellen uns vielmehr positiv zur technischen Erneuerung. Wir wissen, daß ohne technische Erneuerung weder die Umweltprobleme unseres Landes noch die globalen Umweltprobleme zu meistern sind. Das ist unser Pioniergeist. Den sollten wir in diesem Wahlkampf herausstellen!

(Beifall)

Pioniergeist heißt auch, daß wir den Mittelstand stärken. Neun von zehn neuen Arbeitsplätzen werden durch den Mittelstand geschaffen. Wir haben heute in Westdeutschland 1 Million mehr Beschäftigte als 1982. Praktisch die gesamte zusätzliche Beschäftigung kommt aus dem Dienstleistungssektor, aus Handwerk und Handel. Diese Bereiche zahlen 60 Prozent der Steuern und stellen 80 Prozent der Ausbildungsplätze.

Wenn über Steuerentlastung gesprochen wird, dann meinen wir die Arbeitnehmer, die Menschen mit kleineren Einkommen. Im Blick auf neue Arbeitsplätze meinen wir aber auch ganz besonders den Mittelstand, die kleinen und mittleren Betriebe. Wer wie Schröder und die SPD den Spitzensteuersatz nur auf 49 Prozent senken will und gleichzeitig – wenn auch zu Recht – Steuersubventionen streichen will, der wird unter dem Strich die kleinen und mittleren Betriebe nicht weniger, sondern stärker belasten. Dieser Politik müssen wir den Kampf ansagen. Wer den Mittelstand stärker belastet, der vergrößert die Arbeitslosigkeit, statt sie massiv zu reduzieren.

(Beifall)

Ich habe mir einmal genau angesehen, was in den verschiedenen Kurz- und Langfassungen der Programme der Grünen und der SPD zum Thema Steuern steht. Ich habe zusammengezählt. Acht neue Steuern und Abgabenarten werden vorgeschlagen: nationale Energiesteuer, Kerosinsteuer, Devisensteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer, Schwerverkehrsabgabe, Lastenausgleichsabgabe, Ausbildungsabgabe und Mindeststeuer. Bisher ist es Schröder ganz gut gelungen, mit einigen modischen Vokabeln den Kern solcher Programme zu verschleiern. Wir müssen in den kommenden Monaten herausarbeiten, worum es in der Wirtschafts-, Mittelstands- und Steuerpolitik geht: Entweder schaffen wir eine Entlastung und damit neue Arbeitsplätze – so wie es Wolfgang Schäuble klargestellt hat –, oder wir treiben

durch eine höhere Belastung Betriebe und Investoren aus Deutschland. Diesen Weg dürfen wir auf gar keinen Fall gehen, wenn es um Zukunft, Arbeitsplätze und die Stärkung des Pioniergeistes in unserem Lande geht.

(Beifall)

In einer führenden Wirtschaftszeitschrift wurde vor einigen Tagen unter Bezug auf George Bernhard Shaw über Schröder etwas Bemerkenswertes gesagt:

Im Leben eines Menschen gibt es eben zwei Tragödien. Die eine ist die Nichterfüllung eines Herzenswunsches, die andere seine Erfüllung. Wenn der Herzenswunsch Kanzleramt heißt, kann aus der zweiten Tragödie auch eine für das Land werden.

Damit wird genau angesprochen, was wir herausarbeiten müssen. Schröder hat in Niedersachsen gezeigt, daß seine Wirtschaftspolitik in die falsche Richtung geht: Er bringt den Staat wieder stärker ins Spiel, anstatt zu privatisieren. Er baut Forschungsmittel ab, anstatt sie zu erhöhen. Er kürzt Mittelstands- und Existenzgründungshilfen, anstatt den Mittelstand zu fördern. Ein Mann, der in Niedersachsen versagt, kann Deutschland wirtschaftspolitisch nicht überzeugend in die Zukunft führen. Das müssen wir deutlich herausstellen.

(Beifall)

Wir setzen statt dessen nicht nur auf eine Senkung der Steuern, sondern auch auf eine Senkung der Sozialabgabenquote. Sie muß in der nächsten Wahlperiode wieder auf unter 40 Prozent sinken.

Angesichts der Globalisierung gilt es mehr denn je, die Arbeitskosten in Deutschland zu verringern, gleichzeitig aber durch Beitragsentlastung zu einer Erhöhung der Nettolöhne zu kommen. Immer höhere Beitragssätze heißt immer weniger Geld in den Taschen der Bürger und steigende Personalzusatzkosten für die Unternehmen. Die Folgen sind Flucht in Schwarzarbeit, Produktionsverlagerungen ins Ausland und Personalabbau. Leidtragende sind wir alle, Steuer- und Beitragszahler sowie Arbeitslose.

Liebe Freunde, wenn wir 1999 erstmals wieder ein Absinken der Sozialabgabenquote feststellen, dann zeigt uns das: Wir müssen den Reformweg – Renten-, Gesundheitsreform – weitergehen. Wir dürfen nicht, wie die Sozialdemokraten es vorschlagen, die Reformen zurückdrehen. Die Parole kann nicht heißen mit Lafontaine „Ende der Bescheidenheit“, immer höhere Bruttolöhne, sondern die Devise muß lauten: durch ein Senken der Steuer- und Abgabenquote dafür sorgen, daß der normale Bürger netto wieder mehr in der Tasche hat und damit Kaufkraft in Deutschland entsteht, die zu stärken ja auch ein Ziel vernünftiger Wirtschaftspolitik sein muß.

(Beifall)

Dann gilt eines: je flexibler der Arbeitsmarkt, desto mehr Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, in Deutschland sind von 1 000 Bürgern 190 im Dienstleistungssektor beschäftigt, in den USA 250 von 1 000. Unser Ziel muß es sein, auf der einen Seite die Industrie wettbewerbsfähig zu halten, ihre technische Kompetenz zu stärken, günstige

Rahmenbedingungen dafür zu entwickeln, und zum anderen alles daranzusetzen, daß im Dienstleistungssektor viele hunderttausende neue Arbeitsplätze entstehen können.

Liebe Freunde, im Dienstleistungssektor gibt es auch zusätzliche Chancen für Menschen mit geringen Qualifikationen. Niedrige Einstiegsgehälter sind nicht unsozial. Sie geben denen eine Chance, die bei gegebenem Lohnniveau keine Arbeit finden. Daher die Idee der Kombilöhne aus dem Zukunftsprogramm: niedrigere Einstiegstarife und der Ausgleich für Menschen mit niedrigerer Qualifikation durch höhere Freibeträge bei der Anrechnung auf die Sozialhilfe. Das ist der Weg, den wir beschreiten wollen, und der allen hilft - denen, die Arbeit suchen, und denen, die Arbeit haben.

Ein Letztes. Liebe Freunde, in Zeiten knapper Kassen darf der Staat alles kürzen, nur nicht die Blutzufuhr zum Kopf unserer Volkswirtschaft, also die Investitionen in Infrastruktur, Verkehrswege, Forschung und Technologie.

(Beifall)

Ich sage das auch im Blick auf unsere Freunde in den neuen Bundesländern. Denn wir müssen ja gelegentlich lernen, daß wir unsere Erfolge besser verkaufen als die anderen ihre Mißerfolge. Wir haben in den neuen Bundesländern seit 1990 76 Milliarden DM in die Modernisierung der Verkehrswege investiert. Oberbürgermeister Lastovka hat gerade von seiner Region gesprochen. 11 500 km Straßen und 5 500 km Schiene wurden aus- und neugebaut. Wir werden 1998 und auch 1999 über 43 Prozent unserer Verkehrsinvestitionen in den neuen Bundesländern plazieren.

Liebe Freunde, wir sollten auch einmal offen sagen: Das, was wir, wir alle in Deutschland, in Sachen Telekommunikations- und Verkehrsinfrastruktur in nur sieben Jahren gemeinsam geschaffen haben, ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können und die wir auch öffentlich immer wieder deutlich machen müssen.

(Beifall)

Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Verkehrsinfrastruktur, Telekommunikationsinfrastruktur – das ist auch ein entscheidender Standortvorteil für unser Land in den globalisierten Märkten des 21. Jahrhunderts. Liebe Freunde, wenn wir diesen Weg gehen, dann werden wir alle Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht über Nacht beseitigen. Aber dann werden wir die ersten Erfolge am Arbeitsmarkt 1998 auch in den kommenden Jahren verstärken können. Wenn wir den Weg der anderen gehen, dann, fürchte ich, gibt es den schweren Rückschlag, den unsere Volkswirtschaft nicht verkraften kann.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, lassen Sie uns deswegen gemeinsam das Thema „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ auch inhaltlich noch überzeugender als in der Vergangenheit besetzen! Lassen Sie uns die Auseinandersetzung scharfkantig führen! Lassen Sie uns klarmachen, daß Schröder, Rot und Grün, Lafontaine als Wirtschaftsminister, vielleicht Jürgen Trittin als Verkehrsminister, die Probleme unseres Landes nicht lösen, sondern verschärfen. Ich glaube, die beste denkbare Grundlage haben wir mit diesem Zukunftsprogramm, das wir gemeinsam offensiv vertreten werden.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Matthias Wissmann! Als nächstem gebe ich dem Fraktionsvorsitzenden der CDU hier in Bremen, Ronald-Mike Neumeyer, das Wort.

Ronald-Mike Neumeyer: Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Liebe Parteifreunde! Wolfgang Schäuble hat soeben eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß wir nicht über Phrasen, über Schlagworte à la Schröder diskutieren, sondern daß wir die Partei sind, die inhaltsstark und inhaltsschwer diskutiert. Ich bin dem Bundesvorstand und insbesondere Wolfgang Schäuble für die Vorlage des Zukunftsprogramms sehr dankbar. Ich bin sehr sicher, meine Damen und Herren, daß wir alle in einer, vielleicht in zwei Stunden diesem Programm einstimmig zustimmen werden. Da das so ist, war ich im Vorfeld dieses Parteitages über die eine oder andere Diskussion, die ich nicht verstanden habe, doch etwas verunsichert. Es waren eben nicht nur die Brüder und Schwestern aus der Schwesterpartei, sondern es waren auch einige von uns. Das hat Wolfgang Schäuble, wie ich finde, nicht verdient.

(Zustimmung)

Liebe Freunde, wir sind der Schrittmacher in Europa - an der Spitze unser Bundeskanzler Helmut Kohl. Wir diskutieren im Zusammenhang mit Europa über mehr als nur über Finanzen. Europa ist für uns mehr als ein Wirtschaftsbündnis. Europa bedeutet auch Harmonisierung von Lebensbedingungen. Wer, wenn nicht wir, soll sich an die Spitze der Bewegung stellen, wenn es darum geht, eine Harmonisierung im ökologischen Bereich in Europa voranzubringen?

Wir haben uns auf die Fahnen geschrieben, bis zum Jahr 2005 eine drastische Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 25 Prozent voranzubringen. Das erreichen wir nicht durch nationale Alleingänge. Aber wir müssen irgendwann anfangen, wir müssen ein Beispiel geben, und wir müssen auch in dieser Frage in Europa die Initiative behalten. Deswegen bin ich Wolfgang Schäuble sehr dankbar dafür, daß eine entsprechende Passage im Zukunftsprogramm enthalten ist.

Wir sind dafür, daß die direkten und indirekten Steuern in einen Kontext gebracht werden. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes hängt davon ab, daß wir die Kosten der Arbeit nicht so besteuern, daß wir am Ende keine Arbeitsplätze mehr haben. Wir müssen aber auch Anreizsysteme schaffen, mit denen es uns gelingt umzusteuern. Wer für Umweltschutz ist, muß auch bereit sein, einen Beitrag dazu zu leisten.

Wir sind seit Ludwig Erhard nicht nur die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir haben auf einem Bundesparteitag beschlossen, daß wir auch die Partei der ökologischen Marktwirtschaft sind. Wir brauchen uns nicht zu verstecken, was den Umweltschutz angeht. Deswegen habe ich manch verzagte Diskussion in den letzten Wochen nicht verstanden. Wir sind die Partei, die den Umweltschutz in Deutschland aktiv vorgebracht hat. Matthias Wissmann hat es soeben bereits erwähnt.

Deswegen bin ich froh und dankbar, daß wir die Passage, über die in der Öffentlichkeit so lange diskutiert wurde, nachher – hoffentlich einstimmig – beschließen werden.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! – Als nächster Rednerin gebe ich Christa Thoben aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Christa Thoben: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein ganz kurzer Blick zurück: Wenn wir in unserer Partei die stolze Erfolgsbilanz der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode von Wolfgang Schäuble hören, dann wird, so glaube ich, uns allen klar, daß wir recht mutig unbequeme Entscheidungen und Gesetze mit knapper Mehrheit ins Gesetzblatt haben bringen können. Wir haben Mut bewiesen, wir haben Ordnungspolitik betrieben, und wir haben uns von dem leiten lassen, was wir theoretisch immer behaupten.

Aber wahr ist auch: Manchen bei uns verläßt, wenn eine Reform ansteht, zuweilen dieser Mut. Man braucht etwas Geduld, wenn man Unbequemes vorträgt und gleichzeitig die entsprechende Politik machen möchte. Die Früchte zeigen sich dann nicht wie bei einem Kipp-schalter; es dauert ein paar Monate, bis der Arbeitsmarkt und die Unternehmen reagieren.

Ich denke, heute, wenige Wochen vor dem Wahlkampf, können wir sagen: Die Früchte eines schweren Stückes Weg werden allmählich sichtbar. Das sollten wir nicht nur sagen; wir sollten uns darüber auch ein Stück weit freuen. Wenn man bei Reformen Mut hat, wird man – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – belohnt.

Der Blick nach vorn ist aber wichtiger. Das Zukunftsprogramm, das wir heute hier verabschieden, kann und sollte uns alle ausgesprochen stolz machen. Es verbindet das, was wir von der Wirklichkeit wissen, mit unseren Grundorientierungen. Es gibt eine Reihe von Hinweisen, wie wir uns die zukünftige Gesellschaft vorstellen, wie wir uns Spielregeln vorstellen, die sie lebens- und lebenswert machen.

Was hilft uns dabei? Die Vorstellung vom Menschen, das christliche Menschenbild. Für einen Ökonomen hat das sehr praktische Konsequenzen. Ich möchte einmal drei nennen:

Man weiß, daß wir alle zusammen nach christlichem Verständnis zur Sünde fähig sind. Man kann es auch praktischer sagen: Wir machen Fehler. Das gilt auch für die, die sich politisch engagieren, so daß wir uns von Zeit zu Zeit wieder überlegen müssen: Stimmen unsere Antworten, müssen wir irgendwo nachbessern, ist soziale Gerechtigkeit gegeben, oder läuft uns etwas aus dem Ruder?

Außerdem verpflichtet die christliche Vorstellung vom Menschen uns alle, jeden einzelnen, dazu, die Talente zu mehren, wie es so schön heißt, also das, was wir können, nicht nur privat zu nutzen, sondern nach meiner Überzeugung auch für die Gemeinschaft einzubringen. Das heißt, sich zurücklehnen und zugucken ist nicht die Vorstellung von einem christlichen Menschen.

Die dritte Beobachtung: Wir wissen, daß wir, egal wie wir uns anstrengen – anders als Sozialisten und Kommunisten es behaupten –, kein Paradies auf Erden organisieren können, ganz gleich, wie lange wir an der Regierung sind. Wir werden immer vorläufige Antworten geben. Wir werden auch immer mit dem sogenannten kalten Stern der Knappheit leben müssen. Das heißt, wir müssen uns von Zeit zu Zeit entscheiden: Wieviel von was trauen wir uns als nächsten Schritt zu?

In diesem Zusammenhang ganz wenige Anmerkungen dazu, wie wir uns die zukünftige Arbeitswelt vorzustellen haben: Wir alle wissen, sie wird vielfältiger, bunter. Man wird nur

noch selten eine Erwerbsbiographie haben, die den Vollzeitjob über 40 Jahre, dann auch noch mit Firmenjubiläum verbunden, als Normalfall erscheinen lassen wird. Das wird so nicht sein, und immer mehr Menschen haben das längst für sich realisiert und verhalten sich anders. Sie suchen und sie bewegen sich schrittweise in eine neue Wirklichkeit, teilweise übrigens sehr zu unserem Ärger. Denn all die Wege, die die konkreten Menschen zu gehen versuchen, belegen wir nach meiner Überzeugung noch zu stark mit negativen Begriffen.

Wovon reden wir? Wenn jemand einen Nebenverdienst hat, einen Werkvertrag, wie viele von uns nennen das dann Scheinselbständigkeit! Was beobachten wir wirklich? Es gibt Menschen, die eine ausgesprochene Freude daran haben, neben ihrem Job einen Werkvertrag zu haben, weil sie für sich selber entdeckt haben, daß das bei der Steuer Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Unsere Antwort darauf sind im Moment noch negativ besetzte Begriffe.

Oder nehmen Sie ein anderes Beispiel: Wir reden von Billigjobs. Mir ist bewußt, daß wir da eine Lösung brauchen, weil man die jetzigen Regelungen mißbrauchen kann. Aber es wäre fatal, wenn wir den Eindruck erwecken würden, wir würden alles, was die Menschen gerne machen, nicht wollen. Die Menschen werden sich dann nämlich nicht nach dem richten, was wir vortragen, sondern werden ihren Weg weiter suchen.

Es ist sehr spannend, ein solches Gespräch z.B. bei einer katholischen Arbeitnehmerbewegung zum 100. Jubiläum zu führen und dann dort zu erfahren, daß große Teile der Sozial Einrichtungen der Kirchen eben mit diesen Arbeitsverhältnissen, also angeblich mit Billigjobs, ihre sozialen und humanitären Aufgaben erfüllen.

(Zustimmung)

Wenn das so ist, müssen wir doch mit den Menschen darüber reden. Vielleicht müssen wir viel grundsätzlicher fragen, woher es denn kommt, daß die das tun. Gehen wir mit den normalen Arbeitsverhältnissen von den rechtlichen und finanziellen Konsequenzen her vielleicht so um, daß es immer lukrativer wird, sich daran vorbeizumogeln?

Oder nehmen Sie das Beispiel, das ich aus dem Baubereich kenne und das mir die allergrößte Freude macht: Wir reden von Schwarzarbeit. Da wird von den Politikern verlangt, das mit Polizei, mit Strafen und sonstigen Maßnahmen zu verhindern. Gleichzeitig bieten mittelständische Bauunternehmer in ländlichen Gebieten Häuser stückweise an, und jeder, der ein Häuschen bauen will, kann sich mit ein paar Nachbarn zusammentun und entscheiden, wieviel Leistung er sich selber zutraut und was er wirklich kaufen will. Diese Unternehmen sind inzwischen in einem Bundesverband der Selbstbauer zusammengeschlossen und möchten regelmäßig zu uns eingeladen werden. Im Münsterland wird das sicher anders sein als in anderen ländlichen Gebieten, aber dort entstehen, wie man mundartlich sagt, ganze „Negerdörfer“. Das heißt natürlich nicht Schwarzarbeit; das ist Nachbarschaftshilfe, Gruppenselbsthilfe – oder wie auch immer man es nennt.

Was ist der Hintergrund? Der normale Geselle in einem Handwerksbetrieb, der dort, voll mit Steuern und Abgaben belastet, einen Stundenlohn von x DM hat, kann sich die Arbeitsstunde als privater Nachfrager für eine Reparatur nicht mehr leisten. Das heißt, wir müssen viel tiefer graben und nach Lösungen suchen, die heißen: Umbau des Sozialsystems, aber auch Steuerreform.

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wir haben inzwischen 6 bis 8 Millionen Menschen in Deutschland, die in der einen oder anderen Form mehr oder weniger am Normalarbeitsverhältnis vorbei einen Weg in die Zukunft suchen. Wenn wir den Eindruck erwecken würden, wir bekämen sie alle durch einen Zaubertrick wieder in die Flasche, würden wir falsche Botschaften aussenden.

Das ist der Hintergrund, warum wir sagen: Wir brauchen überschaubare Einheiten, wir brauchen eine grundlegende Steuerreform, wir brauchen einen Umbau der Sozialsysteme, wir brauchen mehr Eigenverantwortung. Denn die Menschen sind – nach dem christlichen Verständnis vom Menschen – so, wie sie sind, und eigentlich muß man eine Gesellschaft so organisieren, daß sie mit den real existierenden Menschen umgehen kann und ihnen faire Chancen einräumt, nicht mit Menschen, die die Sozialisten erst erziehen wollen. Letzteres ist nicht unsere Vorstellung vom Menschen.

(Zustimmung)

Wolfgang Schäuble hat zu Recht gesagt, das Ganze ist mit Anstrengungen verbunden. Das ist wahr. Doch wahr ist ebenso: sich anstrengen macht doch auch Spaß. Beim Sport wissen das alle. Wir wissen es auch in anderen Bereichen, etwa beim Tanz. Sich anstrengen und am Ende merken, jetzt kannst du es, jetzt leistest du einen Beitrag, jetzt bist du vielleicht schneller gelaufen als der andere, das ist doch auch schön, selbst wenn es Kraft kostet. Warum entdecken wir diese Freude nicht häufiger auch bei dem, was wir sonst tun? Selbst Unbequemlichkeit zu beherrschen und damit umzugehen ist doch nicht nur Belastung. Es zu schaffen ist nach meiner Überzeugung auch Freude.

Deshalb: Verlässlichkeit und Innovation, das ist wahr; Herz und Verstand, das ist auch wahr. Am besten gefällt mir der Spruch, den kühlen Kopf in den Dienst der heißen Herzen zu stellen. So werden wir es packen!

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christa Thoben. – Als nächster spricht Peter Jungen.

Peter Jungen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin besonders darüber erfreut, daß auf diesem Parteitag wie eigentlich – jedenfalls soweit ich mich erinnern kann – seit Jahren nicht mehr so viel über Unternehmer und über Selbständige und ihre Bedeutung sowie über ihre Rolle im Strukturwandel und für mehr Beschäftigung geredet worden ist.

Ich finde, das ist eine sehr positive Entwicklung in unserer Partei. Ich möchte dafür dem Bundeskanzler und Wolfgang Schäuble ausdrücklich danken, daß dies auch so stark in den Vordergrund ihrer persönlichen Beiträge gestern und heute getreten ist. Ich glaube, die wahrscheinlich nicht sehr zahlreichen Selbständigen und Unternehmer unter den Delegierten freuen sich ebenso wie ich darüber, daß sie nun in der wirtschaftspolitischen Wahrnehmung der Union eine sehr viel größere Rolle spielen, als das vielleicht zu anderen Zeiten der Fall gewesen ist.

Ich begrüße es auch sehr, daß dieses Papier mit der Wettbewerbsfähigkeit beginnt, nämlich der Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung dafür, daß mehr Beschäftigung geschaffen

werden kann. Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß die Globalisierung dazu führe, daß uns die Arbeit ausgeht. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall, es ist nicht das Ende der Arbeit. Seit 1970 ist in den OECD-Ländern die Zahl der Beschäftigten um ein Drittel gestiegen. Das sind etwa 110 Millionen neue Arbeitsplätze. Wenn diese Entwicklung bei uns nicht im gleichen Maße stattgefunden hat, so hat das auch etwas mit Dingen zu tun, die wir selber kritisch hinterfragen müssen.

Lassen Sie mich eine kurze Bemerkung zur aktuellen Situation machen. Es ist gestern und auch heute gesagt worden, daß der Aufschwung kommt. Meine Damen und Herren, ich würde noch eins draufsetzen und sagen, daß die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland in diesem Jahr wesentlich besser verlaufen ist, als alle bisher veröffentlichten Prognosen angaben.

(Vereinzelt Beifall)

Das liegt auch daran, daß in einer solchen Zeit der Veränderung in der Regel der Niedergang nachgezeichnet und der Aufschwung unterschätzt wird. Wenn Sie das Wort „mikroökonomisch“ aus der Sicht der Unternehmer sehen, über die in den zwei Tagen hier viel geredet worden ist, dann wird in der Regel die Dynamik, die in einem solchen Aufschwung liegt, unterschätzt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Auftragseingänge gestiegen sind und im Export weiter steigen. Meine Damen und Herren, ich gehe noch weiter und sage: Wir werden voraussichtlich in diesem Jahr das größte Exportvolumen der deutschen Nachkriegsgeschichte haben, was sich unmittelbar niederschlagen wird in wesentlich mehr Beschäftigung, als an Hand der schon besseren Zahlen erkennbar ist.

Das gleiche gilt für die Investitionen, die seit 1992 zum ersten Mal so deutlich ansteigen wie in diesem Jahr. Das schlägt sich nieder in der Inlandsnachfrage, das wird sich auch in der Konsumnachfrage niederschlagen. Das bedeutet also, meine Damen und Herren, auch der Ausblick auf die Beschäftigung im Inland ist positiv, auch wenn dies der eine oder andere in den eigenen Reihen noch nicht so richtig wahrhaben will, weil die Zahl der Beschäftigungslosen natürlich immer noch viel zu groß bleibt.

Was ist passiert, meine Damen und Herren? Die Unternehmen, insbesondere diejenigen, die im internationalen Wettbewerb stehen, haben in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben gemacht, haben erfolgreich restrukturiert. Dort ist die Produktivität gestiegen, die Wettbewerbsfähigkeit auch des Standorts Deutschlands wurde wiedergewonnen. Diese Unternehmen haben eine gute Zukunft vor sich. Das gilt nicht unbedingt in gleichem Maße für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die bisher auf den Inlandsmarkt angewiesen sind und deshalb nicht die gleiche positive Entwicklung zu verzeichnen haben. Trotzdem, meine Damen und Herren, werden auch sie davon profitieren.

Aber es gibt einen Aspekt dabei, der mir in der Diskussion über Europa und die ungeheure Restrukturierung der europäischen Volkswirtschaften und ihrer Unternehmen zu kurz kommt. Die Konvergenzentwicklung im Aufgalopp zum Euro führt dazu, daß Europa sich neu ordnet, restrukturiert und investiert. Meine Damen und Herren, es gibt kein Land in Europa, das von dem Restrukturierungsprozeß seiner europäischen Nachbarn stärker profitiert als Deutschland. Wir sind der Ausrüster der Welt; das zeigt sich im Exportzugang – insbesondere im Maschinenbau – in den ersten Monaten, und diese Tendenz wird sich fortsetzen.

Das ist eine Folge einer erfolgreichen Außenpolitik und Europapolitik unserer Bundesregierung, und ich würde mir wünschen, daß sich die Diskussion über Europa nicht auf den Euro und den Verlust der D-Mark konzentriert, sondern auf die ungeheuer positiven Effekte, die sich, schon bevor der Euro da ist, für die deutsche Volkswirtschaft aus dieser Entwicklung ergeben. Es ist offensichtlich so, daß einige angelsächsische und insbesondere einige amerikanische Analytiker diese Entwicklung sehr viel klarer sehen, als wir sie in Europa zur Kenntnis nehmen.

Nun kann man sagen, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland noch zu langsam verbessert. Das ist natürlich richtig, aber die Probleme unseres Arbeitsmarkts – darüber besteht ja wohl inzwischen Einigkeit – sind überwiegend hausgemacht und nicht die Folge von Globalisierung und Umstrukturierung in den anderen Ländern. Wenn wir insbesondere im Bereich der personalnahen und personalintensiven Dienstleistungen ansetzen, dann haben wir eine gute Chance. An dieser Stelle – um einen einfachen Vergleich zu bringen – sind in Deutschland 70 Mitarbeiter weniger pro 1 000 Einwohner beschäftigt als in den USA. Das bedeutet hochgerechnet auf die deutsche Bevölkerung fast 5,6 oder 5,7 Millionen Menschen, die in Deutschland beschäftigt sein könnten, wenn wir die gleiche Dienstleistungskultur hätten wie die Amerikaner.

Es ist also wichtig, nach den Ursachen zu fragen, die dazu führen, daß wir es bisher in den Bereichen, wo die Globalisierung keinen Einfluß hat, nicht schaffen, die gleichen Beschäftigungsstrukturen und -anteile zu erreichen wie andere Länder, wie die USA oder die OECD-Staaten, während wir in den Bereichen, in denen wir im internationalen Wettbewerb stehen, einen ungleich höheren Anteil der Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigtenzahlen haben. Das heißt, wir profitieren ungeheuer von der Globalisierung.

Meine Damen und Herren, Christa Thoben hat es eben auch gesagt, wir müssen uns darauf einrichten, müssen sehr viel mehr Differenzierung und auch sehr viel mehr verschiedene Formen von Beschäftigung sehen – wie es auch das Papier aussagt. Wenn sich die Beschäftigung in diesem Jahr trotzdem von Monat zu Monat weiter verbessern wird – ich glaube, daß wir in diesem Jahr die Vier-Millionen-Arbeitslosen-Grenze unterschreiten werden –, dann wird sich zeigen, daß sich der Aufschwung, daß sich die Gewinnsteigerung der Unternehmen als Folge ihrer Wettbewerbsfähigkeit, als Folge ihrer Restrukturierung auch auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt und wir hier keine Auseinandersetzung führen müssen zwischen den einen, die für Gewinne der Unternehmen und für steigende Börsenkurse mit ihrem positiven Effekt auf die wirtschaftliche Entwicklung eintreten, und den anderen, die von der Beschäftigung leben und den Zusammenhang zwischen der Restrukturierung der Unternehmen, der Wiedergewinnung ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und der steigenden Beschäftigung nicht unbedingt sehen wollen.

Meine Damen und Herren! Es ist mehrfach gesagt worden: Die Unternehmer, die kleinen Selbständigen, brauchen wir. Das ist richtig; denn wir haben in Deutschland ja keinen Mangel an Arbeit, sondern einen Mangel an Arbeitgebern, also den Menschen, die in der Lage und bereit sind, Beschäftigung zu organisieren. Wenn wir da richtig liegen und Walter Eucken dazu zitieren, dann verstehen wir, was deren wichtigste Aufgabe ist: Es ist nämlich ihre sittliche Pflicht – so sagt er wörtlich –, die Unternehmen wettbewerbsfähig zu machen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich mit manchen anderen darüber, daß das, was in den vergangenen Monaten aus den Reihen der Union gelegentlich an Unternehmerschelte zu hören war, eingestellt worden ist und daß Unternehmer jetzt hier doch so gelobt worden sind. Ich glaube, es hat sich deutlich gezeigt: Niemand kann Beschäftigung organisieren, es sei denn, daß die Unternehmer und die Unternehmen es tun. Der Staat hat Abschied genommen davon, und das ist, glaube ich, eine wichtige Erkenntnis für uns alle. Herbert Giersch hat das „Wachstum im Unterholz“ genannt. Es ist schön, daß die großen Unternehmen, wie wir hören, wieder einstellen. Aber, meine Damen und Herren, es ist sehr viel wichtiger, daß Hunderttausende kleine und mittlere Unternehmen wieder einstellen und ermuntert werden durch wichtige positive Signale, die vielleicht auch von diesem Parteitag hier ausgehen.

Es ist wichtig, daß wir das Klima und die Rahmenbedingungen schaffen, damit Menschen mehr Eigenverantwortung übernehmen, risikobereit sind, selbständig und unternehmerisch handeln. Sozial sein heißt in diesem Sinne auch, seine eigenen Angelegenheiten zu regeln.

Es ist auch die Frage zu stellen: Weshalb haben wir denn sehr viel weniger Selbständige als der Durchschnitt der OECD-Länder, als ein Land wie Italien, wo jeder Vierzehnte selbständig ist? Das würde auf die deutschen Verhältnisse umgerechnet bedeuten, daß wir nicht knapp 3 Millionen, sondern über 5 Millionen Selbständige hätten.

Wenn jeder von denen auch nur zwei Arbeitslose einstellt, dann hätten wir Arbeitskräftemangel in diesem Lande. Also müssen wir für mehr Selbständigkeit werben. Das heißt nicht, neue Programme aufzulegen – es gibt inzwischen genug Förderprogramme –, sondern wir müssen die Hindernisse beseitigen, die im Wege stehen, und Übergänge für Menschen, die sich als bisher abhängig Beschäftigte selbständig machen wollen, erleichtern. Dazu gehört natürlich auch die steuerliche Behandlung von Risikokapital, das nach wie vor ungünstiger als jede andere Anlageform steuerlich belastet wird.

Das Beseitigen der Hindernisse, meine Damen und Herren, ist das Entscheidende, sonst haben wir eines Tages noch weniger Arbeitgeber und damit auch noch weniger Arbeitnehmer. Dazu gehört aber auch die Bereitschaft, eine Gewinn- und Gewinnerkultur in Deutschland zu entwickeln, und zwar nicht nur im Hochleistungssport, beim Tennisspielen oder beim Fußball, sondern auch an anderen Stellen, wo es besonders wichtig ist. Es ist schon sehr deutsch, daß wir, nachdem die Notwendigkeit, mehr Selbständige zu haben, erkannt wurde, eine besonders intensive Diskussion über sogenannte Scheinselbständige führen. Überlassen wir es doch erst einmal dem Markt, entsprechende Formen herauszubilden, bevor wir das, was sich da rührt, von vornherein wieder eingrenzen wollen. Deutlicher könnte man sagen, daß vielleicht der eine oder andere gar kein Interesse daran hat. Das gilt natürlich nicht für unsere Reihen.

Sozial ist, was Beschäftigung schafft - das war der Slogan zu Beginn der letzten Delegiertenkonferenz der CDA in Magdeburg. Nicht jeder Delegierte in Magdeburg war für diesen Slogan, für den wir und auch ich eintreten, auch wenn ich nicht Mitglied der CDA bin, sondern eher aus dem Unternehmerlager komme. Wichtig für uns ist aber, daß wir die Rolle des Unternehmers im Wettbewerbsgeschehen verstehen. Das heißt zugleich, die Notwendigkeit, Gewinne zu machen, und damit die Anerkennung der sozialen Funktion von Gewinnen muß Gegenstand unserer eigenen Diskussionen und Beschlüsse werden. Das bedeutet nicht, daß wir die Soli-

darität mit den Schwachen in der Gesellschaft aufkündigen würden, sondern es bedeutet, daß wir die Sozialsysteme effizienter gestalten und die Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität neu finden müssen. Das zu tun ist sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, am Beispiel der neuen Bundesländer zeigt sich besonders, wie wichtig die Rolle der Unternehmer beim wirtschaftlichen Aufbau ist. Das Ausmaß der Zerstörung, das uns der Sozialismus hinterlassen hat, ist ja von vornherein unterschätzt worden. Wie schwierig die Beseitigung ist, zeigt uns die seitherige Entwicklung ganz deutlich. Frau Barbe hat gestern ein Gutachten erwähnt, das sogenannte Schürer-Papier. Zur Verdeutlichung des Zustandes der neuen Länder, wie er sich vor dem Zusammenbruch der DDR darstellte, erlauben Sie mir noch zwei oder drei ganz kurze Zitate aus diesem Schürer-Papier, das ich hier in der zehnten Ausfertigung vor mir liegen habe. Interessanterweise war die Maßgabe, daß diese Papiere am 31. Dezember 1989 vernichtet sein müßten und daß der Geheimhaltungsgrad nicht verändert werden dürfe; so steht es oben auf den Papieren. Ich hoffe, daß die Autoren mir verzeihen, wenn ich es jetzt nicht mehr geheimhalte, sondern Passagen daraus zitiere. Herr Schürer schreibt da, daß die Verschuldung gegenüber des nichtsozialistischen Wirtschaftsraumes – NSW heißt es da immer – sich innerhalb von 15 Jahren von zwei auf 50 Milliarden DM erhöht hat. Weiter schreibt er – das ist das Entscheidende –, daß die Rückzahlung dieser Kredite und die Zinsentilgung nicht mehr möglich sind, sondern nur noch durch Aufnahme neuer Schulden bewältigt werden könnten. Dann wird es ganz konkret, wenn er dort sagt: Wenn wir eine geordnete Rückzahlung vornehmen wollen, müssen wir die Konsumtion um 25 bis 30 Prozent reduzieren. Das heißt auf hochdeutsch, man hätte den Bürgern der damaligen DDR einen Rückgang ihres Wohlstandsniveaus um 25 bis 30 Prozent zumuten müssen. Da dies nicht möglich ist, kommt er abschließend zu dem Ergebnis – so schreibt er wörtlich –:

Die Konsequenz der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit der DDR wäre ein Moratorium, sprich Umschuldung, bei der der Internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Dieses muß unter allen Umständen vermieden werden.

Meine Damen und Herren, den Rest kennen wir. Das Papier datiert vom 27. Oktober 1989. Ungefähr 14 Tage später ist die Mauer gefallen. Wir wissen jetzt wesentlich besser, weshalb. Wir sollten das den Mitbürgern in den neuen Ländern und der deutschen Öffentlichkeit sagen, in welchem Zustand sich das Land befand, als wir die Verantwortung dafür übernommen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hoffe, daß dieses Papier, das ja nun fast zehn Jahre alt ist, nicht weiterhin für die Öffentlichkeit unzugänglich bleibt, sondern in die Diskussion eingeführt wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich den Bogen schließen und sagen: Wenn wir in den neuen Ländern, wie Herr Gies sagte, Wachstum im Unterholz weiter ermöglichen wollen, müssen wir viele kleine Selbständige ermuntern, auf sie zuzugehen und ihnen klarmachen, welche Aufgabe sie haben. Das ist dann auch keine Politik für Unternehmer, das ist eine Politik für eine unternehmerische Gesellschaft, in der derjenige belohnt wird, der etwas unternimmt. Wir sollten aufpassen, daß wir die Soziale Marktwirtschaft und den Ludwig Erhard

nicht anderen überlassen, die sich offensichtlich in ihren Wahlaussagen schon daran orientieren, indem sie den Aufschwung für sich reklamieren und uns am Ende den Ludwig Erhard klauen wollen. Das muß verhindert werden.

Die „Financial Times“ hat in der vergangenen Woche einen Artikel angesichts der neuesten deutschen Wirtschaftsdaten überschrieben: „Helmut's hope – Helmut's Hoffnung“. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns alles dazu tun, daß diese Hoffnung, die die „Financial Times“ zum Ausdruck gebracht hat, auch realisiert werden kann. In diesem Sinne darf ich mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Als nächster hat Andreas Trautvetter das Wort.

Andreas Trautvetter: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Zukunft in Deutschland gestalten – dazu gibt es ein Sprichwort: Nichts ist so beständig wie die Veränderung. Wir in Thüringen und im ganzen Osten Deutschlands leben im Prinzip seit acht Jahren mit ständiger Veränderung. Ich glaube, wir haben sie bis jetzt gut gemeistert.

Meine Damen und Herren, an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sind angesichts tiefgreifender globaler Veränderungen und Herausforderungen notwendige Reformen dringend geboten, die jetzt umgesetzt werden müssen, wenn Deutschland seine Spitzenposition behaupten will. Es ist verantwortungslos, wenn jene Sozialdemokraten, die die deutsche Einheit verhindern wollten, heute jedem alles versprechen und nichts halten können. Nein, jetzt muß entschlossen gehandelt werden.

Viel ist im Osten erreicht worden. Die Zahlen, auch in Thüringen, sprechen für sich. Wenn ich den Wirtschaftsstandort Thüringen im Vergleich der jungen Länder sehe, so stelle ich fest, daß wir bei 16 Prozent der Bevölkerung etwa 21 Prozent der Beschäftigten und 22 Prozent der Unternehmen im produzierenden Bereich haben, das entspricht allerdings erst etwa 60 Prozent des Niveaus der Westländer. Das ist das eigentliche Problem dabei. Wenn Wolfgang Schäuble sagt, wir wollen keine Gleichmacherei, so muß ich ihm recht geben. Wir wollen aber Chancengleichheit in den jungen Ländern haben. Ich habe neulich einen Atlas von 1952 in den Händen gehabt. 1952 hatten Sachsen und Thüringen das dichteste Autobahnnetz, denn einzig und allein in diesen beiden Freistaaten waren die A 4 und die A 9 zum damaligen Zeitpunkt komplett ausgebaut. Allerdings ist im Osten seit 1940 kein Autobahnkilometer mehr gebaut worden. Das ist unser Problem. Deswegen sind die Investitionen notwendig. Man kann auch hier noch einmal Danke für die viele Hilfe sagen, die wir bekommen haben.

Investitionen schaffen Arbeitsplätze, nicht blind organisierte Beschäftigungsprogramme. Das wird an Sachsen und Thüringen deutlich.

Wir haben in den letzten Jahren in der gewerblichen Wirtschaft Investitionen im Volumen von 32 Milliarden DM getätigt, mit fast 8 Milliarden DM Fördermitteln. So sind neue Technologien und innovative Unternehmen entstanden. Nur, wenn wir auf Zukunft, auf neue Technologien, auf Innovationen setzen, denn sollten wir auch Wege finden, wie wir Konzepte wie das von Paul Krüger, eine Innovationszulage einzuführen, umsetzen können – für den Osten oder

meinetwegen auch für Gesamtdeutschland; denn es geht um den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt und nicht mehr um den Wirtschaftsstandort einer Region Deutschlands.

In einem Punkt möchte ich die Euphorie etwas dämpfen, wiewohl ich mich über den Rückgang der Arbeitslosigkeit, vor allem auch in den jungen Ländern, sehr freue: Jeder weiß um den Produktivitätsrückstand des Ostens. Jeder weiß, welches Rationalisierungspotential vorhanden ist und welche Möglichkeiten bestehen, durch Auslastung zusätzlicher Kapazitäten den Umsatz zu steigern. Aber all das hat wenig Wirkung auf die Beschäftigung.

Manchmal gerät es in Vergessenheit, daß wir 1992 eine Vorruhestandsregelung beschlossen haben und damit der natürliche Abgang in die Rente erst wieder ab dem Jahr 2002 zunimmt. So kommen in Thüringen jedes Jahr 30 000 junge Leute von der Schule und aus der Ausbildung, die einen Arbeitsplatz suchen. Diesen objektiven Bedingungen müssen wir uns stellen. Auch das gehört zur Wahrheit und Ehrlichkeit unseres Programms.

In der Diskussion um den zweiten Arbeitsmarkt der vergangenen Jahre waren bestimmte Entscheidungen richtig; sie sind auch von uns allen mitgetragen worden. Nur: Wenn die jetzige Öffnung wieder dazu führt, daß neun von zehn Leuten auf dem Arbeitsamt nach einer ABM-Stelle fragen und nicht nach einem Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt, dann muß man über Inhalte reden. Wenn die jetzige Öffnung wieder dazu führt, daß feste Arbeitsstellen auch abgelehnt werden, weil man eine ABM-Stelle vorzieht, dann muß man über Inhalte reden. Wenn trotz 20 Prozent Arbeitslosigkeit in bestimmten Branchen – wie in der metallverarbeitenden Industrie – keine Fachleute mehr zu bekommen sind, dann muß man über Inhalte von Qualifizierung und Beschäftigung reden. Dann müssen die Ziele neu ausgerichtet werden.

Es ist viel über die PDS gesagt worden. Vieles kann man nur bekräftigen. Manchmal ist es gut, wenn man die Schriften der Gegner kennt. Lenin hat einmal eine Schrift mit dem Titel „Was tun?“ verfaßt, in der exakt beschrieben ist, wie sich eine kommunistische Partei in einer solchen Situation zu verhalten hat. Die PDS verhält sich getreu diesen Lehren. Sie wird erbarmungslos zuschlagen, wenn sie an die Macht kommt, und Deutschland in eine andere Republik verwandeln. Das muß verhindert werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Wirtschaft und Arbeit sind die alles entscheidenden Themen im Wahlkampf. Es geht um die Zukunft Deutschlands. Es geht darum, vorwärts zu schreiten oder in alte sozialistische Experimente zurückzufallen. Diese und andere Themen hat die CDU Thüringen in Thesen zur Bundestagswahl gefaßt, weil wir den Leuten klarmachen wollen, wie wichtig uns die Entscheidung in Deutschland am 27. September für Bonn, für Deutschland und für Thüringen ist. Die Menschen im Osten akzeptieren auch schwierige Entscheidungen, wenn ein klarer Weg aufgezeigt wird, wie das im Zukunftsprogramm, das wir nachher beschließen werden, der Fall ist.

Es gilt, den Bürgern klarzumachen, was erreicht ist. Es gilt aber auch, klarzumachen, welche Aufgaben vor uns stehen, und zwar ohne Schönfärberei. Und es gilt, klarzumachen – vor allem im Osten –, was bei einem Wechsel in Bonn passiert. Der Kanzler hat gestern gesagt, es dürfe sich keiner schonen. Die CDU Thüringen wird sich nicht schonen, damit in Bonn auch

nach 1998 eine Politik für Wachstum und Beschäftigung sowie für den Aufbau im Osten Deutschlands gestaltet werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt noch fünf Wortmeldungen vor. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, können wir die Rednerliste jetzt schließen. Oder gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Nein. – Als nächster ist Herr Dr. Peter Wagner aus Brandenburg an der Reihe.

Dr. Peter Wagner: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Hochverehrter Kollege Schäuble! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um die Spannung gleich vorwegzunehmen und für Entlastung zu sorgen: Die CDU Brandenburg wird dem Zukunftsprogramm vorbehaltlos zustimmen. Wir sind der Auffassung, daß es eine gute Grundlage ist, um dem inhaltslosen Programm der SPD etwas entgegenzusetzen und die Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu geben.

Aber zwei Punkte in der Rede von Herrn Schäuble sind es doch wert, sie noch einmal aufzurollen, auch aus Brandenburgischer Sicht. Zunächst zum Umgang mit dem Mittelstand und zu seiner Rolle in den neuen Ländern. Es ist zu Recht gesagt worden, daß es besonders die mittelständischen Betriebe sind, die Arbeitsplätze schaffen und in den nächsten Jahren in der Lage sind, Menschen in Arbeit zu bringen. Ich muß aber auf ein Problem hinweisen - dazu bin ich beauftragt worden, besonders von unseren Mittelständlern –: Wir sollten uns – nicht nur angesichts der Wahl, sondern kontinuierlich – die Probleme der Mittelständler zu eigen machen dergestalt, daß wir ihnen Hilfe leisten, wenn sie in Nöte geraten.

Gerade in den neuen Ländern geraten Mittelständler durch ein Verhalten in Nöte, das sie in der Vergangenheit nicht gekannt haben, und zwar mangelnde Zahlungsmoral. Ich sehe es nicht ein, daß Leistungen, die ein mittelständischer Betrieb erbracht hat, nicht bezahlt werden.

(Beifall)

Dies ist vor allem angesichts fehlenden Eigenkapitals schlimm. Manfred Kanther hat gestern sehr klare Worte zu Fragen der inneren Sicherheit gefunden – klare Worte, die wir viel öfter sagen sollten. Ich sage etwas, was vielleicht nicht juristisch sauber ausgedrückt ist, aber die Klarheit nicht vergessen läßt: Wer einem mittelständischen Betrieb, wer einem Handwerker den gerechten Lohn unter fadenscheiniger Begründung schuldig bleibt, der ist in gewissem Sinne kriminell.

(Beifall)

Eine Episode, die sich in meiner alltäglichen Praxis abgespielt hat, hat mich auf etwas gebracht, was wir seit der Wahl in Sachsen-Anhalt viel zu wenig beachtet haben. Als ich einen Vater fragte, ob er für sein schwerkrankes Kind eine Freistellung für wenigstens zwei Tage brauche, sagte er mir: Nein, ich werde das anders organisieren. Sie wissen doch: Ich bin selbständig, das heißt „selbst“ und „ständig“.

Damit will ich überleiten zu einem Problem, das wir vielleicht noch zu wenig beachtet haben. Bei der Wahl in Sachsen-Anhalt hat uns – vor allen anderen – ein Berufsstand die Treue

gehalten; das waren die Selbständigen und Freiberufler. Daran sollten wir uns erinnern. Wir sollten uns wieder auf diese Klientel konzentrieren. Ein Steuerberater ist sicherlich nicht böse, wenn er ein etwas aufgelockertes Steuersystem vorgesetzt bekommt. Er wird ja ohnehin nach dem bezahlt, was an Umsatz zu verzeichnen ist. Auch die Rechtsanwälte brauchen sicherlich nicht die Unterstützung, die ich am liebsten einfordern würde. Aber es ist einfach eine Sünde, nicht zur Kenntnis zu nehmen, daß insbesondere die ambulant tätigen Ärzte in Ostdeutschland unsere Mittler, unsere Mediatoren, zum Wähler sind. Sie dürfen wir nicht im Stich lassen. Wir müssen ganz klar sagen, daß wir die Freiberuflichkeit erhalten wollen, mit aller Konsequenz. Wir müssen auch im Wahlkampf ganz klar sagen, was es bedeutete, wenn eine SPD-geführte Regierung in Deutschland an die Macht käme. Das wäre nämlich das Ende der Fahnenstange. Manches Lebenswerk würde dann die berühmte Wupper hinuntergehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu einem Thema sagen, das immer ein bißchen heikel ist und das im Osten manchmal etwas zögerlich angefaßt wird. Ich meine den Umgang mit der PDS. Das sage ich, obwohl ich mit Frau Thoben der Meinung bin – seit ihren Ausführungen weiß ich es ja –, daß wir sündigen können und daß es also eine Sünde ist, immer wieder den Namen dieser Partei in den Mund zu nehmen, weil wir sie dadurch aufwerten. Aber es ist einfach notwendig, darauf hinzuweisen, daß acht Jahre nach der Wiedervereinigung eine gewisse Nostalgie und eine gewisse Verbrämung der Vergangenheit im Osten eingetreten sind. Wenn der Generalsekretär gestern sagte, daß wir konsequent gegen Stasi und gegen die inoffiziellen Mitarbeiter ins Feld gezogen sind, dann muß ich hier eines kritisch anmerken: Das war bitter notwendig, aber von der Sache her meine ich: Wir haben den Sack geprügelt und haben den Esel gemeint. Wenn ich das hier so vortrage, dann zeigt das, daß ich der Meinung bin, daß es uns in der Vergangenheit nicht gelungen ist – ich bin froh darüber, daß wir nun endlich eine klare Sprache sprechen –, die Täter, die Hintermänner, die Auftraggeber, diejenigen, die die Pläne ersonnen haben, endlich in die Pflicht zu nehmen. Sie sind nämlich nicht arbeitslos; sie sitzen in den Landtagen oder im Deutschen Bundestag. Das ist eine Schande.

Schließlich waren die Kreissekretäre und die Bezirkssekretäre der SED diejenigen – sie gibt es noch in dieser Partei PDS –, die als Bezirks- und Kreiseinsatzleiter den Ernstfall vorbereiten sollten, die offensiv darüber nachgedacht haben, wie Internierungslager anzulegen seien, wenn es denn soweit sein sollte. Daß alles so schnell kommen würde, hat sich von den Herren sicherlich keiner träumen lassen.

Noch ein Wort zu Brandenburg. Brandenburg wird ja manchmal als ein exotisches Land bezeichnet – Brandenburg, in dem die Landesregierung keine Panne ausläßt und von einem Fettnäpchen in das nächste stolpert, Brandenburg, das hinter Sachsen-Anhalt die zweithöchste Verschuldung aller neuen Länder hat. Das alles schlägt sich nicht in Wählerstimmen für die CDU nieder. Hier kann ich nur eines kritisch anmerken – wir haben es vielleicht in der Vergangenheit vergessen; wir müssen es viel häufiger tun –, daß wir den Menschen in den neuen Ländern ihre Lebenszeit nicht vorhalten dürfen und daß wir nicht den Eindruck erwecken dürfen, als ob ihr Leben ein verlorenes Leben gewesen sei. Das war es nicht. Das Leben, daß sie damals gelebt haben, kann ihnen nicht wiedergegeben werden. Ich glaube, es wäre der falsche Ansatz, wenn wir in dieser Richtung weiter argumentieren würden.

Ich möchte zur SPD in diesem Land auch noch eine Anmerkung machen. Das, was sich dort tut, ist sicherlich symptomatisch und exemplarisch für die SPD in der gesamten Bundesrepublik. Wir sollten noch viel mehr als bisher berücksichtigen, daß diese Partei überhaupt keine Vorbehalte und Skrupel dagegen hat, ein Plagiat nach dem anderen zu begehen – und das in einer Art und Weise, daß einem dabei schwindlig werden kann. Wir haben den Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen West und den Kassen Ost – an dieser Stelle sei den Ländern Bayern und Baden-Württemberg noch einmal ganz herzlich für ihr Verständnis und dafür gedankt, daß sie über den eigenen Schatten gesprungen sind – mit Hilfe von Bundesminister Seehofer auf den Weg gebracht. Damit ist ein Teil jener sozialen Mauer, deren Existenz in Deutschland immer wieder beklagt wird, gefallen. Die SPD schreibt sich das auf ihre Fahnen. Das ist ein Unding. Ich glaube, hier hilft uns nur eines, nämlich offensiv zu sein und deutlich zu machen, wer die Leistung vollbracht hat und wer in der Lage ist, auch weiterhin für das Zusammenwachsen in Deutschland zu sorgen.

Die PDS, die jetzt im Bund mit der SPD eine Koalition eingehen möchte, ist sie in Brandenburg schon längst stillschweigend eingegangen. Ich will den Namen einer Ministerin hier nicht erwähnen, aber ich glaube, wenn ich sie so charakterisiere, daß sie im Stenogrammstil spricht und einen genetischen Fehler in ihrem Rechtsbewußtsein hat, dann weiß jeder, von wem ich rede. Diese Frau ist sich nicht zu schade, zu sagen, daß sie überhaupt keine Schwierigkeit damit hätte, Personen aus den Reihen der PDS als Minister in die Landesregierung in Brandenburg aufzunehmen. Klarer kann man es wohl nicht sagen. Wir sollten das in Deutschland laut verkünden, und Sie sollten es in Ihren Verbänden in den alten Bundesländern ebenfalls laut sagen.

Ein letztes Wort zur Ehrlichkeit der SPD. Wenn ich im Kurzzeitprogramm oder dem Langzeitprogramm von Gerhard Schröder – mir war nie klar, was bei ihm Kurzzeitprogramm und was Langzeitprogramm sein soll – lese, daß er im Falle eines Sieges einen Kassensturz machen möchte und daß er strengste Haushaltsdisziplin durchsetzen will, dann kann ich nur erwidern: Wer in Brandenburg acht Jahre SPD-Regierung erlebt hat, dem fehlt dazu der Glaube. Hier wird mit den Mitteln des Staates so umgegangen, als ob sie aus der eigenen Portokasse kämen. Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf: Lassen wir es nicht zu, daß es zu einem solchen Desaster in Deutschland kommt. Wir werden bei der Kommunalwahl in Brandenburg kämpfen; wir werden bemüht sein und wollen erreichen, daß unser Ergebnis auch auf das Bundestagswahlergebnis durchschlägt. Wir werden es schaffen; wir müssen es schaffen. In diesem Sinne fordere ich Sie alle auf, zusammenzustehen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Wagner. Renate Hellwig hat als nächste das Wort; dann folgen Peter Rauen, Claudia Nolte und Herr von Wogau.

Dr. Renate Hellwig: Meine lieben Parteifreunde! Sehr geehrte Damen und Herren! In zwei Punkten möchte ich kurz unser CDU-Profil noch etwas schärfen.

Ich beginne mit einer Erfahrung aus meinem Wahlkreis. Ich muß dazu anfügen: Es ist der Wahlkreis mit der geringsten Arbeitslosigkeit. Aber auch bei uns gibt es nach wie vor Arbeits-

losigkeit. Eine unserer großen Firmen hatte im April die große Chance – sie hängt von der Baukonjunktur ab; deswegen steht sie nicht so gut da – zu einem Auftrag. Sie kennen die Firma; sie hat das Brandenburger Tor eingekleidet. Es ist die Firma Layher. Es ist eine mittelständische Firma. Trotzdem ist sie weltweit tätig. Diese Firma suchte nun 100 neue Arbeitskräfte. Diese Firma konnte das Arbeitsvolumen im April binnen kürzester Zeit so vergrößern, daß sie statt einer Schicht nun drei Schichten fährt. Das Arbeitsamt Heilbronn, in dessen Bezirk es über 2000 Arbeitslose gibt, konnte dieser Firma nur ein Kontingent von 60 Polen zur Verfügung stellen. Das Amt war in der Lage, aus dem Kreis der Arbeitslosen – gesucht wurden keine hochqualifizierten Kräfte; gesucht wurden gut bezahlte Facharbeiter – überhaupt nur 40 Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, warum erwähne ich das? Herr Trautvetter, Sie haben mit Ihrer Bemerkung, daß auch in den neuen Bundesländern die Menschen lieber in ABM-Stellen sind, als daß sie normale Arbeitsplätze annehmen, genau in diese Wunde gestochen. Ich meine, daß wir in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unser Profil noch weiter schärfen müssen; es ist nicht scharf genug.

(teilweise Beifall)

Ich will Ihnen einmal darlegen, was wir von unseren Nachbarländern lernen können. Bei den Briten – aber nicht nur bei ihnen, auch bei den als besonders sozial geltenden Niederländern und bei den Dänen – ist der Titel „Arbeitsloser“ keine Selbstverständlichkeit. Diesen Titel hat nicht einfach jeder, der behauptet: Ich bin arbeitslos. Vielmehr wird jeder, dem eine Stelle angeboten worden ist und der diese Stelle ablehnt – er ist beweispflichtig, ob er dafür gute Gründe hatte oder nicht –, aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen. Er erhält nicht automatisch weiterhin Arbeitslosengeld. Die Sperrzeiten für den Bezug des Arbeitslosengeldes gelten dort nicht nur vorübergehend, sondern für immer. Der Betreffende ist dann auf soziale Leistungen angewiesen. Ich frage: Warum können das Staaten, die als genauso sozial gelten wie wir, und warum können wir es nicht?

Sie haben von dem Streik der Dänen gelesen. Sie haben jetzt sogar für mehr Urlaub gestreikt. Sie haben es mit diesen strengen Regelungen in bezug auf die Arbeitslosigkeit geschafft, ihre Arbeitslosenquote auf 4 Prozent zu senken. Ich empfehle dringend, daß wir uns beim Thema Arbeitslosigkeit dieses entschiedeneren Vorgehen zu eigen machen. Wir sollten den Betreffenden Arbeit anbieten. Wenn sie die Arbeit nicht annehmen, sollten sie aus der Arbeitslosenstatistik herausgenommen werden.

(Beifall)

Anders können wir das Problem nicht bewältigen.

Ich sage Ihnen jetzt folgendes voraus: In allen europäischen Staaten werden diejenigen Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, weil die Zeit ihres Bezugs abgelaufen ist oder weil sie vorher gar nicht gearbeitet haben und sich somit auch nicht arbeitslos melden konnten, nicht in der Arbeitslosenstatistik geführt.

Die anderen Staaten sagen: Bei einem, der kein Arbeitslosengeld bezieht, kann ich gar nicht nachweisen, ob er arbeitslos oder arbeitslustlos ist. Von der Statistik her muß ich ihn als

Arbeitslosen akzeptieren, auch wenn er gar keine Arbeit annehmen will. Solche Personen sind in anderen Ländern, wie gesagt, nicht in der Statistik enthalten – bei den Niederländern nicht, bei den Briten nicht, bei den Dänen nicht. Ich sage Ihnen voraus: Die nächste Regierung – wer auch immer sie stellt; hoffentlich werden wir sie stellen – wird die Statistik ändern; wir werden dann von heute auf morgen eine Million Arbeitslose weniger haben.

(Beifall)

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir haben in der Bundesrepublik derzeit 3,4 Millionen Nicht-erwerbstätige im erwerbsfähigen Alter. In meinem Ortsblättchen in Mundelsheim – ich nenne den Namen und mache damit zugleich Werbung für einen hervorragenden Wein – wird von einer Versicherungsgesellschaft geschrieben: Der Weg zum Arbeitsamt lohnt sich. Gehen Sie zum Arbeitsamt, und melden Sie sich arbeitslos, auch wenn Sie nicht vorhaben, eine Arbeit anzunehmen. Das wirkt sich bei Ihrer Rente als Ersatzzeit positiv aus. – Stellen Sie sich einmal vor, 3,4 Millionen Menschen würden diesem Vorschlag folgen. Wir würden dann in Arbeitslosigkeit ersaufen. Wir hätten dann 7 Millionen statt 4 Millionen Arbeitslose. Meine Damen und Herren, diese potentielle Gefahr beinhalten unsere derzeit geltenden Regelungen. Ich weise hier darauf hin. Es soll nicht heißen, keiner hätte es gewußt. Sie sollen es wissen. Der Sachverhalt ist so. Wir werden ihn ändern müssen.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Wir haben eine Vorruhestandsregelung eigener Art. Diejenigen, die Mitglieder des Bundesvorstandes sind, wissen, wie heftig ich mit Norbert Blüm diesbezüglich seit vielen, vielen Jahren ringe. Hier existiert eine ganz große Ungerechtigkeit. Die großen Firmen entlassen ihre älteren Mitarbeiter im Alter von 55, 56 oder 57 Jahren in die Arbeitslosigkeit. Dabei wird das Arbeitslosengeld durch eine Abfindung bis zum vollen Nettolohn aufgestockt. Diese Fälle sind bei uns im Zulieferbereich der großen Stuttgarter Firmen durchaus verbreitet. Wie ich mir habe sagen lassen, gibt es diese Fälle aber auch im Ruhrgebiet und in anderen Gebieten zur Genüge. Diese älteren Arbeitslosen, die netto genausoviel beziehen, wie sie vorher als Arbeitende bezogen haben, sind garantiert keine Arbeitssuchenden. Ich bin der Ansicht, man sollte sie nicht als Arbeitslose in der Statistik führen, sondern sie umbenennen und als Vorruheständler bezeichnen.

(Beifall)

Diese Fälle machen in meinem Wahlkreis über 15 % aus und belasten uns moralisch. Ich gönne den Betroffenen das Geld. Ich gönne ihnen den Vorruhestand. Ich leide aber darunter, daß ich sie mir in der globalen Diskussion als Arbeitslose vorhalten lassen muß und sozusagen moralisch dafür in die Pflicht genommen werde, daß ich ihnen keine Arbeit anbieten kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es müßte in unserem Interesse sein, nicht erst auf der Stufe der Sozialhilfeempfänger anzusetzen. Das wäre meines Erachtens zwei Stufen zu spät. Betrachten wir einmal die Stufe 1: Ein Jüngerer wird arbeitslos und bezieht zunächst Arbeitslosengeld. Ich schildere Ihnen einmal, wie es bisher in meinem wohlhabenden, strukturell hervorragenden Wahlkreis gelaufen ist. Solange genügend Arbeit vorhanden war, war es durchaus üblich, daß man, wenn man den Betrieb wechseln mußte, sich für ein halbes oder ein Dreivierteljahr

arbeitslos gemeldet hat. Man mußte schließlich seinen Wingert in Ordnung bringen, man mußte sein Haus renovieren usw. Später hat man dann selbstverständlich auch wieder eine Arbeit gefunden. Es ist heutzutage schwieriger geworden, die Dinge so zu handhaben, weil sich die Arbeitgeber den Lebenslauf anschauen. Wenn dieser dann Hoppla-Sprünge erkennen läßt – drei Jahre Arbeit, ein Dreivierteljahr arbeitslos, dann zwei Jahre Arbeit, fünf Monate krank, vier Jahre Arbeit –, ist die Wiedereinstellungschance natürlich sehr gering, weil der zukünftige Arbeitgeber Angst hat, daß es so weitergeht. Dieses Problem des relativen Verlotterns im Arbeitsleben muß man bei den Betroffenen in jungen Jahren anpacken. Bei jungen Arbeitnehmern darf es nicht so sein, daß sie ein Jahr Arbeitslosengeld beziehen, ohne in die Pflicht genommen zu werden. Es ist möglich, ihnen Arbeit anzubieten. Man kann sie aus der Statistik herausnehmen, wenn sie die ihnen angebotene Arbeit nicht annehmen.

Ich vergleiche die Situation mit der vor hundert Jahren, als man die Schulpflicht eingeführt hat. Warum hat man die Schulpflicht eingeführt? Man hat es getan, weil man festgestellt hat, daß man im Zuge der Industrialisierung besser ausgebildete, fähigere und besser motivierte Arbeitskräfte braucht. Sonst wäre das Ganze nicht zu machen gewesen. Die Handwerker- und Bauernfamilien haben damals protestiert. Sie wollten ihre Kinder, die billige Arbeitskräfte waren, nicht gern in die Schule schicken. Es war durch mutige Politiker möglich, diese Innovation, die die Schulpflicht darstellte, durchzuführen. Heute brauchen wir, wie ich glaube, eine Innovation der Art, daß wir junge Leute nicht von Anfang an im Arbeitsleben verlottern lassen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß sie zu leicht Geld bekommen, ohne dafür eine Arbeitsleistung erbringen zu müssen.

(Beifall)

Wir verderben sie sonst moralisch. Die Verantwortung liegt bei uns.

Die Mutter eines Sohnes, der seine Lehre abgebrochen hatte, hat mich angesprochen und mir gesagt: Frau Hellwig, wenn Sie dem Jungen nach anderthalb Jahren Lehre gleich 500 DM monatlich zahlen, wie kriege ich den Kerl dann wieder dazu, daß er sofort wieder eine Arbeit annimmt? Sie sind schuld, wenn ich mit meinen Erziehungsmöglichkeiten nicht weiterkomme. – Ich sage Ihnen: Die Mutter hat recht. Wir müssen hier härter herangehen. Wir müssen den Mut haben, dies den Leuten ganz klar und eindeutig zu sagen. Wir dürfen uns nicht um diesen Sachverhalt herummmogeln.

Wer mir entgegenhält, ich sei in diesem Punkt unsozial, dem sage ich: Nein, ich bin sozial. Ich meine, hier geht es um Gerechtigkeit zwischen denen, die arbeiten und die immer höhere Abgaben zahlen müssen, und denen, die sich auf dem sozialen Netz ausruhen – letztlich allerdings zu ihrem eigenen Schaden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu einem zweiten Thema kurz etwas sagen, zum Thema Umwelt. Dieses Thema liegt mir sehr am Herzen. Sie wissen, ich war lange Vorsitzende des Europaausschusses. Dort habe ich festgestellt, daß gerade in der Europapolitik die Akzentsetzung auf Umweltpolitik im Interesse des Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland wichtig ist. Wir müssen versuchen, Umweltregelungen möglichst europaweit durchzusetzen.

Wie haben wir sie in der Vergangenheit durchgesetzt, und wie setzen wir sie zum Teil auch jetzt noch durch? Wir setzen sie auch dadurch durch, daß wir einen deutschen Vorlauf durchführen. Wir hatten 1982, als wir an die Regierung kamen, den Mut, den Katalysator für das Auto im Vorlauf einzuführen. Die SPD hatte zwar jahrelang davon geredet, hatte aber nicht den Mut, es zu tun. Wir durften damals aus EU-Gründen nicht mit Gebot und Verbot arbeiten. Wir haben ihn deshalb mit Hilfe steuerlicher Zuschüsse eingeführt. Durch diesen Vorlauf haben wir es geschafft, daß er endlich, nachdem es ihn in den USA schon längst gab, auch in Europa eingeführt wurde.

Jetzt führen wir die internationale Klimadiskussion. Die armen Entwicklungsländer schauen bewundernd auf die Industrieländer. Sie sagen: So gut möchten wir auch leben. Gleichzeitig verbrauchen wir als Industrieländer pro Person aber zwanzigmal soviel Energie wie die Entwicklungsländer. Das heißt zugleich, daß der CO₂-Ausstoß bei uns zwanzigmal so hoch ist. Wir werden unser Modell ändern müssen, wenn wir nicht wollen, daß allein durch die Nachahmung der Entwicklungsländer der CO₂-Ausstoß unsere Erdatmosphäre kaputtmacht. Wir führen insofern eine Glaubwürdigkeitsdiskussion.

Wir können stolz darauf sein, daß wir Deutschen mit die strengsten Vorschriften haben. Wir waren mit dem Umweltausschuß neulich wieder einmal in England. Wir waren schon unter der Thatcher-Regierung dort. Damals haben uns die Engländer sowieso gesagt: Ihr seid vorbildlich. – Jetzt wollte die SPD zu Zeiten Tony Blairs hinfahren und war dann ganz erstaunt, als auch der von den Sozialisten gestellte Minister gesagt hat: Deutsche Umweltpolitik ist für uns nach wie vor vorbildlich. Sie ist hervorragend. – Dann aber dürfen wir auch den Vorlauf, wie wir ihn bisher gemacht haben, nicht zum Tabu erklären, wie es jetzt in diesem völlig überflüssigen Streit zwischen CSU und CDU passiert ist. Wir Deutsche haben uns zum Ziel gesetzt, den Energieverbrauch von 1990 bis 2005 um 25 % zu senken. Derzeit wird in globaler Weise darüber diskutiert, daß sich Gesamteuropa nur eine Senkung um 15 % vorgenommen hat.

Jetzt sagen die schlaunen Südeuropäer: Wenn die Deutschen 25 Prozent machen, dann brauchen wir gar nichts zu machen, denn im Schnitt ergibt das immer noch 15 Prozent. Gerade deswegen kann es nicht darum gehen, nur Ziele zu setzen, sondern auch hier den Mut zu haben, den nationalen Vorlauf in europäische Gesamtregelungen einzubringen. Werden wir nicht knieschwach beim Umweltschutz, meine Damen und Herren. Dies ist eine der wichtigsten Zukunftsfragen. Hier werden wir von unseren Kindern und Enkeln gefragt werden: Habt ihr die Kurve weiter nach oben geführt, oder seid ihr abgebrochen, weil ihr Angst bekommen habt? Wir dürfen keine Angst haben. Wir müssen den Mut haben, zu sagen: Mit uns hat diese Republik sowohl Wirtschaftswachstum als auch vorbildlichen Umweltschutz gehabt, und sie wird es weiterhin haben. Wir sind nicht marktwirtschaftlich blind wie die Grünen, daß wir mit dem Umweltschutz unsere Wirtschaft niedermachen, aber wir nehmen unsere Wirtschaft weiter in die Verpflichtung, in Sachen Umweltschutz weiter zu investieren. Das ist unsere Zukunft.

Eine letzte Bitte, meine Damen und Herren: Machen Sie gerade für die ersten Seiten unseres Zukunftsprogramms, die hervorragend geschrieben sind – viel besser als die üblichen bekloppten Parteiprogramme; sie sind interessant, spannend, elektrisierend –, Reklame. Wir gewinnen die Wahlen, wenn wir in dieser Entschlossenheit darangehen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank. Als nächster hat Peter Rauen das Wort.

Peter Rauen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich etwas kürzerfassen, damit wir nicht allzu spät nach Hause kommen.

(Zurufe: Bravo)

Wolfgang Schäuble hat heute morgen den Mittelstand als das Rückgrat und den Motor unserer Volkswirtschaft bezeichnet. Gestern hat unser Bundeskanzler, wie ich finde, in beeindruckender Weise auf die Bedeutung des Mittelstandes für unsere Wirtschaft, insbesondere für die Arbeits- und Ausbildungsplätze hingewiesen. Auch Herr Biedenkopf hat auf die Bedeutung für die neuen Bundesländer hingewiesen, welche tragende Rolle der Mittelstand für die Arbeitsplätze spielt.

Ich möchte hier ein paar Zahlen nachliefern, weil wir dies in der Tat sehr deutlich wissen sollten. Die Deutsche Bank hat bei ihrem Mittelstandstag in ihrem Prospekt nachgewiesen, daß von 1991 bis 1996 die kleinen und mittleren Betriebe, und das sind 98 Prozent aller Betriebe, eine Million zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen haben, während im gleichen Zeitraum die Industrie 57 000 abgebaut hatte. Bernd Jagoda konnte berichten, daß in der Rezession 93/94 in Betrieben unter zehn Beschäftigten 700 000 neue Arbeitsplätze entstanden waren, während in der Industrie im gleichen Zeitraum 1,4 Millionen Arbeitsplätze abgebaut wurden.

Wenn man sich die Zahlen der 80er Jahre anschaut, dann wurden von 1983 bis 1989 im Saldo drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, und dies ausschließlich in den kleinen und mittleren Betrieben.

Ich möchte ein Problem ansprechen, was der Mittelstand hat, was die Großindustrie nicht kennt, nämlich eine relativ schwache Eigenkapitalausstattung. Im Vergleich zu den börsennotierten Unternehmen können die sich ihr Kapital nicht auf dem Parkett besorgen. Sie sind darauf angewiesen, daß nach Steuern genügend verbleibt, um innovations- und investitionsfähig im Sinne von mehr Arbeitsplätzen zu bleiben. Die Steuerreform, die im letzten Juni im Bundestag verabschiedet wurde, hätte insbesondere den Mittelstand und die Arbeitnehmer entlastet. Es ist eine Schande und im Blick auf die Arbeitsplätze in Deutschland unverantwortlich, daß diese Reform blockiert und letztlich von der SPD verhindert worden ist.

Genauso wichtig ist allerdings ein Zweites für den Mittelstand: die Belastung der Arbeit mit Sozialversicherungsbeiträgen. Christa Thoben hat bereits darauf hingewiesen, wir haben im Zukunftsprogramm das Ziel formuliert, daß wir mit diesen Beiträgen wieder unter 40 Prozent kommen wollen, das heißt, herunter vom Status quo, wo wir über 42 Prozent sind und die Mehrwertsteuer angehoben hatten, um weitere Anstiege bei der Rentenversicherung zu verhindern. Wir müssen die Wirtschaft um rund 40 Milliarden DM insgesamt, die mittelständische zur Hälfte und zur anderen Hälfte die Arbeitnehmer, entlasten. Das Ziel ist, daß die Menschen netto wieder mehr in der Tasche behalten und die Arbeit insgesamt billiger wird. Wer da wie die SPD und Schröder die Reformen bei Rente, Lohnfortzahlung, Arbeitszeitgesetz, Schlechtwettergeld, Kündigungsschutz und Arbeitsförderung zurücknehmen will oder wie der DGB auf weitere Arbeitszeitverkürzungen setzt, vertreibt die beitragspflichtigen Arbeitsplätze aus

Deutschland, ruiniert die sozialen Sicherungssysteme, fördert die Schwarzarbeit und schwächt die internationale und die nationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, Schröder buhlt um den Mittelstand. Er will die Stimmen der kleinen und mittleren Unternehmen. Er hat in seiner Rede in Leipzig Mittelstand und Unternehmer sechzehnmal, Gewerkschaft dagegen nur zweimal in den Mund genommen. Er redet vom Mittelstand, will die Stimmen, aber er weiß nichts von den Problemen in den mittelständischen Firmen. Das Steuerreformkonzept der SPD ist nichts anderes als ein Abkassierungsmodell für den Mittelstand. Schröder will unsere Sozialreform rückgängig machen, das würde noch einmal zu Mehrbelastungen für den Mittelstand und die Arbeitnehmer führen.

Manche glauben, Schröder sei ein deutscher Blair. Ich halte dies für einen großen Unsinn. Blair hat seine Partei reformiert. Er hat in den Programmen der Partei Begriffe wie Verstaatlichung der Produktionsbetriebe und Vollbeschäftigung gestrichen und hat dafür Begriffe wie freies Unternehmertum und Eigenverantwortung eingeführt. Er hat keine Reformen der Tories rückgängig gemacht, im Gegenteil, er hat mutig weitere Reformen durchgeführt. Schröder ein deutscher Blair? Ich sage, er ist eher ein Reaktionär.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, der Mittelstand braucht die Union, damit die begonnenen Reformen durchgeführt werden. Die Union braucht den Mittelstand zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es gibt keine Alternative für uns ohne Mittelstand. Wir müssen am 27. September dafür sorgen, daß Helmut Kohl Kanzler der Bundesrepublik Deutschland bleibt. - Schönen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Ich darf als nächster Ministerin Claudia Nolte das Wort geben.

Claudia Nolte: Herr Tagungspräsident! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich denke, der Parteitag hat sehr eindringlich gezeigt, daß die nächsten Jahre sehr entscheidend für die Richtung der Politik für Deutschland sein werden. Es werden Schlüsseljahre für das 21. Jahrhundert sein. Am 27. September entscheidet sich, ob wir mit unserem erfolgreichen Reformkurs die Zukunft Deutschlands sichern oder ob sie aufs Spiel gesetzt wird. Und daß die SPD weder in der Lage ist noch den Mut hat, Verantwortung für Deutschland zu tragen, zeigt sich doch darin, daß sie nicht bereit ist zu sagen, wofür sie steht. Schröders SPD kommt mir vor wie ein gestylter Computer ohne Betriebssystem. In Sachsen-Anhalt borgen sie sich gerade eines bei der PDS, und so programmiert kann nur Sozialismus herauskommen, liebe Freunde.

Aber durch seine Politik würde nicht nur der wirtschaftliche Aufschwung in Frage gestellt und gefährdet, wie wir es heute sehr intensiv diskutiert haben, sondern es würde auch die inhaltliche Ausrichtung unserer Gesellschaft radikal verändert. Im zweiten Familienbericht der sozialliberalen Koalition wird die Familie als Zelle gegenseitiger Unterdrückung beschrieben, und es wird gefordert, Kinder aus der elterliche Fremdbestimmung zu befreien. Wenn man sich die Anträge der SPD heute im Bundestag anschaut, so scheint das dringendste Problem

in der Familienpolitik zu sein, daß gleichgeschlechtliche Paare nicht mit der Ehe gleichgestellt werden. Auf der anderen Seite steht im SPD-Parteiprogramm Ehe mit keinem Wort drin.

Liebe Freunde, wir haben da ganz andere Positionen. Wir unterstützen Ehe und Familie, weil sie das Fundament unserer Gesellschaft sind, weil wir wollen, daß Kinder Orientierung erfahren. Nirgendwo ist der Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung deutlicher erfahrbar, erlernbar als in der Familie. Letztendlich heißt das doch auch, eine Bindung an Demokratie schaffen. Wenn Sachsen-Anhalt etwas gezeigt hat, dann eben, daß da Defizite bestehen.

Es gilt, aus der Geschichte zu lernen. Damit das möglich ist, müssen die Jungen von den Alten lernen. Wir brauchen den Austausch zwischen jung und alt; wir brauchen den Dialog der Generationen. Dieser Dialog wird in besonderer Weise in der Familie geleistet. Allerdings soll der Dialog der Generationen nicht so aussehen, wie sich ihn Schröder vorstellt. Er meint, er leistet seinen Beitrag dadurch, daß seine Frauen desto jünger werden, je älter er wird. Dazu gehört schon ein bißchen mehr Substanz.

(Beifall)

Die SPD verspricht in ihrem Wahlprogramm viel, eigentlich alles, was man sich wünschen kann – sozusagen einen Blumenstrauß –, natürlich unter Finanzierungsvorbehalt. Nur: In bezug auf die, die es am nötigsten haben und die unsere Solidarität in besonderer Weise brauchen, nämlich die Familien mit vielen Kindern, herrscht Fehlanzeige. Dort, wo die SPD selber Regierungsverantwortung trägt, macht sie einen familienpolitischen Kahlschlag, wie zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, wo sie das Landeserziehungsgeld abschafft.

(Beifall)

Wir dagegen können Erfolge vorweisen. Wir geben jährlich im Rahmen von Kindergeld und Kinderfreibetrag 13 Milliarden DM mehr aus als noch 1995. Das ist eine klare Prioritätensetzung zugunsten der Familien. Darauf können wir aufbauen. Zu meinem familienpolitischen Programm für die nächste Legislaturperiode gehören, kinderreiche Familien durch ein höheres Kindergeld zu unterstützen, die Einkommensgrenzen beim Erziehungsgeld an die heutige Lohnentwicklung anzupassen und die Alleinerziehenden durch einen verbesserten Unterhaltsvorschuß zu unterstützen.

(Beifall)

Der 27. September entscheidet auch über den Wertebezug unserer Gesellschaft. Schröder steht für Beliebigkeit. Die SPD steht für Kollektivismus und Staat. Die potentiellen Partner, die Grünen und die PDS, wollen ein anderes Gesellschaftsmodell. Ich bin im Herbst 1989 für Einheit, Demokratie und Freiheit auf die Straße gegangen. Ich werde alles dafür tun, damit diese Werte heute nicht in Frage gestellt werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Als letzter hat Herr von Wogau das Wort.

Dr. Karl von Wogau: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 2. Mai dieses Jahres ist eine historische Entscheidung gefallen. Elf Länder werden am 1. Januar 1999 den Euro einführen. Damit treten wir in eine neue Phase der europäischen Integration.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration kann man drei Phasen unterscheiden: die Zollunion, die durch einen gemeinsamen Außenzolltarif gekennzeichnet war; der Binnenmarkt, der durch die Abschaffung der Kontrollen an den Grenzen zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union gekennzeichnet war; die dritte Phase, die wir im Jahre 2002 erreichen werden, wird der europäische Heimatmarkt für die Unternehmen sein - gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen –, der durch eine gemeinsame europäische Währung gekennzeichnet sein wird.

Ich sprach von diesem 2. Mai als einem historischen Datum. Wir stellen uns alle gemeinsam die Frage: Wie konnte es kommen, daß sich die Presseberichterstattung und die Fernsehberichterstattung über diesen 2. Mai nicht mit diesem historischen Ereignis beschäftigt hat, sondern nur allein mit der Frage, ob der Zentralbankpräsident für vier oder für acht Jahre ernannt wird. Man muß aber sehen, daß das Präsidium der Zentralbank aus sechs Mitgliedern besteht. Ein Mitglied ist für vier Jahre, andere sind für fünf, sechs oder sieben Jahre und zwei Mitglieder sind für acht Jahre ernannt. Das hat man ganz bewußt gemacht, um in der Zukunft einen gleitenden Übergang sicherzustellen, so daß die Erfahrung nicht verlorengeht. Ob die Amtszeit vier oder acht Jahre dauert, kann nicht von Bedeutung für die Unabhängigkeit der Zentralbank sein.

Tatsache ist – Jean Claude Juncker, der Ministerpräsident von Luxemburg, hat das mittlerweile deutlich gesagt -, daß dieser Tag unprofessionell vorbereitet wurde. Von wem? – Von der Präsidentschaft. Die Lösung derartig wichtiger personeller Fragen wird traditionellerweise von der Präsidentschaft intensiv vorbereitet. Die Luxemburger hatten Vorarbeit geleistet. Eine Lösung, die so ähnlich wie die zustandegekommene Lösung war, stand schon fast. Aber dann hat Toni Blair den Vorsitz übernommen. Er hat weniger Erfahrung in bezug auf Europa; sein Land ist beim Euro nicht dabei; er hatte das Nord-Irland-Problem zu lösen. Beim Mittagessen kam die Lösung von Blair nicht zum Zuge, weil sich Chirac und Kok gegenseitig blockiert haben. Der Bundeskanzler - er wird in solchen Fragen immer hinzugezogen, weil er im Europäischen Rat die stärkste Persönlichkeit ist -, mußte dieses Problem lösen. Er hat das, was die englische Präsidentschaft verbockt beziehungsweise in den Wochen und Monaten vorher nicht geleistet hatte, in der Zeit zwischen 2 Uhr nachmittags und 2 Uhr morgens geleistet. Deswegen war es ein Debakel für Blair und ein großer Erfolg für Helmut Kohl.

(Beifall)

Die zustandegekommene Lösung ist eine ganz hervorragende Lösung. Der Wunschkandidat, den wir und auch das Europäische Parlament hatten, Duisenberg, wird in den prägenden Anfangsjahren die Europäische Zentralbank leiten. Duisenberg ist eine sehr beeindruckende Persönlichkeit. Er hat einen wissenschaftlichen Hintergrund. Er hat beim Weltwährungsfonds gearbeitet und kennt also die internationale Finanzwelt bestens. Er war vier Jahre lang Finanzminister der Niederlande. Das ist keine vergnügungssteuerpflichtige Beschäftigung. Aber von einem Zentralbankpräsidenten erwartet man, daß er beide Welten kennt. Er war ein sehr erfolgreicher Chef der niederländischen Zentralbank und leitet jetzt das Europäische Währungsinstitut. Dieser Mann bringt die Erfahrung eines ganzen Lebens in die Gründung der Europäischen Zentralbank ein. Er ist eine ganz hervorragende Besetzung für den Posten des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank.

Man muß wissen, daß die Entscheidungen nicht allein vom Präsidenten gefällt werden. Auch das Direktorium ist ganz entscheidend. Im Direktorium wird Otmar Issing sitzen, und zwar für volle acht Jahre. Er ist Chefvolkswirt der Deutschen Bundesbank und Verfasser der Standardwerke über Geldtheorie und Geldpolitik. Ich war ja Vorsitzender des Prüfungsausschusses des Europäischen Parlamentes. Ich habe zu ihm gesagt: „Lieber Professor Issing, ich muß sie jetzt eigentlich prüfen. Aber als ich angefangen habe, mich mit der Geldpolitik zu beschäftigen, habe ich zunächst einmal ihr Lehrbuch gelesen. Infolgedessen müßten Sie mich eigentlich prüfen und nicht umgekehrt.“ Dieser Mann, der seinen jetzigen Job bei der Deutschen Bundesbank bei der Europäischen Zentralbank weiterführt, zieht in Frankfurt nur einige Straßen um. Er wird sehr maßgeblich an allen Entscheidungen beteiligt sein.

Die Entscheidungen hinsichtlich der Zinspolitik fällt ja der Zentralbankrat. In diesem Zentralbankrat wird auch Hans Tietmeyer sitzen. Das heißt: An allen geldpolitischen Entscheidungen, die nach dem 1. Januar 1999 gefällt werden, sind drei Männer maßgeblich beteiligt: Duisenberg, Issing und Tietmeyer. Wenn das keine Garantie für Stabilität ist, dann möchte ich einmal wissen, was man noch hätte besser machen können.

(Beifall)

Zu der Frage: Wie geht es jetzt weiter? Das nächste wichtige Datum ist der 1. Januar 1999. An diesem Tag wird es eine große Überraschung für viele geben, nämlich die Überraschung, daß gar nichts geschieht. Nach einer Umfrage glauben 33 Prozent der Deutschen, daß sie am 2. Januar 1999 den Euro in den Händen halten werden. Aber an diesem Tag wird es die Scheine und Münzen noch nicht geben. Sie werden erst im Jahre 2002 eingeführt. Nur für diejenigen, die damit einverstanden sind, den Euro zu verwenden, wird er 1999 als Zweitwährung eingeführt.

Der für die Bürger entscheidende Tag wird der 2. Januar des Jahres 2002 sein. Was wird an diesem Tag geschehen? Der Bürger wird an diesem Tag folgendes feststellen: Ein halbes Pfund Butter, das vorher 2,50 DM gekostet hat, wird dann 1,25 Euro kosten. Eine Bild-Zeitung – es gibt einige, die so tun, als hätten sie die Bild-Zeitung noch nie gekauft – würde anstatt 70 Pfennig 35 Cent kosten. Für die Miete müßte er anstatt 600 DM 300 Euro überweisen. Eine Überweisung von 200 DM auf das Bausparkonto würde dann 100 Euro betragen. Das waren die guten Nachrichten.

Aber die weniger guten Nachrichten kommen auch. Denn die Einlage auf dem Sparbuch in Höhe von vorher 2 000 DM beträgt dann 1 000 Euro. Das Einkommen von 3 000 DM beträgt dann 1 500 Euro. Das heißt: Schulden und Guthaben werden nach dem gleichen Schlüssel umgerechnet. Die Zahlen ändern sich, aber die Kaufkraft der Währung bleibt die gleiche.

Um Ihnen ein Beispiel in bezug auf die Zahlen zu nennen, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Ich wiege 100 kg. Meine Frau sagt mir immer, das sei ein bißchen zuviel. Wenn ich jetzt sage, ich wiege 200 Pfund, dann bin ich nicht schwerer geworden, aber auch nicht leichter. Auch hier unterschiedliche Zahlen in bezug auf den gleichen Tatbestand! So wird es beim Euro ebenfalls sein.

Nun aber zur Frage der Stabilität. Der Start des Euro in Stabilität ist gesichert. Denn alle Zentralbanker betrachten Inflationsraten von weniger als 2 Prozent als Geldwertstabilität.

Alles, was zwischen 2 und 0 Prozent liegt, wird von Zentralbankern inklusive Ottmar Issing als Geldwertstabilität betrachtet. Es gibt allein einen Meßfehler von 0,6 Prozent. Es gibt innere Wertsteigerungen. Herr Tietmeyer, Herr Issing, die Bundesbank und alle anderen gehen davon aus: Weniger als 2 Prozent bedeutet Geldwertstabilität.

Die gute Nachricht ist: Alle elf Länder, die jetzt am Start stehen, haben Inflationsraten von weniger als 2 Prozent. Es beginnt mit 1,9 Prozent für Spanien und Italien; 1,5 Prozent verzeichnen Belgien und die Bundesrepublik Deutschland. Es gibt immerhin drei Länder, die 1,2 Prozent verzeichnen. Der Durchschnitt liegt bei 1,5 Prozent. Es stehen also elf Länder mit stabilen Währungen am Start. Daß die Märkte davon ausgehen, daß das auch in Zukunft so sein wird, sehen Sie an den Hypothekenzinsen. Diese sind historisch niedrig. Sie bekommen heute Baugeld für 15 Jahre zu einem Zinssatz von 6,1 Prozent. Das heißt, daß die Märkte von einem stabilen Euro ausgehen.

Aber jetzt zu der Frage, ob der Euro auch immer stabil bleiben wird. Denn wir erleben zur Zeit eher „fette“ Jahre. Wir müssen auch für die mageren Jahre sparen. Denn wir Christlichen Demokraten machen Wirtschaftspolitik nach der Bibel: In den besseren Jahren muß für die schlechteren gespart werden.

(Zustimmung)

Hier hapert es bei den Sozialisten. In dem Bericht, den ich vor dem Europäischen Parlament abgegeben habe, habe ich gesagt: Wir müssen den Stabilitätspakt konsequent anwenden. – Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament hat dagegen gestimmt. Das heißt: Mit den Sozialisten bekommen wir keinen stabilen Euro.

(Zustimmung)

Sie sind dazu in der Lage, jede Währung, auch die beste Währung kaputtzumachen. Wir müssen uns daran erinnern: Im Jahre 1981, dem letzten Jahr der sozialistischen Regierung, hatten wir eine Inflationsrate von 6,3 Prozent. Das ist das Vierfache der heutigen durchschnittlichen Inflationsrate bei uns in Europa. Es ist das Dreifache der Inflationsrate, die Italien heute verzeichnet. Das ist einer der Gründe, weshalb ich Ihnen sehr deutlich sage: Wenn wir eine stabile Währung wollen, dann müssen wir diese Wahl gewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! – Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen damit zur Abstimmung über das Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands. Alle diejenigen, die dem Zukunftsprogramm die Zustimmung geben wollen, bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen. – Herzlichen Dank!

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Bevor der Parteivorsitzende sein Schlußwort halten wird, möchte ich gern all denjenigen danken, die zum erfolgreichen Verlauf dieses Parteitages beigetragen haben.

Als erstes danke ich Ihnen allen, den Delegierten, die mit Engagement und Sachverstand diesen Parteitag bereichert haben.

Ich bedanke mich bei allen Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihr Interesse und die umfangreiche Berichterstattung über unseren Parteitag.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadthalle in Bremen für die gute Unterstützung rund um die Uhr.

(Beifall)

Besonders bedanken möchte ich mich bei den Beamten der Bremer Polizei, die zusammen mit den Mitarbeitern des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes Bremen sowie den Ordnern der CDU für unsere Sicherheit gesorgt haben.

(Beifall)

Ein herzlicher Dank gilt auch den Helferinnen und Helfern des Roten Kreuzes.

(Beifall)

Schließlich, meine Damen und Herren, bedanke ich mich gern bei den zahlreichen Helferinnen und Helfern der CDU aus Bremen. Natürlich gilt mein besonders herzlicher Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses für die hervorragende Arbeit bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitages.

(Beifall)

Nun kommen wir zu TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

SCHLUSSWORT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS,
BUNDESKANZLER DR. HELMUT KOHL

Ich bitte unseren Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, um sein Schlußwort.

(Beifall)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Nach diesen fast zwei Tagen spüren wir alle, so denke ich, und viele im Land: Es waren gute Tage hier in Bremen.

(Beifall)

Es waren gute Tage, weil die CDU Deutschlands gezeigt hat, wer sie ist.

(Zustimmung)

Die Männer und Frauen im Land, in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden, Hunderttausende unserer Mitglieder, die alten und die jungen, Männer und Frauen aus allen beruflichen Bereichen, aus den alten und den neuen Bundesländern: Das ist die CDU Deutschlands.

(Beifall)

Sie ist eine Partei mit einer langen Geschichte. Sie ist eine Partei, die nicht zufällig vor gut 50 Jahren entstanden ist. Sie hat eine große Tradition und ist aus den Erfahrungen unserer Geschichte entstanden, aus der liberal-freiheitlichen Bewegung, aus der wertkonservativen Bewegung, aus der christlich-sozialen Bewegung. Diese drei großen Strömungen haben sich nicht zuletzt im gemeinsamen Widerstand gegen die Nazi-Barbarei zusammengefunden.

Wir, die wir uns heute versammelt haben und diese Partei bilden, stehen auf den Schultern vieler, die vor uns waren. Es ist gut, daß wir uns das gerade jetzt, zu Beginn einer großen, harten Auseinandersetzung über den besten Weg für die Zukunft unseres Landes, wieder einmal vergegenwärtigen.

Wir stehen auf den Schultern vieler, die die Union geprägt haben, die ihr Profil gaben und die uns vor allem gelehrt haben, was Pflichttreue – Treue zur Sache und Treue zu Personen – und Pflichterfüllung bedeuten. Das war hier spürbar. Das ist wichtig in einer Zeit, in der mancher aus vielen Gründen glaubt, er brauche – im privaten wie im öffentlichen Leben – keinen Kompaß mehr. Wir brauchen einen Kompaß.

Wir erleben jetzt Herausforderungen, die beispielsweise ich in dieser Form vor vier Jahren – Wolfgang Schäuble hat das heute sehr schön gesagt – für undenkbar gehalten hätte. Als wir das letzte Mal in Bremen waren, hätte es niemand von uns für möglich gehalten, daß wir uns in Deutschland wieder über die Zusammenarbeit einer großen Volkspartei mit Kommunisten unterhalten müßten. Das wäre völlig undenkbar gewesen.

(Beifall)

Als wir auf dem Parteitag der Einheit versammelt waren, wäre das noch undenkbar gewesen. Ich erinnere mich noch, wie Vertreter der Landesverbände aufs Podium kamen und sozusagen ihre Heimkehr in die große Gemeinschaft der Christlich Demokratischen Union bekanntgaben. Wir konnten dies alles erreichen – trotz mancher Fehler, die wir auch gemacht haben –, weil wir im Grundsätzlichen unserer Linie treu geblieben sind, manchmal etwas wankend – das ist auch wahr –, aber im Grundsätzlichen sind wir uns treu geblieben.

Ich bin zutiefst davon überzeugt – obwohl manche dies für altmodisch halten –, daß auch diese Wahlentscheidung für die Zukunft unseres Volkes und Landes – neben den vielen ganz wesentlichen Sach- und Fachfragen – dadurch entschieden wird, daß die Menschen wissen wollen: Kann man denen trauen, haben die eine Richtung, kann man sich auf sie verlassen?

Das ist, so denke ich, die wichtigste Botschaft, die hier von Bremen ausgehen muß:

(Beifall)

daß wir den Menschen, daß wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, daß wir den Wählerinnen und Wählern, daß wir all denen, die auf uns schauen, die uns zuhören – manchmal mürrisch, manchmal abweisend –, nicht nur sagen: „Ihr könnt euch auf uns verlassen.“ Wir müssen ihnen auch durch unser Tun, durch das Programm, das wir eben beschlossen haben, und durch das, was wir in den Wahlkreisen über die Kandidaten und die Männer und Frauen anbieten, die an unseren Ständen auf den Plätzen stehen und für uns werben, vermitteln: Wir gehören zu euch, ihr gehört zu uns, ihr könnt uns vertrauen.

Wir haben in diesen Wochen zur Vorbereitung des Parteitages hart gearbeitet, intensiv diskutiert, und wir haben aus gutem Grund gestern abend auch wieder gemeinsam gefeiert; das gehört für mich immer zusammen. Aber, liebe Freunde, nachdem wir jetzt dieses Programm beschlossen haben, das sehr sorgsam bedacht und erarbeitet wurde, und wenn wir dieses Programm jetzt unter die Menschen bringen, es erläutern und den Menschen sagen, daß es zwar nicht den bequemen Weg beschreibt, daß wir aber für einen klaren Kurs stehen, dann haben wir alle Chancen. Dann werden die Menschen in Deutschland sehen: Die CDU ist da. Wir in der CDU können sagen, wir stehen zusammen, wir kämpfen zusammen. Ich denke, daß dieser Bremer Parteitag ein großartig gelungener Start für die entscheidenden Wochen bis zur Bundestagswahl ist.

(Beifall)

Der Parteitagspräsident hat zu Recht den vielen gedankt – ich will es zusammenfassen –, die an diesen Tagen geholfen haben, hier in der Stadt, in der Verwaltung, in der Polizei, im gastgebenden Landesverband und in der Bundesgeschäftsstelle. Ich könnte noch viele nennen.

Jetzt kommt es ganz einfach darauf an, daß wir, wirklich wörtlich genommen, hinausgehen auf die Straßen und Plätze in den Städten und Gemeinden unseres Landes, daß wir mit den Menschen überall dort sprechen, wo sie sind, und nicht warten, bis sie kommen, daß wir sie in ihren Lebensbereichen ansprechen, und zwar – so meine herzliche Bitte – in einer verständlichen Sprache und mit einem Gesicht, das zeigt, daß wir auch lachen können.

(Beifall)

Allerdings, liebe Freunde, nicht nach dem Drehbuch „Jetzt ist Lachen angesagt“, sondern aus dem ganz natürlichen Lebensgefühl, daß wir gerne unsere Arbeit tun, daß sie uns Freude bereitet, weil auch Pflichterfüllung Freude bereiten kann, weil es um etwas Wichtiges geht – um die Zukunft unseres eigenen Landes.

Wenn wir so kämpfen und vor allem deutlich machen, daß das Deutschland der Zukunft – und wir schlagen jetzt die Brücke zum neuen Jahrhundert, zum neuen Jahrtausend – nur aus der Mitte zu regieren ist, nicht von Extremisten von rechts oder links,

(Beifall)

dann ist klar, was es heißt, Kurs zu halten. Es geht um zwei grundverschiedene politische Richtungen: um eine Politik der Mitte oder um eine linke Republik, um Aufschwung und neue Arbeit oder um das Verspielen von Zukunftschancen, um Verlässlichkeit und Stabilität oder Unsicherheit und Verlust an Vertrauen in der Welt.

Wir haben es gesagt, wir haben es diskutiert, wir haben es besprochen. Die Herausforderung ist klar. Wir wissen, daß Rot und Grün – nach den gegebenen Möglichkeiten dann auch mit der Unterstützung durch die Kommunisten – vieles von dem zerstören würden, was wir gemeinsam aufgebaut haben. Wenn es keine weiteren Argumente gäbe, wäre dies allein schon ein Argument dafür, alles zu tun, um zu verhindern, daß diese Wahl nicht von denen gewonnen wird.

(Beifall)

Wir haben gemeinsam diese Chance, und wir denken ja auch gemeinsam so. Gestern meinte einer: Das alte Schlachtroß ist wieder da. – Ich habe gar nichts dagegen.

(Beifall)

Wissen Sie, die Bezeichnung ist mir völlig egal. Das Ergebnis ist wichtig, und da bin ich meiner Sache ganz sicher.

(Beifall)

Wir haben eine klare Botschaft. Wir machen keine Schau. Wir sind, wie Wolfgang Schäuble es formuliert hat, nicht der billige Jakob. Wir wollen ehrlich und mutig – auch dort, wo es Anstrengung erfordert – den Menschen sagen, um was es geht.

Liebe Freunde, ganz einfach: Laßt uns unsere Botschaft hinaus ins Land tragen und sie überall verbreiten. Laßt uns gemeinsam diese großartige Herausforderung annehmen. Wir, die Union in Deutschland, bauen gemeinsam mit allen Menschen guten Willens in unserem Volk die Brücke ins 21. Jahrhundert – für unser Vaterland, für Europa, für Einigkeit und Recht und Freiheit. – Der Parteitag ist geschlossen.

(Beifall – die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – erneuter Beifall, rhythmisches Klatschen und Zurufe: Helmut! – Helmut!)

(Schluß: 13.59 Uhr)

ANHANG

Beschlußprotokoll des 10. Parteitages der CDU Deutschlands Bremen, 18./19. Mai 1998

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
9. Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
12. Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
13. Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Ländern
14. Bürger schützen - Kriminalität bekämpfen
15. Beratung und Beschlußfassung über Sonstige Anträge
16. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
17. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
18. Beratung und Beschlußfassung über das Zukunftsprogramm der CDU Deutschlands
19. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 2:

Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitages am 18.05.1998 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:	Bernd Neumann MdB Vorsitzender des Landesverbandes Bremen
Beisitzer:	
Reimer Böge MdEP	Landesverband Schleswig-Holstein
Christoph Böhr MdL	Landesverband Rheinland-Pfalz
Dr. Maria Böhmer MdB	Landesverband Rheinland-Pfalz
Manfred Carstens MdB	Landesverband Oldenburg
Dr. Karl-Heinz Daehre MdL	Landesverband Sachsen-Anhalt
Klaus Escher	Junge Union
Dirk Fischer MdB	Landesverband Hamburg
Marion Fischer MdL	
Otti Geschka	
Anne-Karin Glase MdEP	
Peter Götz MdB	Kommunalpolitische Vereinigung
Dr. Fritz Hähle MdL	Landesverband Sachsen
Dr. Renate Hellwig MdB	
Mathias Henkel	Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft
Irmgard Karwatzki MdB	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Volker Kauder MdB	Landesverband Baden-Württemberg
Roland Koch MdL	Landesverband Hessen
Dr. Paul Krüger MdB	Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Klaus-Rüdiger Landowsky MdA	Landesverband Berlin
Christine Lieberknecht MdL	Evangelischer Arbeitskreis
Dr. Helmut Linssen MdL	Landesverband Nordrhein-Westfalen

Maria Michalk	
Peter Müller MdL	Landesverband Saar
Rita Pawelski MdL	
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP	CDU in Niedersachsen
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	
Peter Rauen MdB	Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP	
Herbert Reul MdL	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr MdB	Landesverband Braunschweig
Helmut Sauer	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
Dr. Peter Wagner MdL	Landesverband Brandenburg
Marion Walsmann	Landesverband Thüringen
Annedore Windler	Frauen-Union
Dr. Bernhard Worms	Senioren-Union
Christian Wulff MdL	CDU in Niedersachsen
Elke Wülfing MdB	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Cornelia Yzer MdB	

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU für den 10. Parteitag bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Peter Hintze
Stellv. Vorsitzender:	Christian Dürig

Weitere Mitglieder:

Baden-Württemberg:	Volker Kauder Hans-Peter Replik
Berlin:	Dr. Elke Hofmann Prof. Dr. Rupert Scholz
Brandenburg:	Anne-Karin Glase
Bremen:	Ulrike Schreiber
Hamburg:	Birgit Schnieber-Jastram
Niedersachsen:	Rita Pawelski Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering Rudolf Seiters Christian Wulff
Hessen:	Dr. Franz Josef Jung Hannelore Rönsch
Mecklenburg-Vorpommern:	Dr. Angela Merkel
Nordrhein-Westfalen:	Hermann-Josef Arentz Elmar Brok Dr. Reinhard Göhner Herbert Reul Christa Thoben
Rheinland-Pfalz:	Dr. Maria Böhmer Christoph Böhr
Saar:	Peter Müller
Sachsen:	Friederike de Haas Arnold Vaatz
Sachsen-Anhalt:	Carmen Stange
Schleswig-Holstein:	Anke Eymer Dr. Dieter Murmann
Thüringen:	Christian Köckert
Junge Union:	Annette Widmann-Mauz
Frauen-Union:	Prof. Dr. Rita Süßmuth
MIT:	Peter Harald Rauen
OMV:	Helmut Sauer
CDA:	Rainer Eppelmann

KPV:	Peter Götz
Senioren-Union:	Dr. Bernhard Worms
EAK:	Jochen Borchert
RCDS:	Fabian Magerl

Zu TOP 5: Die **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Günther Feldhaus Landesgeschäftsführer des Landesverbandes Bremen
Beisitzer:	Klaus-Dieter Götz Landesgeschäftsführer des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern
	Erhard Hackler Landesgeschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen
	Hans Leveling Landesgeschäftsführer der CDU in Niedersachsen
	Randolf Stamm Landesgeschäftsführer des Landesverbandes Sachsen
	Susanne Verweyen-Emmrich Landesgeschäftsführerin des Landesverbandes Baden-Württemberg
	Matthias Wambach Landesgeschäftsführer des Landesverbandes Berlin
	Friedrich Claudius Schlumberger Leiter der Hauptabteilung Organisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Zu TOP 6: In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:	Ulf Leisner CDU-Bundesgeschäftsstelle
Stellv. Vorsitzender:	Hans-Joachim Woelke CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Beisitzer:	
Winfried Adams	Kreisgeschäftsführer KV Vogelsberg
Bernhard Albrecht	Kreisgeschäftsführer KV Bonn
Carl Andresen	Kreisgeschäftsführer KV Schl.-Flensburg
Dieter Bednorz	Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt
Detlev Bendel	Kreisgeschäftsführer KV Wiesbaden
Hans Bender	Kreisgeschäftsführer KV Siegen-Wittgenst.
Kristel Bendig	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Mechthild Besserer	Kreisgeschäftsführerin KV Lahn-Dill
Siegfried Borgwardt	Kreisgeschäftsführer KV Wittenberg
Lothar Ehm	Kreisgeschäftsführer KV Dessau/Anhalt
Heinz-Jürgen Engberding	Kreisgeschäftsführer KV Neustadt/Bad Dürkheim/Speyer
Martin Fernbach	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Klaus Funnemann	Kreisgeschäftsführer KV Höxter
Dr. Adelh. Gliedner-Simon	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Heike Göttlicher	Kreisgeschäftsführerin KV Ludwigsburg
Birgit Heide	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Wilfried Hennemuth	Kreisgeschäftsführer KV Rottweil
Monika Hilger	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Erich Hönow	Kreisgeschäftsführer KV Teltow-Fläming
Paul Holtmannspötter	Kreisgeschäftsführer KV Gütersloh
Falk Janke	Kreisgeschäftsführer KV Märkisch-Oderl.
Udo Kamperdick	Kreisgeschäftsführer KV Bottrop

Siegmar Kelm	Kreisgeschäftsführer KV Prignitz
Dr. Wolfgang Kubink	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Eckart Lesch	Kreisgeschäftsführer KV Ahrweiler
Manfred Luckey	Kreisgeschäftsführer KV Lippe
Dr. Silvia Mazura	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Reinhold Meisel	Kreisgeschäftsführer KV Neckar-Odenw.
Peter Nowaczyk	Kreisgeschäftsführer KV Gelsenkirchen
Cl. Nürnberger-Meyerhoff	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Dr. Patrick Opdenhövel	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Josef Reichl	Kreisgeschäftsführer KV Böblingen
Waltraud Reiss	Kreisgeschäftsführerin KV Karlsruhe-Land
Dieter Richter	Kreisgeschäftsführer KV Elbe-Elster
Ludger Samson	Kreisgeschäftsführer KV Recklinghausen
Margit Seehaus	Kreisgeschäftsführerin KV Dahme-Spreew.
Martina Stabel-Franz	CDU-Bundesgeschäftsstelle
Marianne Stauß	Kreisgeschäftsführerin KV Trier-Stadt
Hans-Jürgen Treuer	Kreisgeschäftsführer KV Baden-Baden
Bernd Wießel	Kreisgeschäftsführer KV Altmarkkreis
Peter Wettenmann	Kreisgeschäftsführer KV Biberach
Manfred Wynands	Kreisgeschäftsführer KV Kleve
Elke von Ziegner	Kreisgeschäftsführerin KV Harburg-Land

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8/9: Der 10. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Parteivorsitzenden**, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Mandatsprüfungskommission des 10. Parteitages erstattete am Dienstag, den 19. Mai 1998, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat gestern die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren gestern von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 10. Parteitages 964 anwesend.

Der 10. Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Günther Feldhaus

- Vorsitzender -

gez. Klaus-Dieter Götz

gez. Erhard Hackler

gez. Hans Leveling

gez. Randolph Stamm

gez. S. Verweyen-Emmrich

gez. Matthias Wambach

gez. F. C. Schlumberger“

Zu TOP 11/12: Der 10. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs**, Peter Hintze MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: „Unsere Verantwortung für den Aufschwung in den neuen Ländern“

Zu TOP 14: „Bürger schützen - Kriminalität bekämpfen“

Zu TOP 15: **Beratung und Beschlußfassung über Sonstige Anträge**

(Der Wortlaut der Anträge 01 bis 19 ist in den Broschüren „Sammlung der Anträge“ und „Sammlung der Initiativ-Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ des 10. Parteitages der CDU Deutschlands abgedruckt.)

- Nr. 01: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Nr. 02: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Nr. 03: Überweisung an den Bundesvorstand
- Nr. 04: Annahme
- Nr. 05: Annahme idF der Antragskommission
- Nr. 06: Annahme
- Nr. 07: Annahme
- Nr. 08: Annahme
- Nr. 09: Annahme idF der Antragskommission
- Nr. 10: Überweisung an den BFA Bildung, Forschung und Kultur
- Nr. 11: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Nr. 12: Annahme idF der Antragskommission
- Nr. 13: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Nr. 14: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Nr. 15: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Nr. 16: Annahme idF der Antragskommission
- Nr. 17: Annahme
- Nr. 18: Annahme
- Nr. 19: vom Antragsteller zurückgezogen

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden in offener Abstimmung jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 10. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 16: Der 10. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments**, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 17: Der 10. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag**, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 18: Beratung und Beschlußfassung über das „**Zukunftsprogramm – Wir führen Deutschland in das 21. Jahrhundert**“ (Antrag des Bundesvorstandes)

Die unveränderte Vorlage wurde vom 10. Parteitag in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde erreicht.

Die endgültige Fassung des Beschlusses ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 10. Parteitages der CDU Deutschlands.

Zu TOP 19: Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

ZUKUNFTSPROGRAMM

der

CDU Deutschlands

Beschluß des 10. Parteitages

Bremen, 18./19. Mai 1998

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert tritt die Christlich Demokratische Union mit einem Zukunftsprogramm an, das sich zum Ziel gesetzt hat, die politischen Schlußfolgerungen aus den Erkenntnissen zu ziehen, die uns heute sagen, wie wir morgen leben und arbeiten werden. „Sicher in die Welt von morgen“ ist das Versprechen, an dessen Einlösung wir arbeiten.

Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und das Wissen um Gottes gute Schöpfung. Hieraus haben wir unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit entwickelt. Das Grundsatzprogramm der CDU „Freiheit in Verantwortung“ mit seiner zukunftsweisenden Konzeption der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ist das programmatische Fundament dieses Zukunftsprogramms.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht die unverletzliche Würde des Menschen, die wir schützen – am Anfang des Lebens ebenso wie an seinem Ende. Aus christlicher Zuversicht war die Union immer die Partei moderner, zukunftsweisender Konzepte. Unsere Ideen und Vorstellungen haben das Aufbauwerk nach dem Krieg vorangetrieben, haben aus Deutschland ein blühendes, weltweit anerkanntes Gemeinwesen gemacht. Mit der Deutschen Einheit hat sich eine unserer großen politischen Visionen erfüllt.

Heute stehen wir erneut vor weitreichenden Veränderungen – Veränderungen, die vor allem Chancen bieten, vielversprechende Zukunftschancen für uns alle. Wer sich den Blick darauf nicht verstellen läßt, für den öffnet sich ein großartiges Panorama, ein Zeitalter, das unseren Kindern und Enkeln mehr Chancen bietet als jede Zeit zuvor. Wir, die CDU Deutschlands, besitzen den Kompaß und das Richtmaß, um in dieser neuen Zeit Kurs zu halten – einen menschlichen, an christlichen Werten ausgerichteten Kurs. Wir haben eine Vorstellung davon, wohin und wie sich unser Gemeinwesen in einer veränderten Welt entwickeln sollte, und wir besitzen die notwendige Tatkraft, diese Entwicklungen mutig voranzutreiben. Unsere Vorstellungen haben wir in einem Zukunftsprogramm zusammengefaßt, das wir der deutschen Öffentlichkeit vorlegen.

INHALTSVERZEICHNIS

A. Eine Welt im Umbruch - eine Welt voller Chancen

B. Antworten für Deutschland

I. Wettbewerbsfähigkeit stärken – mehr Beschäftigung schaffen

1. Wettbewerbsfähigkeit – für Wachstum und Beschäftigung, Wohlstand und soziale Sicherheit
2. Steuerpolitik – für mehr Arbeitsplätze
3. Bildungsreform – für eine zukunftsfähige Gesellschaft
4. Innovationen – für unsere Chancen auf den Zukunftsmärkten
5. Infrastruktur – für einen starken Standort
6. Lebensfähige Räume – für die Zukunft unserer Landwirtschaft
7. Nachhaltige Entwicklung – für neue Wege in der Umweltpolitik

II. Spielraum für kleine Einheiten

8. Dezentralisierung – für mehr Anpassungsfähigkeit
9. Staatsausgaben senken – für mehr private Initiative
10. Föderalismus reformieren – klare Verantwortung für jede Ebene

III. Arbeit für alle

11. Arbeit für alle – die wichtigste soziale Frage
12. Dienstleistungen – für mehr Beschäftigung
13. In die eigene Zukunft starten! Für Selbständigkeit und Existenzgründungen
14. Vermögensbildung – mehr Eigentum für alle
15. Kombilohn – für weniger Langzeitarbeitslosigkeit

IV. Aufbau Ost

16. Aufbau fortführen – für einen selbsttragenden Aufschwung
17. Nationale Solidarität – das Band der Einheit

V. Sozialstaat der Zukunft

- 18. Umbau des Sozialstaats – für ein Leben in sozialer Sicherheit
- 19. Politik für Familien – Politik für die Zukunft
- 20. Soziale Gemeinschaften stärken – für Verwurzelung und Zusammenhalt

VI. Innere Sicherheit und Stabilität

- 21. Werte und Orientierungen – für eine Gesellschaft des Miteinanders
- 22. Kriminalität bekämpfen – Freiheit sichern
- 23. Bürokratie abbauen – für einen schlanken Staat
- 24. Ausländer in Deutschland – für ein gedeihliches Zusammenleben

VII. Verantwortung für Europa und die Welt

- 25. Die europäische Einigung vollenden – für Frieden und Wohlstand in Europa
- 26. Stabiler Euro – für mehr Wachstum und Beschäftigung
- 27. Globale Umweltpolitik – für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts
- 28. Unsere Verantwortung für die eine Welt

A. Eine Welt im Umbruch – eine Welt voller Chancen

Wir Deutschen haben viel erreicht, und wir haben Grund, darauf stolz zu sein. Wir leben im Wohlstand – unser Pro-Kopf-Einkommen ist eines der höchsten in der Welt. Wir sind eine der bedeutendsten Exportnationen, technologisch mit an der Spitze. Wir leben in sozialer Sicherheit – mit einem eng geknüpften sozialen Netz, durch dessen Maschen niemand fällt. Wir leben in Freiheit – nach Jahrzehnten gewaltsamer Trennung gilt das jetzt für alle Deutschen in Ost und West. Wir leben im Frieden – in politisch stabilen Verhältnissen, ohne die tiefgreifenden Konflikte, unter denen anderswo die Menschen zu leiden haben, als eine der führenden Nationen in Europa, in der Welt. Es geht uns besser, als wir es uns vor Jahrzehnten hätten träumen lassen.

Doch es ändert sich vieles in unseren Tagen und wenig scheint zu bleiben, wie es einmal war. Vieles verändert sich dramatisch, anderes eher unmerklich und schrittweise, aber kaum weniger einschneidend. Kein Zweifel: Wir leben in einer Zeit beschleunigten Wandels.

Das verunsichert viele von uns. Was wird uns die Zukunft bringen? Wird das Erreichte bewahrt werden können? Wie wird die Zukunft unserer Gesellschaft aussehen nach der Jahrhundertwende, wie wird die Welt beschaffen sein, in der wir dann leben werden?

Eine Gesellschaft im Wandel

Schon heute steht fest: Wir werden in einer Gesellschaft leben mit sehr viel mehr älteren und sehr viel weniger jungen Menschen. Die Lebenserwartung steigt, die Geburtenzahlen stagnieren. Das Zusammenleben von Kindern, Eltern, Großeltern, anderen Verwandten unter einem Dach – noch um die Jahrhundertwende die Regel – wird zur Ausnahme. Mehr und mehr Menschen leben allein – Ausdruck wachsender Vereinzelung ebenso wie schwächer werdender sozialer Bindungen.

Unser Leben wird nicht nur länger, es wird auch vielfältiger, abwechslungsreicher. Der Freiraum für individuell gestaltete Lebensentwürfe wächst. Der überkommene Vierklang aus Ausbildung, Erwerbsarbeit, Familie und Rente wird abgelöst durch vielfältige Kombinationen von Lern- und Kreativphasen, zeitlich unterschiedlich intensiven Phasen der Berufstätigkeit, der Kindererziehung und des Engagements in der Familie, Phasen ehrenamtlicher Tätigkeit. Viele werden mehrmals in ihrem Leben noch einmal neu anfangen.

Verwandtschaftsbeziehungen prägen unser Leben anders als früher. Soziale Bindungen an Geburtsort und Herkunftsmilieu werden – allein auch schon durch häufigeren Wohnortwechsel – für unser Zusammenleben nicht mehr dieselbe Rolle spielen. Um so mehr werden wir künftig aufwenden, um neue, alternative oder ergänzende Sozialbeziehungen aufzubauen. Der Freundeskreis, auch der Kollegenkreis werden wichtiger.

Lebensstil und Rollenverständnis der Frauen werden sich weiter verändern. Berufstätigkeit und Berufskarriere gewinnen noch an Bedeutung, die Verteilung der Geschlechterrollen, was Verpflichtungen im Haushalt und in der Erziehung anbelangt, verändert sich. Eine flexible Arbeitswelt, mehr Angebote an Kinderbetreuungseinrichtungen und an Dienstleistungen für

Haushalt und Kindererziehung werden helfen, Familie, Beruf und sonstige Interessen partnerschaftlich miteinander zu vereinbaren.

Das Berufsleben unserer Kinder wird dem Berufsleben unserer Eltern immer weniger ähnlich sehen. Was früher als normal galt – 40-Stunden-Woche, rundum sozial abgesichert und bis zum 60. oder 65. Lebensjahr im selben Betrieb - das wird zukünftig nicht mehr die Regel sein. Sehr viel mehr Menschen werden eine Teilzeittätigkeit ausüben, in einem befristeten Arbeitsverhältnis oder einem Zeitarbeitsverhältnis stehen.

Das gewohnte Arbeitszeitschema – Montag bis Freitag, 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr – wird durch eine Neugestaltung unserer Arbeitszeit abgelöst. Erfordert es eine bestimmte Aufgabe, kann die Regelarbeitszeit deutlich überschritten werden, die Differenz wird gutgeschrieben. Gleitzeit, Zeitkonten, Zeitgutscheine ermöglichen immer individuellere Gestaltungen, können je nach Interessenlage des Arbeitnehmers für Qualifizierung, Blockfreizeit oder vorgezogenen Ruhestand genutzt, am Ende gar vererbt werden.

Der Anteil des Arbeitslebens an der Lebenszeit wird insgesamt weiter zurückgehen. Die gesteigerte Lebenserwartung, Fortschritte in der gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung, ein zunehmender privater Wohlstand machen das Alter zu einem neuen, eigenständigen Lebensabschnitt mit vielfältigen Möglichkeiten und Chancen, ein Lebensabschnitt, den sich der Einzelne nach seinen Zielen und Wertvorstellungen autonom gestalten kann.

Technischer Fortschritt und Rationalisierung verändern unsere Arbeitswelt in atemberaubendem Tempo. Robotergesteuerte Produktion in der vollautomatischen Fabrik ist keine Utopie, sondern greifbare Wirklichkeit. Auch Routinearbeiten im Büro werden dank Datenverarbeitung und modernen Telekommunikationsdiensten zukünftig immer weniger anfallen.

Die Arbeitswelt der Zukunft wird stärker geprägt sein von Dienstleistungen aller Art. Zum Teil hoch spezialisiert: im Informations- und Kommunikationsbereich, im Bereich neuer Medien, im Freizeit- und Unterhaltungssektor, in der Entwicklung und Wartung moderner Technik, in der Kundenbetreuung, in neuen Serviceleistungen. Zum Teil auch einfacher Art: Versorgung von Privathaushalten mit dem täglichen Bedarf, Familien- und Pflegehilfen, Unterstützung für ältere Menschen, Hilfen an Tankstellen, in Supermärkten, Begleitpersonen im öffentlichen Personennahverkehr, Pförtner, Kleinhandwerk und anderes mehr. Vor allem Wissen wird zur Quelle der Wertschöpfung: Informationssuche, Informationsverarbeitung, Informationsaufbereitung, Informationsumsetzung und die darauf basierenden Dienstleistungen – das wird den Kern bilden neuer beruflicher Tätigkeiten in der modernen Wissensgesellschaft.

Industrielle Großbetriebe mit Tausenden von Beschäftigten wird es weniger geben. Die Zukunft gehört eher den kleinen und mittleren Betrieben, darunter viele Neugründungen, die in der Lage sind, auf eine rasch wechselnde Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen flexibel zu reagieren. Unternehmen, die mit wenigen Festangestellten operieren, ohne starre Strukturen, die ihre Geschäftstätigkeiten mit wechselnden Subunternehmen durchführen, die sie nach dem Baukastenprinzip je nach Auftrag zu einer „virtuellen Firma“ zusammenführen, computervernetzt, und dann wieder auflösen oder neu gruppieren.

Den einzelnen Arbeitnehmer befreit dieser Wandel in der Unternehmensstruktur aus dem starren Schema fabrikmäßiger Arbeitsorganisation. Die modernen Informations- und Kommunikationssysteme ermöglichen ihm ein wachsendes Maß an räumlicher und zeitlicher Autonomie. Ob im Büro, zu Hause oder unterwegs, ob morgens, mittags oder abends, ob allein oder interaktiv zu virtuellen Teams vernetzt – wir bestimmen zunehmend selbst, wann, wie und wo wir unsere Arbeit erledigen wollen. Entlohnt wird weniger nach Zeit, zunehmend mehr nach dem Ergebnis – mit einem Festgehalt, das nach persönlicher Leistung und Unternehmenserfolg aufgestockt wird, zum Teil in Form einer Unternehmensbeteiligung.

Mehr Freiraum am Arbeitsplatz, das bedeutet einen Zuwachs an Eigenverantwortung, an Selbstmanagement. Selbständigkeit – das wird die wichtigste Arbeitstugend der Zukunft. Auch die abhängige Erwerbstätigkeit wird ein zunehmend höheres Maß an Selbständigkeit verlangen.

Berufliche Qualifikation und Bildung erfährt unter solchen Umständen einen gewaltigen Bedeutungszuwachs. Nicht nur den Arbeitsplatz werden die Menschen zukünftig mehrfach wechseln, auch der Inhalt ihrer Tätigkeit wird nicht derselbe bleiben. Die Ausbildung der Zukunft wird breiter angelegt sein als heute, weniger Gewicht auf Detailwissen, dafür mehr Gewicht auf Lerntechnik, Lernfähigkeit legen.

Ausbildung wird sich immer weniger einer bestimmten Lebensphase zuordnen lassen. Um den Anforderungen in Arbeit und Beruf gerecht zu werden, wird sich der Erwerb von Qualifikation und Kompetenzen lebenslang erstrecken. Nicht mehr die einmal erworbenen Abschlüsse und Diplome oder die Zahl der Berufsjahre werden über Einkommen und Karrierechancen entscheiden, sondern die Bereitschaft und Fähigkeit, sich immer wieder neu zu orientieren, umzulernen, neue Kenntnisse zu erwerben, sich neue Tätigkeitsfelder zu erschließen.

Neben Selbständigkeit und Initiative werden Selbstvertrauen, Urteilsvermögen, die Fähigkeit, mit anderen zu kooperieren, Flexibilität, Kreativität und die Fähigkeit, in Zusammenhängen zu denken, eine entscheidende Rolle für Erziehung und Bildung spielen. Auch unsere Erziehungsziele werden wir auf die Arbeitswelt der Zukunft ausrichten müssen.

Mehr Bildung, viel freie Zeit, Interesse an Kreativität – unter derart günstigen Bedingungen werden kulturelle Ereignisse und Veranstaltungen immer mehr Menschen in ihren Bann ziehen. Die Zahl derer, die wenigstens einmal pro Woche einen Abend in der Oper, im Theater, im Konzert oder im Kino verbringen, ein Museum oder eine Kunstaussstellung besuchen, hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt. Immer wichtiger wird dabei der Erlebnischarakter von Kultur, zumal wenn es sich um Gemeinschaftserlebnisse handelt. Das gilt keineswegs nur für Popkonzerte – auch Opernmusik läßt sich zur Unterhaltungsshow mit Weltstars arrangieren, das klassische Konzert zum Open-air-Erlebnis.

Immer wichtiger wird die Verbindung von Freizeit mit Kultur: Festival und Kulturwoche, Kreativurlaub und Kulturtourismus. Die Kultur muß nicht mehr zu den Menschen kommen. Die Menschen kommen zur Kultur, sind für das große Ereignis bereit, auch viel Zeit und Geld zu opfern: stundenlange Anreise zum Musikfestival, Kurzurlaub zum Besuch eines Musicals, Ausstellungs- und Bildungsreisen. Kultur hat gute Aussicht, mit dem Sport als populärste Freizeitbeschäftigung in unserer Gesellschaft gleichzuziehen.

Eine neue Welt

Uns umgibt eine neue Welt. Länder und Kontinente rücken näher zusammen, Grenzen trennen nicht mehr. Wir treiben Handel rund um den Globus, die Begegnung mit Menschen aus allen Erdteilen ist für uns längst nichts Außergewöhnliches mehr, und wir kennen uns in den entlegensten Ecken dieser Welt häufig besser aus als im eigenen Land.

Die ökonomische Tragweite dieses weltweiten Zusammenwachsens läßt unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft nicht unverändert. Die rasante Zunahme der Handelsströme bricht die hergebrachte internationale Arbeitsteilung auf. Der Wettlauf um frei verfügbares, aber knappes Kapital verschärft den Wettbewerb um Investitionen. Die Kommunikations- und Verkehrstechnologie eröffnet den Unternehmen ungeahnte Möglichkeiten, Produktion und Vertrieb neu zu strukturieren. Nähe und Entlegenheit von Standorten und Märkten werden nicht mehr allein aus der geographischen Entfernung bestimmt. Sie hängen von den Investitions- und Wettbewerbsbedingungen ab, von der Verbreitung des Know-hows und der Qualität der Ausbildung in der Region.

Neben der wirtschaftlichen Integration beginnt sich ein globales ökologisches Bewußtsein herauszubilden. Dies ist Voraussetzung, damit Umweltprobleme gemeinsam analysiert und gemeinsam gelöst werden können. Furcht vor Umweltkatastrophen oder der Anwendung von militärischer Gewalt zwingen die Weltgemeinschaft an einen Tisch, zwingen zu gemeinsamem Handeln.

Auch politisch und mental bewirkt die Globalisierung einen großen Wandel. Über gemeinsame Erlebnisse (globale Musikereignisse, weltweite Filmerfolge, internationale Sportveranstaltungen) entstehen gemeinsame Erfahrungswerte. Gerade die Jüngeren halten in ihrem unvoreingenommenen Umgang mit den Möglichkeiten moderner Information und Kommunikation, bis hin zum Internet und zur Satellitenkommunikation, den Schlüssel in der Hand, um sich mit der globalen Umwelt vertraut zu machen, sich in ihr „informativ“ zu bewegen.

Der Zugang zu Informationen und Wissen bestimmt über Erfolg und Stärke des Einzelnen wie der Gesellschaft von morgen. Schon heute konkurrieren wir mit Staaten, die sich über die konsequente Nutzung der Informationstechnologie in die Modernität katapultiert haben. Sie kommen mit großem Tempo voran. Mit den Erfolgen der Vergangenheit werden wir uns einen Spitzenplatz im internationalen Wettbewerb nicht auf Dauer sichern. Wir können unser Wohlstandsniveau nicht vererben, und wir können bei dem Erreichten nicht einfach stehenbleiben. Wir müssen unseren Lebensstandard im Wettstreit mit neuen Konkurrenten stets neu erwerben.

Gleichzeitig können und wollen wir nicht in einen Wettlauf mit Billiglohnländern eintreten. Wir halten am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards fest. Es gilt deshalb, bei Neuem schneller und in Bewährtem besser zu sein als andere. Darüber entscheidet sich unser Wohlstand, darüber entscheiden sich die Perspektiven der jungen Generation.

Strategien unserer Politik

Freiheit - eine Strategie der Chancen

Eine zusammenwachsende Welt ist eine Welt voller neuer, großer Chancen. Im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte steht unser Land mit vielen Vorzügen da. Es fehlt uns allerdings noch

an gesellschaftlicher Mobilität, an Flexibilität in den Arbeits- und Lebensformen, an Wagemut und Risikobereitschaft. Es gilt, sich auf die Grundwerte der Sozialen Marktwirtschaft – Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung – zu besinnen, um neues Vertrauen in die Wirksamkeit des Wettbewerbs und Marktprinzips zu fassen.

Das ehrgeizige Ziel, das sich die Politik setzen muß, liegt darin, eine Kultur der Selbständigkeit anzustreben, in der der Einzelne mehr Verantwortung für sich und andere trägt und in der er das nicht als Last, sondern als Chance begreift. Dies gilt für die Unternehmen, denn heute und in Zukunft muß sich die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft in einer gesteigerten Innovationsfähigkeit erweisen. Dies gilt ebenso für die Gesellschaft, die den Freiheitsgrad ihres Zusammenlebens qualitativ steigern muß, um den Aufbruch in eine moderne Dienstleistungsgesellschaft mit großen Beschäftigungschancen nicht zu verpassen.

Deshalb wollen wir:

- Deutschland leistungsfähiger machen, damit es sich im globalen Wettbewerb behaupten kann;
- die Freiheit des Einzelnen und seine Verantwortung stärken;
- den sozialen Ausgleich sichern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren, damit angesichts des rasanten Wandels niemand zurückbleiben muß.

Verantwortung – eine Strategie der Lebensführung

Der Schwerpunkt der Sozialpolitik muß darauf liegen, den sozialen Zusammenhalt zu stärken. In einer modernen Gesellschaft mit individuellen Lebensentwürfen ihrer Bürger wird sich die Mischung aus Eigenverantwortung und sozialer Absicherung verändern. Selbstverantwortung schließt Mitverantwortung ein. Höchste Priorität genießen daher Maßnahmen, die den Neueintritt in den Arbeitsmarkt und die Rückkehr in Beschäftigung für diejenigen fördern, die herausgefallen sind.

Ein Kern unserer Modernisierungsanstrengungen stellt die Bildungspolitik dar. Bildung ist der Schlüssel für die Lebenschancen und die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen. Sie entscheidet über die Wettbewerbsfähigkeit zukünftiger Generationen. Vor allem entscheidet sich an Inhalten und an der Gestaltung von Bildung, ob der Aufbruch in eine Gesellschaft der Freiheit und der selbstverantwortlichen Lebensführung gelingen kann. Selbständigkeit muß ermutigt werden. Eigenständigkeit der Person wird zum neuen Leitbild, damit die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen reift. Selbstverantwortete Lebensführung, um die eigenen Chancen zu entfalten und um in sozialer Verantwortung für Mitmenschen und die Gemeinschaft dazusein, wird zum zentralen Ziel der Bildung.

Deshalb wollen wir:

- die Beschäftigung, auch in neuen und flexibleren Formen, zum Leitbild der Wirtschafts- und Sozialpolitik machen, damit die soziale Integration möglichst alle einschließen kann;

- die sozialen Sicherungssysteme schrittweise durch private kapitalbildende Vorsorge ergänzen;
- Leistungen der allgemeinen Sozialpolitik so umbauen, daß Anreize der Eigenverantwortung gestärkt werden und der Gemeinsinn geschärft wird;
- in Erziehung und Ausbildung das neue Verständnis einer Wissensgesellschaft vermitteln und die Bereitschaft zur Dienstleistung verstärken, damit die freie und selbstverantwortliche Lebensführung der Persönlichkeit gelingen kann.

Europa - eine Strategie der Zukunft

Europa ist unsere Antwort auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen. Märkte und Ideen sind mehr denn je im Fluß, und die Staaten Europas können auf sich allein gestellt die Probleme nicht mehr ausreichend lösen. Die Politik ist gefordert, die Entwicklungen aktiv zu gestalten. Der Euro bietet uns dazu eine Chance.

Die Europäische Währungsunion wird den Leistungsaustausch zwischen ihren Mitgliedsländern verbessern, sie wird für mehr Wachstum und mehr Wettbewerb in Deutschland, in Europa sorgen. Sie wird den Druck auf eine Harmonisierung in der Steuer- und Finanzpolitik ebenso erhöhen wie die Vereinbarung von Mindeststandards im Sozial- und Umweltbereich notwendig machen - Maßnahmen, ohne die wir in einem kleinräumig gewordenen Europa die Probleme nicht bewältigen könnten. Der Euro wird einen Modernisierungsschub auslösen, zum Vorteil unserer Wirtschaft, der Beschäftigten, der Verbraucher.

Deshalb wollen wir:

- die Grundlagen von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand durch die konsequente Integration und Zusammenarbeit sichern, damit Europa als Gemeinschaft in Wirtschaft und Währung global wettbewerbsfähiger wird;
- die Modernität des politischen Modells Europa für den Umbau unseres Landes nutzen, damit die Blockade und Selbstblockade bei Reformen in Politik und Wirtschaft und bei den notwendigen Veränderungen der Gesellschaft aufgebrochen werden;
- die gemeinsame Währung stabil und hart machen, damit sie zu einem starken Antrieb für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas in der Welt wird.

Unser Ziel: Die modernste Gesellschaft Europas

Wir wissen so wenig wie andere, wie sich die Zukunft im einzelnen darstellen wird. Sie wird sich in einer sich rasch wandelnden Welt weniger denn je planen oder vorhersehen lassen. Aber wir wissen genau: Wir haben die Chance, sie im Einklang mit unseren Leitbildern, mit unseren Werten und Überzeugungen zu gestalten. Wir nehmen die Herausforderung der Freiheit an. Wir stellen uns der Verantwortung, auf größere soziale Gerechtigkeit hinzuwirken. Wir wollen gemeinsam die modernste Gesellschaft Europas schaffen. Modern, weil sie die Lebensführung des Einzelnen achtet, den Gemeinsinn schärft und in der Haltung von

Menschen und Organisationen auf die Chancen zeigt. Mit unserem Mut werden Visionen zur Perspektive, werden Hoffnungen zur Chance.

Bei so viel Veränderung um uns herum müssen wir bereit sein, uns auch selbst zu verändern. Die Menschen im Osten Deutschlands haben ihren Mitbürgern im Westen in dieser Hinsicht viel voraus. Sie haben in den vergangenen Jahren einen beispiellosen Strukturwandel bewältigt, der jedem Einzelnen viel zugemutet hat. Nur jeder vierte Arbeitnehmer im Osten ist heute noch auf seinem alten Arbeitsplatz beschäftigt, viele haben beruflich vollkommen neu angefangen. Mit den traditionellen Märkten in Mittel- und Osteuropa ist auch ein großer Teil der industriellen Basis im Osten Deutschlands weggebrochen, und auch sonst ist kaum ein Lebensbereich unverändert geblieben.

Die Menschen haben sich durch die vielen Umbrüche und Veränderungen nicht entmutigen lassen, sie haben sie im Gegenteil energisch vorangetrieben und aktiv gestaltet. Die ehemaligen Staatsbetriebe sind inzwischen fast vollständig privatisiert, 80 % haben ostdeutsche Eigentümer. 600.000 meist mittelständische Unternehmen sind neu gegründet worden. Der Osten Deutschlands verfügt heute über das modernste Telekommunikationsnetz Europas, 11.000 Kilometer Straßen und 5.500 Kilometer Schienen sind neu gebaut oder ausgebaut worden, mehr als die Hälfte aller Wohnungen wurde modernisiert. Die Chancen für ein beschleunigtes Wachstum, das endlich auch die Wende auf dem Arbeitsmarkt bringt, stehen gut. Es geht voran, trotz aller Probleme und Schwierigkeiten. Die Menschen haben Großes geleistet in den vergangenen Jahren, sie können stolz sein auf das Erreichte. Die neuen Länder haben Zukunft.

Die historische Zäsur der Jahre 1989 und 1990 hatte nicht nur den Umbruch im Osten zur Folge, sie hat auch den Westen verändert. Auch im Westen Deutschlands wächst die Notwendigkeit zur Neuorientierung. Veränderung, das setzt Anstrengung voraus, und Anstrengung fällt eher schwer nach Jahrzehnten des Wohlstands und der scheinbar mühelosen Zuwächse. Aber menschliche Existenz heißt nun einmal Veränderung, Voranschreiten, Anstrengung. Herausforderungen geben unserem Leben Erfüllung.

Darum geht es bei der Bundestagswahl am 27. September 1998: Es geht um die Frage, ob wir Deutschen mit den Umbrüchen und Veränderungen um uns herum mithalten, ob wir die Herausforderungen annehmen, vor die wir gestellt sind, ob wir diese Herausforderungen meistern und damit Zukunft aktiv gestalten. Oder ob wir den Herausforderungen auszuweichen versuchen, uns ausklinken, uns freiwillig auf den Weg in die Zweit- oder Drittklassigkeit begeben und die gestaltende Rolle anderen überlassen. Aufschwung oder Abstieg, Fortschritt oder Stagnation, Stabilität oder Unsicherheit, Weltoffenheit oder Isolation, Zukunftsfähigkeit oder Zukunftsverweigerung – das sind die klaren Alternativen.

Wenn wir uns in einer Welt, in der der Wettbewerb härter wird, Entfernungen schrumpfen, Grenzen nicht mehr trennen und die sozialen Veränderungen, die technologische Entwicklung, die Rationalisierung sich immer mehr beschleunigt, wenn wir uns in einer veränderten Welt Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten wollen, dann müssen wir uns weiter anstrengen. Der Weg, den wir eingeschlagen haben und den wir fortsetzen wollen, ist kein immer bequemer Weg. Aber es ist ein sicherer, ein verlässlicher Weg, der bessere Weg in eine gute Zukunft.

Unsere Erfolge

Wir sind auf diesem Weg in den vergangenen Jahren ein erhebliches Stück vorangekommen. Wichtige Weichenstellungen, die uns den Weg in die Zukunft ebnen werden, sind erfolgt.

Mehr Eigenverantwortung und Subsidiarität, weniger Bürokratie, Rückführung des Staatsanteils – von diesen Grundsätzen hat sich die Koalition leiten lassen in ihrem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vom April 1996, dessen 50 Punkte nahezu vollständig umgesetzt sind und mit dem wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit im weltweiten Ringen um Investitionen und Arbeitsplätze nachhaltig stärken konnten.

Wir haben die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall neu geregelt, damit die Tarifparteien wieder zu mehr eigenverantwortlichen Lösungen kommen. Ergebnis: Die Betriebe konnten mittelbar um zweistellige Milliardenbeträge entlastet werden.

Wir haben das Arbeitsrecht modernisiert, Einstellungshemmnisse beseitigt, die arbeitsmarktpolitischen Angebote im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes erheblich ausgeweitet. Mit der gesetzlichen Flankierung von Altersteilzeitmodellen erleichtern wir den flexiblen Übergang in den Ruhestand und verbessern die Einstellungschancen Jüngerer. Die Möglichkeiten der Betriebe zur flexiblen Anpassung der Beschäftigung an die Auftragslage wurden deutlich verbessert, indem die Möglichkeiten zum Abschluß befristeter Arbeitsverhältnisse noch einmal ausgeweitet wurden. Schließlich haben wir die Zumutbarkeitskriterien für die Aufnahme einer Beschäftigung enger gefaßt, damit freiwerdende Stellen auch tatsächlich besetzt werden können.

Wir brauchen mehr ausländische Investitionen in Deutschland, deswegen haben wir die Substanzsteuern abgeschafft, die einen spürbaren Standortnachteil darstellten. Die Vermögenssteuer ist entfallen, ebenso die Gewerbesteuer.

Mit der Privatisierung von Bahn und Post, dem Börsengang der Deutschen Telekom, der Öffnung des Postmarktes und der Liberalisierung des Marktes für Telekommunikation, mit der Öffnung des Strom- und Gasmarktes haben wir die Weichen für mehr Vielfalt im Angebot und eine günstigere Versorgung von Unternehmen und Haushalten gestellt. Denn sollen die Wachstumskräfte gestärkt und soll die Staatsquote gesenkt werden, dann führt an Privatisierung und Deregulierung kein Weg vorbei.

Mit diesen Entscheidungen haben wir vielen vieles zugemutet. Die Wirkung politischer Rahmenbedingungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt braucht ihre Zeit, mehr Zeit als alle Beteiligten, alle Vertreter von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik noch im Herbst 1989 erwartet haben. Aber die Anstrengungen haben sich gelohnt. In diesem Jahr werden erste Erfolge deutlich. Wir machen Deutschland fit für das 21. Jahrhundert:

Um Wirtschaft und Beschäftigung als Beispiel zu nennen:

- Deutschland wird 1998 eine der höchsten Wachstumsraten aller OECD-Staaten erzielen. Die Absatzperspektiven im Inland verbessern sich nachhaltig – neben der Exportnachfrage und einer verbesserten Investitionsnachfrage wird in diesem Jahr auch der private Verbrauch anziehen und das bei völliger Preisstabilität.
- Die Signale am Arbeitsmarkt sind wieder positiv. Erstmals seit dem Sommer 1995 ist in den ersten Monaten des Jahres 1998 die Arbeitslosigkeit im Westen Deutschlands im Vergleich

zum Vorjahr gesunken. Auch in den neuen Ländern wird die Trendwende in den nächsten Monaten erreicht. Am Jahresende 1998 wird die Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland spürbar niedriger sein als Ende 1997.

- Die Kostenbelastung der Arbeitsplätze geht zurück. Die Lohnstückkosten werden 1998 sinken, im dritten Jahr in Folge, was uns eine Ausnahmeposition unter unseren Wettbewerbern verschafft.
- Die Exporte werden wie im vergangenen Jahr auch 1998 mit zweistelligen Zuwachsraten steigen. Deutschlands Weltmarktanteil nimmt wieder zu.
- Weite Bereiche der ostdeutschen Wirtschaft befinden sich in einer Phase der Stabilisierung und des Wachstums, mit zum Teil sprunghaften Zuwachsraten auf wichtigen Zukunftsfeldern. Bereiche wie die chemische Industrie, die metall- und kunststoffverarbeitende Industrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik verzeichnen Zuwächse von 10 %, teilweise bis zu 40 % im Jahr. Die Außenhandelsumsätze der Unternehmen wachsen mit über 20 % im Jahr.
- Der Anteil der Staatsausgaben wird in diesem Jahr auf 48 % zurückgehen und damit auf den niedrigsten Stand seit acht Jahren. Und entgegen allen Kassandraruhen hat Deutschland das Defizitkriterium von Maastricht mit 2,7 % deutlich und zugleich nachhaltig erfüllt.
- In den Patentstatistiken rangiert Deutschland wieder an erster Stelle vor Japan und den Vereinigten Staaten.
- In Deutschland entsteht die weltweit größte Produktionskapazität für hochwertige Solarzellen.
- Deutschland verfügt über eine exzellente Multimedia-Infrastruktur und rasant steigende Multimedia-Anwendungen.
- In der Biotechnologie hat Deutschland wieder den Anschluß an die Weltspitze hergestellt. Die Zahl der Biotech-Unternehmen hat sich seit 1995 vervierfacht. Unternehmen verlagern ihre Forschungs- und Produktionseinrichtungen wieder nach Deutschland. Wissenschaftler kehren aus dem Ausland zurück, um bei uns zu arbeiten.
- Der weit überwiegende Teil der jungen Generation in Deutschland begegnet der Zukunft offen und aufgeschlossen – „no future“ ist „out“. Bei der jungen Generation wächst die Bereitschaft, etwas zu leisten, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und dabei auf die eigenen Kräfte zu vertrauen. Auf diese junge Generation können wir unsere Zukunft bauen.

Unsere Ziele

Die Bilanz des Erreichten kann sich sehen lassen, aber wir müssen uns weiter anstrengen. Die große Zahl von Menschen, die Beschäftigung suchen – das ist die zentrale innenpolitische Herausforderung unserer Tage. Wir müssen neue, mutige Antworten geben auf Umbrüche und Veränderungen, wenn wir unseren Vorteil aus den eingetretenen Entwicklungen ziehen wollen.

Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bleiben für uns auch im 21. Jahrhundert Grundlage einer menschlichen Gesellschaft.

Unsere Visionen dienen uns als Kompaß gerade in unsicheren, in unübersichtlichen Zeiten, geben unserem Handeln Richtung und Sinn. Manches, was wir erstreben, mag ein Traum bleiben, vieles scheint erreichbar. Das sind unsere Ziele, wir wollen erreichen:

- Arbeit und Beschäftigung für alle
- Weltgeltung für Innovationen „Made in Germany“
- Eines der leistungsfähigsten Bildungssysteme der Welt
- Einen schlanken, unbürokratischen Dienstleistungsstaat
- Einen Sozialstaat, der Solidarität ebenso wie Eigenverantwortung mobilisiert
- Eine neue Kultur der Selbständigkeit und der nachbarschaftlichen Hilfe
- Eine Erneuerung der sozialen Gemeinschaften und des ehrenamtlichen Engagements
- Ein Klima der Partnerschaft zwischen Männern und Frauen und der Solidarität zwischen den Generationen
- Einen freiheitlichen Rechtsstaat ohne Furcht vor Verbrechen
- Ein einiges und handlungsfähiges Europa
- Eine friedlichere Welt mit besseren Lebensbedingungen für die Benachteiligten.

Wir kämpfen für eine klare Mehrheit, damit die Blockade durch die SPD überwunden wird und wir die notwendigen Reformen fortsetzen können. Unsere Wähler sollen wissen: Mit ihrer Stimme für die Union stimmen sie zugleich für die große Steuerreform, für niedrigere Steuern, für ein gerechteres Steuersystem.

Die CDU Deutschlands steht für Verlässlichkeit ebenso wie für Innovation, für Kompetenz ebenso wie für Kreativität. Wir sind die Partei der wirtschaftlichen Reformen. Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Wir sind die Partei der europäischen Integration. Die CDU ist die politische Kraft für Deutschlands Zukunft.

Wir haben eine Vision für Deutschland, eine Vorstellung, welcher Weg für unsere Menschen in eine gute Zukunft führt. Wir haben eine Vorstellung davon, wie wir in der Welt von morgen für Arbeit, für Wohlstand, für Sicherheit sorgen. Nach den Irrwegen der ersten Jahrhunderthälfte, nach Jahrzehnten der Teilung hat Deutschland zu Beginn des neuen Jahrhunderts die Aussicht auf eine europäische Zukunft in Frieden und Freiheit.

B. Antworten für Deutschland

I. Wettbewerbsfähigkeit stärken

1. Wettbewerbsfähigkeit – mehr Beschäftigung schaffen

Die Weltwirtschaft ist im Umbruch. Länder und Kontinente entwickeln sich aufeinander zu, Konkurrenz entsteht aus den entferntesten Erdteilen. Die Zahl der Länder, die sich am weltweiten Handel beteiligt, hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Die Transportkosten sinken, und Informationen können durch die Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie binnen Sekunden in die entlegensten Teile der Welt übermittelt werden. Die Welt rückt zusammen, der Wettbewerb wird härter. Und nicht länger ist es nur ein Wettbewerb zwischen Unternehmen, längst ist daraus ein Wettbewerb der Standorte und der gesellschaftlichen Ordnungen geworden – um die besten Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze.

Unser Land ist davon unmittelbar betroffen. Denn unserer Fähigkeit, wettbewerbsstaugliche Produkte am Standort Deutschland herzustellen und in anderen Ländern abzusetzen, verdanken wir in den alten Bundesländern immerhin ein Drittel unseres Volkseinkommens. Und in den neuen Ländern sind wir auf exportfähige Produkte nicht weniger angewiesen, damit wettbewerbsfähige Strukturen entstehen.

Die Fähigkeit, unseren Wohlstand und den hohen Grad an sozialer Sicherheit zu finanzieren, sind damit abhängig vom internationalen Wettbewerb wie in kaum einem anderen Land der Welt. Deutschland hat gute Chancen, in diesem Wettbewerb weiter vorne mitzuspielen. Das setzt voraus, daß wir besser sind als andere - die modernere Technologie anbieten, die zuverlässigeren Produkte, kundenorientiert und zu wettbewerbsfähigen Preisen. Wir können uns dem globalen Wettbewerb nicht verweigern, ohne uns selbst großen Schaden zuzufügen.

In einer Welt, die enger zusammenrückt, die zusammenwächst, gewinnen unvermeidlich auch die globalen Verteilungskonflikte an Bedeutung – zwischen den reifen Industrieländern des Westens und den sich industrialisierenden Schwellenländern Asiens, Lateinamerikas, zwischen den Industrieländern des Westens und den Nachfolgestaaten des 'Staatssozialismus' im Osten, zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden. Im Vergleich zu den Dimensionen, die diese Konflikte annehmen, geraten die gewohnten, auf den nationalen Rahmen begrenzten Verteilungskonflikte – zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern – mehr und mehr in den Hintergrund.

Im weltweiten Wettbewerb können alle gewinnen, weil mit mehr Wachstum Armut und Spannungen gemindert werden. Wir bleiben auf Wachstum angewiesen, um Wohlstand und soziale Sicherheit zu bewahren.

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, müssen wir auch in Zukunft den technischen Fortschritt vorantreiben. Damit uns das gelingt, brauchen wir ein Klima der Innovationsfreude, der Ausrichtung auf Zukunft und Wettbewerb. Und wir brauchen Existenzgründer

mit Wagemut und Ideen für neue Märkte und neue Arbeitsplätze. Ein rohstoffarmes Land wie Deutschland ist auf den Einfallsreichtum und den Fleiß seiner Menschen angewiesen – mit einem leistungsfähigen Bildungssystem, das Wissen und Qualifikation fördert, einer modernen zukunftsweisenden Verkehrsinfrastruktur und einem modernen Kommunikationsnetz, die eine ausgewogene Entwicklung von Stadt und Land ermöglichen. Und mit einem wettbewerbsfähigen Steuersystem, das sicherstellt, daß in Deutschland wieder mehr investiert wird und neue Arbeitsplätze entstehen.

2. Steuerpolitik – für mehr Arbeitsplätze

Weil es darum geht, unsere internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern, Anschluß zu halten und dafür zu sorgen, daß in Deutschland wieder mehr investiert wird, mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, Arbeitnehmer und Unternehmen entlastet werden – aus allen diesen Gründen muß unser Steuersystem dringend reformiert werden.

Wir haben gegen den jahrelangen Widerstand der SPD-Mehrheit im Bundesrat die arbeitsplatzfeindlichen Substanzsteuern beseitigt: die Vermögensteuer zum 1. Januar 1997 und die Gewerkekapitalsteuer ein Jahr später. Beide Steuern mußten die Unternehmen unabhängig von der Gewinnlage entrichten, also auch dann, wenn sie mit Verlust arbeiteten. Beide Steuern haben wir abgeschafft, weil sie Arbeitsplätze gefährdeten, Existenzgründungen erschwerten und im internationalen Wettbewerb einen massiven Standortnachteil darstellten.

Wir können uns in Deutschland nicht höhere Steuersätze leisten als andere Länder in Europa. Steuersätze senken, Ausnahmen beseitigen, das Steuerrecht vereinfachen und Bürger und Unternehmen um 30 Mrd. DM entlasten - das sind die Grundzüge des Petersberger Modells, das wir am 30. Juni 1997 im Bundestag verabschiedet haben, das aber durch die Bundesratsblockade der SPD noch nicht in Kraft getreten ist.

Wir wollen die Steuersätze über den gesamten Tarif absenken, mit einem Eingangsteuersatz von 15 % statt heute 25,9 % und einem Spitzensatz von 39 % statt heute 53 %. Neun von zehn unserer Unternehmen sind Personenunternehmen in Handwerk und Mittelstand; wir werden die Steuersätze für Einkommen aus gewerblicher Tätigkeit in gleicher Weise senken bis auf einen Spitzensatz von 35 % statt heute 47 %. Denn Leistung muß sich lohnen.

Auch die Belastung der Unternehmen mit Ertragssteuern muß so gestaltet sein, daß Investitionen wieder stärker nach Deutschland fließen. Deswegen werden wir den für internationale Investoren wichtigen Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne auf 25 % und den auf einbehaltene Gewinne auf 35 % senken.

Die Erfolge anderer Länder, die den gleichen Weg schon vor geraumer Zeit eingeschlagen haben, bestätigen die Richtigkeit unserer Steuerpolitik: Die Beschäftigungserfolge in den USA, in Großbritannien oder in den Niederlanden wären ohne Steuersenkungen nicht möglich gewesen. Auch bei uns haben in den 80er Jahren Steuersenkungen zu drei Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt.

Niedrige Steuersätze, weniger Ausnahmen, ein überschaubares Steuerrecht und eine Nettoentlastung von 30 Mrd. DM für alle – das sind die Inhalte unseres Steuerkonzepts, das wir bei dieser Bundestagswahl zur Abstimmung stellen werden.

3. Bildungsreform – für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Im internationalen Wettbewerb um Innovation und technologische Spitzenleistungen kann sich langfristig nur behaupten, wer über erstklassig ausgebildete Arbeitskräfte verfügt. Unser duales System der beruflichen Qualifizierung, von der Gesellenprüfung bis zum Meisterbrief, gehört zu unseren entscheidenden Standortvorteilen, es gilt weltweit als Vorbild. Es gibt keinen Grund, dieses bewährte System in Frage zu stellen. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

Die Qualität unseres Systems der beruflichen Bildung hängt davon ab, daß auch in Zukunft genügend Ausbildungsplätze angeboten werden. Die duale Berufsausbildung muß anpassungsfähig bleiben, indem rechtzeitig neue und modernisierte Berufsbilder entwickelt werden, die den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegeln.

Wir brauchen mehr Differenzierung im Bildungssystem und damit bessere Entfaltungschancen für leistungsschwächere und leistungsstärkere Menschen. Die starre Ablehnung zweijähriger Ausbildungsgänge wollen wir überwinden. Es gilt, neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischer Qualifikation zu schaffen und die staatliche Regulierung der Ausbildungsinhalte zugunsten größerer Wahlmöglichkeiten zurückzunehmen.

Unser Ziel bleibt die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Deshalb haben wir das Meister-BAföG eingeführt und die Möglichkeiten verbessert, auch über die berufliche Bildung den Hochschulzugang zu erreichen. Die Zahl der Empfänger von Meister-BAföG wollen wir verdoppeln. Zugleich werden wir die allgemeine Studienförderung reformieren, um auch in Zukunft jedem qualifizierten jungen Menschen die Chance zu einem Studium zu eröffnen.

Das deutsche Bildungssystem galt einmal weltweit als vorbildlich. Die Experimente linker Bildungsreformer der 60er und 70er Jahre sind in erster Linie dafür verantwortlich zu machen, wenn das heute nur noch eingeschränkt zutrifft. Noch immer halten SPD-geführte Landesregierungen in der Bildungspolitik an einer überholten Ideologie der Gleichmacherei fest: Mittelmaß für alle. Das muß endlich ein Ende haben.

Aufgabe der Schule ist die Persönlichkeitsbildung und die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen. Es kann nicht hingenommen werden, daß in manchen Ländern die Schule nicht mehr imstande ist, den Kindern einen ausreichenden Grundstock an elementaren Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln. Und weil wir zugleich eine weltoffene moderne Dienstleistungs- und Industriegesellschaft sind, müssen wirtschaftliche Zusammenhänge, Fremdsprachen und der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien an unseren Schulen sehr viel intensiver unterrichtet werden. Dem dient auch unsere Initiative „Schule ans Netz“.

Bildung ist für uns mehr als nur Wissensvermittlung: Wissen und Werte gehören zusammen. Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsauftrag von Schule und Hochschule. Für uns behält daher auch der Religionsunterricht seinen festen Platz als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen.

Die CDU will die Verkürzung der im internationalen Vergleich viel zu langen Ausbildungszeiten erreichen. CDU-geführte Länder haben bewiesen, daß das Abitur ohne Qualitätsverlust bereits nach zwölf Jahren abgelegt werden kann.

Unsere Hochschulen müssen wieder international zur Spitze gehören. Die Studienzeiten in Deutschland sind zu lang. Deswegen haben wir dafür gesorgt, daß künftig bundeseinheitliche Regelstudienzeiten gelten, und daß Studienabschlüsse eingeführt werden, die schneller erreicht werden können. Mit einer radikalen Verringerung der staatlichen Reglungsdichte kann den Hochschulen ein größerer Gestaltungsspielraum für Strukturen, personelle Zusammensetzung und Verwendung zugewiesener Mittel gegeben werden. Wir wollen es Hochschulen ermöglichen, ein eigenständiges Profil mit Schwerpunktbereichen auszubilden, in denen Spitzenleistungen erbracht werden. Dazu gehört nicht nur ein Wettbewerb der Hochschulen um die fähigsten Forscher und Dozenten, sondern auch ein Wettbewerb um die fähigsten Studenten einschließlich der Möglichkeit, daß sich die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen können. Unionsgeführte Länder sind hier schon beispielgebend vorangegangen.

Gerade in den neuen Ländern sind leistungsstarke Hochschulen entstanden, mit häufig besseren Ausbildungsmöglichkeiten als im Westen.

Um mehr Flexibilität, Eigenverantwortung und Motivation für die Hochschulen und ihr Lehrpersonal zu erreichen, wird die Finanzierung der Hochschulen zukünftig stärker leistungsorientiert erfolgen. Wir wollen die Mittelvergabe nicht nur von der Zahl der Studenten, sondern auch von der Forschungsleistung, der Qualität der Lehre und der Zahl der pünktlich zum Examen gelangten Studenten abhängig machen. Drittmittelwerbung, Sponsoring und die Einrichtung von Stiftungen müssen in erheblich breiterem Umfang genutzt werden.

Für die Berufstätigen muß Weiterbildung zum festen Bestandteil der Berufsplanung werden. Das Lernen im Arbeitsprozeß und selbstorganisiertes Lernen – auch außerhalb des Arbeitslebens – sind unverzichtbar. Berufliche Fort- und Weiterbildung liegt in erster Linie in der Verantwortung des Einzelnen und der Betriebe. Die CDU versteht die Rolle der Politik als Partner für gute Rahmenbedingungen beruflicher Weiterbildung.

4. Innovationen – für unsere Chancen auf den Zukunftsmärkten

Deutschland gehört zu den Wegbereitern des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts, unsere Erfolge als High-tech-Land können sich sehen lassen. Wir zählen zusammen mit den USA und Japan zu den wichtigsten Technologieproduzenten der Welt. Beim Welthandel mit höherwertiger Technik liegen wir an sogar erster Stelle, und auch bei den weltmarktrelevanten Patenten nimmt Deutschland wieder Rang 1 ein.

Wir werden unseren Spitzenplatz im internationalen Wettbewerb nur erfolgreich verteidigen und ausbauen können, wenn unsere Güter und Dienstleistungen Spitzenprodukte sind – innovativ, technologisch führend und von hervorragender Qualität.

Deswegen hat für uns die Förderung von Schlüsseltechnologien Vorrang: Informations- und Kommunikationstechnologie, Umwelt- und Verkehrstechnologien, Nano-Technologie und neue Materialien. Auch die Luft- und Raumfahrt gehört dazu. Hier werden wir in Europa auf ein stärkeres Zusammengehen der beteiligten Unternehmen hinarbeiten, damit wir im weltweiten Wettbewerb eine Chance haben.

Mit dem Transrapid verwirklichen wir deutsche Spitzentechnologie im eigenen Land – gegen jahrelange Widerstände von Rot-Grün. Die Anwendungsstrecke zwischen Berlin und Hamburg gibt uns die Möglichkeit, die Zuverlässigkeit dieser hochmodernen Verkehrstechnologie weltweit unter Beweis zu stellen und uns einen neuen Wachstumsmarkt zu erobern. Der Transrapid kann zum Exportschlager werden und tausende neuer Arbeitsplätze schaffen.

Nicht anders verhält es sich bei der Biotechnologie. Noch vor wenigen Jahren waren wir nahe daran, international den Anschluß zu verlieren. Daraufhin haben wir 1993 – gegen erhebliche Widerstände von Rot-Grün – das Gentechnikgesetz novelliert, damit pharmazeutische und biologische Forschung und Produktion auch in Zukunft in Deutschland betrieben werden kann. Wir haben Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt, wir haben überflüssige Vorschriften abgebaut, andere vereinfacht – wieder gegen Widerstände von Rot-Grün.

Ergebnis: Wir konnten den Anschluß an die Weltspitze wiederherstellen. Die Zahl der Biotech-Unternehmen hat sich seit 1995 vervierfacht, Unternehmen verlagern ihre Anlagen zurück nach Deutschland, Wissenschaftler kehren aus dem Ausland zurück, um in Deutschland zu arbeiten. Deutschland wird zur Jahrtausendwende der beste Standort für Biotechnologie in ganz Europa sein, die Arbeitsplätze in dieser Zukunftstechnologie werden sich bis dahin noch einmal verdreifachen.

Weil neue Entwicklungen in immer kürzeren Abständen auf den Markt kommen, müssen Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung enger verzahnt werden. Forschungsergebnisse müssen schneller vermarktet werden. Dafür muß der Wettbewerb zwischen den Forschungseinrichtungen gestärkt werden. Wir wollen den Zugriff auf Forschungsergebnisse vor allem für unsere mittelständische Wirtschaft erleichtern. Dafür werden wir Innovationsdatenbanken und Innovationsberatungsstellen ausbauen. Wissenschaftliche Einrichtungen, Technologietransferstellen und Unternehmen müssen enger zusammengebracht werden.

Im Zeitalter der Globalisierung investieren internationale Unternehmen da, wo gute Marktchancen, hervorragende Infrastruktur, gut ausgebildete Arbeitnehmer und exzellente Wissensfabriken regional zusammentreffen. Diese Kompetenzzentren sind ein zentrales Element unserer modernen Innovationspolitik.

So sind viele kleine Schritte nötig, die eines deutlich machen: In der Welt von morgen sind Phantasie und Kreativität mehr denn je gefragt. Nicht Zukunftspessimismus und Technik-

verweigerung sichern unsere Wettbewerbsposition, nur Erfindungsreichtum und Innovation versetzen uns in die Lage, die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs erfolgreich anzunehmen.

5. Infrastruktur – für einen starken Standort

Deutschland verfügt über eine weltweit vorbildliche und moderne Verkehrsinfrastruktur. Auch im 21. Jahrhundert wird die Qualität unseres Verkehrssystems zu den zentralen Standortfaktoren unserer Wirtschaft gehören. Denn Mobilität ist und bleibt eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen am Standort Deutschland. Dirigistische Eingriffe, die Mobilität gewaltsam einschränken, lehnen wir ab.

Wir wollen den Verkehrsfluß der einzelnen Verkehrsträger optimieren, und das heißt: Wir werden die Investitionen in Straßen, Wasserstraßen und Schiene mit ganzer Kraft fortsetzen. Bis zum Jahr 2010 wollen wir alle Schienenverbindungen zwischen den deutschen Großstädten zu Hochgeschwindigkeitsstrecken ausbauen. Wir müssen die einzelnen Verkehrsträger – Schiene, Straße, Flughafen – optimal miteinander vernetzen. Die Möglichkeiten des technischen Fortschritts wollen wir nutzen, um unser Verkehrssystem sicherer, umweltfreundlicher und effizienter zu gestalten. Moderne Informations-, Kommunikations- und Leitsysteme (Telematik) können die Auslastung der Verkehrswege verbessern, Transportabläufe optimieren und dazu beitragen, Unfallzahlen zu senken.

Damit die Schiene im Güter- und Personenverkehr weiter an Boden gewinnt, werden wir die Bahnreform fortführen. 1994 haben wir die Bahn privatisiert und damit ein erhebliches Stück leistungs- und wettbewerbsfähiger gemacht. Jetzt werden wir dafür sorgen, daß ab 1999 die einzelnen Geschäftsbereiche der Bahn AG zu eigenständigen Aktiengesellschaften werden. Das ist eine der Voraussetzungen für mehr Wettbewerb auf der Schiene, was zu günstigeren Preisen für Bürger und Unternehmen führen wird.

Neue Chancen für mehr Beschäftigung erschließen wir uns nur, wenn wir Monopole beseitigen. Mit der Liberalisierung der Märkte für Post, Telekommunikation und Energie haben wir die Weichen für mehr Vielfalt im Angebot und eine günstigere Versorgung von Unternehmen und Haushalten gestellt. Bereits die Ankündigung des neuen Energierechts hat dazu geführt, daß die Strompreise für Unternehmen zurückgegangen sind. Die Öffnung des Telekommunikationsmarktes hat den Wettbewerb gestärkt. Die Preise sind schon nach kurzer Zeit kräftig gesunken. Und seit Jahresanfang ist eine Vielzahl neuer Unternehmen mit zahlreichen neuen Arbeitsplätzen auf dem Telefonmarkt entstanden – Deregulierung, die nichts kostet, aber Vorteile für den Kunden bringt: niedrigere Preise, eine bessere Versorgung, Standortvorteile.

Mit dem Börsengang der Deutschen Telekom – der größten Plazierung von Aktien in der Börsengeschichte – haben wir unseren Kapitalmarkt verbreitert und den Finanzplatz Deutschland für ausländische Investoren attraktiver gemacht. Neue Gruppen der Bevölkerung konnten für eine Geldanlage in Aktien gewonnen werden.

Mit zahlreichen Maßnahmen zur Stärkung des Finanzplatzes Deutschland haben wir dazu beigetragen, daß ausländisches Kapital verstärkt in Deutschland angelegt und

unsere Position als viertgrößter Kapitalmarkt der Welt gestärkt wird – auch und gerade nach dem Eintritt in die Europäische Währungsunion werden wir in der Weltliga vorne mitspielen. Mit der Einrichtung des „Neuen Marktes“ als einem weiteren Segment unseres Aktienmarktes haben wir jungen, innovativen und wachstumsstarken Unternehmen die Möglichkeit verschafft, die für ihre Expansionspläne notwendigen Investitionsmittel leichter am Kapitalmarkt zu beschaffen – ein wegweisender Schritt zur Stärkung der Eigenkapitalbasis neugegründeter Unternehmen, den wir mit einer Vielzahl weiterer Schritte ausbauen werden.

6. Lebensfähige Räume – für die Zukunft unserer Landwirtschaft

Deutschland verfügt wie kaum ein anderes Land über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen. Dies ist eine gute Grundlage für die positive Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt. Gleichwertige Lebenschancen in Stadt und Land sind für uns ein wichtiges Ziel.

Gerade eine offene Welt braucht regionale Identität, denn die Menschen haben ein Bedürfnis nach Heimat, nach Vertrautheit und Verwurzelung. Das bedeutet, daß unsere ländlichen Räume, lebendige Gemeinde, funktionierende Dorfgemeinschaften und unsere unverwechselbaren Kulturlandschaften, die Teil unseres natürlichen und kulturellen Erbes repräsentieren, immer wichtiger werden. Eine zukunftsweisende Politik für den ländlichen Raum und die ihn prägende Land- und Forstwirtschaft ist deshalb ein besonderer Schwerpunkt der CDU. Wir werden unsere Politik zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie gesamten ländlichen Raum fortsetzen.

Wir werden die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes durch eine integrierte Strukturpolitik weiter verbessern, deren erstes Ziel die Schaffung zukunftsträglicher Arbeitsplätze und die Stärkung der Wirtschaftskraft ist. Die Chancen für eine dezentrale Wirtschaftsentwicklung steigen mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie. Diese wollen wir für den ländlichen Raum nutzen. Gerade für junge qualifizierte Kräfte müssen Perspektiven im ländlichen Raum geschaffen werden.

Mittelstand, Handwerk, und Einzelhandel im ländlichen Raum verdienen unser besonderes Augenmerk. Wir werden ihnen weiterhin günstige Rahmenbedingungen gewährleisten. Gute Lebensbedingungen vor Ort und Erhalt der Mobilität sind für die Menschen im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Eine gute Verkehrsanbindung und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleiben deshalb wichtige Ziele unserer Politik.

Landwirtschaft und ländlicher Raum gehören zusammen. Wir werden die Existenz einer bäuerlichen und leistungsfähigen Landwirtschaft in Deutschland sichern, die umweltverträglich und tierschutzgerecht wirtschaftet und die vielfältigen Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft – Versorgung mit gesunden und preiswerten Lebensmitteln und umweltfreundlichen Rohstoffen, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft – dauerhaft erfüllen kann.

Die Landwirte müssen sich und ihren Familien ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften können und ihre Chancen auf den heimischen sowie auf den Exportmärkten nutzen können. Dafür muß die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken. Wir wollen die bäuerlichen Betriebe ermutigen, indem wir Investitionen unterstützen und Wettbewerbsverzerrungen und bürokratische Hemmnisse abbauen. Letzteres gilt in besonderem Maße für die Veredlung, die auch in Deutschland Entwicklungschancen haben muß. Auch in der Landwirtschaft brauchen wir eine Kostenentlastungs- und Standortsicherungsoffensive. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft muß Kosten-, Markt- und Qualitätsführerschaft erreichen. Dazu gehört auch, daß die Struktur der Verarbeitungsbetriebe verbessert wird. Unverzichtbar sind faire Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt. Die europäische Landwirtschaft unterliegt besonderen klimatischen Bedingungen und gesellschaftlichen Anforderungen. Wir wollen das eigenständige europäische Landwirtschaftsmodell erhalten und bei den anstehenden WTO-Verhandlungen einen angemessenen Außenschutz und die hohen europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards absichern.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union auf der Grundlage der Reform von 1992 unter Berücksichtigung der vielfältigen Aufgaben weiterzuentwickeln. Ziel unserer Agrarpolitik ist es, daß die Landwirte einen möglichst hohen Anteil ihres Einkommens aus Markterlösen, d.h. dem Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen, erwirtschaften können. Insbesondere bei Milch und Rindfleisch müssen Wege beschritten werden, die die Märkte entlasten und den Betreibern bessere Einkommen ermöglichen. Wettbewerbseinschränkende und leistungsfeindliche Obergrenzen lehnen wir ab. Die CDU besteht bei der Weiterentwicklung der EU- Agrarpolitik auf Lösungen, die der deutschen Landwirtschaft für die Zukunft eine verlässliche Perspektive bieten.

Ohne die bäuerliche Landwirtschaft ist unsere Kulturlandschaft, die durch die Arbeit von Land- und Forstwirten über Generationen entstanden ist, nicht zu bewahren. Landwirtschaft muß an die Standortverhältnisse angepaßt sein, eine Diskussion über ausschließlich extensive oder intensive Bewirtschaftung wird dem Ziel einer umweltgerechten Landwirtschaft nicht gerecht. Wir setzen uns für regional angepaßte Formen der landwirtschaftlichen Produktion ein. Dabei halten wir daran fest, daß es für besondere ökologische und landschaftspflegerische Leistungen, die über die Erfordernisse der guten fachlichen Praxis hinausgehen, einen angemessenen Ausgleich geben muß.

7. Nachhaltige Entwicklung – für neue Wege in der Umweltpolitik

Deutschland ist in der Umweltpolitik international führend, weil wir Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung nicht gegeneinander ausspielen. Wir setzen bei der Fortentwicklung unserer Umweltpolitik konsequent auf die Instrumente des Marktes, um eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Unser Ziel ist, daß Produkte und Verfahren entwickelt werden, die von vornherein ein Maximum an Umweltverträglichkeit aufweisen.

Wettbewerb ist in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ein zentrales Ordnungsprinzip. Wir werden daher auch weiterhin alle Instrumente nutzen und gezielt einsetzen, die den Wettbewerb begünstigen und die Eigenverantwortung der Marktteilnehmer fördern.

Steuerliche Instrumente, Selbstverpflichtungen und Zertifikate gewinnen in der Umweltpolitik an Bedeutung. Freiwilliges Handeln zu Gunsten des Umweltschutzes, z. B. die Teilnahme am Öko-Audit, müssen durch weniger staatliche Kontrollen honoriert werden. Die Verantwortung für den Umweltschutz muß sehr viel stärker auf Private übertragen werden, auf Architekten, Ingenieurbüros, Unternehmer, Handwerksmeister bis hin zum Privathaushalt. Auch das klassische Umweltrecht muß auf den Prüfstand gestellt werden. Wir werden daher mit Nachdruck die Verabschiedung eines Umweltgesetzbuches vorantreiben mit dem Ziel, das Umweltrecht überschaubarer und damit vor allem für den Mittelstand praktikabler zu machen.

Wir werden die Harmonisierung von Umweltschutzstandards in Europa und weltweit vorantreiben. Kern unserer Politik ist der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Wir brauchen eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Inanspruchnahme von Ressourcen. Beim Energieverbrauch ist eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Primärenergieverbrauch bereits gelungen. Schon heute produzieren wir immer mehr Produkte mit weniger Energie. Es gilt in Zukunft die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Flächeninanspruchnahme voranzubringen. Gleichzeitig haben wir mehr Investitionssicherheit für Unternehmen geschaffen. Durch eine konsequente Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft wird auch die Materialeffizienz erhöht. Hierbei kommt Selbstverpflichtungen der Wirtschaft eine wachsende Bedeutung zu.

II. Spielraum für kleine Einheiten

8. Dezentralisierung – für mehr Anpassungsfähigkeit

In einer Welt, in der das Tempo der Veränderungen immer schneller wird, sind kleine, flexible Einheiten besser anpassungs- und innovationsfähig. Kleine Einheiten, in denen die Menschen die Lage vor Ort kennen und unmittelbar Zugriff haben, die sich persönlich verantwortlich fühlen, finden im Zweifel bessere Lösungen, haben mehr Phantasie und Kreativität als bürokratische Großorganisationen. Das gilt in der Wirtschaft wie in der Politik, und es gilt im nationalstaatlichen ebenso wie im europäischen Rahmen. Einschlägigen Studien zufolge sind kleine und mittlere Unternehmen bis zu zwanzig Mal kreativer als Großunternehmen.

Der bürokratische Zentralismus hat sich überlebt, die Zukunft gehört den dezentralen Lösungen. Deshalb wollen wir die Kompetenzen der unteren Einheiten stärken und ihnen mehr Verantwortung übertragen. Hierarchische Strukturen sind im Zweifel hinderlich. Wir setzen auf Deregulierung und Entbürokratisierung, auf Eigenverantwortung, Wettbewerb und Regionalisierung. Wir haben Vertrauen in die Menschen, nicht in die Apparate.

9. Staatsausgaben senken – für mehr private Initiative

Wir sind der Überzeugung, daß wir mit insgesamt weniger Staat besser fahren als mit zuviel Staat. Anders läßt sich Dezentralisierung so wenig verwirklichen wie Vorrang für Eigenverantwortung und Wettbewerb. Was wir wollen, das ist mehr Selbstbeschränkung des Staates zugunsten der Bürger, zugunsten der Unternehmen.

Überall in Europa wächst die Einsicht, daß es sich nachteilig auf wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, wenn ein zu hoher Anteil unserer gesamtwirtschaftlichen Leistung durch staatliche Kassen fließt. In Deutschland ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Brutto-sozialprodukt im Zuge der Sonderbelastungen durch den Aufbau Ost zeitweise auf über 50 % angestiegen, ein Niveau, auf dem die Staatsquote 1982 schon einmal gelegen hatte – damals ohne Wiedervereinigung, als Ergebnis von 13 Jahren SPD-geführter Bundesregierung.

Ein derart hoher Staatsanteil führt zu einer Steuer- und Abgabenbelastung, die leistungshemmend wirkt und Privatinitiative, Risikobereitschaft und Schaffensfreude untergräbt. Um das Staatsdefizit weiter abzubauen und den notwendigen Spielraum für private Investitions- und Innovationsbereitschaft zurückzugewinnen, gibt es keinen anderen Weg, als den Anteil der Staatsausgaben zurückzuführen. In der Koalitionsvereinbarung von 1994 haben wir beschlossen, den Staatsanteil bis zum Jahr 2000 auf 46 % und damit auf den Stand vor der Wiedervereinigung zurückzuführen. Inzwischen haben wir die Hälfte der Wegstrecke zurückgelegt und im Jahr 2000 werden wir unser Ziel erreicht haben.

Das ist nur möglich geworden, weil die Ausgaben des Bundes seit 1994 nicht weiter steigen, sondern Jahr für Jahr zurückgehen. Wir haben das Personal beim Bund systematisch zurückgeführt und werden 1999 in Ost und West weniger Personal beschäftigen als 1989 im Westen allein. Nur mit Einsparungen bei den staatlichen Ausgaben bekommen wir den notwendigen Spielraum für eine Entlastung der Bürger von Steuern und Abgaben. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Spielraum für das wirklich Wichtige: für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für den Mittelstand, für Bildung, für die Sicherheit unserer Bürger.

10. Föderalismus reformieren – klare Verantwortung für jede Ebene

Unsere föderale Ordnung hat sich in Jahrzehnten bewährt - in einem Europa der Regionen kann sie Vorbild für andere sein. Aber unser föderales System braucht auch einige grundsätzliche Reformen. Vieles, was ursprünglich die Länder regelten, ist im Laufe der Jahrzehnte auf den Bund übergegangen. Zum Ausgleich wurden die Mitwirkungsrechte der Länder an der Bundespolitik über den Bundesrat ausgebaut. Im Ergebnis hat diese Entwicklung der föderalen Ordnung nicht gutgetan.

Wir müssen wieder stärker dahin kommen, daß jede staatliche Ebene ihren Bereich eigenverantwortlich gestalten kann. Mischkompetenzen, unübersichtliche Verantwortlichkeiten und Mitwirkungsrechte, die als Blockadeinstrument mißbraucht werden können, müssen beseitigt werden. Bundesgesetze sollten nur noch dann von der Zustimmung des Bundesrates abhängig sein, wenn sie wirklich in Länderbelange eingreifen, und umgekehrt sollten die Länder mehr eigene Kompetenzen zurückerhalten.

Die Verteilung des Steueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden in der Finanzverfassung und den Länderfinanzausgleich müssen wir durchschaubarer und besser regeln. Anders als ursprünglich im Grundgesetz vorgesehen, sind die Steuereinnahmen nicht mehr klar auf Bund und Länder aufgeteilt. Für rund 80 % des Steueraufkommens gilt heute ein Verbundsystem. Die Transparenz für den Bürger würde gesteigert, wenn – wie in anderen Bundesstaaten – allen föderalen Ebenen eigene Steuerquellen zustünden. Dabei ist ein klares Trennsystem, das zum Beispiel dem Bund die indirekten und den Ländern die direkten Steuern zuweist, ebenso in Erwägung zu ziehen, wie ein Modell, bei dem die Länder eigene Hebesätze auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer erheben dürfen.

Der jetzige Länderfinanzausgleich führt dazu, daß finanz- und wirtschaftspolitisch erfolgreiche Länder bestraft werden. Das ist kein Anreiz zu sparsamer Haushaltspolitik. Unverschuldete Strukturnachteile insbesondere in den neuen Ländern und die Folgelasten des Sozialismus müssen ausgeglichen werden, das gebietet die Pflicht zur nationalen Solidarität. Am Vorrang für den Aufbau Ost halten wir fest. Wir wollen, daß die neuen Länder möglichst bald wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen können. Dazu müssen die neuen Länder ihre Eigenbeteiligung am Aufbauwerk weiter ausbauen. Das Ziel sollte sein, in den Landeshaushalten einen Investitionsanteil von mindestens 30 Prozent zu erreichen.

Zwischen den westdeutschen Ländern muß schon heute Wettbewerb gefördert werden, um die Eigenverantwortung zu stärken. Zur föderalen Ordnung gehören Vielfalt, Unterschiedlichkeit und Wettbewerb; Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist das Ziel, nicht Einheitlichkeit und Gleichmacherei.

Eine Finanzreform muß dazu führen, daß für die Bürger der Zusammenhang zwischen Ausgaben und Steuerlast wieder stärker deutlich wird. Staatliche Leistungen müssen mit den dafür erbrachten Abgaben in Verbindung zu bringen sein, damit über die sparsame Verwendung der Steuern gewacht werden kann. Die Finanzierungslast muß bei der staatlichen Ebene liegen, die auch für die Aufgabenerfüllung zuständig ist. Für die Länder muß ein Anreiz und die Möglichkeit bestehen, selbst für eigene Steuereinnahmen zu sorgen. Eigene Sparanstrengungen und eine Wirtschaftspolitik, die Steuerquellen ins Land holt, pflegt und ausschöpft, muß sich für das Land lohnen. Unter Wahrung des Solidarprinzips kann der Wettbewerbsgedanke auch für den Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme Anwendung finden.

Jedes Nachdenken über eine Föderalismusreform muß sich noch einmal mit der Frage beschäftigen, ob nicht gerade im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des deutschen Föderalismus im geeinten Europa vielfältige Formen des vertieften Zusammengehens und Zusammenwirkens von Ländern notwendig sind.

III. Arbeit für alle

11. Arbeit für alle – die wichtigste soziale Frage

Angesichts vieler grundlegender Veränderungen stellt sich die soziale Frage heute neu, und sie muß neu beantwortet werden. Wir finden uns mit der hohen Arbeitslosigkeit nicht ab.

Arbeit bedeutet mehr als Erwerbchancen – Arbeit bedeutet Selbstwertgefühl und Sozialkontakte, Sinnerfüllung und Lebensperspektive. Wenn arbeitswillige Menschen keine Arbeitsgelegenheit finden, dann ist dies die größte soziale Ungerechtigkeit, die sich denken läßt. Deswegen müssen wir die soziale Frage neu definieren: Es ist sozial, was Beschäftigung schafft.

In der Sozialen Marktwirtschaft tragen Tarifpartner und Staat Verantwortung. Nicht im Gegeneinander, sondern nur im Miteinander haben wir die Chance, uns auch im nächsten Jahrhundert an der Spitze der Industrienationen zu behaupten. Eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik ist Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze. Die Tarifpartner handeln nicht nur für die Beschäftigten und deren Interesse an höheren Löhnen und tariflichen Zusatzleistungen. Sie tragen auch Verantwortung für die Erwerbslosen, die ein Interesse haben an einer Wiedereingliederungschance in den Arbeitsmarkt. Die moderaten Tarifabschlüsse der letzten beiden Jahre haben zusammen mit neuen Flexibilisierungselementen einen wichtigen Beitrag geleistet für eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik. An diesem Kurs muß festgehalten werden.

Unser Berufsleben wird vielfältiger und differenzierter, der traditionelle Vollzeit Arbeitsplatz ist längst nicht mehr die alleinige Norm, wird auch nicht mehr von allen angestrebt. Viele suchen einen Teilzeitarbeitsplatz. Mancher wäre auch mit einem Einfacharbeitsplatz zufrieden. Diesen Bedürfnissen müssen wir besser Rechnung tragen. Eine akzeptable Beschäftigungschance muß jedem zugänglich sein – für die gering qualifizierten, von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Menschen notfalls auch durch die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen auf gemeinnütziger Basis.

12. Dienstleistungen – für mehr Beschäftigung

Die Arbeitswelt von morgen wird von Dienstleistungen aller Art geprägt sein. Dazu gehören Dienstleistungen mit starkem Bezug zur Industrie: Forschung und Entwicklung, technische und kaufmännische Unternehmensberatung, Finanzdienstleistungen, Software-Unternehmen mit komplexen Systemlösungen – allesamt Dienstleistungen, die für die Festigung unserer technologischen Spitzenposition unverzichtbar sind, die längst schon selbst zu einem eigenständigen Faktor im weltweiten Handel und Wettbewerb geworden sind.

Dienstleistungen sind die Schlüsselgröße für mehr Beschäftigung. Im industrienahen Bereich sind bei uns schon viele neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstanden. Einen gewaltigen Nachholbedarf hingegen haben wir bei Dienstleistungen in Privathaushalten, in Handel, Gastronomie, Tourismus, im Gesundheitswesen. Die Möglichkeiten sind nahezu unbegrenzt. Rein rechnerisch könnten wir bei einer ähnlichen Dienstleistungsdichte wie in den Vereinigten Staaten 5 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Notwendige Weichenstellungen, damit aus dem großen Beschäftigungspotential im Dienstleistungsbereich auch tatsächlich Arbeitsplätze werden, haben wir vorgenommen. Mit der Einführung der Pflegeversicherung haben wir zahlreiche neue Beschäftigungs-

felder im Gesundheitswesen und bei Pflege- und Betreuungsdiensten geschaffen. Mit der Reform des Ladenschlußgesetzes haben wir spürbare Beschäftigungsimpulse im Einzelhandel ausgelöst. Um Anreize für reguläre Arbeitsplätze in Privathaushalten zu geben, haben wir die steuerliche Förderung dieser Beschäftigungsverhältnisse 1990 eingeführt und 1996 weiter verbessert. Zukünftig soll der Sonderausgabenabzug für hauswirtschaftliche Beschäftigungsverhältnisse auch dann in Anspruch genommen werden können, wenn die Haushaltshilfe über ein Dienstleistungszentrum beschäftigt wird.

Der Öffentliche Dienst muß mit gutem Beispiel vorangehen. Öffentliche Einrichtungen mit Service-Charakter müssen eine Dienstleistungs-offensive starten mit längeren Öffnungszeiten, besserer Erreichbarkeit, kürzeren Bearbeitungszeiten und anderen kundenorientierten Merkmalen.

13. In die eigene Zukunft starten! Für Selbständigkeit und Existenzgründungen

Wollen wir die Beschäftigungschancen der Zukunft nutzen, brauchen wir neue Unternehmen, die Marktnischen ausfindig machen oder neue Märkte entdecken. Existenzgründungen sind Voraussetzung dafür, daß „Arbeit“ überhaupt entsteht. Darum wollen wir möglichst vielen Menschen die Chance geben, in einer beruflichen Selbständigkeit den eigenen Lebensentwurf zu verwirklichen.

Wir haben in den letzten Jahren viele Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Anstöße für Existenzgründungen zu geben. Wir haben das Meister-BAföG eingeführt, um den Weg in die handwerkliche Selbständigkeit zu erleichtern, Substanzsteuern abgeschafft, damit junge Unternehmen schneller Eigenkapital bilden können, befristete Arbeitsverhältnisse eingeführt und den Kündigungsschutz für Kleinunternehmen gelockert, damit der Personalbedarf der Auftragslage angepaßt werden kann und Existenzgründern ein Überleben gesichert wird.

Der Beteiligungsmarkt für innovative Unternehmensgründungen in Deutschland hat sich stürmisch entwickelt und ist inzwischen die Nr. 1 in Europa. In den nächsten Jahren wollen wir mehr Menschen an den Gründungskapitalmarkt heranzuführen.

Wir haben Lohnkostenzuschüsse für Existenzgründer eingeführt und fördern die Eigenkapitalbildung durch eine verbesserte Ansparabschreibung. Wir haben jungen Unternehmen den Gang an die Börse und die Aufnahme von Beteiligungskapital erleichtert. Und wir haben zahlreiche bürokratische Hürden durch die Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren aus dem Weg geräumt.

Das Gründungsgeschehen in unserem Land hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Die Selbständigenquote hat sich in Westdeutschland in den letzten Jahren von 8,8 % auf 10,0 % erhöht. Aber unser Potential ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. So könnten zum Beispiel die Hochschulen ihre Absolventen ermutigen, ihre erworbenen Qualifikationen auch in unternehmerische Initiativen umzusetzen. An den Hochschulen sollte das Angebot eines Schwerpunktes Selbständigkeit und Existenzgründung zum

Regelangebot gemacht werden. Warum sollen wir Deutschen nicht genauso wagemutig sein wie die Menschen in anderen Ländern?

Diesen Kurs werden wir konsequent fortsetzen. Mit der großen Steuerreform werden wir auch die Rahmenbedingungen für Existenzgründer weiter verbessern. Wir werden zusätzliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Jungunternehmer mobilisieren, wobei wir einen besonderen Schwerpunkt bei Ausgründungen legen werden. Informations- und Maklerbörsen werden wir aufbauen, damit kapitalsuchende Unternehmen in kurzer Zeit Kontakte zu potentiellen Anlegern herstellen können. Wir wollen ein innovatives Klima schaffen, das dazu anreizt, mit Ideen und Fleiß, Mut und Zuversicht unternehmerisch tätig zu werden.

Wir wollen die bestehenden Unternehmen erhalten. Mit dem ab Januar 1999 geltenden Verbraucherinsolvenzverfahren erhalten redliche Schuldner die Möglichkeit, sich von Schulden zu befreien. Eine solche Möglichkeit bedeutet auch, daß Inhaber kleinerer Unternehmen eine zweite Chance bekommen, sich zu bewähren.

Der Mittelstand und das Handwerk sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie zahlen 60 Prozent der Steuern und stellen 80 Prozent unserer Ausbildungsplätze. Mittelstand und Handwerk erwirtschaften fast die Hälfte unseres Sozialprodukts und sind der Motor für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe sind auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen angewiesen. Zum einen sind sie meist arbeitsintensiver als die kapitalintensiveren Großunternehmen und damit anfälliger für steigende Arbeitskosten. Zum anderen können sie auf ungünstige Rahmenbedingungen nicht so leicht mit Produktionsverlagerungen in das Ausland reagieren. Für viele Mittelständler wird daher die Durchsetzung unseres wirtschaftspolitischen Reformkurses, insbesondere der großen Steuerreform zur Existenzfrage. Darüber hinaus ist die Befreiung von übermäßigem bürokratischen Aufwand gerade für kleine Unternehmen von vitalem Interesse.

14. Vermögensbildung – mehr Eigentum für alle

Zukünftig wird ein wachsender Teil der gesamtwirtschaftlichen Erträge aus Kapital entstehen. Der Teil, der aus Erwerbsarbeit resultiert, verliert relativ an Gewicht. Wenn das so ist, dann müssen zukünftig möglichst alle an Kapitalerträgen beteiligt werden.

Wir wollen eine erheblich breitere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital erreichen, z.B. über die Einführung investiver Lohnbestandteile. Den Arbeitnehmern kann durch ihre Beteiligung an den Gewinnen der Unternehmen ein zusätzliches Einkommen gesichert werden. Die Eigenkapitalbasis der Unternehmen wird gestärkt, was wiederum zu mehr Investitionen anregt und Beschäftigung schaffen kann. Die Motivation im Betrieb wird verbessert, die Bindung der Arbeitnehmer an ihr Unternehmen gestärkt. Mit der Einführung des Investivlohns können wir die Soziale Marktwirtschaft zu einer „Gesellschaft von Teilhabern“ weiterentwickeln, wie dies bereits Ludwig Erhard forderte. Zugleich stärken wir auf diese Weise die private Altersvorsorge.

Wir werden daher in einem ersten Schritt Lohnerhöhungen und Sparbeiträge, die zur betrieblichen oder überbetrieblichen Kapitalbildung verwandt werden, bis zu einer Höhe von 800 DM durch eine Sparszulage von 20 % fördern. Die Anlagemöglichkeiten werden beträchtlich erweitert. Entsprechende Vereinbarungen können durch Einzelvertrag, Betriebsvereinbarung oder Tarifvertrag zustande kommen. Auch wenn dies nur einen ersten Einstieg darstellt – unser Konzept ist ausbaufähig, und wir werden es schrittweise weiter ausbauen.

15. Kombilohn – für weniger Langzeitarbeitslosigkeit

Mehr als jeder dritte Arbeitslose in Deutschland ist seit über einem Jahr ohne Beschäftigung. Es reicht nicht aus, diesen Menschen als Perspektive lediglich die Unterstützung durch Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe zu bieten. Geld ist auf Dauer kein Ersatz für sinnvolle Beschäftigung.

Wir können Langzeitarbeitslosen nicht nur staatliche Leistungen gewähren und sie dann sich selbst oder der Schwarzarbeit überlassen. Leistung ohne Gegenleistung – das lädt zu Mißbrauch geradezu ein. Wer von der Gemeinschaft Unterstützung erfährt, der soll – soweit ihm das zuzumuten ist – auch etwas Nützliches für die Gemeinschaft tun. Es müssen Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose geschaffen werden.

Die Kommunen beschäftigen heute rund 200.000 der rund 700.000 arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger. Das sind 80.000 mehr als noch vor drei Jahren. Dieses Beschäftigungsangebot muß noch erheblich ausgeweitet werden. Unser Ziel ist es, mittelfristig jedem arbeitslosen Empfänger von Sozialhilfe und von Arbeitslosenhilfe, dem kein Arbeitsplatz nachgewiesen werden kann, über die Kommunen eine gemeinnützige Arbeit zu verschaffen. Derartige staatlich gestützte Beschäftigungsverhältnisse dürfen allerdings nicht den Aufwuchs mittelständischer Unternehmen gefährden.

Eine entsprechende kommunale Beschäftigungsförderung – immer mit dem Ziel der Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt – wird vielerorts mit Erfolg praktiziert. Es werden Arbeiten übertragen, die in Zeiten knapper Kassen sonst nicht erledigt werden könnten. Auf diese Weise kann verhindert werden, daß aus Langzeitarbeitslosen soziale Problemfälle werden, es kann die berufliche Qualifizierung der Betroffenen erreicht werden, und es wird eine konkrete Wertschöpfung für die Kommunen erbracht. Mittelfristig wollen wir die erweiterten Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger auch den 1,3 Millionen Empfängern von Arbeitslosenhilfe zuteil werden lassen.

Auch die Privatisierung der Arbeitsvermittlung ist ein neuer Weg, den wir verstärkt nutzen wollen. Wir haben im Bundeshaushalt für 1998 die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, damit Arbeitsämter Dritte mit der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen beauftragen können.

Wir haben in Deutschland ein großes, nicht ausgeschöpftes Potential an Einfacharbeit. Wenn Einfacharbeit in Deutschland wieder stärker nachgefragt werden soll, dann muß die Lohnstruktur wieder stärker gespreizt werden. Dadurch können auch Geringqualifizierte und Nichtqualifizierte wieder stärker in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Wir werden auch in Zukunft sicherstellen, daß Einkommen aus Arbeit über dem von der Sozialhilfe garantierten Existenzminimum bleiben. Ergänzende Sozialhilfe neben einem niedrigen Arbeitseinkommen - das ist bei Bedürftigkeit bereits heute möglich. Aber die Anreize zur Aufnahme von Arbeit müssen weiter verstärkt werden

Wir haben daher ein Modell entwickelt, das es dem Sozialhilfeempfänger ermöglicht, – je nach Familienstand – einen größeren Teil seines Zuverdienstes neben dem Sozialhilfebezug zu behalten. Jeder der arbeitet, soll mehr verdienen können, als wenn er nicht arbeitet. Wir appellieren an den Bundesrat, diese Neuregelung nicht länger zu blockieren.

In einem weiteren Schritt wollen wir den Gedanken einer verbesserten Kombination aus staatlicher Leistung und Erwerbseinkommen auch für die Empfänger von Arbeitslosenhilfe, von Arbeitslosengeld und für anspruchsberechtigte Erwerbstätige nutzbar machen. Auch für diese Gruppen muß es sich lohnen, eine gering bezahlte Arbeit aufzunehmen, weil ihnen ein Teil der staatlichen Leistungen bzw. der Versicherungsleistungen erhalten bleibt. Wir wollen ein Kombilohn-Modell entwickeln, das tarifliche Niedriglöhne mit einer neugestalteten, nach Bedürftigkeit gewährten Transferleistung in optimaler Weise kombiniert, unter Einbeziehung der hierfür verfügbaren Finanzmittel aus Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Diese Mittel können besser eingesetzt werden. Denn es ist immer besser, Arbeit zu finanzieren anstatt Arbeitslosigkeit.

Die fortschreitende Umwandlung regulärer Arbeitsplätze in 620/520-DM-Jobs ist eine Fehlentwicklung. Wir müssen eine grundsätzliche Reform der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse auf den Weg bringen, die für mehr Dynamik im Bereich von Niedriglohnbeschäftigung und Teilzeitarbeit sorgt.

Auch die steigende Zahl jugendlicher Sozialhilfeempfänger gibt Anlaß zur Sorge. Angesichts der knappen Lehrstellen haben insbesondere Jugendliche ohne Hauptschulabschluß wenig Chancen auf Eintritt in das Berufsleben. Es darf aber niemand von der Schule unmittelbar in die Sozialhilfe abgleiten. Unser Ziel muß es sein, jedem Jugendlichen, der keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz erhalten hat, wenigstens eine Berufseinstiegs- und Qualifizierungsmaßnahme anbieten zu können. Auch jedem Jugendlichen, der Sozialhilfe beantragt, muß eine solche Maßnahme angeboten werden können. Wir appellieren an Länder, Kommunen, die Bundesanstalt für Arbeit und die Sozialpartner, gemeinsam mit der Bundesregierung für ein bundesweites Angebot geeigneter Berufseinstiegs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu sorgen.

IV. Aufbau Ost

16. Aufbau fortführen – für einen selbsttragenden Aufschwung

Der Trendwende am Arbeitsmarkt im Westen muß jetzt die Trendwende am Arbeitsmarkt im Osten folgen. In den acht Jahren seit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes hat der wirtschaftliche Wiederaufbau in den neuen Ländern große Fortschritte gemacht. Wenn wir auch feststellen müssen, daß dieser Anpassungsprozeß von enormen Umstellungs- und Anpassungsproblemen auf dem Arbeitsmarkt begleitet ist, deren Überwindung

mehr Zeit in Anspruch nimmt als erwartet und die Belastbarkeit vieler Menschen in den neuen Ländern auf eine harte Probe stellt, so müssen wir auf dem eingeschlagenen Weg dennoch weiter vorangehen – Schritt für Schritt und mit Geduld.

Zu einer ausgewogenen Zwischenbilanz gehören aber auch die großen Erfolge, die sich die Menschen in den neuen Ländern in einer beispiellosen Kraftanstrengung erarbeitet haben. Entscheidende Voraussetzungen für einen nachhaltigen Aufschwung sind geschaffen. Die Infrastruktur im Osten ist heute schon teilweise moderner als in vielen Teilen Europas, das Telefonnetz ist das modernste der Welt. Besonders gravierende Probleme der ersten Jahre wie verfügbare Gewerbeflächen oder fehlendes Planungsrecht sind keine Hemmnisse mehr. Praktisch aus dem Nichts ist ein leistungsfähiger und innovativer Mittelstand entstanden. 600.000 neue Unternehmen haben 3,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. In vielen neu aufgebauten Produktionswerken stellen hochqualifizierte Arbeitskräfte mit modernster Technik Produkte her, die technologische Spitzenklasse sind.

Obwohl die Anstrengungen gewaltig waren und die Erfolge für jedermann sichtbar sind, müssen die Verkehrswege weiter modernisiert und ausgebaut werden, damit weitere Arbeitsplätze angesiedelt werden. Jeder Versuch, den notwendigen Ausbau zu verhindern oder in die Länge zu ziehen, ist ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen. Der Bund hat im Verkehrshaushalt seit 1990 nahezu jede zweite Mark in den neuen Ländern investiert. Nie zuvor in der Geschichte wurde in so kurzer Zeit die Infrastruktur eines Landes in einem solchen Umfang modernisiert. Trotz erheblicher finanzieller Anspannungen werden wir die 17 großen Verkehrsprojekte Deutsche Einheit bis zum Anfang des nächsten Jahrzehnts zeit- und fristgerecht fertigstellen, damit die Verkehrsströme in Ost-West-Richtung besser fließen können und die neuen Bundesländer besser an die Märkte Westeuropas angeschlossen sind.

Unsere Förderpolitik werden wir weiter verbessern. Mit dem neuen Förderkonzept Ost haben wir deutlich gemacht, daß auch in den nächsten Jahren der Aufbau wettbewerbsfähiger Unternehmensstrukturen für unsere Politik absolute Priorität hat. Dazu wird das gesamte Förderinstrumentarium gebündelt und transparenter gemacht. Durch die Umstellung auf Investitionszulagen wird die Förderung auf diejenigen konzentriert, die unmittelbar wirtschaftlich tätig sind. Und sie wird zielgenauer, indem sie direkt das Eigenkapital verstärkt. Weil dem Dienstleistungssektor bei der Lösung der Beschäftigungsprobleme eine Schlüsselrolle zufällt, werden produktionsnahe Dienstleistungen fortan Schwerpunkte der Förderung sein. Dabei wollen wir den Mittelstand durch eine Verdoppelung der bisherigen Zulagen besonders fördern.

Unser Förderkonzept ist das Herzstück der gemeinsamen Vereinbarung von Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern im Bündnis für mehr Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern. Wir machen damit deutlich, daß wir voll und ganz zu diesen Verpflichtungen stehen.

Wir werden die Standortbedingungen weiter verbessern, um die Lücke zwischen Nachfrage und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in den neuen Bundesländern zu schließen. Die Nachfrage nach Gütern aus den neuen Ländern muß weiter gesteigert werden. Dafür

müssen die Unternehmen aus den neuen Ländern auch künftig angemessen an öffentlichen Aufträgen beteiligt werden. Auch und gerade deswegen ist der Bau der Transrapid-Strecke zwischen Hamburg und Berlin so wichtig, weil er schwerpunktmäßig der Bauindustrie in den neuen Ländern zugute kommt und 18.000 Menschen eine Beschäftigungschance bietet.

17. Nationale Solidarität – das Band der Einheit

Die gemeinsame Hilfe beim Aufbau im Osten ist für uns ein Gebot nationaler Solidarität – so wie Deutsche aus Ost und West, allen voran die Soldaten unserer Bundeswehr, im vergangenen Sommer am Oderbruch nationale Solidarität bewiesen haben. Solidarität setzt die innere Bereitschaft voraus, zu helfen, dem anderen zur Seite zu stehen. Diese innere Bereitschaft erwächst aus gegenseitigem Verständnis, Verständnis für die Lage des anderen, für sein Handeln, für seine Motive, für seine Wertüberzeugungen.

Nationale Solidarität zwischen den Deutschen in Ost und West darf, so verstanden, keine Einbahnstraße sein. Die Menschen im Westen müssen Verständnis entwickeln für die Menschen im Osten – für deren Leben in vier Jahrzehnten der Teilung, im real existierenden Sozialismus. Im Westen wissen die meisten leider immer noch wenig über das Alltagsleben in der DDR, über die andersartigen Biographien und Lebenserfahrungen der Menschen dort. Daß die Menschen in den neuen Ländern ihre Lebensleistung nicht gern über Nacht entwertet sehen wollen, daß sie nicht bereit sind, alles schlecht zu finden, was sie unter höchst widrigen Umständen aufgebaut haben, das ist nachvollziehbar und begreiflich.

Umgekehrt müssen auch die Menschen im Osten Verständnis für ihre Mitbürger im Westen entwickeln. Sie müssen bereit sein, die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik innerlich anzunehmen, auf die die Menschen im Westen zu Recht stolz sind. Ohne die Erfolge von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft im Westen wäre die Wiedervereinigung nicht gekommen und wäre die Unterstützung beim Aufbau Ost nicht möglich. Die Menschen im Osten haben sich in ihrer friedlichen Revolution 1989 und mit den Wahlen zur Volkskammer 1990 in freier Selbstbestimmung für den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland entschlossen. Das schließt das Bekenntnis zur Werteordnung des Grundgesetzes und die innere Anerkennung der politischen und staatlichen Institutionen der Bundesrepublik mit ein. Nur wenn sich Ost und West in dieser Weise gegenseitig verstehen und akzeptieren, werden die Narben der Teilung verheilen.

Die SPD ist unfähig, diesen Prozeß der inneren Einheit zu vollenden. Sie hat zu keinem Zeitpunkt nationale Solidarität für den Aufbau der neuen Länder aufgebracht. Wer in den historischen Stunden der Einheit so kläglich versagt hat, der ist nicht geeignet, politische Verantwortung für unser geeintes Vaterland zu übernehmen.

Auch unsere Sorge für unsere Landsleute, die in ihrer Heimat im Osten geblieben sind, ist ein Gebot nationaler Solidarität. Sie und die Deutschen in Rußland und in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas hatten am längsten und am schwersten unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs, unter jahrzehntelanger Willkürherrschaft und Unterdrückung zu leiden. Wir fühlen uns für ihr Schicksal mitverantwortlich. Spätaussiedler sind Deutsche

und haben ein Recht darauf, im Rahmen des geordneten Aufnahmeverfahrens nach Deutschland zu kommen und hier für sich und ihre Familien eine Zukunft aufzubauen.

Die SPD stellt dies heute in Frage und bezieht offen Position gegen die Aufnahme gerade derjenigen Deutschen, die in besonderem Maße unsere Hilfe und Unterstützung benötigen. Sie will den Rußlanddeutschen das gemeinschaftliche Kriegsfolgeschicksal aberkennen. Dem stellen wir unsere bewährte Politik entgegen: Wir wollen dazu beitragen, das die Deutschen im Osten gesicherte Lebensperspektiven für sich und ihre Kinder erhalten. Wir unterstützen die Bemühungen um den Erhalt einer deutschen Identität in ihrer oft seit Jahrhunderten angestammten Heimat. Die, die zu uns kommen, werden wir mit ihren Familien weiter bei uns aufnehmen.

Nationale Solidarität, nationalen Zusammenhalt kann es nur geben, wenn das Bewußtsein der gemeinsamen Geschichte und Kultur in einer Nation wach ist. Wir Deutschen haben es schwerer als andere, das Erbe der Geschichte für unseren nationalen Zusammenhalt fruchtbar zu machen. Wir müssen uns gleichwohl darum bemühen. Wir müssen uns unserem historischen Erbe stellen, uns mit diesem Erbe auseinandersetzen, mit allen seinen Höhen und Tiefen. Es gilt, in den Schulen und Hochschulen, bei den Soldaten unserer Bundeswehr das Interesse an der deutschen Geschichte, das Bewußtsein für die gemeinsame Nation und unser gemeinsames europäisches Erbe, für unsere daraus resultierende Verantwortung zu wecken und wachzuhalten.

Gemeinsame Identität kann sich nicht nur auf kritische Distanz gründen. Die freiheitliche Demokratie ist auf Identifikation, auf die Vaterlandsliebe ihrer Bürger angewiesen.

V. Sozialstaat der Zukunft

18. Umbau des Sozialstaats – für ein Leben in sozialer Sicherheit

Der Sozialstaat ist weitaus mehr wert als er kostet! Die Leistungen des Sozialstaates sind für viele Millionen Menschen die wichtigste Sicherung gegen die großen Lebensrisiken Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut. Damit die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme in einer Zeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs erhalten bleibt, müssen wir den Sozialstaat umbauen.

Solidarität und Subsidiarität sind tragende Prinzipien unserer Sozialpolitik. Subsidiarität organisiert Solidarität. Sie gibt der Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang und bevorzugt die jeweils kleinere Gemeinschaft. Die sozialen Sicherungssysteme werden auf Dauer nur tragfähig bleiben, wenn wir sie an die veränderten Bedingungen anpassen.

Der Generationenvertrag, auf dem unsere solidarische Rentenversicherung ebenso aufbaut wie unsere Kranken- und Pflegeversicherung, ist vor allem aus demographischen Gründen in eine Schieflage geraten. Die Geburtenzahlen bleiben niedrig und die Lebenserwartung der Menschen steigt, in den nächsten Jahrzehnten auf im Durchschnitt über 80 Jahre. Das bedeutet, daß sich bis zum Jahr 2030 der Anteil der Menschen im Rentenalter im Vergleich zu denen im erwerbsfähigen Alter fast verdoppeln wird.

Zugleich gerät die finanzielle Grundlage der sozialen Sicherung auch von anderer Seite zunehmend unter Druck: durch die hohe Arbeitslosigkeit, durch das zunehmende Ausweichen in beitragsfreie Beschäftigung, durch die Neigung zu immer differenzierteren Erwerbsbiographien. Bei gleicher Leistung führt das unvermeidlich zu steigenden Beiträgen – mit allen Folgen für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in Deutschland. Angesichts dieser Herausforderungen stehen wir in der Pflicht, die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren, um sie stabil zu halten. Das Ziel muß sein, daß der gesamte Sozialversicherungsbeitrag in der nächsten Legislaturperiode wieder auf unter 40 Prozent sinkt.

Die Belastungen aus steigender Lebenserwartung und einem wachsenden Anteil Älterer in unserer Gesellschaft werden nur mit mehr eigenverantwortlicher privater Vorsorge zu schultern sein. Der Sozialstaat kann nicht einen beliebig hohen Lebensstandard garantieren, es bedarf immer auch ergänzender eigenverantwortlicher Vorsorge.

Mit der Rentenstrukturreform 1999 haben wir die finanziellen Folgen aus steigender Lebenserwartung und längerem Rentenbezug gleichmäßig auf Beitragszahler und Rentner, auf Junge und Alte verteilt. Deswegen sinken die Renten nicht, sie steigen nur langsamer. Und langsamer steigen müssen sie, denn sonst überfordern wir Wirtschaft und Beitragszahler mit zu hohen Beitragssätzen.

Der nächste Reformschritt wird die Reform der Hinterbliebenenrente sein. Zukünftig sollen eigenes Einkommen und eigene Erwerbsmöglichkeiten von Hinterbliebenen stärker berücksichtigt werden. Außerdem wollen wir eine weitere Stärkung der zentralen Rolle der Familie für den Generationenvertrag erreichen. Zum Generationenvertrag gehört nicht nur die Beitragsleistung, sondern auch eine Erziehungsleistung. Diese Erziehungsleistung muß angesichts der Entwicklung der Geburtenzahlen und der wirtschaftlichen Einschränkung, die Kinder heute für Eltern bedeuten, und die andere nicht tragen, in der Rentenversicherung zukünftig besser zur Geltung kommen.

Gerade junge Menschen wollen wir ermutigen, frühzeitig ergänzend – privat oder betrieblich – für das Alter vorzusorgen. Die bestehenden Formen betrieblicher Altersvorsorge wollen wir um Vorsorgefonds, wie die international bewährten Pensionsfonds, erweitern. Zwischen den einzelnen Formen betrieblicher Altersvorsorge soll größtmögliche Flexibilität bestehen, so daß jedes Unternehmen die geeignetste Form frei wählen und auch wechseln kann. Für die unterschiedlichen Modelle zur Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit und des Übergangs in den Ruhestand, wie sie von den Tarifpartnern gegenwärtig in Form von Altersteilzeit und Blockzeitregelungen entwickelt werden, werden wir die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Neben das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung müssen künftig verstärkt kapitalgedeckte Vorsorgeleistungen treten.

Auch privates Wohneigentum dient in zunehmendem Maße der Daseins- und Altersvorsorge. Die CDU tritt daher für eine breitere Streuung des privaten Eigentums an Grund und Boden und an Wohnungen ein. Mehr Mieter sollen Eigentümer werden. Insbesondere die junge Generation wollen wir dazu bewegen, frühzeitig Wohneigentum zu bilden.

Mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge, mehr Sparsamkeit und Effizienz der Mittelverwendung sind auch in der gesetzlichen Krankenversicherung unverzichtbar. Mit dieser

Einsicht sind wir bei der Reform der gesetzlichen Krankenversicherung erfolgreich. Wenn alle diejenigen (Leistungserbringer und Versicherte), die über die Inanspruchnahme von Leistungen entscheiden, für Sparsamkeit gewonnen werden können, dann kann Mittelverschwendung bei Gesundheitsleistungen eingedämmt werden. Das heißt Zuzahlung oder Eigenbeteiligung, soweit dies sozial zumutbar ist – und es funktioniert: Seit verganginem Sommer steigen die Ausgaben der Krankenkassen nicht mehr an. So bleibt die bestmögliche Gesundheitsversorgung wirtschaftlich tragbar.

Wir wollen daher den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Wir wollen den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen intensivieren, die Gestaltungsmöglichkeiten der Kassen ausbauen und besser nutzbar machen, die Vertragsfreiheit zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern erweitern, die Wahlmöglichkeiten der Versicherten erhöhen und die Krankenhäuser noch stärker in die Gesundheitsreform einbeziehen.

Geringverdiener dürfen nicht überfordert werden. Jeder, der krank ist, muß die medizinische Versorgung erhalten, die er braucht, unabhängig von seinem Alter und Einkommen. Zusätzlich gewünschte, medizinisch nicht notwendige Leistungen können und müssen im Interesse der Beitragszahler, der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber privat abgesichert werden. Nur so läßt sich ein weiterer Anstieg der Beitragslasten und damit der Arbeitskosten verhindern.

19. Politik für Familien – Politik für die Zukunft

Im Mittelpunkt einer menschlichen Gesellschaft steht für uns die Familie. Auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bleibt sie die Lebensgemeinschaft der Zukunft. Der Wunsch, eine Familie zu gründen, ist für die große Mehrheit der jungen Menschen noch immer das vorrangige Lebensziel.

Die Familie ist der Ort, an dem die Menschen quer durch die Generationen am stärksten die Notwendigkeit und die Bedingungen von Gemeinschaft erfahren können. Rücksichtnahme, solidarisches Verhalten, Gemeinsinn – Qualitäten, auf die jede Freiheit gewährende Ordnung angewiesen ist – werden nirgendwo lebenspraktischer vermittelt als im Kreis der Familie. Erziehung ist heute wieder gefragt, weil den Menschen klar geworden ist, daß ohne Erziehung nicht geht, daß mangelnder Mut zur Erziehung dem sozialen Zusammenleben unabsehbaren Schaden zufügen muß.

Wir müssen die Familien stärken, denn sonst werden wir mehr und mehr zu einer kinderlosen Gesellschaft. Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft.

Ehe und Familie sind unverzichtbare Institutionen, die sich im gesellschaftlichen Wandel bewähren müssen. Die eheliche Lebensgemeinschaft ist heute stärker geprägt von dem gleichberechtigten Interesse von Mann und Frau, ihre Unabhängigkeit in der partnerschaftlichen Lebensgestaltung zu sichern, und in der gemeinsamen Entscheidung zum Kind und der Erziehung als gleich verpflichtender Aufgabe von Mann und Frau.

Wir haben den Familienleistungsausgleich durchgreifend verbessert, Kindergeld bzw. Kinderfreibeträge deutlich erhöht. Durch die Einführung eines Erziehungsgeldes und des

Erziehungsurlaubs konnten wir den jungen Familien in einer entscheidenden Lebensphase spürbar helfen. Wir haben die rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungsleistungen eingeführt und ausgeweitet. Bis zum Jahr 2000 wird die rentenrechtliche Anerkennung der Kindererziehungszeiten auf 100 % des Durchschnittsverdienstes der Versicherten angehoben. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wurde durchgesetzt, ein neues Kinderschaftrrecht wurde eingeführt, das eheliche und nichteheliche Kinder rechtlich gleichstellt.

Längst aber ist unsere Gesellschaft noch nicht so familien- und kinderfreundlich, wie wir uns dies wünschen. Wir wollen vor allem dafür sorgen, daß die Arbeit mit Kindern und für Kinder größere Anerkennung findet. Finanzielle Spielräume werden wir konsequent zugunsten der Familie nutzen, für Kindergeld, Erziehungsgeld, Unterhaltsvorschuß, Wohngeld und Ausbildungsförderung. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wollen wir fördern – vor allem durch ein bedarfsgerechtes Angebot zur Tagesbetreuung. Den Alleinerziehenden wollen wir besonders helfen.

Unser Leitbild bleibt die Partnerschaft und Solidarität der Generationen. Das bedeutet, daß wir auch über die gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen immer wieder neu nachdenken müssen. Generationensolidarität heißt nicht nur, daß die ältere Generation angemessen versorgt sein muß, Generationensolidarität heißt auch, daß wir nicht auf Kosten derer leben dürfen, die nach uns kommen. Das gilt für die öffentliche Verschuldung, weil wir nicht der nachfolgenden Generation einen Schuldenstand hinterlassen dürfen, der ihren Lebensstandard unter den ihrer Eltern drücken muß und ihre Zukunftschancen über Gebühr einschränkt. Das gilt auch für unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen, denn unsere Kinder und Enkel haben dasselbe Recht auf eine intakte Umwelt wie wir.

20. Soziale Gemeinschaften stärken – für Verwurzelung und Zusammenhalt

Wir sind heute in rascher Folge mit einer Vielzahl grundlegender Veränderungen konfrontiert, in Arbeitswelt und Beruf, in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht. Einmal Erlerntes verliert seine Gültigkeit, Selbstverständlichkeiten des eigenen Kulturkreises werden in Frage gestellt, das Modernisierungstempo hat sich derart beschleunigt, daß so mancher nicht mehr mithält. Orientierungsverlust bis hin zu sozialer Entwurzelung sind die Folge.

Aufgabe verantwortlicher Politik muß es sein, Gegengewichte schaffen zu helfen, damit den Menschen das innere Gleichgewicht nicht verlorengeht, dem Einzelnen nicht und der Gesellschaft als Ganzes nicht. Inneren Halt findet der Mensch in der sozialen Gemeinschaft, die für ihn überschaubar bleibt – neben Familie und Bekanntenkreis in der lokalen Gemeinschaft, in Gemeinde und Herkunftsregion. Heimat – für manche ein altmodisches Wort, und doch einer der elementarsten Sozialbezüge, der sich denken läßt, auch und gerade für den modernen Menschen.

Was wir heute benötigen, das ist eine Politik der Regionalisierung, der Stärkung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, kultureller Zusammenhänge im überschaubaren Lebensumfeld. Unter Rückbesinnung auf das menschliche Maß, mit dem Versuch, der Beschleunigung von Veränderungsprozessen ein verlangsames Element entgegenzusetzen, jedenfalls in den Bereichen, in denen sich der Mensch zu Hause fühlen soll.

Aus der Erkenntnis, auf Gemeinschaft angewiesen zu sein, muß auch die Bereitschaft folgen, sich für diese Gemeinschaft einzusetzen. Es gilt, praktische Solidarität, soziales und politisches Engagement, Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern zu fördern, der Auflösung der sozialen Gemeinschaft im Zeichen eines überzogenen Individualismus entgegenzuwirken.

Die Menschen, gerade junge Menschen, sind heute durchaus bereit, zu helfen, mitzumachen, Verantwortung zu übernehmen. Sie brauchen eine konkrete Herausforderung und Aufgabe, ein Ziel, für das sich der Einsatz lohnt, das sie persönlich anspricht, und für dessen Verwirklichung sie ihren individuellen Beitrag leisten können. Unterstützung für andere und individuelle Selbstverwirklichung widersprechen sich keineswegs: Das Gefühl, anderen wirksam helfen zu können, ist die schönste Form von Selbstverwirklichung.

Es bedarf des Anstoßes, des persönlich Angesprochenenseins, der Aufforderung – und später der Bestärkung, der Bestätigung. Wer für andere Verantwortung übernimmt, wer sich einsetzt, wer Kranke oder Behinderte betreut, einen Turnverein organisiert, einen Chor leitet, der erwartet dafür in der Regel keine materielle Belohnung. Der macht meist auch nicht viel Aufhebens von seinem Engagement. Aber was er erwarten darf für seinen Dienst am Nächsten, das ist öffentliche Anerkennung und Wertschätzung.

VI. Innere Sicherheit und Stabilität

21. Werte und Orientierungen – für eine Gesellschaft des Miteinanders

In unserer Zeit vielfältigen Wandels wächst das Bedürfnis nach Orientierung. Darum gilt es, den Grundkonsens und das Wertefundament, das unsere freiheitliche und pluralistische Gesellschaft zusammenhält, zu bewahren und zu festigen. Die Abstützung und Weitergabe eines fundamentalen Wertekanons verlangt das alltägliche gelebte Vorbild und die Stärkung der wichtigen wertevermittelnden Instanzen unserer Gesellschaft – Familie, Schule, Kirchen. Wir unterstützen die Kirchen in ihrer Arbeit, Orientierung zu stiften und Glaubensheimat zu bieten. Am System der Kirchensteuer halten wir fest.

Wir wollen keine kalte, sondern eine humane Gesellschaft. Nicht Selbstverwirklichung um jeden Preis und Egozentrik, nicht schrankenloser Individualismus und rücksichtslose Verfolgung eigener Interessen sind das Maß. Entscheidend ist die Bewahrung gerade auch der gemeinschaftserhaltenden und gemeinschaftsstiftenden Werte wie Gemeinsinn, Verantwortungsbereitschaft und Nächstenliebe.

Ohne Selbstdisziplin und Opferbereitschaft, ohne Rücksichtnahme und Respekt vor Person und Besitz des anderen, ohne Eigenverantwortung und ein waches Gefühl für die Verantwortung vor Gott und den Menschen werden wir die Zukunft nicht gewinnen. In diesem Zusammenhang stellt der Schutz des ungeborenen Lebens für uns eine bleibende Aufgabe dar. Schutz der Schwachen und Fürsorge für die, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können, das muß so selbstverständlich sein wie der Grundsatz, daß man nicht mehr von der Gemeinschaft verlangt, als einem zusteht, und ihr das Geschuldete nicht vorenthält.

Eine Gesellschaft wird ihr menschliches Gesicht behalten, wenn sie auf dem Fundament der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität aufgebaut ist. Vertrauen in die Menschen, nicht auf Kontrolle – das ist das einer freiheitlichen Gesellschaft gemäße Prinzip sozialen Zusammenlebens.

22. Kriminalität bekämpfen – Freiheit sichern

Der Anstieg der Kriminalität ist kein unabänderliches Naturgesetz. Bürger, Gemeinden und Polizei müssen Verbrechensbekämpfung als gemeinsame Herausforderung annehmen.

Die von SPD und Grünen jahrelang propagierte „Entkriminalisierung“ und Verharmlosung von sogenannten „Bagatelldelikten“ führt dagegen nur zu noch mehr Kriminalität. Hemmschwellen werden gesenkt, Rechtsbrecher ermutigt, die gesetzestreuen Bürger entmutigt. Die Parole muß lauten: Wehret den Anfängen! Anfänge, das sind auch die geduldete Verwahrlosung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen durch Alkoholismus- und Drogenszenen, das sind Penner-tum und aggressives Betteln, Graffiti-Schmierereien und Vandalismus, Gewöhnung an Ordnungswidrigkeiten, Belästigungen und Massenkriminalität. Wir wollen auch nicht die von Rot-Grün geforderte Legalisierung von Haschisch und die staatliche Abgabe von Heroin.

Unsere Politik dagegen lautet: Null Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter! Mit der Union wird es keine Kapitulation vor dem Verbrechen geben. Besonders die Schwachen leiden, wenn der Staat Schwäche zeigt. Rot-Grün sind dort, wo sie in den Ländern Verantwortung tragen, mit ihrer Entkriminalisierungsstrategie ebenso gescheitert wie mit der Politik der Duldung rechtsfreier Räume für Chaoten und Gewalttäter.

Wir wollen eine bürgernahe, eine präsenste Polizei – der „Schutzmann an der Ecke“ muß wieder zum gewohnten Straßenbild gehören. Wir wollen eine Polizei, die sich als Sicherheitspartner des Bürgers versteht. Wir wollen auch den Bundesgrenzschutz verstärkt einzusetzen, um gemeinsam mit Polizei und Ordnungsbehörden die Sicherheit auf Bahnhöfen, in Personenzügen und an anderen Sicherheitsbrennpunkten zu verbessern.

Wir haben viel für die Innere Sicherheit getan in den letzten Jahren. Damit die Strafe der Tat möglichst auf dem Fuß folgen kann, wurde nach jahrelangem Ringen das beschleunigte Verfahren und die Hauptverhandlungshaft durchgesetzt. Die Strafen für Gewaltdelikte wurden deutlich erhöht. Die Strafbarkeit des Kindesmißbrauchs wurde verschärft und die Möglichkeit erleichtert, zum Schutz der Bevölkerung außer der Strafe eine anschließende Sicherungsverwahrung anzuordnen.

Die beim Bundeskriminalamt eingerichtete Gen-Datei ist ein wichtiges Instrument zur Aufklärung schwerer Straftaten. Mit ihrer Hilfe können Wiederholungstäter schnell und sicher identifiziert werden. Die Leistungsfähigkeit der Gen-Datei wird noch erhöht, wenn auch bei den heute bereits verurteilten Tätern entsprechendes Material erhoben werden kann. Eine gesetzliche Regelung, die dies ermöglicht, muß rasch geschaffen werden.

Den gemeinsamen mit unseren europäischen Partnern geführten Kampf gegen die internationale Organisierte Kriminalität, gegen Rauschgiftbanden, Schlepperorganisationen, in-

ternationalen Terrorismus und grenzüberschreitend operierende Mafia-Gruppen wollen wir intensivieren. Die Gründung von EUROPOL ist ein erster Schritt. Mit dem Zentralcomputer des Schengener Informationssystems wird der schnelle Informationsaustausch zwischen den europäischen Polizeibehörden ermöglicht. Für uns bedeutet Vertiefung der Europäischen Union vor allem auch verbesserte Möglichkeiten für die Kriminalitätsbekämpfung.

Damit Deutschland sich der internationalen Drogen-Kartelle und Mafia-Banden erwehren kann, hat die Bundesregierung schon vor Jahren Gesetze gegen Geldwäsche und zum Abhören von Gangsterwohnungen vorgelegt. SPD, Grüne und PDS tragen die Verantwortung dafür, daß im Kampf gegen die internationale Organisierte Kriminalität entscheidende Jahre verloren gingen und auch neue Reaktionsmöglichkeiten des Staates am Ende verwässert wurden. Die Union bleibt die einzige politische Kraft in Deutschland, die entschlossen und verlässlich für den Schutz der Bürger vor Verbrechen und für die innere Sicherheit in unserem Land handelt.

Die Zahl ausländischer Straftäter, besonders von durchreisenden Banden und illegal oder vorläufig im Land befindlichen Ausländern, ist besorgniserregend. Wer als Ausländer in Deutschland Verbrechen begeht, verwirkt sein Gastrecht und muß abgeschoben werden. Wir haben das Ausländergesetz geändert, um kriminelle Ausländer leichter ausweisen zu können. Konsequentes Handeln ist nötig, auch damit die Bereitschaft zur Integration der seit langen Jahren bei uns lebenden Ausländer keinen Schaden nimmt.

Der erschreckend angestiegenen Kinder- und Jugendkriminalität muß konsequent entgegengewirkt werden. Die wichtigsten Beiträge dazu leistet eine auf Wertevermittlung ausgerichtete Erziehung in Familie, Schulen und Freizeiteinrichtungen. Wir brauchen entschiedene Maßnahmen der Kriminalitätsvorbeugung, wir brauchen Freizeitangebote und soziale Betreuung für Jugendliche. Auf kriminelle Taten Jugendlicher hat eine unmißverständliche strafrechtliche Sanktion zu folgen. In schweren Fällen kann auf die Unterbringung in geschlossenen Heimen nicht verzichtet werden. Für kriminelle Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) muß die Verurteilung nach Erwachsenenstrafrecht wieder der Regelfall werden. Vor allem gilt: Schnelle Strafverfahren direkt nach der Tat sind wichtiger als hohe Strafen.

Es kann nicht sein, daß Verbrecher wegen Überlastung der Justiz aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Die Strafandrohung des Gesetzes und die tatsächlich verhängte und verbüßte Strafe müssen sich wieder stärker entsprechen, Mindeststrafe und kürzeste Haftverbüßung dürfen nicht die Regel werden. Der Schutz der Allgemeinheit hat im Zweifel Vorrang. In den offenen Vollzug dürfen nur Gefangene, die keine Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung darstellen.

Die Praxis des Strafvollzugs in den Bundesländern ist zu überprüfen und zu erneuern. Für uns steht der Schutz der Bevölkerung und der im Strafvollzug tätigen Bediensteten vor gefährlichen Straftätern und neuen Straftaten im Vordergrund. Strafvollzug muß die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung ernstnehmen. Strafe muß auch als solche empfunden werden und dem Gedanken der Spezial- und Generalprävention, also der Abschreckung des Täters und der Allgemeinheit vor der Begehung von Straftaten Rechnung tragen.

Resozialisierung ist nur dort möglich, wo der Täter resozialisierungswillig und -fähig ist. Wo Resozialisierung nicht möglich erscheint oder der Gefangene die Chancen des Resozialisierungsvollzugs nicht wahrnimmt, ist die Unterbringung in einem besonderen Sicherheitsvollzug notwendig. Bei gefährlichen, nicht therapiefähigen oder -willigen Sexualstraftätern muß Sicherheitsverwahrung bereits nach der ersten Rückfalltat angeordnet werden.

23. Bürokratie abbauen – für einen schlanken Staat

Damit der Rechtsstaat seine Aufgaben effektiv erfüllen kann, muß er sich auf das Wesentliche konzentrieren. Wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit dürfen nicht durch staatliche Reglementierung und bürokratischen Perfektionismus erstickt werden. Deregulierung, Privatisierung und Verwaltungsmodernisierung schaffen Raum für private Initiative.

Die großen Privatisierungen der letzten Jahre – Post, Bahn, Flugsicherung – zielen in diese Richtung. An unserer erfolgreichen Privatisierungspolitik halten wir fest. Wir werden durch weitere Marktöffnungen und Privatisierungen mehr Raum für unternehmerische Initiativen und neue Arbeitsplätze schaffen. Deshalb wollen wir weitere Unternehmen und Beteiligungen in Bundesbesitz privatisieren, zum Beispiel im Verkehrs- und Telekommunikationsbereich, Aufgaben an effizientere private Dienstleister übertragen und private Träger stärker an Finanzierung und Betrieb von Infrastrukturmaßnahmen beteiligen. Durch alle diese Maßnahme können Kosten eingespart, Bürger und Unternehmen entlastet werden, ohne Leistungsangebote zu verschlechtern. Deshalb fordern wir auch Länder und Kommunen auf, unserem Beispiel zu folgen, denn dort liegen die größten Privatisierungspotentiale.

Ein bürgernaher Staat ist ohne einen funktionsfähigen öffentlichen Dienst nicht denkbar. Das Berufsbeamtentum bleibt für die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben unverzichtbar. Wir haben Maßnahmen getroffen, um den öffentlichen Dienst in seiner Gesamtheit leistungsorientierter, flexibler und effizienter zu machen. Der Bund kommt 1999 mit weniger Personal aus als 1990. Der verstärkte Einsatz moderner Informationstechnik und neuer Führungs- und Steuerungsinstrumente sind Teilschritte einer grundlegenden Modernisierung der Verwaltung. Das öffentliche Haushaltswesen wird reformiert, um Kostentransparenz zu ermöglichen, um Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Wer A sagt, muß auch B sagen: Wer weniger gesetzliche Regelung will, der muß der Verwaltung vor Ort erweiterte Ermessensspielräume zugestehen. Damit Überregulierung und Überreglementierung besser eingedämmt werden können, wollen wir künftig in begründeten Fällen die Abweichung von allzu strengen gesetzlichen Vorhaben wie Standards, Mindestgrößen, Prüfmaßstäben und dergleichen ermöglichen. Dies ist für die neuen Länder von besonderer Bedeutung, denn gerade der Aufbau im Osten ist auf einfache Verwaltungs- und Genehmigungsabläufe angewiesen. Durch Öffnungs- und Experimentierklauseln könnten Bundesgesetze für eine vereinfachende anderweitige Gesetzgebung der neuen Länder geöffnet werden. Einfachere, schnellere Verfahren, wie das Auditierungs-

verfahren und das Projektmanagement, entsprechen einem neuen Verständnis von Verwaltung als öffentlicher Dienstleistung.

24. Ausländer in Deutschland – für ein gedeihliches Zusammenleben

In Deutschland leben über 7 Millionen Ausländer. Ein Teil von ihnen sind Gäste auf Zeit, manche befinden sich unberechtigt hier und müssen das Land wieder verlassen. Die meisten aber sind einst als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen und leben zum Teil seit Jahrzehnten bei uns. Längst sind sie Teil dieser Gesellschaft. Ohne sie würden manche Bereiche der Wirtschaft nicht funktionieren. Sie zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge wie jeder andere. Ihre Kinder sind in Deutschland geboren und aufgewachsen, haben deutsche Schulen besucht, Deutsch ist ihre Umgangssprache.

Die auf Dauer rechtmäßig bei uns lebenden ausländischen Mitbürger wollen wir bei uns eingliedern. Eingliederung, Integration findet auch längst statt, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sportverein – mit im Ganzen gesehen gutem Erfolg, auch im Vergleich zu den Integrationsbemühungen anderer Länder. Aber Integration bedeutet, daß beide Seiten aufeinander zugehen müssen, Toleranz für andere Lebensart einerseits, und das Bemühen, sich einzufügen, andererseits. Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Fremdenfeindliche Gewalttaten sind beklagenswerte Ausnahmen und werden weiter mit aller Härte verfolgt.

Im Rahmen einer umfassenden Reform des Staatsangehörigkeitsrechts sind weitere Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit als Abschluß erfolgreicher Integration beabsichtigt. Wer Deutscher werden will, muß aber grundsätzlich seine alte Staatsangehörigkeit aufgeben. Staatsangehörigkeit zum Nulltarif zählt nichts und bedeutet keinen Anreiz zur Integration. Beherrschung der deutschen Sprache und das Bekenntnis zu unserem Grundgesetz sind wichtigste Einbürgerungsvoraussetzungen.

Deutschland soll auch in Zukunft eine nach innen und außen offene, tolerante, zugleich stabile Gesellschaft bleiben. Weder Offenheit und Toleranz, noch Stabilität dürfen unbeachtet verspielt werden. Deshalb müssen Ausländer, die kein Bleiberecht in Deutschland erhalten, das Land auch wieder verlassen. Wir wollen Integration derer, die dauerhaft und rechtmäßig bei uns leben; Ausweisung jener, die in Deutschland Verbrechen begehen; Strafverbüßung reisender krimineller Ausländer möglichst sofort nach Verurteilung im Herkunftsland, Begrenzung des Zuzugs und Verhinderung illegaler Zuwanderung, um auch im Interesse unserer bereits hier lebenden ausländischen Mitbürger die Integrationsfähigkeit und Integrationswilligkeit der Deutschen nicht zu überfordern; Bekämpfung der Wanderungsursachen in den Herkunftsländern – nur so kann auch in Zukunft eine vernünftige Ausländerpolitik für Deutschland und für Europa aussehen.

Probleme erwachsen der Bundesrepublik Deutschland aus den Wanderungsbewegungen in die wirtschaftlich starken Staaten Westeuropas. Dem Mißbrauch unseres weltweit einmaligen Asylrechts sind wir mit der Asylrechtsreform 1993 erfolgreich entgegengetreten. Wir wollen auch weiterhin politisch Verfolgten Schutz gewähren. Die Fähigkeit hierzu hängt aber auch davon ab, ob es uns gelingt, den Zuzug unter mißbräuchlicher Berufung auf Asyl zu unterbinden.

VII. Verantwortung für Europa und die Welt

25. Die europäische Einigung vollenden – für Frieden und Wohlstand in Europa

Deutschland liegt in der Mitte Europas. Wir haben mehr Nachbarn als jedes andere Land. Im Kalten Krieg war Deutschland Schnittstelle der Bündnissysteme. Und auch heute gilt: Wir sind von allem mitbetroffen, was in Europa zum Guten wie zum Bösen geschieht. Aufgrund unserer Geschichte, unserer Erfahrungen, unserer geographischen Lage setzen wir auf europäische Einigung, auf Integration.

Unsere Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften und in der Nordatlantischen Allianz erst ermöglichte uns die Rückkehr in die Staatengemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Vertrauen unserer Partner in Europa und Amerika erst ermöglichte die friedliche Vereinigung unseres Vaterlandes 1990. Europäischer Zusammenschluß ist in einer zunehmend globalisierten Welt die beste Antwort, um uns auch in Zukunft ein Leben in Frieden, in Sicherheit und Wohlstand zu sichern.

Der europäische Einigungsprozeß muß daher energisch vorangetrieben werden. Wir haben uns in der Vergangenheit für die europäische Einigung eingesetzt, eine Zusammenarbeit und eine institutionelle Vernetzung zwischen den europäischen Ländern erreicht, die nahezu alle Politikbereiche umfaßt. Wir haben gemeinsam in Europa ein Maß an Wohlstand erreicht, das 1945 niemand für möglich gehalten hätte. Und wir haben eine Vision für ein erfolgreiches Europa der Zukunft: ein Europa, das wettbewerbsfähig ist in Handel und Industrie, handlungsfähig in Fragen der gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung, flexibel in seinen Institutionen und bürgernah.

Wir wissen: Ein Selbstläufer ist die europäische Integration nicht. Die Menschen müssen davon überzeugt sein, daß sie von der europäischen Einigung profitieren. Ein Europa, dem seine Bürger die Zustimmung versagen, ist auf Sand gebaut. Entscheidend ist der Nachweis, daß Europa die Aufgaben, die ihm zugewachsen sind, besser lösen kann als die Mitgliedstaaten.

Von den europäischen Institutionen erwarten wir, daß sie bürgernah und wirtschaftlich effizient arbeiten. Europa muß stärker auf vom Kopf auf die Füße gestellt werden, damit sich die Menschen in diesem Europa orientieren und zu Hause fühlen können. Wir wollen die deutsche Ratspräsidentschaft dazu nutzen, Bürokratie in Europa abzubauen und Subsidiarität zu stärken.

Innere und äußere Stabilität hängen untrennbar zusammen, denn wirtschaftlicher Erfolg setzt äußere Stabilität voraus. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist der ewige Friede nicht ausgebrochen, auch nicht in Europa. Wir leben in einer Welt, in der im Gegenteil eine Vielzahl von Gefährdungen auch jenseits des Militärischen neu dazugekommen ist: Internationaler Terrorismus, grenzüberschreitende Organisierte Kriminalität, Umweltkrisen, Weiterverbreitung von Nuklearnmaterial und eine Völkerwanderung neuen Typs erfordern gemeinsames Handeln.

Die Nationalstaaten sind, auf sich allein gestellt, immer mehr überfordert, auf diese Herausforderungen die geeignete Antwort zu geben. Zum europäischen Zusammenschluß

gibt es deshalb keine Alternative. Wir brauchen wirksame Konzepte, um der Organisierten Kriminalität das Handwerk legen zu können. Der Schutz der Umwelt, eine umweltpolitisch sinnvolle Verkehrspolitik – dies sind Aufgaben, die wir ebenfalls besser im europäischen als im nationalstaatlichen Rahmen lösen werden.

Wir brauchen europäische Institutionen, die unsere Handlungsfähigkeit auch im Rahmen eines größeren Europa von bald über 20 Mitgliedstaaten sicherstellen. Die Aufnahme der Reformstaaten Ostmittel- und Südosteuropas in die Europäische Union steht bevor. Dem so lange gespaltenen Kontinent eröffnet sich damit die historische Chance, auch politisch eins zu werden. Wir unterstützen Bemühungen, die gemeinsame Geschichte – einschließlich Unrecht und Vertreibung – aufzuarbeiten. Wir haben uns aufgrund unserer eigenen Erfahrungen mit der Teilung Europas und wegen unserer besonderen geographischen Nähe zu den Reformstaaten für den Beitritt derjenigen Staaten stark gemacht, die die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dafür erfüllen. Wir sind überzeugt, daß auf mittlere Sicht alle in Europa von der Erweiterung profitieren werden.

Wir können heute auf eine außergewöhnlich erfolgreiche europapolitische Bilanz zurückblicken. Das Geheimnis unseres Erfolgs liegt darin, daß Europa für uns nie Selbstzweck war, es uns vielmehr immer um ein Europa der Bürger gegangen ist. Denn wir sind auf die Zustimmung der Menschen zur europäischen Einigung angewiesen. Deshalb setzen wir uns für ein gerechteres Beitragssystem ein, weil wir wissen, daß eine unverhältnismäßig hohe Belastung Deutschlands die Zustimmung zur europäischen Integration gefährdet.

Wir müssen die Agrar- und Strukturpolitik so weiterentwickeln, daß unsere bäuerliche Landwirtschaft und die Menschen in den ländlichen Gebieten eine dauerhaft tragfähige Perspektive haben. Dies wird sich nur mit mehr Subsidiarität und mehr regionaler und nationaler Eigenverantwortung verwirklichen lassen. Und wir brauchen mehr demokratische Legitimität in der Europäischen Union: ein in seinen Rechten gestärktes und in seiner Mitgliederzahl begrenztes Europäisches Parlament sowie eine stärkere Kontrolle der Kommission durch das Europäische Parlament.

Von entscheidender Bedeutung ist die Stärkung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Heute leben wir Europäer zu einem wesentlichen Teil noch immer in geborgter Sicherheit. In Bosnien haben wir Europäer auf schmerzliche Weise erfahren, daß wir auf uns allein gestellt noch nicht in der Lage sind, verlorenen Frieden wiederherzustellen. Deshalb müssen wir in Zukunft einen stärkeren eigenen Beitrag zur Sicherheit in Europa leisten.

Die CDU ist die Partei der europäischen Einigung und der atlantischen Solidarität. Gerade in Zeiten des Umbruchs ist Berechenbarkeit und verlässliche Partnerschaft von unschätzbbarer Bedeutung. Dieser Partner sind für uns vor allem die Vereinigten Staaten. Wir vergessen nicht, was die Vereinigten Staaten in den vergangenen fünf Jahrzehnten für Frieden und Freiheit in Europa geleistet haben. Erst dadurch ist die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes möglich geworden.

Europäer und Amerikaner bilden eine Wertegemeinschaft und können sich in guten wie in schlechten Zeiten aufeinander verlassen. Nichts unterstreicht dies eindrucksvoller als die

Erfolgsgeschichte der Nordatlantischen Allianz. Wir werden auch weiterhin für eine Stärkung und Reform der Allianz eintreten. Die NATO ist Garant unserer Sicherheit und muß auch im gewandelten Umfeld Stabilitätsanker bleiben.

Die deutsche Bundeswehr ist ein tragender Pfeiler der Stabilität in und für Europa. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung von Frieden und Freiheit. Die deutschen Streitkräfte entsprechen nach Struktur und Umfang ihrer Aufgabenstellung. Sie sind fähig zur Landes- und Bündnisverteidigung wie auch zur solidarischen Teilnahme an internationaler Krisenbewältigung.

Der Friedensumfang der Bundeswehr von 340.000 Soldaten und die ausgewogene Mischung von Wehrpflichtigen, Zeit- und Berufssoldaten entsprechen den sicherheitspolitischen Bedingungen von heute und morgen. Unsere Soldaten können erwarten, daß sie für alle Aufgaben bestens ausgebildet und ausgerüstet sind. Dafür müssen die notwendigen Mittel bereitgestellt werden. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung und seiner Pflicht zur Solidarität gerecht werden. Frieden und Sicherheit sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee hat ihren festen und anerkannten Platz im Gefüge unserer Republik. Sie hat sich in vier Jahrzehnten bewährt und ist weithin zum Vorbild für den Aufbau und die Integration von Streitkräften in der Demokratie geworden. Die Wehrpflicht, das Leitbild des Staatsbürger in Uniform und das Konzept der Inneren Führung prägen den Charakter unserer Streitkräfte.

Wenn Deutschlands internationales Ansehen heute, im achten Jahr nach der Wiedervereinigung, beträchtlich gewachsen ist, so ist dies zu einem wesentlichen Teil der Leistungsfähigkeit unserer Bundeswehr zu verdanken. Die Armee der Einheit ist heute Wirklichkeit. Die Auflösung der ehemaligen NVA und die Eingliederung ihrer Soldaten – das war eine gewaltige Pionierleistung der Bundeswehr bei der Verwirklichung der inneren Einheit unseres Vaterlandes. In der Bundeswehr leisten heute Deutsche aus Ost und West Seite an Seite ihren Dienst – zuletzt im Kampf gegen das Jahrhunderthochwasser an der Oder. Unsere jungen Soldaten haben im Kampf um die Deiche ganz Außergewöhnliches geleistet.

Die Bundeswehr ist heute zu einem international geachteten Faktor für Friedenssicherung und Stabilität geworden. In Bosnien sichern unsere Soldaten gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern den noch immer brüchigen Frieden. Sie helfen mit, damit die Konflikte dort nicht wieder von neuem aufflackern. Überall findet die Friedensarbeit der deutschen Soldaten Anerkennung – bei Bosniern, Kroaten und bei den Serben. Unsere Bundeswehr leistet dort einen guten Dienst für eine gute Sache.

26. Stabiler Euro – für mehr Wachstum und Beschäftigung

In einem härter werdenden weltweiten Wettbewerb um Produktionsstandorte und Arbeitsplätze werden wir Wohlstand und soziale Sicherheit nur erhalten können, wenn es uns gelingt, den Abbau von Handelsschranken und die Vorteile der Arbeitsteilung besser für

uns nutzbar zu machen. Deswegen war der gemeinsame europäische Binnenmarkt, den wir 1993 geschaffen haben, die richtige Antwort auf die Herausforderungen wachsender weltwirtschaftlicher Verflechtung. Um aber die Vorteile des Binnenmarktes auch vollständig auszuschöpfen, brauchen wir eine gemeinsame europäische Währung. Sie wird den Standort Europa nachhaltig stärken in einer Zeit, in der sich in anderen Teilen der Welt immer neue Handelszonen und Wirtschaftsblöcke bilden.

Eine gemeinsame Währung verbessert Europas Wettbewerbsposition gegenüber anderen Konkurrenten. Durch die Steigerung unserer Leistungsfähigkeit im europäischen Zusammenschluß können wir vor allem mit den dynamischen Wachstumsmärkten Asiens und Amerikas besser mithalten. Eine gemeinsame Währung verbessert die Wettbewerbsposition des Standorts Deutschland, weil diese Währung unempfindlicher sein wird gegen Wechselkursschwankungen. Zwei Drittel unseres Außenhandels werden künftig in Euro abgewickelt, werden also nicht mehr der Gefahr plötzlicher Wechselkursbewegungen unterliegen. Das schafft Sicherheit in den Unternehmen und für deren Beschäftigte.

Daß der Abschied von der D-Mark gerade uns Deutschen nicht leicht fällt, liegt auf der Hand. Schließlich wissen wir bei der D-Mark, was wir haben, der Euro aber ist etwas Neues – und Neuerungen haben stets etwas Ungewisses an sich. Und die Tatsache, daß die D-Mark heute zu den angesehensten Währungen der Welt zählt, das erfüllt uns zu Recht mit Stolz.

Mit dem Euro werden wir die Erfolgsgeschichte der D-Mark auf europäischer Ebene fortzuschreiben. Der Euro wird eine ebenso stabile Währung wie die D-Mark, und das auf Dauer. Die Währungspolitik der künftigen Europäischen Zentralbank, die ihren Sitz in Frankfurt am Main nehmen wird, wird sich am bewährten Stabilitätskurs der Deutschen Bundesbank orientiert. Dabei geht die vertraglich vereinbarte Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sogar über das Statut der Deutschen Bundesbank hinaus, sie ist weltweit ohne Beispiel. Der von uns vorgeschlagene und im vergangenen Jahr in Amsterdam unterzeichnete Stabilitäts- und Wachstumspakt stellt die notwendige Haushaltsdisziplin der Teilnehmerländer auch nach ihrem Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion auf Dauer sicher. Arbeitnehmer, Rentner, Sparer und Investoren können darauf vertrauen, daß ihr Geld auch in Zukunft seinen Wert behält.

Die Weichen für eine stabile europäische Währung sind gestellt. Im Gefolge des Maastricht-Vertrags hat Europa ein bisher nicht gekanntes Maß an Preisstabilität erreicht. Im vergangenen Jahr belief sich der Preisanstieg in der Gemeinschaft gerade noch auf 2 % – das ist das niedrigste Niveau seit 32 Jahren. Wegen der hohen Preisstabilität sind auch die Zinsen auf einem historischen Tiefstand angelangt. Sie sind so niedrig, weil an den Finanzmärkten damit gerechnet wird, daß der Euro genauso stabil sein wird wie die D-Mark.

Die Teilnahme Deutschlands an der Europäischen Währungsunion steht außer Zweifel. 1997 lag das deutsche Staatsdefizit bei 2,7 % des Bruttoinlandsprodukts. Damit wurde das Maastricht-Kriterium von 3 % deutlich unterschritten. Das stellt der sparsamen Haushaltspolitik der Bundesregierung ein hervorragendes Zeugnis aus. Auch die meisten anderen europäischen Länder haben sich für die Teilnahme an der Währungsunion qualifiziert.

Der Euro wird die Chancen für anhaltendes wirtschaftliches Wachstum verbessern, und er bringt die Staaten Europas dem Ziel einer Politischen Union ein beträchtliches Stück näher. Mit der Währungsunion werden wir der Modernisierung des Standorts Deutschland neue Schubkraft verleihen und Deutschlands Perspektiven im weltweiten Wettbewerb nachhaltig verbessern.

27. Globale Umweltpolitik – für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts

Die CDU wird auch in Zukunft einen ökonomisch und ökologisch sinnvollen Energiemix in Deutschland sicherstellen. Neben der möglichst effizienten und rationellen Nutzung fossiler Energieträger und dem Ausbau der erneuerbaren Energien wird auch weiterhin die Kernenergie ihren Beitrag zur deutschen Energiewirtschaft leisten. Sowohl unter dem Aspekt der CO₂-Reduzierung als auch der Fortentwicklung internationaler Sicherheitsstandards, die auch dem Schutz unserer eigenen Bevölkerung dienen, können wir uns keinen Ausstieg aus dieser Spitzentechnologie leisten.

Viele Umweltprobleme, mit denen wir heute konfrontiert sind, sind auf nationaler Ebene nicht zu lösen. Der Transport von Schadstoffen in der Luft oder im Wasser macht vor Grenzpfählen nicht halt. Die ökologische Herausforderung ist eine Herausforderung im Weltmaßstab und kann auch nur im Weltmaßstab gelöst werden.

Diese Erkenntnis gewinnt mehr und mehr an Überzeugungskraft: Weltweit wächst die Bereitschaft, die Aufgaben gemeinsam anzugehen. Die UN-Konferenz von Rio de Janeiro, auf der sich 1992 178 Staaten auf ein gemeinsames Aktionsprogramm zum Schutz des Klimas und der Arten und für eine nachhaltige Entwicklung verständigt haben, hat das Startsignal gegeben. Auch wenn die Folgekonferenz von Kyoto im vergangenen Dezember nicht alle Erwartungen erfüllt hat, so hat sich doch gezeigt, daß ein einiges Europa auch gegen erhebliche Widerstände Fortschritte im Umweltschutz durchsetzen kann.

„Global denken, vor Ort handeln“ – das bedeutet, daß Erfolge im Kampf um das ökologische Gleichgewicht auf dieser Erde nur erzielt werden können, wenn jedes Land den ihm zustehenden Beitrag mit den Mitteln nationaler Umweltpolitik erbringt. Die Umweltpolitik der unionsgeführten Bundesregierung war vorbildlich, wir sind unserer Verantwortung mehr als gerecht geworden. Während andere allenfalls Widerstände provozieren, haben wir gehandelt, national und international, mit großem Erfolg. Die Rauchgasentschwefelung, der Katalysator, ein verbesserter Wärmeschutz, der Stop der FCKW-Produktion, das CO₂-Minde-rungsprogramm, die Kraftfahrzeugsteuerreform - alles das haben CDU und CSU zuwege gebracht, niemand sonst.

Es bedarf weiterer zusätzlicher Anstrengungen. Wir halten an unserem Ziel fest, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um 25 % zu reduzieren. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung – Biomasse, Solarenergie, Wasser- und Windkraft – bis zum Jahr 2010 verdoppeln. Und wir wollen eine EU-weite Schadstoffminderung bei Kraftfahrzeugen ebenso erreichen wie die rasche Einführung des Fünf- und des Drei-Liter-Autos.

Unser Steuer- und Abgabensystem macht gerade das besonders teuer, was wir am dringendsten brauchen: Arbeitsplätze. Dagegen ist das, woran wir sparen müssen, eher zu billig zu haben: Energie- und Rohstoffeinsatz. Dieses Ungleichgewicht müssen wir wieder stärker ins Lot bringen, wenn wir unseren beiden Hauptzielen, mehr Beschäftigung und weniger Umweltbelastung, näher kommen wollen.

In einem nationalen Alleingang ist diese Aufgabe allerdings nicht zu lösen. Wenn nur bei uns in Deutschland Energie teurer wird, die Unternehmen daraufhin nicht mehr konkurrenzfähig produzieren können und Arbeitsplätze in Nachbarländer verlagert werden, wo dasselbe unter für die Umwelt weniger günstigen Bedingungen produziert wird, dann ist nichts gewonnen – für die Arbeitsplätze nicht und für die Umwelt auch nicht. Wer Umwelt gegen Arbeitsplätze ausspielt, der hat verspielt.

Es geht also nur im europäischen Rahmen. In Frage kommt nur europaweit die Einführung eines erhöhten Mehrwertsteuersatzes für den Energieverbrauch oder die Einführung einer aufkommensneutral und wettbewerbsneutral ausgestalteten CO₂/Energiesteuer.

Durch die weitere Öffnung unserer Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern und im Gegenzug den verstärkten Transfer moderner Umwelt- und Energietechnik müssen Deutschland und Europa ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden. Wir streben eine internationale Handelsordnung an, die auch eine Umweltordnung sein muß. Erste Schritte hierzu sind die Stärkung der Rolle der Weltbank und die größere Berücksichtigung von Umweltaspekten in den Regeln der Welthandelsorganisationen (WTO).

Die Charta der Vereinten Nationen muß um das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ergänzt werden. Außerdem treten wir dafür ein, die Zusammenarbeit zwischen den Umweltorganisationen der Vereinten Nationen zu straffen. Dazu schlagen wir die Einrichtung einer mit den notwendigen Kompetenzen ausgestatteten UN-Dachorganisation für Umweltfragen vor.

28. Unsere Verantwortung für die eine Welt

Sicherheit ist heute nicht mehr auf das Militärische beschränkt, die Grenzen von Außen- und Innenpolitik verschwimmen. Mit der zunehmenden internationalen Verflechtung wächst das Bewußtsein für die Eine Welt als faktischer Schicksalsgemeinschaft der Menschen. Verbundenheit mit der Welt und ihrem Schicksal, dies schließt nach unserer Auffassung Solidarität mit den Menschen in den weniger entwickelten Ländern ein. Friede und Entwicklung hängen untrennbar zusammen.

Wenn wir an der Schwelle zum 21. Jahrhundert wachsenden Spannungen auf dieser einen Erde entgegenwirken wollen, dann darf diese Welt nicht weiter zerfallen in einen Teil, der reicher, und einen anderen Teil, der ärmer wird. 800 Millionen Menschen auf dieser Erde sind unterernährt, leiden Hunger. Hunger und Armut widersprechen unserem Verständnis von Menschenwürde und Menschenrechten.

Deshalb hat der Kampf gegen die Armut Priorität. Der Weg, den wir hierzu beschreiten, ist richtig: Schaffung geeigneter politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für

Entwicklung als Voraussetzung für unsere Hilfe, also Beachtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, eine sozial ausgerichtete Marktwirtschaft, Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns. Hilfeleistung verstanden als Hilfe zur Selbsthilfe, um den Menschen die Chance zu geben, in absehbarer Zeit auf eigenen Füßen zu stehen.

Es ist viel erreicht worden im Kampf gegen Armut und Unterentwicklung auf dieser Welt. Seit Jahrzehnten hat es nicht derart vielversprechende Chancen für Wachstum und zur Eindämmung von Armut in der Dritten Welt gegeben wie heute. In den nächsten 25 Jahren kann sich nach Schätzungen der Weltbank der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltproduktion glatt verdoppeln. Verdoppelt hat sich bereits die Zahl der Länder, die ihre Menschen selbst ernähren können, verdoppelt hat sich die Einschulungsrate in den Entwicklungsländern und selbst die Bevölkerungsentwicklung scheint sich langsam auf ein demographisches Gleichgewicht hinzuentwickeln.

Aber wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Weil staatliche Organisationen die Probleme nicht allein lösen können, müssen wir das Engagement der Menschen fördern, das der Betroffenen vor Ort ebenso wie das unserer Mitbürger. Deshalb verdienen die Aktivitäten der Kirchen, der politischen Stiftungen, der Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen unsere Unterstützung. Sie besitzen häufig intensivere Anschauungen von den Verhältnissen vor Ort, die Menschen vertrauen ihnen eher und ihre Möglichkeiten, flexibel zu handeln, sind häufig größer als die staatlicher Stellen. Und sie vermögen die Menschen bei uns im Land davon zu überzeugen, daß es auch ihre eigene Sache ist, um die es in den Entwicklungsländern geht. Wenn wir auf Freiheit, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Toleranz für die Welt von morgen setzen, dann muß sich dies zu allererst in der Entwicklungshilfe bewähren.

Die Vereinten Nationen sind das Weltforum, in dem die Menschheit in ihren Widersprüchen und Gegensätzen zusammengeführt ist. Wir wollen die Vereinten Nationen stärken und das heißt vor allem: wir wollen sie reformieren. Die Vereinten Nationen brauchen schlankere Strukturen, ein gerechteres System der Beitragszahlungen, größere Transparenz bei ihren Entscheidungen und einen Sicherheitsrat, dessen Zusammensetzung nicht länger die Weltsituation des Jahres 1945 widerspiegelt und der trotzdem handlungsfähig bleibt.

Politisches Handeln ist für uns christliche Demokraten untrennbar mit dem christlichen Verständnis vom Menschen verbunden, mit unserer Verantwortung für den Nächsten und mit unserer Verantwortung vor Gott. Daraus erwächst unser Einsatz für ein starkes Deutschland in einem sicheren und friedlichen Europa als Teil der Einen Welt: einer gerechteren, menschlicheren und friedlicheren Welt im 21. Jahrhundert.

Sonstige Beschlüsse

Beschluß Nr. 4

Angesichts der Herausforderungen stehen wir in der Pflicht, die sozialen Sicherungssysteme strukturell so zu reformieren, daß sie stabil bleiben und die Beiträge unter 40 % sinken.

Beschluß Nr. 5

Lebensfähige Räume – für die Zukunft unserer Landwirtschaft

Deutschland verfügt wie kaum ein anderes Land über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen städtischen Ballungsgebieten und ländlichen Räumen. Dies ist eine gute Grundlage für die positive Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt. Gleichwertige Lebenschancen in Stadt und Land sind für uns ein wichtiges Ziel.

Gerade eine globale und offene Welt braucht regionale Identität, denn die Menschen haben ein Bedürfnis nach Heimat, nach Vertrautheit und Verwurzelung. Das bedeutet, daß unsere ländlichen Räume, lebendige Gemeinden, funktionierende Dorfgemeinschaften und unsere unverwechselbaren Kulturlandschaften, die einen Teil unseres natürlichen und kulturellen Erbes repräsentieren, immer wichtiger werden. Eine zukunftsweisende Politik für den ländlichen Raum und die ihn prägende Land- und Forstwirtschaft ist deshalb ein besonderer Schwerpunkt der CDU. Wir werden unsere Politik zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie im gesamten ländlichen Raum fortsetzen.

Wir werden die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes durch eine integrierte Strukturpolitik weiter verbessern, deren erstes Ziel die Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze und die Stärkung der Wirtschaftskraft ist. Die Chancen für eine dezentrale Wirtschaftsentwicklung steigen mit den Möglichkeiten der modernen Kommunikations- und Informationstechnologie. Diese wollen wir für den ländlichen Raum nutzen. Gerade für junge qualifizierte Kräfte müssen Perspektiven im ländlichen Raum geschaffen werden.

Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel im ländlichen Raum verdienen unser besonderes Augenmerk. Wir werden ihnen weiterhin günstige Rahmenbedingungen gewährleisten.

Gute Lebensbedingungen vor Ort und Erhalt der Mobilität sind für die Menschen im ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Eine gute Verkehrsanbindung und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleiben deshalb wichtige Ziele unserer Politik.

Landwirtschaft und ländlicher Raum gehören zusammen. Die Belange des ländlichen Raumes werden wir zukünftig in einem Ressort bündeln.

Wir werden die Existenz einer bäuerlichen, leistungsfähigen, unternehmerischen und umweltverträglichen Landwirtschaft in Deutschland sichern, die die vielfältigen Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft – Versorgung mit gesunden und preiswerten Lebensmitteln und umweltfreundlichen Rohstoffen, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege der Kulturlandschaft – dauerhaft erfüllen kann.

Die Landwirte müssen für sich und ihre Familien ein ausreichendes Einkommen erwirtschaften und ihre Chancen auf den heimischen sowie auf den Exportmärkten nutzen können. Dafür muß die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken. Wir wollen die bäuerlichen Betriebe ermutigen, indem wir Investitionen unterstützen und Wettbewerbsverzerrungen und bürokratische Hemmnisse abbauen. Letzteres gilt in besonderem Maße für die Veredlung, die auch in Deutschland Entwicklungschancen haben muß. Auch in der Landwirtschaft brauchen wir eine Kostenentlastungs- und Standort-sicherungsoffensive. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft muß Kosten-, Markt- und Qualitätsführerschaft erreichen. Dazu gehört auch, daß die Struktur der Verarbeitungsbetriebe verbessert wird.

Unverzichtbar sind faire Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt. Die europäische Landwirtschaft unterliegt besonderen klimatischen Bedingungen und gesellschaftlichen Anforderungen. Wir wollen das eigenständige europäische Landwirtschaftsmodell erhalten und bei den anstehenden WTO-Verhandlungen die hohen europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards absichern.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union auf der Grundlage der Reform von 1992 unter Berücksichtigung der vielfältigen Aufgaben weiterzuentwickeln. Die Vorschläge der EU-Kommission (Agenda 2000) lehnen wir in der vorliegenden Form ab. Ziel unserer Agrarpolitik ist es, daß die Landwirte einen möglichst hohen Anteil ihres Einkommens aus Markterlösen, d.h. dem Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen, erwirtschaften können. Insbesondere bei Milch und Rindfleisch müssen Wege beschritten werden, die die Märkte entlasten und den Betrieben bessere Einkommen ermöglichen. Wettbewerbseinschränkende und leistungsfeindliche Obergrenzen lehnen wir ab. Die CDU besteht bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik auf Lösungen, die der deutschen Landwirtschaft für die Zukunft eine verlässliche Perspektive bieten.

Ohne die bäuerliche Landwirtschaft ist unsere Kulturlandschaft, die durch die Arbeit von Land- und Forstwirten über Generationen entstanden ist, nicht zu bewahren. Landwirtschaft muß an die Standortverhältnisse angepaßt sein, eine Diskussion über ausschließlich extensive oder intensive Bewirtschaftung wird dem Ziel einer umweltgerechten Landwirtschaft nicht gerecht. Wir setzen uns für regional angepaßte Formen der landwirtschaftlichen Produktion ein. Dabei halten wir daran fest, daß es für besondere ökologische und landschaftspflegerische Leistungen, die über die Erfordernisse der guten fachlichen Praxis hinausgehen, einen angemessenen Ausgleich geben muß.

Beschluß Nr. 6

Kostenneutrale EURO-Umstellung der staatlichen Gebühren

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung und die Bundesländer auf, sich dafür einzusetzen, daß durch die EURO-Umrechnung von Gebühren und Preisen für staatliche Dienstleistungen keine zusätzlichen finanziellen Belastungen der Bürger entstehen.

Beschluß Nr. 7

Umstellung der Buchhaltung der öffentlichen Dienste auf EURO

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung und die Bundesländer auf, sich dafür einzusetzen, daß mit der Einführung des EURO zum 1. Januar 1999

- die Steuerverwaltungen des Bundes und der Länder zu diesem Zeitpunkt auf die neue Rechnungseinheit umstellen,
- die Steuererklärungen für das Jahr 1999 auch in EURO abgegeben werden können und
- die Ansätze der Haushalte des Bundes und der Länder in DM und in EURO ausgewiesen werden.

Beschluß Nr. 8

Subsidiaritätsprinzip stärken

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß das Subsidiaritätsprinzip des Maastrichter Vertrages fortentwickelt wird. Die konkretere Ausgestaltung des Subsidiaritätsprinzips sollte auch Gegenstand der Beratungen der nächsten Regierungskonferenz sein.

Insbesondere sind Anzahl und Umfang von EU-Verordnungen und Richtlinien zu verringern. Im Verfahrensrecht sollten nur dann Verordnungen erlassen werden, wenn das Regelungs instrument der Richtlinie nicht ausreichend ist. Alle bisher noch nicht umgesetzten EU-Richtlinien und Verordnungen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie mit dem Prinzip der Subsidiarität noch vereinbar sind.

Bund und Länder werden aufgefordert, die Umsetzung von EU-Richtlinien praxisgerecht und bürgernah vorzunehmen sowie sich fortlaufend über die Handhabung der Umsetzung von EU-Richtlinien in den anderen Mitgliedstaaten zu informieren.

Auf nationaler Ebene ist dafür Sorge zu tragen, daß der Bundestag vor der Zustimmung zu EU-Richtlinien und EU-Verordnungen beteiligt wird.

Beschluß Nr. 12

Pauschalierung der Sozialhilfe

Die CDU Deutschlands tritt dafür ein, daß einmalige Leistungen für Sozialhilfeempfänger sobald wie möglich pauschaliert ausbezahlt werden können.

Beschluß Nr. 16

Recht und Sicherheit für die Bürger der Europäischen Union

Die Bundesregierung wird aufgefordert, nachfolgende Forderungen in das Arbeitsprogramm für die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 aufzunehmen.

1. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Justiz und Strafverfolgungsbehörden

Die Bürgerinnen und Bürger Europas müssen in allen europäischen Ländern in gleicher Weise ihr Recht durchsetzen können und vor Rechtsbrechern geschützt werden.

- (1) Die Kontakte zwischen allen Justiz- und Polizeibehörden der Europäischen Union sind zu intensivieren. Ziel ist die direkte Zusammenarbeit aller Justiz- und Polizeibehörden vor Ort. Unsere Nachbarn in den mittel- und osteuropäischen Staaten sind schrittweise an das „Schengen-Niveau“ und Europol heranzuführen. Dies bedingt neben einer Mitarbeit bei Europol (Stichwort: Stationierung von Verbindungsbeamten) auch die möglichst frühzeitige Beteiligung an europäischen Informationssystemen, namentlich dem Schengener Informationssystem (SIS).
- (2) Offene Grenzen auch für Rechtsbrecher erfordern zwingend offene Grenzen für Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Die europäischen Staaten müssen in das rechtsstaatliche Handeln ihrer Gerichte und Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden gegenseitig soweit vertrauen, daß sich Strafverfolgungsmaßnahmen auf das gesamte Gebiet der Europäischen Union erstrecken können. Komplizierte Rechtshilfewege sind abzuschaffen.
- (3) Die Europol durch den Vertrag von Amsterdam eingeräumten Befugnisse, wie z.B. die Möglichkeit, spezifische Ermittlungsmaßnahmen einschließlich operativer Aktionen der Mitgliedstaaten zu unterstützen, sind noch auszuweiten.

2. Rechtsschutz für die Bürger der Europäischen Union

Im erweiterten Binnenmarkt müssen Hindernisse bei der Anwendung des geltenden Zivil- und Verfahrensrechts beseitigt werden.

- (1) Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft können und müssen künftig die Regeln für die Zustellung von Urkunden, für die Beweisaufnahme in den Mitgliedstaaten, die Regeln über das auf den konkreten Fall anzuwendende Recht und Regeln des Zivilverfahrens so vereinheitlicht werden, daß der Bürger mehr Rechtsklarheit gewinnt und seine Rechte ohne ärgerliche Verzögerungen durchsetzen kann.
- (2) Die Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche darf im europäischen Ausland nicht schwieriger oder langwieriger sein als im Inland. Vor einem Gericht erstrittene Urteile müssen in allen europäischen Ländern die gleiche Rechtswirkung haben.

Beschluß Nr. 17

1. Die großen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert können nur die demokratischen Parteien bewältigen. Radikale Kräfte von links und rechts sind eine Gefahr für eine erfolgreiche Beantwortung der Zukunftsfragen.
2. Die CDU Deutschlands lehnt die Bildung von Regierungen durch direkte oder indirekte Hilfe von links- und rechtsradikalen Parteien ab.

3. Die CDU Deutschlands fordert die SPD auf, einen gleichlautenden Beschluß unverzüglich zu fassen, um noch vor der Bundestagswahl für alle sichtbar Klarheit zu schaffen.
4. Die CDU stellt eindeutig klar, daß die PDS als Nachfolgeorganisation der SED nach wie vor nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht.

Beschluß Nr. 18

Längere Arbeitslosigkeit kann vor allem bei jungen Arbeitslosen zu Problemen führen, die sich auf das ganze spätere Leben auswirken. Motivation, Leistungsbereitschaft und Arbeitstugenden können beeinträchtigt werden oder sogar verlorengehen. Das Gefühl, in der Gesellschaft nicht gebraucht zu werden und keine Chance zu bekommen, kann dazu führen, daß sie sich gegen die Gesellschaft und ihre Werte wenden. Um die berufliche und soziale Integration der Jugend in die Gesellschaft zu fördern, werden wir daher eine gemeinnützige Stiftung gründen. Die „Deutsche Stiftung Zukunftschance Jugend“ soll durch die Bundesregierung aus Privatisierungserlösen gegründet werden. Sie soll konkrete Projekte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit unterstützen, die gegenseitige Unterstützung von jüngeren und älteren Mitbürgern fördern und öffentlichkeitswirksam Kampagnen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen durchführen. Dabei soll sie mit den Jugendverbänden, der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Medien und den Kirchen zusammenarbeiten.

Namensverzeichnis

Auerbach 87

Barbe 89

Bergner 50

Biedenkopf 99

Blüm 162

Böhr 106ff.

Borttscheller 119

Daehre 140

Feldhaus 135

Fischer 11ff.

Greve 67

Hähle 99ff.

Hellwig 188

Henningsen 66

Hintze 72

Jungen 179

Kanther 106

Karwatzki 135ff.

Klose 71

Knolle 169

Koch 53, 72ff., 138

Kohl 5, 18, 199

Läsch-Weber 62

Lastovka 167

Lorenz 68

Magerl 65

Merkel 91

Müller 59

Neumann 9, 12, 18ff., 121ff., 145ff., 198

Neumeyer 176

Nolte 194

Perschau 15
Pöttering 141ff.

Rathjen 136
Rauen 193
Reul 176ff.
Rinsche 141
Rühe 56

Schäuble 145
Schmidt-Behrends 63
Schwäblein 69
Seite 55, 137

Thoben 177
Trautvetter 184

Vaatz 84

Wagner 186
Waigel 121
Weitemeier 115
Widmann-Mauz 61
Wissmann 171
von Wogau 195
Wülfing 50ff.
Wulff 140, 162ff